

Zum vorliegenden Heft	495
Karl-Heinz Götze: Erinnerung an Theo Pinkus	500
Dorothee Sölle: Wie im Westen, also auch auf Erden	502
Steffen Mensching und Hans-Eckart Wenzel Der Meisenwürger aus dem Friedrichshain	504

Nach dem Marxismus?

Michael Brie Marxismus und administrativer Sozialismus	507
Alex Demirović Ist die DDR an Marx gescheitert? Kritische Anmerkungen zu M. Brie	519
Wilfried Ettl und Jürgen Jünger Kritische Sozialökonomie	527
Michael Krätke Politische Ökonomie ohne Marx? Kritische Anmerkungen zu Ettl/Jünger	541
Ewald Kandziora Politische Ökonomie der Ost-West-Beziehungen und Systemwandel in Osteuropa	555
Fredric Jameson Spätmarxismus – Adorno in der Postmoderne	565

* * *

Gurutz Jáuregui Bereciartu Nationale Selbstbestimmung und Krise des Nationalstaats	577
Werner Mackenbach Carlos Fonseca und der Sandinismus	585
Sünne Andresen Geld oder Leben? Zur Debatte um Frauen, Karriere und Geld	593

Kongreßberichte

Volksuni, Konstruktion von Weiblichkeit, IG Metall Zukunftskongreß, Modernität der Geschichte, Soziologentag	601
---	-----

Besprechungen

Kritische Theorie, Benjamin; Alltagsgeschichte in der Literatur; Alltags- und Alternativkultur; Kulturpolitik; Lachkultur; Lebensräume für Kinder; Psychologiegeschichte, Weiblicher Masochismus; Parteien- und Gewerkschaftstheorie; Feministische Ökonomie.....	613
VerfasserInnen, Zeitschriftenschau, Summaries	659

Philosophie

<i>Hund, Wulf D.</i> : Stichwort: Arbeit. Vom Banausentum zum travail attractif (<i>F.Haug</i>)	613
<i>Brunkhorst, Hauke</i> : Theodor W. Adorno. Dialektik der Moderne (<i>H.Fallschessel</i>)	614
<i>Hager, Frithjof, und Hermann Pfüze (Hrsg.)</i> : Das unerhört Moderne. Berliner Adorno-Tagung (<i>H. Fallschessel</i>)	615
<i>Schmid Noerr, Gunzelin</i> : Das Eingedenken der Natur im Subjekt. Zur Dialektik von Vernunft und Natur in der Kritischen Theorie Horkheimers, Adornos und Marcuses (<i>S.Kramer</i>)	617
<i>Buck-Morss, Susan</i> : The Dialectics of Seeing. Walter Benjamin and the Arcades Project (<i>H.Weinbach</i>)	618
<i>Puttnies, Hans, und Gary Smith</i> : Benjaminiana (<i>H.Weinbach</i>)	618

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Kracauer, Siegfried</i> : Schriften 5: Aufsätze (<i>U.Schmid</i>)	619
<i>Hauser, Susanne</i> : Der Blick auf die Stadt (<i>A.Honold</i>)	621
<i>Greenblatt, Stephen</i> : Verhandlungen mit Shakespeare (<i>A.Franke</i>)	623
<i>Müller, Harald (Hrsg.)</i> : DDR-Theater des Umbruchs (<i>A.Engelberg</i>)	625

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Bernard, Jeff (Hrsg.)</i> : Strukturen autonomer Kulturarbeit in Österreich (<i>S.Kaltenecker</i>)	626
<i>Haug, Walter, und Rainer Warning (Hrsg.)</i> : Das Fest (<i>C.Zelle</i>)	627
<i>Läuffer, Hermann, u.a.</i> : Der Spaß ist ein Meister aus Deutschland. Politik der guten Laune 1933-1990 (<i>Th.Laugstien</i>)	628

Erziehungswissenschaft

<i>Büttner, Christian, und Aurel Ende (Hrsg.)</i> : Lebensräume für Kinder. Entwicklungsbedingungen für Kinder im ausgehenden 20. Jahrhundert (<i>R.Kaufhold</i>) ..	631
<i>Büttner, Christian, und Aurel Ende (Hrsg.)</i> : Trennungen. Kindliche Rettungsversuche bei Vernachlässigungen, Scheidungen und Tod (<i>R.Kaufhold</i>)	631
<i>Albert, Marie-Theres</i> : Der neue Mensch in Nicaragua. Ein Blick auf zehn Jahre Erziehungs- und Bildungsprozeß (<i>R.Kaufhold</i>)	633
<i>Rügemer, Werner (Hrsg.)</i> : Nicaragua: Pädagogik der Überlebensinnovation (<i>R.Kaufhold</i>)	633

Psychologie

<i>Schorr, Angela, und Ernst G. Wöhner (Hrsg.)</i> : Psychologiegeschichte heute (<i>K.Weber</i>)	634
<i>Meyer, Elsbeth, Susanne v. Paczensky und Renate Sadrozinski</i> : Das hätte nicht noch mal passieren dürfen! Wiederholte Schwangerschaftsabbrüche und was dahintersteckt (<i>M.Flaig</i>)	636
<i>Burgard, Roswitha, und Birgit Rommelspacher (Hrsg.)</i> : Leide unLust. Der Mythos des weiblichen Masochismus (<i>C.Bauernfeind</i>)	638
<i>Mitscherlich, Margarete</i> : Über die Mühsal der Emanzipation (<i>S.Weishaupt</i>) ..	639

(Fortsetzung Seite X)

Zum vorliegenden Heft

Geplant war ein Heftschwerpunkt zur »kritischen Theorie heute«. Gesucht wurden Beiträge von Sozialwissenschaftlern aus Ost und West, die in der Tradition dieses Theorieprojekts stehen. Herausgekommen ist ein Heft, das vor allem deutlich macht, welcher Diskussionsbedarf noch besteht, um überhaupt erst einmal unter wechselseitig nachvollziehbaren Voraussetzungen miteinander Mißverständnisse, Unterstellungen, aber auch Dissens abarbeiten zu können. Diese Diskussion muß stattfinden. Ihr Ausgang ist entweder offen oder aber sie bleibt fiktiv. Entgegen unseren sonstigen Gepflogenheiten, bringen wir dieses Mal zwei Editorials, die die Schwierigkeiten des »Zusammenwachsens« von Ost- und West-Intellektuellen (auch in der Redaktion) dokumentieren.

Editorial 1 (aus dem Osten)

Nach einer Phase der rhetorischen Abarbeitung an der eigenen theoretischen und gesellschaftlichen Vergangenheit hat für die Sozial- und Geisteswissenschaftler der ehemaligen DDR, so sie Abwicklungen und Warteschleifen zunächst einmal überstanden haben, nun eine Phase der Neuorientierung theoretischer Arbeit begonnen. Im Zeichen einer nachholenden Pluralisierung der Wissenschaft wird sich dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit das ganze Spektrum bundesrepublikanischer Theorieansätze reproduzieren. Marxistische Positionen werden dabei wohl nur marginale Bedeutung haben. Es wäre allerdings verkürzt, deren Marginalisierung allein mit einem massenhaften Opportunismus ostdeutscher Wissenschaftler zu erklären, die sich nun, unter veränderten Kräftekonstellationen und Herrschaftsbedingungen erneut den stärkeren Bataillonen anzudienen gedenken.

Die Verknüpfung von Marxismus-Leninismus und Realsozialismus zum Offizialdiskurs der Macht war total. So lag es nahe, kritisches Reflexionspotential an den Rändern oder außerhalb des marxistisch-leninistischen Offizialdiskurses zu formieren – in der Aneignung und durch eigene Problemlagen umorganisierten Reformulierung gehaltvoller Konzepte der Theoriegeschichte oder aber in der Beschäftigung mit gesellschaftspraktisch irrelevanten Themen.

Ansätze kritischer Theorie, insbesondere aber solche des »westlichen« oder »pluralen« Marxismus waren als antikommunistisch oder revisionistisch stigmatisiert und als »Varianten bürgerlicher Ideologie« lediglich zur »kritischen Vernichtung« zugelassen. Andererseits bot gerade die differenzierte Auseinandersetzung mit *solchen* Konzepten kritischer Theorie, die sich aus unmittelbarer gesellschaftsstrategischer Relevanz und politischer Verbindlichkeit entlassen hatten zugunsten zeitgeistkritischer Mikroanalyse oder weit ausgreifenden konzeptionellen Entwürfen die Möglichkeit, auf Distanz zu einer politisch instrumentalisierten Gesellschaftstheorie zu gehen. Von Adornos »Minima Moralia« bis zu Habermas »Theorie des kommunikativen Handelns« eröffnete sich hier ein weites Feld sozialer Sensibilisierung und methodischer Disziplinierung, das ein intellektuelles Überleben auf hohem Niveau ermöglichte. Abseits der

propagandistischen Theoriepublizistik bildete sich so eine eigentümliche sozial- und geisteswissenschaftliche Marginalkultur heraus, die in informellen Zusammenhängen und institutionellen Nischen nicht nur einen eigenen Jargon auf der Höhe internationaler und interdisziplinärer grundlagentheoretischer Diskussionen ausbildete, sondern mit Hilfe dieses Jargons zugleich politisch hoch brisante Problemlagen der eigenen Gesellschaft anging. Die theoriegeschichtliche Verschlüsselung »eingreifender« Texte wurde dabei zum intellektuellen Überlebens-training. Dem entsprach eine verborgene Bedeutungen aufschließende, assoziative Räume für disziplinäre und biographische Konkretisierungen zulassende Dekodierung als Rezeptionspraxis. So entstand über Jahre hinweg ein lebendiger, wenn auch hermetischer Gegendiskurs zum offiziellen Marxismus-Leninismus. Ohne sich auf dessen begriffliche Systematik und offiziell-ideologische Konnotationen einzulassen, ohne sie allerdings auch unmittelbar in Frage zu stellen, vollzog sich hier die Ablösung von seinen paradigmatischen Grundlagen.

Der Marxismus-Leninismus hat auch solche Ansätze marxistischer Theorie diskreditiert, die sich ausdrücklich in Auseinandersetzung mit seinen Reduktionismen und Vulgarismen zu eigenständigen Konzepten profiliert haben. Ebenso setzt sich zunächst einmal jedes Bestehen auf gesellschaftsverändernden Implikationen sozialwissenschaftlicher Theorie dem Vorwurf aus, damit ihre theoretisch nicht mehr kontrollier- und kalkulierbare Funktionalisierung für politische Interessen zu provozieren. Nach der zum unumstößlichen Dogma erhobenen Einheit von Theorie und Praxis nun die verständliche Überreaktion einer Reklamierung der autonomen Räume wertfreier Wissenschaft. Die Erfahrung mit dem marxistisch-leninistischen Zusammenschluß von realsozialistischer Politik und sozialwissenschaftlichen Analysen wird so in der ehemaligen DDR mehrheitlich dahingehend verarbeitet, *jede* explizite Zuordnung zu identifizierbaren politischen Konzepten und Gruppierungen als Zumutung erneuter Indienstnahme für außerwissenschaftliche Zwecke zurückzuweisen.

Dieser scheinbar unauflösliche Konnex von Marxismus und politischer Funktionalisierung führt nun dazu, einen auf gesellschaftspraktischen Implikationen bestehenden Marxismus nur in der spiegelbildlichen Alternative von Offizial-Ideologie oder sektiererischer Fundamentaltheorie denken zu können. Nach der Funktionalisierung zur quasiwissenschaftlichen Legitimierung des politischen Offizialdiskurses als Marxismus-Leninismus nun also die selbstgewählte Marginalisierung durch den diskursiven Anschluß an die Konzepte eines westlichen, pluralen oder kritischen Marxismus? Das erscheint wenig attraktiv und habituell unannehmbar. So liegt es nahe, an die kompensatorische Lektüre nichtmarxistischer Theoriekonzepte anzuknüpfen und sich aus ihr ein eigenes analytisches und gesellschaftskritisches Instrumentarium zu erarbeiten.

Die zivilgesellschaftlichen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft formieren sich hier zur konkreten Utopie einer Reformalternative, die sich offen hält für gesellschaftspraktische Erfahrungen mit der Realität des Kapitalismus. Im Wissen um seine Destruktivkräfte, seine Verantwortung als Verursacher sozialen Elends, ökologischer Katastrophen und einer auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden sozial ungerechten Weltordnung setzt diese Utopie auf die unaus-

geschöpften, da klassengesellschaftlich blockierten Modernisierungspotentiale des Kapitalismus. Diese Potentiale herauszuarbeiten, sie gegen ihre Stillstellung zur herrschaftskonformen Legitimationsideologie des Status quo zu wenden, im generalisierenden Überflug über gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, soziale Auseinandersetzungen, politische Interessenverbände und konkrete gesellschaftspolitische Konfliktfelder die Erklärungsansprüche und -defizite theoretischer Konzepte miteinander reagieren zu lassen und unbekümmert um Animositäten, tradierte diskursive Verknüpfungen und Frontlinien daraus neue Lesarten, Synthesen und integrative Ansätze zu gewinnen, sind Markenzeichen dieser intellektuellen Elite ehemals ostdeutscher Sozial- und Geisteswissenschaft.

Wolfgang Bialas

Editorial 2 (aus dem Westen)

Das hatten wir nicht erwartet. Manche der Thesen, die von den Ostberliner Wissenschaftlern Michael Brie, Wilfried Ettl und Jürgen Jünger im vorliegenden Heft entfaltet werden, lösten bei den westlichen RedakteurInnen Befremdung aus. Michael Brie z. B. versucht zu zeigen, daß Marx' Werk »in fast schlüssig zu nennender Weise zur apoletischen Affirmation eines Systems neuer Hörigkeit – des administrativen Sozialismus – gebraucht werden konnte.« Marx' auf vormoderne Vorstellungen zurückgehende Utopie unmittelbarer Gesellschaftlichkeit, sein »monistischer Reduktionismus«, der Machtstrukturen, gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen und die Entstehung von Subjekten der Gesellschaftsveränderung in Eins setze, sei dem realsozialistischen System der »Gleichschaltung« theoretisch entgegengekommen und habe zugleich die Entfaltung seines kapitalismuskritischen Potentials blockiert.

Natürlich darf kritisches Denken nicht vor Marx halt machen. Daß wir diese Lektion gelernt hatten, führte vor Jahren zu unserer Verdammung durch die Hohenpriester der marxistisch-leninistischen Staatsreligion. Es war unser Versuch, *Marx zu lesen* und diese Lektüre als Lektüre sichtbar zu machen – gegen kanonisierte Philosopheme, die zur Legitimation des staatsmonopolistischen Sozialismus dienten, aber auch die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit westlicher Marxisten im Denken blockierten. Eine der Fronten war die »Kritik der Subjekt/Objekt- Artikulation im Marxismus« (vgl. W. F. Haug in Argument-Sonderband 70: *Die Camera obscura der Ideologie*). Ganz ähnlich Michael Brie, der in dieser »Denkfigur der Subjekt-Objekt-Dialektik« einen theoretischen Grund für das Versagen des Sozialismus sieht. Brie scheint aber nicht zu sehen, daß diese Kritik am schärfsten *mit Marx* durchgeführt werden kann. Das verlangt allerdings, Marxens »epistemologischen Bruch« mit der Philosophie als »ideologischer Form« nachzuvollziehen, und es verlangte auch, um es plump zu sagen, (den wissenschaftlichen) *Marx gegen* (den philosophischen) *Marx* zu lesen. In den Blick rückt dergestalt ein von Brüchen, unterschiedlichen »Logiken« durchzogenes, fragmentarisches und immer wieder neu aufbrechendes Werk, das zum Begreifen des »Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse« im Kapitalismus unentbehrliche Denkmittel entwickelte. Schon dieser Begriff legt eine Spur für eine *nicht- reduktionistische Marx-Lektüre*.

Vielleicht haben wir deshalb zum Teil anderes erwartet, weil hier doch Leute argumentierten, deren Namen für das Projekt einer Befreiung kritisch-marxistischen Denkens aus den Trümmern des ML standen. Daß dies möglich, wenn auch schwierig ist, davon ging die Redaktion bis dato bei ihrer Arbeit aus und davon zeugen verlegerische Projekte wie die Gramsci-Ausgabe und das in Arbeit befindliche Marxismus-Wörterbuch, aber auch das marxistisch-feministische Projekt der Frauenreaktion. Wir hofften, daß die vom Offizial-ML unterdrückten Linien, die bei aller Unterschiedlichkeit das Erbe eines modernen, nicht-autoritären Marxismus bilden könnten, nach dem Ende des ML vollends zur Entfaltung kämen. Nicht in der Weise, daß dort fertige Antworten auf die Probleme der Weltgesellschaft von heute zu finden wären, aber im Sinne von *Fragen* oder besser *Frageweisen*. Und in der Tat verdanken wir dem Kreis um Brie wichtige Impulse zur Schärfung unseres theoretischen Gewissens: die Kritik an Elementen eines »Unmittelbarkeitskommunismus« bei Marx und in unterschiedlichen Linien des Marxismus setzt Maßstäbe.

Und doch scheint nun ein großer Teil der im »Untergrund-Marxismus« (Latica) geleiteten Vorarbeit vergessen zu bleiben, allen voran Gramsci, Brecht, Benjamin, Lefebvre, natürlich Althusser, Poulantzas, Hall und all jene anderen Ansätze, die die von Marx herkommenden Fragestellungen auf das Niveau komplexer Gesellschaftssysteme zu heben, neue Problematiken zu denken und die stalinistischen Erfahrungen zu verarbeiten versuchten, ohne wie die moderne System- und Kommunikationstheorie vor den »verborgenen Stätten der Produktion haltzumachen, an deren Schwellen noch immer zu lesen steht: No admittance except on business« (Marx).

Warum bringen wir die Aufsätze dennoch? Weil diese Zeitschrift nur mit diesen Positionen eine Schrift der Zeit sein kann. Und weil wir nicht die Augen davor verschließen dürfen, daß uns liebgewordene Ideen in unserem Denken sozusagen den Status eines »Vorkonstruierten (Pêcheux) hatten, immer als Bezugspunkte im Diskurs anwesend, nie wirklich durchdacht. Das betrifft z.B. die Perspektive der Selbstverwaltung, des Absterbens des Staates, der direkten Demokratie und anderes mehr. Auch hier gibt es Vorarbeiten, etwa Poulantzas' immer noch aktuelle Kritik von Etatismus und Basisdemokratismus und *ihrer Zusammenhangs*. Doch dies reicht nicht. Nach 1989 stellen sich viele Fragen neu und viele neue Fragen, ohne deren kontroverse Diskussion zwischen Ost- und Westintellektuellen keine theoretische Kultur mehr zu haben ist.

Wenn keine der beiden Seiten sich untreu werden soll, dann geht das nur im Streit. Daher haben wir *Alex Demirović* und *Michael Krätke* um Stellungnahme zu den Artikeln von Brie und Ettl/Jünger gebeten. – Einen weiteren Kontrapunkt bildet der Beitrag von *Ewald Kandziora*: aus der Geschichte der ökonomischen Ost-West-Beziehungen entwickelt er deren Perspektiven nach dem Zusammenbruch des staatsmonopolistischen Sozialismus in den Ländern Ost-Europas. Der Übergang zu einer kapitalistischen Entwicklung, so sein Fazit, garantiert keineswegs eine Dynamisierung ihrer Ökonomien. Absehbar ist vielmehr die Fortschreibung des Entwicklungsgefälles von West nach Ost. – Der Text von *Fredric Jameson* ist aus dem ursprünglich geplanten Heftschwerpunkt »kritische Theorie« übernommen, weil auch er als Intervention in unsere Debatte gelesen

werden kann. Es handelt sich um einen Teilabdruck aus seinem im Herbst bei Argument erscheinenden Buch *Spätmarxismus. Adorno oder Die Beharrlichkeit der Dialektik*.

Thomas Weber

Außerhalb des Schwerpunkts: Gurutz Jáuregui entwirft eine Rahmen, in dem Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung zum Motor für eine Demokratisierung der westeuropäischen Gesellschaften werden können. Werner Mackenbach nimmt den 30. Jahrestag der Gründung der sandinistischen Befreiungsfront zum Anlaß, das Werk eines ihrer Haupttheoretikers, Carlos Fonseca, wieder zu besichtigen. Er betont, daß es sich um eine eigenständige Formation des Marxismus handle, die u.a. in Fragen der Religion und der gemischten Wirtschaft vom Sowjetmarxismus abwich. Sinne Andresen argumentiert in ihrem Beitrag zum Verhältnis »Frauen und Geld« für eine gesellschaftliche Organisation der Arbeit, bei der die vom Profitstandpunkt aus als unproduktiv bestimmten Arbeiten nicht mehr (nur) den Frauen unbezahlt aufgebürdet werden. – Erstmals bringen wir in unserer Rubrik mit »schöner Literatur« einen Text der nicht zuletzt durch ihre zwischen Karl Marx und Karl Valentin angesiedelten Stücke (»Allerletztes aus der Da Da eR«) bekannt gewordenen Steffen Mensching und Hans-Eckardt Wenzel.

Neu in die Redaktion gekommen ist Alexander Honold, wissenschaftlicher Mitarbeiter am FB Germanistik der FU Berlin. Er wird den Bereich Literatur betreuen.

T.W.

Erinnerung an Theo Pinkus

Die Linken, die jeder Linke kennt, sind entweder Politiker oder Theoretiker oder Künstler. »Kennen« heißt in diesem Zusammenhang: man kennt ihre Taten (manche ihrer Taten) und man kennt ihre Werke, selten die Person. Theo Pinkus war ein Linker. Er war es schon während der Weimarer Republik, als er als Lehrling bei Rowohlt die Bücher zu seinem Beruf machte, als er an Münzenbergs »AIZ« mitmachte, er war es noch, als er am 5. Mai 1981 im Alter von 81 Jahren starb.

Theo Pinkus sah sich nicht als Politiker. Er hat keine unsterblichen theoretischen oder künstlerischen Werke hinterlassen. Und dennoch kannten ihn alle, die sich bei uns für die Geschichte der sozialen Emanzipationsbewegungen interessierten und sie in der Gegenwart fortsetzen. Sie kannten ihn als Züricher Antiquar, in dessen Beständen sich alles aus der und über die Geschichte der Arbeiterbewegung fand, was ansonsten nirgendwo zu finden war, weil es irgendeiner Form der Zensur zum Opfer gefallen war: der brutalen Zensur der Nazis; der blinden, manchmal auch nur einäugigen Zensur der Stalinisten; der schwerer greifbaren Zensur der Marktgängigkeit und der Moden; der mächtigen Zensur des eigenen Vergessenwollens.

Vor allem aber kannte man Theo Pinkus als Person. Auf irgendeiner der ungezählten linken Veranstaltungen, die er besuchte, auf einer Tagung, auf einem Kongreß, einem Seminar oder einem Fest mußte man ihn kennenlernen, den kleinen, fragilen Mann mit den schönen langen, schlohweißen Haaren und der großen Tasche, in der immer einige Exemplare seines »Zeitdienstes« steckten, den er in so unnachahmlicher zurückhaltender Hartnäckigkeit im persönlichen Gespräch zu verkaufen verstand.

Bei einer solchen Gelegenheit hat er eher zufällig bei mir übernachtet, obgleich wir vorher einander nicht bekannt waren. Als ich noch nach dem Bettuch für die Gästematratze suchte und überlegte, ob die niedrige Lagerstatt für einen so bekannten wie bejahrten Mann Schweizer Herkunft wohl bequem und schicklich sei, breitete er in geübter Selbstverständlichkeit auf dem Boden den Schlafsack aus, den er für solche Fälle immer mit sich führte, wies mein Bettzeug mit dem freundlichen Hinweis zurück, daß mir auf diese Weise doch unnötige Arbeit entstehe und verwickelte mich, während er ruhig seine Verrichtungen traf, in seine Fragen danach, wer ich sei und was ich mache. Spontan erschien mir sein Verhalten als ein ermutigendes Beispiel dafür, wie man ein langes Leben lang körperlich und geistig beweglich bleiben kann, ein Beispiel von Bescheidenheit, Lebenstüchtigkeit, Freundlichkeit, Offenheit. Heute denke ich: es war Politik. Es war Politik, wie er sie sich vorstellte. Politik aus der Nähe, Politik im Alltag, eine Politik der Beweglichkeit, der Neugier, der Bestimmtheit, eine Politik der persönlichen Bescheidenheit, aber nicht der Bescheidenheit der Ansprüche; eine Politik, die die anderen brauchte, aber nicht zum Bettenbauen. An Pinkus liegt es also gewiß nicht, daß es immer noch kein Land auf der Welt gibt,

in dem Lenins berühmte Putzfrau den Staat regieren kann: Im Gegensatz zu den Herren von Wandlitz hat er Putzfrauen zum Bettenmachen nicht gebraucht und hätte sie gewiß für andere Aufgaben gern freigestellt gesehen.

Die Projekte, die Pinkus hinterläßt, sind nach der Art seiner Politik: Seine in Genossenschaftseigentum überführte Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich und Salecina als fröhlicher Ort der Vernetzung Andersdenkender aus ganz Europa. Der Ort liegt nur ein paar Kilometer von Sils Maria, wo in der trostlosen Einsamkeit der engen Stube der Gedanke von der ewigen Wiederkehr des Gleichen seine machtvollste Formulierung fand. Man kann Salecina als eine Antwort darauf verstehen – keine theoretische, keine künstlerische, aber eine kulturelle allemal.

Wer immer behauptet, Politik könne im Großen nicht so sein, wie Pinkus sie dachte und lebte, wird zu bedenken haben, daß von weit größer angelegten politischen Projekten, die sich Vergesellschaftung nur als Machtfrage denken konnten, weit weniger geblieben ist als von dem, was Pinkus gestiftet hat.

Wie im Westen, also auch auf Erden*

Seit der Osten im Westen liegt, steht der Feind bekanntlich im Süden. Was das bedeutet, hat Georges Bush in seiner Ansprache zum Stand der Union sehr klar gesagt. Jetzt beginnt eine neue historische Epoche, ja eine neue Weltordnung. Neue daran ist, daß sie von der Einheit der Weltmeinung getragen wird, nicht so neu, aber für den Präsidenten doch wichtig zu deklarieren ist, daß die USA an erster Stelle in dieser Weltordnung stehen. Sie hat mit einem Krieg begonnen, einer neuen Art von Krieg, in der die psychologische Kriegführung entscheidend verbessert worden ist und dieser Krieg ist nur der erste von vielen zu erwartenden Nord-Süd-Kriegen. Auf einer Reise durch Lateinamerika hörte ich von vielen Menschen zum Golfkrieg nur die Frage »which country next?«, welches Land nach Panama und dem Irak wird das nächste sein? Wie im Westen, also auch auf Erden ...

Mir fehlt in diesen Tagen die klare Stimme eines verstorbenen Freundes, Erich Fried. Er hätte vielleicht dazu beigetragen, die Verwirrung, in der viele sich befinden, etwas aufzuklären. Ich empfinde sie als eine neue »Bankrotterklärung der Intellektuellen« und mich hat die Kriegsrechtfertigung an das geistige Desaster von 1914 erinnert. Wir mußten rasch umschalten: von dem Kriegsmotiv, das Unrecht Sadam Husseins wieder gutzumachen auf das Motiv des Präventivkriegs für Israel. In diesem Zusammenhang ergab sich die willkommene Gelegenheit, die deutsche Friedensbewegung zu diffamieren. Ernst Tugendhat schrieb: »Es gibt Menschen und auch Staaten, die auf dem irrationalen Schuldgefühl eines anderen virtuos wie auf einem Klavier spielen können.« (*Zeit*, 27.2.91) Dieses Spiel geht durchaus weiter und es ist die absurde Situation entstanden, daß man die Friedensbewegung, die wie kaum eine andere Massenbewegung an den realen Schuldgefühlen der Nation gearbeitet hat, zu erledigen versucht mit dem Antisemitismusverdacht. Ich möchte nur an einen Satz dieser Bewegung erinnern, der nur aus der Erinnerung an Auschwitz verstanden werden kann, den wunderbaren und überaus deutschen Satz »Diesmal kann keiner sagen, er habe es nicht gewußt«. Aber im Westen stehen jetzt nicht Rückbesinnung, sondern Präventivkriege an, nicht Abrüstung, sondern Umrüstung, nicht Versorgung der Verelendeten mit Trinkwasser, sondern neue Epidemien, von denen die Cholera nur die sichtbarste ist. Das Geld, das an einem Tag des Golfkrieges verbraucht

* Rede zur Eröffnung der 12. Volksuni, Berlin, Pfingsten 1991

wurde, würde für das kleine Land Peru gerade reichen, sauberes Wasser für alle zu gewinnen.

Der Titel dieser Volksuni ist theologisch excellent. Theologie ist die Unterscheidung zwischen Gott und den Götzen, zwischen dem Gott des Lebens und den Götzen der Unterdrückung. Genau auf diese Aufgabe weist der Titel hin. Er stammt aus dem Vaterunser, in dem eine Bitte heißt »Dein Wille geschehe, wie im Himmel also auch auf Erden«. Dabei ist vorausgesetzt, daß der Wille Gottes erkennbar ist. Es ist weder unklar noch verborgen, wozu wir Macht, Geld und Technologie einsetzen sollen. »Du wirst nicht morden« ist ein anderer Satz desselben Gottes.

Der Westen gibt sich bei uns als eine Art Himmel aus: neue Weltordnung, vereinheitlichte Meinung, neuer Rüstungsschub, totale Herrschaft über alle anderen Völker. Der Götze, der da angebetet wird, ist die schiere Macht. Demgegenüber beten Christen um die Realisierung des Willens Gottes und beziehen sich auf die universalistischen Traditionen des Lebens für alle Menschen. Es ist gar nicht einfach, den Westen nicht mit dem Himmel zu verwechseln, gerade das wird uns ja ständig eingebläut. Es ist auch nicht einfach, uns mit dem Gott des Lebens zu verbünden und etwas mehr Widerstand zu leisten. Aber das besser und klarer zu lernen, sind wir ja hier zusammengekommen.

Steffen Mensching und Hans-Eckart Wenzel

Der Meisenwürger aus dem Friedrichshain*

Der Mensch sucht lang nach seinem Platz hienieden
 Oft ist die Mühe groß und karg der Lohn
 Nicht jedem ist ein Höhenflug beschieden
 Nicht jeder kommt mit heiler Haut davon
 Dem fehlt ein Ausweg, jenem fehlt ein Bein
 An Liebe mangelt's und an Sonnenschein
 Drum hört vom Meisenwürger aus dem Friedrichshain

II

Er sah sie sitzen in den kahlen Ästen
 Die kleinen Meisenvögel schwarz und blau
 Ein Mann in Ostberlin im goldnen Westen
 Ein Mann im besten Alter ohne Frau

Im frühen Leben war er einst Zerspaner
 Ein Dreher heißen Eisens! Guter Bürger!
 Wäre er geblieben wäre er noch Marzahner
 Und nicht wie jetzt ein fieser Meisenwürger
 Er liebte seinen Sittich namens Peter
 Den er das Sprechen lehrte viele Stunden
 Bis man das stumme Tier dann etwas später
 Zerdreht in seinem Käfig aufgefunden

Der Mensch ist gut! Doch kanns nicht immer sein
 Wird – geht zu Ende sein Latein – zum Schwein
 Im schlimmsten Falle: Meisenwürger/Friedrichshain

III

Der Tag begann wie aller Tage Morgen
 Am Fenster stand er arbeitslos und frei
 Die kleinen Meisen fraßen ohne Sorgen
 Vom Futternapf das goldne Korn dabei

Und neidvoll sah er auf der Vögel Picken
 Er selbst seit Monaten verdammt zum F---luchen
 Griff eine Meise derb am Meisenrücken
 Das Meisenwürgen erstmals zu versuchen

* Aus dem gleichnamigen Programm

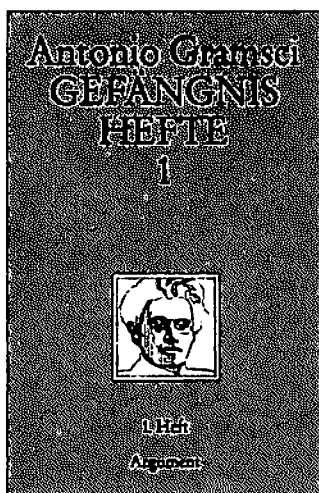
Und als er brach das kleine Meisenwirbellein
 Und keiner hörte leis das Meisenhilfeschrein
 Ward er zum Meisenwürger aus dem Friedrichshain

IV

Für jedes Leid das man ihm zugemutet
 Für jede Frau die ihn zum Wahnsinn trieb
 Verlangte er daß eine Meise blutet
 Damit das Elend in der Waage blieb

Wie oft tat ihn das Elend bitter packen
 Sah überm Bunkerberg er Vögel fliegen
 Man hörte seine Fingerknochen knacken
 Und seinen Ruf: Euch werd ich alle kriegen
 Das war vor langer Zeit vor Jahr und Wochen
 Zur Zeit der Menschen und der Industrie
 Heut zählen Roboter die Meisenknochen
 Und singen leis im Kreis: VERGESST SIE NIE!

Es steht gemeißelt in den Meißner Meisenstein:
 DER MENSCH WOLLT WEISESTER DER WEISEN SEIN.
 DRUM WÜRGTE ZUM BEWEISE MEISEN EINST DER
 MEISENWÜRGER/FRIEDRICHSHAIN



Antonio Gramsci Gefängnishefte

Band 1, 1. Heft

Hg. von Klaus Bochmann
Einleitung von Wolfgang Fritz Haug
288 S., geb., DM 46,-
Subskriptionspreis: DM 37,-

Im Herbst erscheint:

Antonio Gramsci Gefängnishefte 2

(2. und 3. Heft)

Hg. von Wolfgang Fritz Haug
ca. 340 S., geb., DM 46,-
Subskriptionspreis DM 37,-

Die Ausgabe wird insgesamt 10
Bände umfassen. Bitte fordern Sie
einen Subskriptionsprospekt an!

Neu zu entdecken: Gramsci, Antonio

(1891–1937)

Am 22. Januar dieses Jahres hat sich Antonio Gramscis Geburtstag zum einhundertsten Mal geöhrt — Anlaß genug, sich einen Denker und Revolutionär ins Gedächtnis zu rufen, der wie kaum ein anderer den westlichen Marxismus der Nachkriegszeit beeinflußt hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei sein Hauptwerk: die *Quaderni del carcere*, die er unter schwierigsten geistigen und materiellen Bedingungen in den Kerkern der italienischen Faschisten zwischen 1929 und 1935 niederschrieb.

Mit dem seit Ende März vorliegenden ersten Band der *Gefängnishefte* kann die Gramsci-Debatte nun auch hierzulande endlich auf gesicherte Grundlagen gestellt werden. Für die interessierte Öffentlichkeit ist das ein ungeheurer Gewinn — und für den Verlag ein hohes Risiko. Bis 1996 soll die integrale Ausgabe der *Gefängnishefte* in 10 Bänden (mit insgesamt ca. 4.000 Seiten) vorliegen. Bei der Realisierung dieses Vorhabens sind Subskriptionen eine willkommene Hilfe. Von daher unsere Bitte an alle Interessierten: *Unterstützen Sie das deutsche Gramsci-Projekt! Subskribieren Sie die deutsche Ausgabe der Gefängnishefte.*

(Subskriptionsschluß: 31.12.1991)

Hiermit subskribiere ich: *Antonio Gramsci, Gefängnishefte*

(10 Bände, 1991 bis 1996, Band 1 bereits erschienen).

Ich erteile Einzugsermächtigung (Zusendung erfolgt portofrei)

Kto.-Nr.

BLZ

Bank:

Ich erbitte Zusendung mit Rechnung (pro Band DM 2,-Porto)

Name:

Straße:

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift:

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Michael Brie

Marxismus und administrativer Sozialismus*

Marxismus als geistige Orientierung staatssozialistischer Revolutionen?

Es ist eine der verblüffendsten und für einen Sozialtheoretiker geradezu bestürzendsten Tatsachen, daß Marxens Werk wie kaum ein anderes vor oder nach ihm auf eine radikale Emanzipation der Menschen zielt und doch in fast schlüssig zu nennender Weise zur apoletischen Affirmation eines Systems neuer Hörigkeit – des administrativen Sozialismus – gebraucht werden konnte. Es wäre Marxens unwürdig, darin nur einen Zufall der Geschichte sehen zu wollen. Damit ist vor allem die Frage aufgeworfen, inwiefern die russische oder chinesische Revolution mit einem Kern an Rationalität sich überhaupt an Marxens theoretischen Auffassungen orientieren konnten. Es ist leicht, die Frage selbst mit der Bemerkung abzuwehren, daß es sich um einen einfachen Mißbrauch von originär Marxschen Ideen handelt.

Die tiefste geistesgeschichtliche Ursache für diesen paradoxalen Tatbestand liegt meines Erachtens im theoretischen Ansatz der emanzipatorischen Kritik von Marx selbst – in ihrer letztendlichen Reduktion auf Denkfiguren der Subjekt-Objekt-Dialektik. Einerseits erschließt Marx beginnend mit der »Deutschen Ideologie« und vor allem in seinen politökonomischen und politikwissenschaftlichen Analysen der Strukturen und Entwicklungstendenzen der Gesellschaft seiner Zeit eine beeindruckende Komplexität sozialer Wirklichkeit. Andererseits aber kann er diese Komplexität grundlagentheoretisch nur begrenzt verarbeiten, da dies immer von neuem auf die Schranken seines emanzipatorisch gewendeten Entfremdungstheorems stößt.

Marx erkennt zwar – anders als Hegel – den Unterschied von Vergegenständlichung und Entfremdung (MEW 40, 572) und kann deshalb in der Geschichte und dem Dasein der Industrie »das *aufgeschlagene* Buch der *menschlichen Wesenskräfte*, die sinnlich vorliegende menschliche *Psychologie*« (ebd., 542) erkennen. Diese fundamentale analytische Differenz wird aber nicht auf die in modernen Gesellschaften hervorgebrachten Subjekt-Subjekt-Verhältnisse übertragen. Die Vermittlung von individueller, kollektiver, institutioneller und gesellschaftlicher Reproduktion über den Markt, bürokratische Organisationsformen, parlamentarische Demokratie verfällt dem prinzipiellen Verdikt. Zwar heißt es, »Vermittlung an sich« sei natürlich notwendig, und doch unterliegt jeder Versuch, insbesondere in den Verhältnissen des Marktes emanzipatorische Potentiale zu erkennen, einer beißenden Kritik. Dem Versuch der Scheidung der Marktwirtschaft von ihren kapitalistischen Strukturen wird die These von ihrer prinzipiellen Identität in modernen Gesellschaften gegenübergestellt: »Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum

* Vorabdruck aus: Michael Thomas (Hrsg.), *Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß*. Akademie-Verlag, Berlin 1991.

Kapital entwickle oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit.« (MEW 42, 174)

Dadurch entsteht ein tiefer Widerspruch: Bezogen auf die Natur und die Umwandlung von Natur in den Reichtum gesellschaftlicher Fähigkeiten, Bedürfnisse und Genüsse der Individuen sowie interindividuellen Verhältnisse denkt Marx *Emanzipation als sich entfaltende Produktion und Reproduktion*. Auf der makrosozialen Ebene relativ selbständiger Teilbereiche, Institutionen und Organisationen dagegen wird *Emanzipation letztlich in die Denkfigur der Zurücknahme gepreßt*. Die Konsequenz ist eine Utopie der Unmittelbarkeit von Individuellem und Gesellschaftlichem, eine Utopie unmittelbarer Gesellschaftlichkeit, die vom Konspekt zu James Mills »Elementen der politischen Ökonomie« über die »Grundrisse« bis zur »Kritik des Gothaer Programms« reicht.

Der unaufgebbare rationale Kern dieser radikalen emanzipatorischen Kritik ist unter anderem die Tatsache, daß ohne grundlegenden Wandel der Produktions- und Lebensweise, der Eigentumsverhältnisse, des demokratischen Systems, der Kommunikationsweise das heute historisch mögliche Maß an freier Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller nicht Wirklichkeit werden kann. In jeder der Krisenphasen des Staatssozialismus wurden dazu Entwürfe vorgelegt. Dies galt auch für das Forschungsprojekt »Moderner Sozialismus« in der DDR (vgl. Land u.a. 1989).

Heute ist klar, daß sich die Denkfigur der Rückführung, der Zurücknahme in die Unmittelbarkeit selbst noch aus traditionellen, durch eine kapitalistische Modernisierung in zerstörerischer Weise gerade erst erfaßten Lebenszusammenhängen speist. Und nicht zufällig gehören die Romantiker genauso wie der Handwerkerkommunismus zu den Quellen von Marxens Denken (für den Arbeitsbegriff vgl. u.a. Honneth 1980). Die theoriegeleitete Forderung nach Zurücknahme von Evolutionspotentialen einer kapitalistischen Moderne stützt sich lebensweltlich deshalb auf Bewegungen, die mit der weitergehenden Industrialisierung zugleich die Wiederherstellung traditional zünftiger Lebens- und Sinnbezüge verbinden.

Marx' radikal emanzipationsorientierte Kapitalismuskritik ist in doppelter Weise für spätere staatssozialistische Verkehungen geöffnet. Zum einen ist diese Kritik in verengender Weise marktzentriert. Da die Aufhebung der Kapitaldominanz in der Wirtschaft nur als Aufhebung der Vermittlung der gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen durch Geld gedacht wird, muß soziales Gestaltungspotential – für eine Übergangsperiode – in der staatlichen Vermittlung gesucht werden.

Die Vorstellung einer gewaltsamen Rückführung der ökonomisch geldvermittelten Verhältnisse auf die unmittelbare Gesellschaftlichkeit von Produktion und Aneignung erzeugt zwangsweise das Bild einer Ausfüllung des entstandenen Vakuums realer Vermittlung durch den Staat. Dies ist mit einer kaum erklärbaren Blindheit für den Zusammenhang dieser staatlichen Vermittlung mit bürokratischer Herrschaft verbunden (vgl. MEW 18, 635). Die Verstaatlichung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche kann dann zum Synonym der ersten Stufe der sozialen Befreiung werden.

Mehr noch: Die Denkfigur der Rückführung erzeugt real die Möglichkeit

einer fast beliebigen Ersetzbarkeit der vorhandenen Bewegungsformen der kapitalistischen Gesellschaft durch andere. Überzeugung und Zwang sind dann geradezu notwendige Versatzstücke, um die sich auftuende Leere zu füllen. Leo Trotzki begründet das während des Kriegskommunismus eingeführte und auch mit Mitteln staatlichen Terrors durchgesetzte Prinzip militärisch organisierten Arbeitszwangs mit der These: »Nach der allgemeinen Regel sucht sich der Mensch der Arbeit zu entziehen.« (Protokoly ..., 91) Daraus leitete er in dieser Zeit die Folgerung ab, daß Enthusiasmus und Zwang die beiden grundlegenden Triebkräfte seien (Trotzki 1921, 113). Die gewonnenen Erfahrungen erzwangen den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik. Dies war für Trotzki wie für Lenin und Bucharin mit einem bedeutungsvollen Wechsel der Position verbunden. Es wurde deutlich, daß im Raum ökonomischen Handelns zumindest absehbar die Ware-Geld-Formen nicht völlig ersetzbar sind.

Die Kopplung von Marxens eigener geistiger Entwicklung gerade auch an die frühe Arbeiterbewegung hatte zum anderen zur Konsequenz, daß eine generelle Affinität zu Bewegungen entsteht, die sich im Widerspruchsfeld von traditionellen Lebenszusammenhängen und Modernisierung bewegen. Euphorischer Fortschrittsglaube und Rückbindung desselben an die Wiedereinlösung von traditionellen Kulturmustern können sich untrennbar miteinander verschlingen. Es ist deshalb nicht zufällig, daß der Marxismus gerade in industriell weniger entwickelten Ländern und bei bestimmten Schichten einer noch nicht ganz in die modernen Reproduktionszusammenhänge integrierten Intelligenz zu einer integrierenden ideologischen Anschauung werden konnte.

Aus diesen beiden Gründen heraus kann es auch nicht als Zufall bezeichnet werden, wenn – vermittelt über den Sozialdemokratismus und dann über den Leninismus – Marx zum Leitsymbol der russischen Revolution wurde. Der Marxismus konnte auch von seiner inneren Substanz her als geistige Orientierung für den Versuch einer nachholenden Modernisierung mittels durchgreifender Verstaatlichung wirken. Mehr noch: Auch für die Ausnutzung der Energie traditionaler Protestbewegungen gegen die kapitalistische Weise der Modernisierung und die kriegsimperialistische Form der Abhängigkeit bot er bestimmte, wenn auch begrenzte Ansatzpunkte. Darüber hinaus schien er radikale Mittel zu der Einlösung eines an romantischer Kulturproduktion sich anlehnenen Gesellschaftsideals intellektueller Schichten bereitzuhalten (vgl. Damaschke 1981, 195ff.).

Die Blockierung des Kritikpotentials des Marxismus gegenüber dem Staatssozialismus

Marxens Theorie haftet eine eigentümliche Analyseschwäche an, die schon in der teilweisen Reduktion des Emanzipationsgedankens auf die Denkfigur der Rückführung im Rahmen einer Subjekt-Objekt-Beziehung aufschien. Mit dieser Denkfigur ist engstens die Identifikation von 1. Machtstrukturen, 2. modernen Evolutionspotentialen und 3. sozialen Kräften (Klassen, sozialen Bewegungen usw.) verbunden. Die praktischen Grundlagen einer solchen Identifikation sind heute zumindest in den industriell hochentwickelten Ländern weitgehend

verschwunden (Offe 1984, 13ff.). Trotz aller gegenläufigen Tendenzen ist Marxens Werk in eigentümlicher Weise durch einen monistischen Reduktionismus der Analyseaspekte geprägt.

Marx war bestrebt, gerade durch sein Hauptwerk, »Das Kapital«, nachzuweisen, daß aus dem Doppelcharakter von gebrauchswert- und wertproduzierender Arbeit die sachliche Vermittlung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse durch Geld entsteht, diese notwendig in die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter umschlägt und daraus direkt einerseits eine wachsende Macht des Kapitals und andererseits eine wachsende Organisationsfähigkeit und emanzipatorische Protestmacht der Arbeiter als Klasse entspringt. Im Bild von der durch ihn untersuchten Gesellschaft als organisches System wird diese Geschlossenheit der eigenen Theorie begründet (MEW 42, 203).

Rückblickend werden die Verengungen einer derartigen Analyse moderner Gesellschaft offenbar. *Erstens* ist es notwendig, die verschiedenen, in den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang eingelassenen und nicht aufeinander reduzierbaren, aber sich wechselseitig stützenden Strukturen kapitalistischer, bürokratischer, patriarchalischer oder militärischer Macht zu untersuchen. Dies steht *zweitens* in keinem Verhältnis zwangsläufiger wechselseitiger Bedingtheit mit den Evolutionspotentialen von marktvermitteltem Wirtschaften, gewaltenteiliger Demokratie oder Öffentlichkeit. Die relative Verselbständigung von wirtschaftlicher, politischer und kultureller Evolution ist nicht unvermeidlich an die Vorherrschaft der genannten Machtstrukturen gebunden.

Da moderne Gesellschaften *drittens* zumindest partiell auf der Stellung der Individuen als autonome Subjekte von Wirtschaft, Politik und Kultur in einer *Zivilgesellschaft* basieren, entsteht die Möglichkeit ihrer Organisation und Selbstorganisation als soziale Bewegungen, die auf den Erhalt oder sozialen Wandel grundlegender gesellschaftlicher Zusammenhänge vom Standpunkt breiter Schichten von Betroffenen zielen (Raschke 1985). Dies stellt einen selbst wieder gesondert zu nehmenden Analyseaspekt dar. Auch soziale Bewegungen moderner Gesellschaften entspringen keinesfalls deterministisch und kausal aus bestimmten Machtstrukturen oder aus den jeweiligen Evolutionspotentialen.

Stärke und Schwäche der verschiedenen theoretischen Anläufe von Marx bestehen darin, diese drei Aspekte unmittelbar miteinander zu verschmelzen. Kurzzeitig schienen diesem Anliegen bestimmte Tendenzen der zeitgenössischen Gesellschaften zu entsprechen. Direkte Herrschaft des Kapitals, »frei« sich entfaltende Marktwirtschaft und der Aufstieg der Arbeiterbewegung waren zwar niemals und schon gar nicht in einem Land diejenigen Charakteristika, die die Gesamtbewegung bestimmten, aber es konnte zeitweilig angenommen werden, daß darin das »Wesen« der Entwicklung bestehen würde. Aber schon beginnend mit der großen Depression im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts haben sich diese Tendenzen relativiert und wurde ihr Zusammenhang zunehmend loser.

So paradox es ist: Die staatssozialistische Gesellschaft ist auf Grund ihrer besonderen Entstehungsbedingungen eigentlich weitaus geeigneter als die industriell hochentwickelten westlichen Länder, um geistig innerhalb des Marxschen Ansatzes einer Identität der genannten drei Aspekte zu verbleiben. Die einseitige Ausprägung der bürokratischen Organisationsweise der Gesellschaft und ihres

Mediums Macht, die Blockade anderer Evolutionspotentiale moderner Gesellschaft, der immer wieder erneuerte Versuch, die Gesellschaft als Totalität nach dem einheitlichen Prinzip des »demokratischen Zentralismus« durchzugestalten, die massive Unterdrückung aller Tendenzen der Herausbildung einer Zivilgesellschaft hatten einen sozialen Boden entstehen lassen, der dem »Monismus« von Marxens Theorie entgegenkam.

Einerseits erfolgt im Sozialismus eine »Gleichschaltung« der verschiedenen Machtstrukturen. Es wurde eine weitgehende Identität zumindest der bürokratischen, militärischen und patriarchalischen Herrschaftslagen hergestellt, die sich in den Ritualen des Systems und seiner Repräsentanten dokumentierte. Die durch die spezifische Marktlage bedingte Macht wurde in den grundlegenden Funktionszusammenhängen ausgeschaltet und auf den Schwarzmarkt verlagert. Aber selbst dieser war zumindest teilweise ein Appendix der Bürokratie. Andererseits erfolgte die Reduktion der Evolutionsstrukturen auf die bürokratische Macht bzw. ihre Anpassung an diese. Die »planmäßige« Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen, die Unterordnung des Kreditwesens unter die zentrale Verteilung der Bilanzen, die Verwandlung von Öffentlichkeit in öffentliche Zuschau-Stellung des Selbstbildes des Systems vom Standpunkt seines Zentrums aus – dies alles mündete selbst in eine bürokratie-zentrierten Einebnung der unterschiedlichen Evolutionsstrukturen.

Diese doppelte Gleichschaltung von Macht- bzw. Evolutionsstrukturen ist ihrerseits wieder mit einer »Gleichschaltung« im Verhältnis von Macht- und Evolutionsstrukturen auch zueinander gekoppelt. Im Unterschied zu den entwickelten kapitaldominierten Gesellschaften Westeuropas oder der USA ist in den Grundstrukturen staatssozialistischer Gesellschaften keine Gegenläufigkeit von Machtstrukturen und Evolutionsstrukturen angelegt. Sie besteht bestenfalls im Auflösungsprozeß dieser Gesellschaften.

In den »westlichen« Gesellschaften sind – stark verkürzt ausgedrückt – formelle Gleichheit der Eigentümer und reale Monopolisierungstendenzen der Marktmacht, formelle Gleichheit der Bürger und reale Usurpationstendenzen politischer Macht, formelle Gleichheit der Meinungen und reale Manipulationstendenzen vom Ausgangspunkt her prinzipiell gegensätzlich. Im Staatssozialismus dagegen fallen die Evolutionsstrukturen der Vergesellschaftungsweise (Weise der Vermittlung des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs) und die Strukturen der Macht in der bürokratischen Organisationsweise grundsätzlich zusammen. Während in den »westlichen« Gesellschaften gerade der Gegensatz von Evolutions- und Machtstrukturen Bedingungen einer sich immer wieder erneuernden Dynamik ist, kündigt deren Auseinanderlaufen im Staatssozialismus Verfall an.

Die von Marx ignorierte Gegensätzlichkeit von Evolutionsstrukturen und Machtstrukturen moderner Gesellschaften ist die Bedingung der Herausbildung der Zivilgesellschaft als Sphäre relativ autonomer Individuen, Familien, Organisationen und sozialen Bewegungen. Nur durch die Verwurzelung in den Verhältnissen des Marktes, gewaltenteiliger Politik und der Öffentlichkeit sowie der rechtlichen Fixierung der jeweilig besonderen Subjektqualitäten können Gegenmächte gegenüber den Gewalten von Kapital, Exekutive, Medienkonzernen,

Patriarchat oder militärisch-politisch-industriellen Komplex herausgebildet werden.

Und umgekehrt: Erst mit der Entwicklung als Gegenmächte wurden und werden die normativ in den Evolutionsstrukturen eingeschriebenen Wettbewerbspotentiale (Krüger 1991) und Gestaltungskräfte sozialer, ökologischer und humaner Entwicklung auch freigesetzt. Allgemeines und geheimes Wahlrecht, Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs-, Vereinigungs- und Organisationsfreiheit, Recht auf soziale Fürsorge durch die Gesellschaft, Recht auf Bildung, Gesundheit und Wohnung, Recht auf Arbeit und Freizeit, Recht auf Wehrdienstverweigerung und zivilen Ungehorsam, dies sind erreichte oder zu erreichende Bedingungen der Ausprägung einer modernen Zivilgesellschaft – dem Dreh- und Angelpunkt einer reflexiven Modernisierung von Evolutionsstrukturen und Macht (Beck 1986).

Gegenüber den »westlichen« Gesellschaften führt Marxens emanzipatorische Radikalität real zu einer politischen Ohnmacht. Sie kann keine positive Alternative einer auszufechtenden Entfaltung der inneren Widersprüche dieser Gesellschaft denken, sondern nur deren strikte Negation. Die Identifikation der genannten drei Aspekte blockiert die produktive Entfaltung des Potentials marxistischer Theorie. Mehr noch: Zu einer Theorie, die tatsächlich beherrschenden gesellschaftsgestaltenden Einfluß nimmt, wird der Marxismus tatsächlich und folgerichtig gerade dort, wo eine nachholende, bürokratie-zentrierte Modernisierung einen radikalen Bruch vollzieht, um Anschluß zu gewinnen. Nur, daß diese nachholende, aber eben sehr auf Eigenständigkeit zielende Bewegung als überholende ausgegeben wurde.

Gegenüber den staatssozialistischen Gesellschaften versagt das kritische Potential des Marxismus aus gleichem Grunde wie gegenüber den »westlichen«. Entweder werden die Grundstrukturen des Staatssozialismus als mehr oder minder entwickelte Strukturen einer unreifen, sich noch emanzipierenden kommunistischen Gesellschaft begriffen, oder aber sie werden als totale Verkehrung des Emanzipationsanspruchs systemkritisch untersucht. Entweder werden die vorhandenen Verhältnisse des Staatseigentums, bürokratischen Zentralismus und Doktrination als notwendige Frühformen sozialisierten Eigentums, demokratischer Selbstverwaltung und freier Bewußtheit analysiert (Kühne 1970), oder sie werden als Verkehrung von Volkseigentum, Volksmacht und geistiger Selbstbestimmung in ihr direktes Gegenteil denunziert.

Die Schwierigkeit der Herausbildung eines produktiven Kritikpotentials innerhalb des Staatssozialismus liegen vor allem darin begründet, daß ihm in seiner Grundtypik weder die Gegenläufigkeit von Macht- und Evolutionsstrukturen noch die daraus hervorwachsende zivilgesellschaftliche Formierung von Akteuren eigen sind. Aus der »Idealform« dieser Gesellschaft – soweit davon überhaupt gesprochen werden kann (s. dazu weiter unten) – entspringen deshalb keine Ansatzpunkte für soziale Bewegungen und deren normative Ansprüche, die das System *von innen her* in Frage stellen könnten. Die sozialen Lagen, Interessen, Haltungen und Fähigkeiten, die aus der positionellen Stellung in der Machtstruktur erwachsen, und jene, die aus der Funktion oder Rolle in der jeweiligen Evolutionsstruktur hervorgehen, liegen nicht quer zueinander und

können deshalb auch nicht gegeneinander zu normativen Ansprüchen sublimiert werden.

Die Grundmerkmale des Staatssozialismus und ihre Auflösung in dessen evolutionären Krisenzyklus

Unter den vielen Möglichkeiten der Analyse des Staatssozialismus scheint es meines Erachtens sinnvoll, sich auch der Kombination folgender drei modellbildend gemeinter Grundbestimmungen zuzuwenden:

Erstens: In modernen Gesellschaften sind Gemeinschaft und Gesellschaft relativ weit strukturell ausdifferenziert. Verrechtlichten Verhältnissen des Marktes, der Verwaltung oder der öffentlichen Meinung stehen Beziehungen in Familien, Freundschaften, »Seilschaften«, informellen Gruppen genauso konflikthaft wie einander ergänzend und bedingend gegenüber. Analytisch können Systemintegration und Sozialintegration unterschieden werden (Habermas 1988, 548ff.), gerade weil sie nicht als verschiedene Realitätsbereiche ausgemacht werden können.

Der Staatssozialismus sowjetischen Typs war dadurch geprägt, zugleich die gesamte Gesellschaft als eine große Gemeinschaft zu formieren *und* diese Formierung durch die Verwandlung dieser Gemeinschaft in eine große Fabrik, in ein großes Büro zu realisieren (und vice versa). Im kritisch geprägten Terminus vom »bürokratisch-administrativen Sozialismus« sind diese beiden Tendenzen verbunden. Aber diese Verbindung des analytisch Inkommensurablen ist keine theoretisch falsch geprägte »ideologische Schlagwortmünze« (Ruben 1990), sondern ein relativ adäquater Reflex einer realen Paradoxie.

Zweitens: Während die Evolution moderner Gesellschaften durch ein hohes Maß der funktionalen Ausdifferenzierung von Subsystemen (Wirtschaft, Politik, Bildung, Wissenschaft usw.) mit je eigenen mehr oder minder generalisierten Kommunikationsmedien geprägt ist (Luhmann 1986, 198), war der sowjetische Staatssozialismus in seiner »reifen« Ausformung durch die Verwandlung der Gesellschaft in eine hierarchische Großorganisation mit Tendenzen der Vergemeinschaftung charakterisiert. Staatsapparat, Parteiapparat und Sicherheitsapparat hatten zum Teil gleiche Aufgaben. Funktionale und segmentarische Differenzierung waren nicht deutlich geschieden. Großbetriebe z.B. waren oftmals alles zugleich – Produktionsorganisation, Wohn- und Lebensgemeinschaft, Überwachungsorgan.

Drittens: Marxens Modell der antagonistischen Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums bei den Eigentümern der Produktionsmittel auf der Grundlage der Enteignung und Entfremdung der unmittelbaren Produzenten dieses Reichtums von ihrem eigenen Produkt läßt sich mit wesentlichen Modifikationen auf den Staatssozialismus anwenden. Der wesentliche Unterschied ist, daß keine derartigen konträren Subjekte, selbstbewußte und organisierte Akteure festgemacht werden können. Die machtvermittelte Konzentration der wesentlichen Ressourcen (Produktionsbedingungen, Gewalt, Information) in einem Zentrum bedingt auf ihrer Kehrseite die Enteignung, Entmachtung und Desinformation aller potentiellen sozialen Akteure. Deren Herausbildung wird

geblockt oder extrem deformiert. Dies gilt selbst für die Nomenklatura. Sie kann sich entgegen der Auffassung Trotzki's (1939, 100ff.) aus diesen systeminneren Gründen nicht zur Klasse für sich formieren.

Der Versuch einer nachholenden und überholenden Modernisierung durch die Formierung einer Gesellschaft mit den genannten drei Merkmalen verrennt sich dann in eine historische Sackgasse, wenn diese Eigenschaften als idealer Bezugspunkt gestaltenden Handelns und nicht als zeitweilige Übergangsform konzipiert und praktiziert werden. Jedem dieser Merkmale ist zugleich eine bedeutende historische Schubkraft *und* deren Erschöpfung sowie Auflösung eingeschrieben. Sie speisen ihre eigentliche Kraft aus traditionellen Bewegungen, die sich gegen eine zerstörerische, abhängig kolonialisierende, überkommene Lebenszusammenhänge lawinenartig zerschlagende Modernisierung, Kapitalisierung, Bürokratisierung wehren. Und sie lenken diese Kräfte genau in Richtung einer andersartigen einseitigen Modernisierung, die die traditionellen Lebens- und Sinnzusammenhänge zeitweise substituiert, dadurch auflöst, so daß letztendlich auch die Substitute überflüssig werden. – Die aus den historischen Bedingungen von Kriegsimperialismus, Kolonialisierung, Weltkriegen und deren Wirkungen auf die Länder mit weltwirtschaftlich mittlerer oder niedriger Entwicklung hervorgehenden staatssozialistischen Revolutionen haben Gesellschaften hervorgebracht, die sich *in einem unlösbaren Dilemma* befanden bzw. befinden:

Einerseits gab es immer neue Anläufe, die genannten drei Grundzüge staatssozialistischer Gesellschaften konsequent durchzusetzen. Solange dafür noch die zwischen traditionellen und modernen Tendenzen zerrissenen Kräfte mobilisiert werden konnten, führte dies zu einer zeitweisen Dynamisierung, zu teilweise unvorstellbaren Ergebnissen einer primär extensiven wirtschaftlichen, urbanen und kulturellen Entwicklung. Doch endeten solche Phasen zwangsläufig in einer *Stagnationskrise*.

Erstens fraß die Bürokratisierung die Gemeinschaftsformen auf und umgekehrt instrumentalisierten parasitär korrupte Gemeinschaftsformen der Nomenklatura genauso wie des »normalen sozialistischen Kollektivs« die zentralistisch-bürokratischen Strukturen teilweise bis zu Unkenntlichkeit. Zweitens zerstörten die Versuche der politisch-ideologischen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Durchgestaltung der gesamten Gesellschaft die vorhandenen Ansätze von wirtschaftlicher Effizienz, wissenschaftlicher oder künstlerischer Produktivität, menschlichen Schöpferturns generell. Umgekehrt führte die dadurch provozierte und bevorzugte Haltung zu einem sich ausbreitenden Konformismus, schlechter Mittelmäßigkeit und einem grauen Gleichmaß in immer mehr Lebens- und Produktionsbereichen. Die Gleichschaltung der Subsysteme erzeugte eine Gleichförmigkeit von Denken und Handeln. Drittens ermöglichte die Konzentration und Zentralisation der Ressourcen zwar eine extreme Beschleunigung der gesellschaftlichen Veränderung in bestimmten Bereichen auf Kosten anderer. Die dadurch hervorgebrachten Disproportionen schlugen aber bald hemmend zu Buche. Darüber hinaus zerstörte die umfassende Enteignung die Subjektivitätspotentiale aller sozialen Akteure. Ihr Rückzug aus gesellschaftlicher Aktivität in den Kampf um private Nischen war das zwangsläufige Resultat. Anstelle einer Zivilgesellschaft entstand eine Nischengesellschaft.

Gerade mit der konsequenten Gleichschaltung von Macht- und Evolutionsstrukturen und der daraus hervordachsenden Auflösung aller zivilgesellschaftlichen Ansätze, gerade mit der Entfaltung der systemimmanenten Charakteristika, gerade mit den evolutionären Erfolgen bei der Auflösung traditionaler Produktions- und Lebenszusammenhänge war eine Stagnationskrise die unvermeidliche Folge. Sie wurde – im günstigsten Falle – durch eine Reformpolitik konterkariert.

Diese Reformpolitik mußte – mehr oder minder konsequent, komplex und tiefgreifend – auf die Lösung der in den genannten drei Grundmerkmalen des Staatssozialismus fixierten Paradoxien gerichtet sein. Aber eine Politik erstens der Ausdifferenzierung von Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit, zweitens der Entfaltung der spezifischen Evolutionspotentiale besonderer sozialer Subsysteme und drittens der engeren Rückkopplung der Produzenten des materiellen und kulturellen Reichtums mit der Verfügung und Aneignung ihrer jeweiligen Produktionsbedingungen hob die dem Staatssozialismus eigentümlichen Reproduktionszusammenhänge tendenziell auf. Damit wurden in das System Vermittlungsformen integriert, die ihm dem Wesen nach fremd waren, seiner Grundstruktur permanent zuwiderliefen. Es waren dies Krücken einer Gesellschaft, die an ihre Grenzen stieß und dies auch fühlte.

Spätestens die Öffnung der Nischengesellschaft, das Hinaustreten der Menschen auf die Straße bringt Kräfte hervor, die dann bei Strafe des Systemzusammenbruchs mit dem Einsatz unmittelbarer Gewalt und/oder weitgehender Kompromisse einer Gesellschaft des späten Staatssozialismus beantwortet werden müssen. Es ist dies eine erste Stufe des Übergangs zur Bildung einer gesellschaftsgestaltenden und eigenmächtigen Zivilgesellschaft. Eine konsequente Reformpolitik als Weg aus der Krise führt so mehr oder minder zwangsläufig selbst in eine andere Krise – die *Reformkrise*.

Reformpolitik ist nur die Kehrseite der schon dargestellten Politik strikter Durchsetzung der systemimmanenten Tendenzen. Vor allem löst sie die Substitute traditionaler Produktions- und Lebenformen auf und versucht, den einseitigen Charakter der staatssozialistischen Modernisierung zu überwinden. Damit aber verdampft die Substanz des Systems selbst, es kommt zur Krise und am Ende wird klar, daß es nur eine Alternative gibt – den Übergang zu modernen Evolutionsformen oder den konservativen, gewaltsamen Systemerhalt. Der Wechsel von systemkonformer und Reformpolitik, von Stagnations- und Reformkrisen bildet einen mehr oder minder langen evolutionären Krisenzyklus, an dessen Ende zumindest in den mittel- und osteuropäischen Ländern eine unaufhaltsame Bewegung stand, die die ausgehöhlte Ruine, das zur Fassade heruntergekommene, ehemals stählerne Gerüst zum Zusammenbruch brachte (Brie 1991).

Die späte allgemeine Endkrise des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß für zwei Jahrzehnte, für die Dauer einer ganzen Generation, eine relative Stabilität erreicht worden war. Der vor allem auch in der DDR verfolgte Kurs der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, die besonders in Polen und Ungarn erfolgte Liberalisierung im geistigen Leben, die durch die UdSSR unterstützte Wende zu einer Rüstungskontrollpolitik und

Stabilisierung der europäischen Situation hatten ihre historische Ratio. Die Verfechter solcher »systeminneren« Anpassungen werden heute oftmals verurteilt. Aber sie hatten teil an der Ausschöpfung der realen, wenn auch begrenzten Evolutionspotentiale des Staatssozialismus und seiner Humanisierung.

Die historischen Akteure dieses Zusammenbruchs kamen aus den Nischen des Staatssozialismus. Er war es, der mit Spaltung zwischen Grundstrukturen und Nischen sowie Krücken tatsächlich seine eigenen Totengräber hervorbrachte. Die Abdrängung wesentlicher Moderne-Tendenzen in die sich ausbreitenden Nischen des späten Staatssozialismus hat spezifische Möglichkeiten der Formierung von Akteuren auf der Mikroebene geschaffen, die zwar aus den Evolutionszwängen des Staatssozialismus hervorgingen und doch zugleich den drei aufgezeigten Grundmerkmalen dieses Systems widersprachen. In den zwei Jahrzehnten des mittel- und osteuropäischen späten Staatssozialismus herrschte ein historisches Patt zwischen dem sozialen System und diesen nischenartigen Räumen und krückenähnlichen Bewegungsformen, zwischen der Unfähigkeit des Staatssozialismus, auf ihm real entgegengesetzte Tendenzen verzichten zu können, und der noch vorhandenen Machtlosigkeit, der sich mit diesen Tendenzen formierenden sozialen Akteure, das System als sinnlos gewordene Fessel abzustreifen.

Der Ursprung der Akteure, ihr Entstehen in den Nischen des Staatssozialismus, erklärt ihre Handlungsfähigkeit genauso wie ihre Ohnmacht. In diesen Nischen haben sie Erfahrungen, Haltungen, Einsichten gewonnen, die sich konsequent gegen die Grundeigenschaften des Systems richten. Befreiung von den Ketten einer falschen Gemeinschaftlichkeit, freie Entfaltung der Kräfte des Marktes, der aus freien Wahlen hervorgehenden parlamentarischen Demokratie, Entstaatlichung des Eigentums waren und sind zum Instinkt gewordene Einstellungen der Masse derer, die auf den Straßen und bei den Wahlen die Wende zuende geführt haben.

Geprägt durch millionenfache Erlebnisse der Dysfunktionalität der Strukturen des Staatssozialismus gegenüber den Anforderungen einer Lebensweise, die die traditionellen Gesellschaften weit hinter sich gelassen haben, drangen sie auf die konsequente Entfaltung der Evolutionsstrukturen der Moderne. Sie hatten diese gerade in den Reformperioden und dauerhaft im späten Staatssozialismus als zunehmend wichtigere Ergänzung und Ersatz der systemeigenen Reproduktionsformen erfahren und ausgeweitet. Graue und schwarze Märkte, die Formierung von *pressure groups* in den Betrieben und Kommunen, die Entfaltung einer zweiten Öffentlichkeit der Kneipen, Cafés oder der eigenen »vier Wände« gehörten dazu.

Zugleich erwächst daraus aber auch die Unmöglichkeit und Unfähigkeit, die mit einer Öffnung gegenüber dem Weltmarkt, einer frei gewählten Regierung und freien Massenmedien verbundenen neuen Machtstrukturen entstehenden existentiellen Fragen zu sehen, geschweige denn sich sozial mit gleicher Geschwindigkeit und auch nur annähernd gleichem Durchsetzungsvermögen zu organisieren. Diese Machtstrukturen fanden faktisch ein Vakuum vor. Sie brechen mit einer von allzu vielen nicht erwarteten Gewalt die Nischen auf, lösen die atomisierten Familien und Individuen heraus und subsumieren sie den eigenen Tendenzen. Es ist dies eine Kolonialisierung der Lebenswelten in ihrer

nackten, durch keine Organisationen, Institutionen und sozialen Bewegungen gebremsten und gemäßigten Form.

Noch vor der Bildung einer Zivilgesellschaft formieren stark kapital-, bürokratie- und patriarchatdominierte Machtverhältnisse extrem selektiv die durch die demokratischen Bewegungen erstrittenen Evolutionsstrukturen moderner Gesellschaften. In einer für die Betroffenen unerwünschten Weise erhält Marxens Kapitalismusanalyse neue empirische Relevanz, werden die durch soziale Bewegungen auszutragenden gegensätzlichen Tendenzen von Macht- und Evolutionsstrukturen moderner Gesellschaften in eine neuartige Gleichgerichtetheit gebracht. Neokonservative Strategien des Abbaus des Sozialstaats und der Schwächung der klassischen Vertreterorganisationen der Arbeiter und Angestellten verbinden sich mit den spontanen Wirkungen des Umbaus in den post- staatssozialistischen Ländern. Neue Strukturen werden aus dieser Verbindung in Europa hervorgehen. Nichts wird bleiben, wie es war.

Literaturverzeichnis

- Beck, U., 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Brie, M., 1991: »Selbstaufhebung« des Realsozialismus? Die Totengräber kamen aus den Nischen. Manuskript
- Damaschke, M., 1981: Gemeinschaftlichkeit und Revolution. Zur Entwicklung der Ethik von Georg Lukács. Entwurf der Dissertation A. Berlin
- Habermas, J., 1988: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd.2. Frankfurt/M.
- Honneth, A., 1980: Arbeit und instrumentales Handeln. Kategoriale Probleme einer kritischen Gesellschaftstheorie. In: Honneth, Axel, und Urs Jaeggi (Hrsg.): Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des Historischen Materialismus. Frankfurt/M. 1980, 137-184
- Krüger, H.-P., 1991: Strategien radikaler Demokratisierung. Ein normativer Entwurf. In: Dubiel, H., G. Frankenber und U. Rödel, 1991: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/M.
- Kühne, L., 1970: Ökonomie und Politik in der sozialistischen Gesellschaft. Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 5, 571-582
- Land, R., M. Brie, H. Petsch, S. Segert und R. Will, 1989: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Berlin
- Lukács, G., 1985: Demokratisierung heute und morgen. Herausgegeben von László Sziklai. Mit einem Vorwort von Miklós Almás. Budapest
- Luhmann, N., 1986: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen
- Marx, K.: Konspekt von Bakunins Buch »Staatlichkeit und Anarchie« (MEW 18), 597-642. Berlin 1962
- Marx, K.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 (MEW 40). 465-588. Berlin 1968
- Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (MEW 42), 47-771. Berlin 1983
- Offe, C., 1984: »Arbeitsgesellschaft«: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/M., New York
- Protokoly i stenografitscheskije ottschoty sjesdow i konferenzi Kommunistitscheskoi partii Sowjetskogo sojusa 1960: Dewjaty sjesd. Moskau
- Raschke, J., 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/M., New York
- Ruben, P., 1990: Ende des »rohen« Kommunismus. Zur Stalinismus-Kritik. Widerspruch, Beiträge zur sozialistischen Politik 19, 31- 37
- Trotsky, L., 1921: Terrorismus und Kommunismus. Hamburg
- Trotsky, L., 1939: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? 2 1990, Essen

Verlag Westfälisches Dampfboot

Elmar Altvater

Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.

386 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-48-4

Geoff Eley

Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus.

Zur historischen Kontinuität in Deutschland.

Vorwort von Alf Lüdtke und Adelheid von Saldern

(Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Band 3)

320 S. - DM 62,00 - ISBN 3-924550-47-6

Johannes Gröll

Das moralische bürgerliche Subjekt

ca. 190 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-49-2

Rainer E. Zimmermann (Hrsg.)

Das Sartre-Jahrbuch Eins

ca. 150 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-52-2

Barbara Böttger

Das Recht auf Gleichheit und Differenz

Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art.3.2
Grundgesetz.

Mit einem Vorwort von Ute Gerhard

311 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-44-1

Gesamtverzeichnisse beim Verlag:

4400 Münster - Achtermannstr. 10 0251/56268

Alex Demirović

Ist die DDR an Marx gescheitert?

Kritische Anmerkungen zu Michael Brie

Einer der zentralen Thesen Michael Bries, daß das kritische Potential des Marxismus sowohl gegenüber westlichen wie staatssozialistischen Gesellschaften versage, stimme ich nicht zu. Vielmehr sehe ich die Veränderungen in Osteuropa und die deutsche Vereinigung als eine Chance, das Emanzipationspotential der Marxschen Theorie von neuem zur Geltung zu bringen. Doch wenn zwischen Ost und West über Marx diskutiert werden soll, ergibt sich sofort eine unbehagliche Kommunikationssituation: Von den Vertretern des staatsoffiziellen Marxismus-Leninismus früher als verkappte Ideologen des westdeutschen Kapitals geschmäht, erscheinen diejenigen, die sich auch gegenwärtig noch auf Marx beziehen, als uneinsichtig, dogmatisch und nicht auf der Höhe der Zeit. Will man sich dagegen zur Wehr setzen, so gerät man in eine doppelte Schwierigkeit. Die Marxsche Theorie läßt sich mit dem ideologiekritischen Verdacht in Schutz nehmen, daß eine Kritik an Marx für Intellektuelle der früheren DDR doch nur eine Eintrittskarte in das »neue Deutschland« ist. »Die Überläufer-Ex-Marxisten werden dem bundesdeutschen Restmarxismus mit der nötigen Innenkenntnis in Theorie und Fehlschlägen den Garaus machen.« (Beck 1991, 26) Leicht ist man deswegen versucht, einen »richtigen« und »originären« Marx herauszustreichen, eine freiheitliche Linie der marxistischen Diskussion. Eine solche Verteidigung nötigt einem jedoch allzu schnell die Positur des Schiedsrichters und Verwahrers heiliger Texte auf, so daß man Gefahr läuft, selbstgerecht und autoritär zu sein. Das Risiko einer Diskussion über Marx ist also das einer west-östlichen Besserwisserei: Die östlichen Intellektuellen berufen sich auf ihre Erfahrungen mit dem angewandten Marxschen Werk; die westlichen verwerfen diese Erfahrungen und betonen, sofern sie es noch tun, seine kritischen und emanzipatorischen Aspekte. Diese Schwierigkeiten resultieren zum nicht geringen Teil daraus, daß das Werk von Marx in der früheren DDR und der früheren BRD eine unterschiedliche Bedeutung und Funktion hatte. Im einen Fall war es ein Herrschaftswissen, im anderen Fall ein gegen Herrschaft gerichtetes Wissen. Auch wenn man wechselseitige Besserwisserei oder gar ideologiekritische Denunziation noch so gerne vermeiden möchte, bleibt die Schwierigkeit, daß sich beide Perspektiven kaum integrieren lassen. *Den* objektiven Marx gibt es nicht, jede der beiden deutschen Kulturen hatte ihre Tradition der Marx-Philologie ausgebildet. Eine Diskussion der unterschiedlichen Funktion der Marxschen Theorie ist notwendig. Und um so mehr, wie dies vor allem auch eine Diskussion über die Funktion der Intellektuellen ist und sein müßte, die dieses Wissen ausgearbeitet haben und in der früheren DDR damit Teil der Herrschaftsorganisation waren. Die Form der Selbstkritik dieser Intellektuellen wird für die mögliche Entwicklung einer gemeinsamen kritischen intellektuellen Kultur in der vereinigten Bundesrepublik von Bedeutung werden. Mit meinen Fragen und Einwänden

möchte ich also keineswegs den »richtigen« Marx unterstellen, sondern eine herrschaftskritische Lesart verteidigen.

1. Brie geht von der Vermutung aus, daß sich der Staatssozialismus nicht nur mißbräuchlich auf Marx gestützt hat, sondern sich an seinen theoretischen Auffassungen orientieren konnte. Indem seine Theorie zu verwirklichen versucht wurde, mußte die Emanzipation zwangsläufig scheitern.

Auch wenn ich nicht bestreite, daß es sinnvoll ist, »geistesgeschichtliche Ursachen« in der Theorie Marx' zu suchen, stellt sich das Problem der Haltung gegenüber seinen Texten. Die frühere, autoritätsgebundene und idealistische Haltung von DDR-Intellektuellen, in der der Text als kanonischer kommentiert, aber nicht offen kritisiert wurde, wird beibehalten, wenn nun wiederum, allerdings in kritischer Absicht, die Entwicklungen in der DDR aus diesem Textkorpus abgeleitet werden. Erneut ist man diesem als etwas Totem unterworfen. Die realen Akteure in der DDR, vor allem die Intellektuellen, kommen bei Brie gar nicht vor. Doch waren an den autoritären Praktiken immer auch Wissenschaftler und Intellektuelle mit ihrem Wissen beteiligt. Die Texte von Marx waren mit einer Praxis der Aneignung, der Lehre, der Interpretation, der Vermittlung, mit politischen Institutionen und repressiven Mechanismen verbunden. Der Sozialismus sollte, Marx zufolge, aus herrschaftskritischen Gründen wissenschaftlich sein. Nicht länger mehr autoritäre Zukunftsprojektion winziger Intellektuellengruppen, sollte mittels wissenschaftlicher Analyse, überprüfbarer Argumente und Kritik die Tendenz des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bestimmt werden können. Tatsächlich wurden in der DDR zu allen Zeitpunkten alternative Interpretationen mit Denunziationen, Zensur, Verfolgung und Gefängnis verfolgt – man denke an Leo Kofler, Heinz Maus, Ernst Bloch oder Rudolf Bahro. Wenn, wie Brie annimmt, in der DDR tatsächlich der Versuch gemacht wurde, die Marxsche Theorie in die Realität zu übertragen, dann müßte er zumindest auch erklären, warum Marx' Forderungen nach Presse- und Meinungsfreiheit, nach Demokratie, nach direkter Beteiligung der unmittelbaren Produzenten an den kollektiven Entscheidungen nicht verwirklicht wurden. Die Widersprüche bei Marx, die »gegenläufigen Tendenzen«, von denen Brie andeutungsweise einmal spricht, hätten dann ausführlicher zur Sprache kommen müssen, weniger, um Marx gerecht zu werden, als denen, die dafür in der DDR den Kopf hingehalten haben und mit ihren Hoffnungen schmerzlich enttäuscht wurden.

2. Brie nennt als geistesgeschichtliche Ursache im Werk von Marx, auf die sich die späteren Entwicklungen zurückführen ließen, dessen Emanzipationsziel, das von der Denkfigur der Subjekt-Objekt-Dialektik bestimmt sei. Unter Emanzipation werde die Zurückführung einer entäußerten Objektwelt an ihren Ursprung, das Subjekt, verstanden. Geprägt vom Handwerkerkommunismus, sehe Marx in der kapitalistischen Modernisierung, in Markt, Bürokratie und Parlament nur die Zerstörung von traditionellen Lebenszusammenhängen und zünftigen Sinnbezügen. Die Unmittelbarkeit einfacher, überschaubarer gesellschaftlicher Verhältnisse solle wiederhergestellt werden. Diese Utopie der Unmittelbarkeit werde jedoch den ausdifferenzierten Evolutionspotentialen der Moderne nicht gerecht und müsse ihren emanzipatorischen Charakter verkennen.

Dies sei in der DDR passiert, wo alle Vermittlung durch Markt und Geld kassiert und versucht wurde, diese Unmittelbarkeit herzustellen. Die DDR habe sich also, so läßt sich Brie verstehen, durch den Rückgriff auf antikapitalistische-traditionale Emanzipationsvorstellungen zu einer vormodernen Gesellschaft zurückentwickelt.

Drei Probleme ergeben sich für mich aus dieser These:

a) Zunächst müßte Brie erläutern, wie er die »Gegentendenzen«, die er in der Theorie Marx' feststellt, in diesem Zusammenhang interpretiert. Denn Marx war der festen Überzeugung, daß seine Analysen sich an dem weltweit neuesten gesellschaftlichen Entwicklungsstand orientierten, den Großbritannien und die Vereinigten Staaten repräsentierten und bestimmten. Die Arbeiterklasse war seiner Meinung nach eine völlig neue soziale Kategorie. War die feudale Herrschaft noch gemeinschaftlich-vorstaatlich, die Bourgeoisie gesellschaftlich-nationalstaatlich organisiert, so war die Arbeiterklasse eine globale Klasse, die territorial verstreut, über staatliche Grenzen hinweg und weltweit gemeinsame soziale Interessen hat. Als eine moderne, beinahe schon nach-moderne Klasse par excellence, die auf die Weltgesellschaft vorausweist, die nicht mehr durch nationale und staatliche Grenzen zerrissen ist, soll gerade sie nicht mehr an vormodernen Lebensformen orientiert sein.

b) Die DDR hat sich ihrer Gründungsideologie nach nicht abstrakt auf Marx bezogen, sondern auf konkrete historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus. Sie verstand sich als ein antifaschistischer Staat, der daran gegangen war, die besten republikanischen und demokratischen Traditionen Deutschlands zu verwirklichen. Diese waren vom deutschen Bürgertum verraten worden, als es sich zur Sicherung seiner Herrschaft Hitler bedient hatte. Das Bürgertum hatte seinen Führungsanspruch aufgegeben und war irrational geworden aus Angst vor dem Proletariat und dem Sozialismus. Demgegenüber beanspruchte die DDR, die angemessene Fortsetzung der deutschen Kultur und ihrer Anliegen zu sein. So gesehen, verstand sich die DDR eben als die deutsche, demokratische Republik, in der die Arbeiterklasse ein Verfassungsbündnis mit den demokratischen Gruppen des Bürgertums eingegangen war. Geschützt werden konnten die demokratischen Freiheitsrechte nur noch durch die Arbeiterklasse. Die DDR war also ihrem Selbstverständnis nach modern, demokratisch und historisch bereits auf einer höheren Stufe als der Westteil Deutschlands. Dieser für die Gründungsideologie bedeutsame Argumentationszug kann aber nicht durch Rückgriff auf Marx erklärt werden, folglich auch nicht die Konsequenzen, die sich daraus ergaben. Leider sagt Brie über diesen modernistischen Anspruch der DDR wenig oder gar nichts. Doch wäre dies deswegen interessant, weil dann nämlich auch die Namen Kant, Hegel, Feuerbach, Schiller und Goethe fielen, auf die sich die DDR berief – und auch diese Autoren müßten auf ihre autoritären Konsequenzen hin untersucht werden, ja, schließlich sogar der modernistische und antifaschistische Anspruch, der sich mit dem sogenannten humanistischen Erbe der deutschen Klassik rechtfertigte. Es müßte also der Frage nachgegangen werden, ob die Mängel der DDR-Gesellschaft nicht gerade daraus resultierten, daß sie sich völlig subaltern zur Kultur des Bürgertums verhielt: von Goethe bis zur Banane der Glaube, alles besser machen zu sollen als der Westen – ohne aber

nur irgendeine Form demokratischer Selbstkritik der Gesellschaft und Willensbildung von unten auszubilden.

c) Tatsächlich ist die Subjekt-Objekt-Dialektik eine Denkfigur, die bedenkliche Züge hat und romantische Konsequenzen nahelegt. Nach den plausiblen Argumenten, die Althusser schon in den frühen sechziger Jahren und Habermas in der »Theorie des kommunikativen Handelns« (1981) dagegen vorgebracht haben, sehe ich keinen Anlaß, diese Denkfigur hier zu verteidigen. Nur eine Irritation möchte ich ansprechen. Gerade Althusser konnte zeigen, daß sich in den Texten von Marx diese Denkfigur seit der »Deutschen Ideologie« zunehmend verliert, Marx sich also immer weniger an diesem Emanzipationsmodell einer Wiederherstellung und Zurückführung orientiert. Diese Kritik am humanistischen Marx brachte Althusser seinerseits sehr viel Kritik ein. Eine im Prinzip berechnete Argumentation derjenigen, die den frühen Marx und die Subjekt-Objekt-Dialektik verteidigten – in der Bundesrepublik vor allem Vertreter der Kritischen Theorie –, war, daß mit dieser eine angemessene Kritik des dogmatisierten Marxismus des »Diamat« möglich sei. Denn es könne deutlich gemacht werden, daß Geschichte nicht deterministisch verlaufe und den Zwangsgesetzen der Ökonomie unterworfen sei, auch stelle sich der Sozialismus nicht mit Notwendigkeit als höhere Stufe der Menschheitsentwicklung ein. Die Dialektik von Subjekt und Objekt weise gerade auf die Tatsache hin, daß die Menschen ihre Geschichte selbst machten, daß ihr Handeln, ihre Kultur, ihre Ideologien eine große und aktive Bedeutung haben. Doch gleichzeitig seien sie immer wieder Opfer des historischen Prozesses, weil er sich ihnen, obwohl Ergebnis ihrer Tätigkeit, immer wieder entzöge. Doch einmal müsse es gelingen, daß die Subjekte auch tatsächlich das unter Kontrolle behalten könnten, was sie selbst bewirkten. Die Geschichte als von Menschen produzierte zu verstehen, war ein Appell an die Freiheit, sie zu verändern. Vertreter dieser Tradition, die schon genannten Kofler und Bloch, sahen sich gezwungen, aus der DDR zu fliehen – Lukács hatte schon Jahrzehnte vorher abschwören müssen, nachdem er in »Geschichte und Klassenbewußtsein« diese Denkfigur entwickelt hatte. Man kann vielleicht etwas überverallgemeinernd sagen, daß alle Vertreter dieser Denkfigur ausdrücklich auch als Kritiker des Stalinismus und der Verhältnisse des real existierenden Sozialismus gelten können. Und nun sagt Brie, daß die DDR gerade dies versucht haben soll, was alle ihre Kritiker gefordert haben – die Aufhebung der Trennung von Subjekt und Objekt. Folgt man Althusser, tangieren Bries Einwände die Marxsche Theorie kaum. Dennoch bleibt die These überraschend. Denn plötzlich wäre die ganze libertäre Tradition des westlichen Marxismus hineingerissen in das Unrecht einer jahrzehntelangen Unterdrückungspraxis. Gerade um dies zu plausibilisieren, wäre es notwendig, empirisch die reale Aneignungs- und Verwendungspraxis von Marx und marxistischer Diskussionen zu untersuchen.

3. Brie gibt noch eine weitere Ursache für die autoritäre Dynamik des Staatssozialismus an. Danach ist sie eher das Ergebnis unausgeführter Überlegungen von Marx. Dessen Kritik des Kapitalismus sei marktzentriert und könne deswegen bürokratische, patriarchale und militärische Formen der Macht nicht analysieren, sondern müsse sie auf Marktmacht reduzieren. Auf der anderen Seite

ignoriere er die emanzipatorischen und Evolutionspotentiale von Markt, gewaltenteiliger Demokratie und Öffentlichkeit. Indem nun das Ziel der Zurückführung von Markt und Geld verfolgt worden, deren Vermittlung also ausgefallen sei, sei eine Evolutionslücke, eine Leere entstanden. Der Staat mußte mit Mitteln des Zwangs und der Überzeugung die Dynamik in Gang halten und den Gesellschaftsprozess steuern. Brie belegt dies am Beispiel der russischen Entwicklung und kritisiert an Marx, daß er in seinen systematischen Überlegungen offene, unausgeführte Stellen gelassen habe, die autoritäre Entscheidungen begünstigt hätten.

a) Die Behauptung, Marx habe die Emanzipations- und Innovationspotentiale des Marktes ignoriert, scheint mir zweifelhaft. Häufig genug wird er gerade auch für das genaue Gegenteil kritisiert, dafür nämlich, daß er dem Wachstumsfetischismus des Marktes aufgesessen sei. Tatsächlich betont Marx beide Aspekte als Teil eines in sich widersprüchlichen Prozesses. Der kapitalistische Markt trägt durchaus zur Emanzipation der Menschen bei. Sie werden im doppelten Sinn einem ständigen Modernisierungsprozeß unterworfen, der sie aus den Beschränkungen und Fesseln von Traditionen befreit, ihnen gleichzeitig aber auch die Existenzgrundlagen raubt. Der marktvermittelte Akkumulationszwang wirkt innovativ, doch gleichzeitig macht er die Zerstörung von Produkten und Produktionsverfahren notwendig und behindert seinerseits Innovationen, die auf langlebige sozial- und ökologieverträgliche Produkte und Produktionsverfahren zielen.

b) Eine ähnliche Dialektik läßt sich bei den Demokratienormen im politischen Staat beobachten. Den Menschen wird in den Menschenrechten Freiheit und Gleichheit garantiert. Doch staatlich werden sie ihnen weggenommen – nicht mit repressiven Absichten, sondern mit dem besten demokratischen Willen. Eine Vielzahl von Demokratietheoretikern, die die universalistischen Normen propagieren und verteidigen, begründen gleichzeitig auch die Notwendigkeiten der Einschränkung, daß die Menschen nicht alle gleichzeitig gleich und frei sein können, daß die Systeme von Ökonomie und Politik nicht demokratisch organisiert sein sollten etc. Auf diese Widersprüchlichkeiten und Selbstvorbehalte der modernen Demokratie hat Marx schon in seiner Kritik der Französischen Revolution hingewiesen. Ihren radikalen Akteuren warf er vor, daß sie die Gleichheit der Menschen zwangsweise herzustellen versuchten, um die sozialen Widersprüche zu beseitigen. Dies war seiner Meinung nach das Ergebnis einer politischen Revolution, die den modernen politischen Staat durchsetzte. Er lobte an ihnen wie den Utopisten, daß sie immerhin die gesellschaftlichen Widersprüche nicht zu leugnen versuchten. Die Arbeiterbewegung sollte seiner Ansicht nach tatsächlich über Markt und Staat hinausführen, um diese Selbstwidersprüche der bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden: keine Rückkehr also, sondern eine historisch neuartige Form der Vergesellschaftung ohne die Herrschaft der Menschen über Menschen und Natur.

Daraus ergibt sich die Frage, ob in der DDR nicht eher das Modell einer politischen Revolution verfolgt wurde. Wenn hier vielleicht doch eine Versöhnung von Subjekt und Objekt angestrebt worden sein sollte, dann war damit nicht die Rückführung von Herrschaftsapparaten in die Verfügung der Gesellschaft,

sondern die Unterordnung gesellschaftlicher Handlungen unter die Planung und Kontrolle des Staates als Planungs- und Steuerungszentrum der Gesellschaft gemeint. Von diesem Staat wurde auch kaum angenommen, daß er der Tendenz nach vergesellschaftet werden sollte. Im Gegenteil ging es ausdrücklich um dessen Festigung. Kritiker, die wenigstens eine Liberalisierung und geringfügige Formen der Partizipation wollten, wurden als demokratische Sozialisten denunziert und gemaßregelt (vgl. so im Fall von Klenner und Mollnau der Auftritt des Generalstaatsanwalts Josef Streit vor dem ZK-Plenum der SED im Oktober 1968). Selbst wenn man kontrafaktisch annehmen wollte, daß der autoritäre Charakter des DDR-Staates sich als nicht-intendierte Folge direkter Demokratie ergeben habe, so lehrt der Blick in die DDR-Verfassung, daß dies eher rousseauistisch gemeint war als der Allgemeinwille des Volkes: »Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen.« Gegenüber den Risiken staatlicher Vermittlung eines solchen einheitlichen Allgemeinwillens aber war Marx nicht blind, wie Brie mit seinem Hinweis auf den Konsept Marxens zu Bakunin behauptet. Denn nicht nur ist das auf die Subjekt-Objekt-Dialektik gestützte Entfremdungstheorem u.a. motiviert von der Kritik des politischen Staates und der preußischen Bürokratie. Gerade auch auf der von Brie angeführten Seite (MEW 18, 635) macht Marx deutlich, daß er nicht Wahlen als Koordinationsmechanismus für das Problem hält, sondern die Politik als gesellschaftliche Form. Darunter versteht er hier und anderen Stellen die Usurpation der Allgemeinheit durch einen besonderen Willen. Diese Usurpation wird seiner Meinung nach ermöglicht durch die für die Politik konstitutive politische Annahme eines Willens des Volkes: »... so ein Ding wie das ganze Volk im jetzigen Sinne Phantasma«. Dies nimmt Einsichten der neueren Demokratietheorie vorweg, wonach gerade die Prämisse eines einheitlichen Volkswillens denjenigen, die diesen Willen zu vertreten beanspruchen, jede Form autoritärer Herrschaft ermöglicht. Die Veränderung der sozialen Verhältnisse soll auch nicht – wie dies in der DDR der Fall war – dem in der Arbeiterklasse und ihrer Partei verkörperten Volkswillen, sondern »den wirklichen Willen des Kooperativs« Platz machen. Der einheitliche Volkswille wird von Marx also ausdrücklich durch eine Vielzahl von Willen ersetzt. Durch die direkte Abstimmung der vielseitigen Interessen zwischen den Beteiligten wird schließlich der Idealismus eines staatlich vereinheitlichten Allgemeinwohls, damit letztlich der es verkörpernde und durchsetzende Staat überflüssig.

c) Brie betont zu Recht das erstaunliche Phänomen, daß in der DDR der für bürgerliche Gesellschaften charakteristische Widerspruch zwischen den Normen von Gleichheit und Freiheit und Wirklichkeit nicht existierte, der immer wieder den Anstoß zu neuen Entwicklungen zu geben scheint oder auch gibt. Wenn Marx diese kritische Bewegung mit dem Markt und dessen Dynamik in Verbindung bringt, dann ist das keineswegs originell, wie dies gerade die politischen Diskussion im Anschluß an den Vereinigungsprozeß zeigen, in denen häufig davon gesprochen wird, daß der Markt Freiheit garantiert. Marx macht im »Kapital« deutlich, daß Gleichheit und Freiheit eine kollektiv geteilte Überzeugung und Lebensweise sein müssen, damit der Verwertungsprozeß überhaupt in Gang kommen kann. Gerade weil der Tauschprozeß mit diesen Begriffen der Gleichheit und Freiheit unmittelbar verbunden ist, werden die Konflikte in der

bürgerlichen Gesellschaft auch um diese Normen und ihre Interpretation ausgetragen. Doch neben der innovativen sieht Marx auch die destruktive Seite der Ausdifferenzierung, die Blindheit des politischen und ökonomischen Prozesses für die natürlichen und sozialen Lebensverhältnisse. Auf jeder Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung stellen sich auch die alten Probleme in neuer Form wieder. Ohne Bruch in der Logik dieser »Evolution«, ohne Fortschritt im Typ des Fortschritts findet immer auch progressiv Zerstörung statt. Neben den Freiheitsrechten sind eben auch die »existentiellen Fragen«, vor die sich die Bevölkerung der FNL gestellt sieht, Folgen dieser Evolutionslogik der Ausdifferenzierung. Brie räumt es am Schluß seines Artikels selbst ein: Auch wenn die Betroffenen, also auch er selbst, es nicht wünschen, so bleibt das kritische Potential der Theorie von Marx doch gültig.

Literaturverzeichnis

Althusser, L., 1968: Für Marx. Frankfurt/M.

Beck, U., 1991: Opposition in Deutschland. In: Giesen, B., und C. Leggewie: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin

Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M.

MEW = Marx/Engels-Werke, Berlin 1956ff.

DAS MAGAZIN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN LINKEN

In den letzten Ausgaben von spw schrieben u.a.:
Detlev Albers - Ursula Beer - Ulrich Brieß -
Anke Brunn - Christoph Butterwegge - Wolf-
Michael Catenhusen - Diether Dehm - Klaus
Dörre - Katrin Fuchs - Monika Ganseforth -
Norbert Gansel - Jörg Goldberg - Heinz-Gerd
Hotschen - Mechthild Jansen - Sabine Kebir -
Uwe Kremer - Norbert Mappes-Niediek - Lutz
Marz - Wolfgang Michal - Susi Möbbeck - Peter
von Oertzen - Horst Peter - Heide Pfarr - Susanne
Schunter-Kleemann - Margret Steffen - Wolfgang
Thierse - Karl Hermann Tjaden - Ludger Volmer
- Michael Wendt - Frieder Otto Wolf

SPW - ZEITSCHRIFT FÜR SOZIAL- LISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT

COUPON: Ich bin neugierig auf spw. Senden Sie mir ein kostenloses Probeheft.

Vorname, Name (in Druckbuchstaben)

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Einsenden an:
spw-Verlag, Kieler Str. 13,
5000 Köln 80

Robert Miles

Rassismus

Einführung
in die Geschichte und Theorie
eines Begriffs



Argument

Robert Miles

Rassismus

Einführung in die Geschichte und
Theorie eines Begriffs

Aus dem Englischen
von Michael Haupt
191 S., br., DM 24,-

Weitere Literatur zum Thema:

Theorien über

Rassismus

Hg. von Otger Atrata, Gerrit
Kaschuba, Rudolf Leiprecht und
Cornelia Wolf

Argument-Sonderband AS 164
176 S., br., DM 18,50

Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein

Rasse, Klasse, Nation

Ambivalente Identitäten

Übersetzt von Michael Haupt und
Ilse Utz

278 S., br., DM 28,-

Wer ist denn schon rassistisch?

Immer häufiger ist im Alltag, aber auch in Politik und Wissenschaft von ›Rassismus‹ die Rede, wobei dieser Begriff häufig genug einen polemischen und moralischen, aber keinen erklärenden Stellenwert besitzt. Oft gehen die Auffassungen so weit auseinander, daß es kaum noch sinnvoll scheint, den Begriff weiterhin in wissenschaftlichen Kontexten zu verwenden.

Demgegenüber hebt Miles hervor, daß man Formen und Funktionen des Rassismus nur dann adäquat begreifen kann, wenn man die Theorien, die zur Ausprägung dieses Begriffs führten, nicht von ihrem geschichtlichen Hintergrund abkoppelt. Er plädiert für ein differenziertes Verständnis von Rassismus, das die historischen wie auch die sozioökonomischen Bedingungen von Rassendiskursen und Diskriminierungspraxen in die Betrachtung mit einbezieht. Anhand von umfangreichen Materialien zeigt Miles, daß der Rassismus sehr vielgestaltige Äußerungsformen besitzt und aus je unterschiedlichen historischen und sozialen Bedingungen heraus entstanden ist.

Eine übersichtliche und klar formulierte Einführung für alle, die am Thema theoretisch und praktisch interessiert sind.

Robert Miles ist Assistenzprofessor am Institut für Soziologie der Universität Glasgow und Direktor der dortigen Forschungsgruppe ›Migration und Rassismus‹. Er arbeitet und publiziert seit über 15 Jahren zu Themen der Migrationssoziologie und Rassismuskforschung.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Wilfried Ettl und Jürgen Jünger

Kritische Sozialökonomie

Schon wieder ein Versuch, alten »emanzipationskonservativen« Wein in – vermittels modernem Theoriedesign – notdürftig erneuerten Schläuchen zu präsentieren? Ist denn nicht das, was an der Denktradition der politischen Ökonomie bewahrenswert war, lange schon und zudem noch gut aufgehoben: die gesellschaftstheoretischen Ambitionen dort, wo sie hingehören, nämlich bei der Soziologie und die Deskription ökonomischen Handelns bei der Wirtschaftslehre, wo sie auch erst so recht elaboriert werden konnte? War nicht die letzte Gestalt politischer Ökonomie, von einem kleinen Häuflein unbelehrbar »Normativer« im Westen abgesehen, ohnehin nur noch ein Legitimationsideologem der realsozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften, dessen Desaster sie nun teilt (Ettl/Jünger 1991a)? Und dennoch: Es genügt ein nicht allzu oberflächlicher Blick, um festzustellen, daß soziologische Theorien oft durch eine eigentümliche Abstinenz dem Ökonomischen gegenüber charakterisiert sind, einer Abstinenz, die wohl nur zum Teil mit der in modernen westlichen Industriegesellschaften aktuell relativierten Relevanz wirtschaftlichen Handelns für soziale Integration begründet werden kann. Die neoklassische bzw. neoliberale mainstream-economy fragt im Gegenzug kaum mehr nach dem Zusammenhang von ökonomischer und sozialer Evolution. Offensichtlich ist aber zugleich, daß diese weitgehende Abwesenheit eines fruchtbaren wechselseitigen Theoriebezugs auch immer wieder als Defizit empfunden und thematisiert wird. Zum Beispiel dann, wenn die alte Frage diskutiert wird, ob die Ökonomie denn nun exakte Wissenschaft oder Metaphysik sei (Backhaus 1986).

Es liegt auf der Hand, daß es gerade die durch den Wegfall des »Systemgegensatzes« noch offenkundiger zutage tretenden Phänomene der menschheitlichen Zivilisationskrise sowie die Gestaltung der Transformationsprozesse in den ehemals realsozialistischen Gesellschaften Osteuropas sind, die die Frage nach dem Zusammenhang von ökonomischer und sozialer Entwicklung erneut in eine gleichermaßen praktisch wie theoretisch exponierte Position bringen. Mit dem Driften zwischen liberalistischen und etatistischen wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Konzepten sowie einer entsprechenden Theoriebegleitung, die im Diskursschema »Marktversagen« versus »Staatsversagen« befangen bleibt, ist der Komplexität der Problemlagen wohl auf Dauer nicht Rechnung zu tragen. Mit dem Zusammenbruch im Osten wird auch der bisherige industriegesellschaftlich-sozialstaatliche Modernepfad des Westens immer problematischer: Ein nur Nachholen oder gar Übertragen der Wertmaßstäbe und Rationalisierungsarten birgt die Gefahr in sich, weit destruktiver für die Zivilisation zu sein, als der »Systemgegensatz« es war (Klein 1991). Auch von daher erhält der längst begonnene Diskurs zur Kritik oder Transformation der ökonomischen Vernunft (Gorz 1989; Ulrich 1987) neue Nahrung.

Davon ausgehend seien im folgenden einige Überlegungen skizziert, worin der Gegenstand einer modernen, sozialwissenschaftlich ambitionierten und

kritischen ökonomischen Theorie – kurz: kritischen Sozialökonomie – bestehen und von welchen Theorianschlüssen sie ausgehen kann. Dabei ist ihr Verhältnis zur marxistischen Tradition der politischen Ökonomie naturgemäß von besonderem Interesse. Sodann wollen wir uns dem Paradigmenwechsel einer kritischen Sozialökonomie zuwenden, wie er sich aus den sozioökonomischen Wandlungen seit Marx ergibt, um abschließend auf die Ordnung moderner Wirtschaftssysteme aus der Sicht kritischer Sozialökonomie einzugehen und auf die intendierte Perspektive einer kulturellen Evolution der ökonomischen Gesellschaft wenigstens hinzuweisen.

Marx und die moderne kritische Sozialökonomie

Eine moderne Sozialökonomie, die sich der Tradition kritischer Theorie verpflichtet weiß, wird nicht umhinkommen, an der Kritik der politischen Ökonomie anzuschließen, jedoch nicht dogmatisierend resp. ideologisierend wie im »Marxismus-Leninismus«, sondern selbst theoriekritisch. Wir wollen daher zunächst diese kritische Anschlußfähigkeit moderner Sozialökonomie bei Marx in drei wesentlichen Punkten zeigen.

I. Insbesondere in den Schriften bis zu »Die Deutsche Ideologie« entwickelten Marx und Engels ein universelles Produktionskonzept, worin Produktion zunächst noch nicht auf materielle Produktion, auf die Entäußerung des Menschen in einem materiell-gegenständlichen Produkt reduziert ist, sondern die Erzeugung des Menschen und der menschlichen Gattung durch eine Totalität von Lebensäußerungen zur außermenschlichen Natur und zum anderen Menschen meint. Ausgangspunkt dieses Begründungszusammenhangs sind dabei die insbesondere in kritischer Position zu Hegel etablierten Auffassungen vom gegenständlichen Wesen des Menschen und von der Priorität der stofflichen Naturaneignung gegenüber der soziokulturellen Entwicklung. Im Bemühen um eine konsequent materialistische Geschichtserklärung ist damit allerdings schon in den »ökonomisch-philosophischen Manuskripten« eine deutliche Privilegierung der materiell-gegenständlichen Vermittlung der Vergesellschaftung des Menschen (Arbeit) gegenüber der symbolisch oder kommunikativ vermittelten verbunden. Mit Marx' expliziter Orientierung auf die »Analyse der ökonomischen Formen« (Marx 1867, 12) geht nun eine weitgehende Reduktion des Produktionsansatzes auf materielle Produktion, der gegenständlichen Vermittlung der Sozialisation auf instrumentelle (Produktionsmittel) und der Tätigkeit auf warenproduzierende Arbeit einher. Ausgehend von dem für den klassischen Kapitalismus zu Recht angenommenen »evolutionären Primat der Wirtschaft« (Habermas 1981, II/504) erfolgt gleichzeitig die funktionalistische Privilegierung der ökonomischen Sphäre, der gegenüber anderen Handlungsbereichen nur ein sekundärer Status zugestanden wird. Marx hat allerdings insbesondere in den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« dieses Arbeitsparadigma relativiert und ist – wenn auch nicht systematisch – zu seinem universellen Produktionsansatz zurückgekehrt. Die Wendung von Entfremdung in Aneignung wird hier explizit mit der Aufhebung der Arbeit in Zusammenhang gebracht (Marx 1858, 592ff.). Die Aufnahme dieser, aus heutiger Sicht wohl »postindustriellen«

Perspektive in das »Kapital« unterblieb jedoch weitgehend. Selbst in der gesellschaftstheoretisch hochbrisanten Akkumulationstheorie brachte der Reproduktionszyklus des Kapitals immer nur wieder Kapital und Lohnarbeit hervor. Eine systematische Zusammenführung der Gedanken insbesondere aus den »Grundrissen« mit seinem Aneignungs- und Emanzipationskonzept in einer Theorie der intensiv erweiterten Reproduktion wurde von Marx nicht vorgenommen. Schon angesichts der aktuellen Produktivkraftentwicklung geht eine kritische Sozialökonomie fehl, wenn sie den evolutionären Primat der Ökonomie, das Arbeitsparadigma und die Reichweite instrumenteller Vermittlungsformen weiterhin einfach unterstellt. Das Produktivkraft-Produktionsweise-Produktionsverhältnis-Modell kann vor diesem Hintergrund zum einen nicht mehr den privilegierten Status beanspruchen, das Modell der Erklärung wirtschaftlicher, gar sozialer Evolution zu sein und kann dennoch in seiner Typik als Inhalt-Formgehalt-Form-Dialektik in dreierlei Richtungen reformuliert werden: Erstens in der Richtung, daß Produktivkraft jenseits jeder ökonomistischen Verkürzung als eine sozioökonomische Form gefaßt wird, die die individuellen wie gesellschaftlichen, die materiellen wie geistigen, die arbeitsvermittelten wie kommunikationsvermittelten Kräfte des Menschen meint, die ihm die Fähigkeit der Weltaneignung, in welcher konkreten Form auch immer, ermöglichen. Das eröffnet die Sicht auf die Multivalenz und die subjektive (nicht objektiv deterministische) Zweckgerichtetheit der Produktivkraftentwicklung, gegen die Thesen von der Allgegenwart der »Sachzwänge« und der »Unschuld der Produktivkräfte«. Zweitens in der Richtung, daß Produktionsverhältnisse als reproduktiv stabilisierte und institutionalisierte Form des Verhaltens der gesellschaftlichen Individuen innerhalb der Produktion und jenseits jeder abstrakten Reduktion auf das Verfügungsrecht über Produktionsmittel (Eigentum), damit auch jenseits des begrenzten ökonomischen Horizonts von Reproduktion zu bestimmen sind. Damit kann u.a. der Blick auf kommunikativ vermittelte Lernprozesse, auf psychische Mechanismen der Stabilisierung von Verhalten etc. geöffnet werden. Drittens in einer Richtung, die Produktivkraft und Produktionsverhältnis als voneinander unterschiedene wie miteinander identische Formen zu sehen erlaubt, die sich nicht nur wechselseitig wesentlich bestimmen, sondern auch wirklich produzieren. Produktionsweise ist diese Wirklichkeit der Produktion, die die Individuen unmittelbar erfahren. Genau hier könnte auch die erfahrungswissenschaftliche Perspektive der modernen Sozialökonomie, jenseits aller ideologischen Konstruktion fixiert werden.

2. Marx' wissenschaftliche Bemühungen galten durchgängig einem Zentralproblem: Wo liegen die Ursachen dafür, daß die Individuen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft unter die von ihnen produzierten Verhältnisse und Resultate ihrer Tätigkeit subsumiert werden, und welches sind die Bedingungen, damit diese Entfremdung in Aneignung gewendet werden kann, damit die Individuen zu Subjekten ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Für ihn bestand die Überwindung der Verselbständigung gesellschaftlicher Verhältnisse gegen die Individuen in der bewußten Koordination komplexer Handlungszusammenhänge ex ante, die die Individuen in eine Subjektposition zu ihrer Tätigkeit, zu deren Bedingungen und Resultaten bringen sollte. Was die wirtschaftlichen Handlungen

anlangt, so sollten sich die gesellschaftlichen Charaktere der Arbeiten nicht erst auf dem Markt resp. im Austausch erweisen, sondern der Produktion vorausgesetzt sein. Marktförmige Sozialisation wird von Marx schlechthin als ein für die beteiligten Individuen undurchschaubarer, versachlichter Integrationsmodus aufgefaßt (Warenfetisch), der sie beherrscht und der deshalb negiert werden müsse – die Vermittlungsfunktion von Markt und Geld wird schlechthin mit Entfremdung, der Koordinationsmechanismus mit Herrschaft identifiziert.

Die von Marx und Engels entworfene Alternative blieb einerseits theoretisch sehr unbestimmt und war andererseits von der, angesichts späterer Entwicklung nicht unschuldigen, Anschaulichkeit einer buchhalterischen Rechenaufgabe. Da die Sozialisation via Privateigentum und Markt nur als entfremdete »sachliche Wertgegenständlichkeit« vorgestellt wurde, konnte Marx die, ja auch nach seiner eigenen Intention in einer künftigen Gesellschaftsform zu bewahrende Gesellschaftlichkeit nicht mehr schlüssig von ihrer kapitalistischen Gestalt subtrahieren. Marx hat zwar den Dominanzwechsel von Produktivkräften der gesellschaftlichen Arbeit zu allgemeinen gesellschaftlichen Produktivkräften an vielen Textstellen genial prognostiziert (Krüger 1990a, 99ff.), dies blieb jedoch in systematischer Hinsicht weitgehend ohne Folgen.

Das Entfremdungsproblem stellt sich nun aber einerseits ganz anders, wenn im Zuge des erwähnten Dominanzwechsels innerhalb der Produktivkräfte die Verallgemeinerung der Arbeit nicht in Abstraktion *von* der Besonderheit, sondern als Abstraktion *innerhalb* besonderer Tätigkeit erscheint, indem die individuelle Produktionstätigkeit mit ihrer Besonderheit eine allgemeine Beziehung zur Totalität der Produktivkräfte realisiert, wie z.B. durch ihren wissenschaftlichen Charakter (Marx 1858, 387 u. 505). Von hier aus ergibt sich u.E. auch die Möglichkeit, modernen markt- und geldvermittelten Austausch nicht reduktionistisch als versachlichte Herrschaft der Abstraktionen zu denken (Ettl/Jünger 1991b). Andererseits sollte sich eine kritische Sozialökonomie endgültig von allen Theoremen der »Unmittelbarkeit« als einer möglichen Art und Weise der theoretischen und praktischen Rekonstruktion des sozioökonomischen Gesamtzusammenhangs trennen (Haug 1990). Trennen sollte sie sich auch von dem Glauben, Entfremdung wäre gewissermaßen »kapitalismusendlich« und deshalb durch allein strukturelle Innovationen endgültig zu beseitigen. Statt dessen sind die Unterschiedlichkeit, die Selbstentwicklung und die Interdependenz der je verschiedenen Rationalisierungsarten und -kalküle sowie immer erneute Entfremdungs- und mögliche Aneignungstendenzen in wechselnden Problemlagen zu erforschen und institutionelle Innovationen zur Reduktion von Entfremdung aufzuzeigen.

3. Der übergreifende Gegenstand der Marx'schen Reproduktionstheorie ist die Reproduktion des Kapitals als soziales Verhältnis. Sein Interesse galt demgemäß auch keineswegs der Frage nach der Sicherung eines Produktionskontinuums durch stetige Verwandlung eines Teils der Produktionsresultate in Bedingungen der Re-Produktion. Dies konnte für ihn nur von mittelbarer Relevanz sein, um die eigentlich wichtigen Fragen zu beantworten: Wie ist es reproduktionstheoretisch erklärbar, daß sich vielfältiges, individuelles und zufälliges Verhalten formiert, d.h. selektiv stabilisiert zum Kapitalverhältnis? Wie ist akkumulationstheoretisch

erklärbar, daß sich die Kapitalform gegen andere oder auch innerhalb anderer ökonomischer Verhaltensformen durchsetzt, dominant und tendenziell totalitär wird? Und wie ist schließlich erklärbar, daß die ökonomischen Wirklichkeiten, insbesondere die technologische Wirklichkeit, diesem Kapitalverhältnis zunehmend adäquat wird? Letztlich also geht es Marx um die Erklärung des Prozesses der Reproduktion des Kapitalverhältnisses als eines in sich geschlossenen Kreislaufs, in welchem sich beständig Kapital aus Mehrwert und Mehrwert aus Kapital rekrutiert.

Und hier genau liegt auch das Problem: Marx denkt, und hier folgt er dem mechanischen Weltbild der klassischen Ökonomie (Prigogine 1986), Wirtschaft als weitgehend geschlossenes System, d.h. der Reproduktionskreislauf bildet – auch und gerade hinsichtlich seiner sozialen Formbestimmtheit – einen in sich geschlossenen Zirkel, einen Zirkel ständig erweiterter Reproduktion der kapitalistischen Formbestimmtheit der Produktion und der kapitalökonomischen Herrschaftsstruktur. Vom Kapital ausgehend wird die gesamte gesellschaftliche Konstruktion nur als quasi instrumentierte Reproduktionslogik eben des Kapitals begriffen, was die Grundlage für das leidige Basis-Überbau-Theorem abgibt.

Die aktuellen empirischen Erfahrungen hinsichtlich Entfremdung, technologischer Revolution, ökologischer Krise und globaler Interdependenz sowie die Angebote moderner Evolutions- und Systemtheorie, veranlassen das Sprengen der ideellen und reellen Grenzen von Reproduktionskreisläufen innerhalb der Wirtschaft als geschlossenem System. Theoretische wie praktische wirtschaftliche Handlungsvoraussetzungen und -konsequenzen sind nicht mehr wirtschaftsintern zweckrational begründbar, sondern aus wechselseitigen System-Umwelt-Bezügen resp. -Differenzen (Scholl 1990; Münch 1990). Vor der ökonomischen Theorie steht somit die Aufgabe, Reproduktionskreisläufe als offene zu rekonstruieren, inklusive also der System-Umwelt-Differenzen. Von daher kann erweiterte Reproduktion dann gedacht werden als wachsender Reichtum im Sinne wachsender Pluralität der individuellen Aneignungsformen sowie auch als Erhöhung des geistigen oder überhaupt kreativen Niveaus der materiellen Produktion (Ettl/Jünger/Walter 1990). Akkumulation könnte als Akkumulation von Kultur interpretiert werden, die durchaus nicht auf die materiell-gegenständliche Kultur des Arbeitsinstruments beschränkt bleibt. Reproduktionstheorie hätte dann damit zu tun, wie die Ökonomie wieder an die Lebenswelt der Individuen angekoppelt werden kann (Ulrich 1987), wie soziale und natürliche Evolution auf neue Art verschränkt werden können, in welchem Verhältnis globale Vernetzung und regionale Dezentralisierung quer durch alle Problemlagen und institutionalisierte Strukturen stehen, wie Wirtschaft an politische Steuerung gekoppelt werden kann, ohne die je besonderen Rationalisierungsarten zu negieren.

Ausgehend von diesem kurzen kritischen Rekurs auf Marx' Kritik der politischen Ökonomie, können wir nun versuchen, in einer vorläufigen Annäherung den Gegenstandsbereich moderner kritischer Sozialökonomie zu definieren. Eine moderne Sozialökonomie muß die Ratio selbst thematisieren, also die Vernünftigkeit ökonomischer Ziele aus der Sicht wechselnder Problemlagen permanent neu hinterfragen und für die Fortsetzung von Diskursen offenhalten.

Aus *formaler* Sicht fragt ökonomische Theorie eben nach den Formen, in

denen der Reichtum produziert bzw. realisiert wird. In einem technischen Verständnis ökonomischer Rationalität als bloßer Zweckrationalität sucht die Wirtschaftstheorie folgerichtig nach den technischen Formen, die ein Mittel-Zweck-Optimum zu realisieren vermögen. Innerhalb dieser Formen erscheinen die Akteure nicht als Subjekte, sondern als technische Parameter eines funktionierenden Mechanismus. Es darf wohl nicht daran gezweifelt werden, daß auch die Sozialökonomie die Frage nach optimalen Formen stellen muß, wenn einer Verständigung über Ziele auch ihre Realisierung folgen soll. Dabei dürfte der Sozialökonom häufig vor dem gleichen Problem stehen, wie der Wirtschaftswissenschaftler, besonders hinsichtlich der Koordination von Kooperation angesichts fortschreitender Ausdifferenzierung (Vergesellschaftung) ökonomischer Handlungen. Jedoch interessiert kritische Sozialökonomie nicht nur die Sicherung von Evolution an sich, durch Aufrechterhaltung der Koordinierbarkeit ökonomischer Integration bzw. Kooperation. Sie interessiert auch die Richtung sozialer Evolution aus der Perspektive der Formen von Herrschaft und Knechtschaft. Entscheidend für die Spezifik einer Sozialökonomie dürfte jedoch die Orientierung auf die sozialen statt nur technischen Formen sein (die technische Probleme durchaus nicht ausblenden muß).

Wie also kommen ökonomisch handelnde Akteure zu gesellschaftlich-ökonomischem Verhalten auf unterschiedlichen Kontextebenen von Kooperation, und wie stabilisiert sich das Verhalten zu sozioökonomischen Verhaltensformen (Produktionsverhältnissen resp. ökonomischen Institutionen)? Welche ökonomische Struktur bilden die Produktionsverhältnisse bzw. ökonomischen Institutionen, und inwieweit ist das Gesellschaftsganze überhaupt ökonomisch strukturiert und damit dominiert? Eine kritische Sozialökonomie muß zumindest zwei Folgefragen beantworten: Zum einen geht es um die Frage, wie sich denn nun die Individuen selbst zu den institutionalisierten Formen ihres Verhaltens verhalten. Welche Interessen, Bedürfnisse, Motive etc. bilden sie aus, wie werden sie repräsentiert, reguliert usw.? Zur Beantwortung dieser Frage ist der traditionelle disziplinäre Rahmen einer ökonomischen Theorie nicht mehr zu halten. Wenn politische Ökonomie ohnehin schon immer auch technologisch und soziologisch, vor allem aber philosophisch zu argumentieren hatte, so muß eine moderne Sozialökonomie auch evolutionstheoretisch, psychologisch oder auch kommunikationstheoretisch argumentieren. Zum anderen geht es um die Frage, wie sich, unter der Voraussetzung fortschreitender Vergesellschaftung der Formenwandel ökonomischen Verhaltens vollzieht. Hier nun wären wir angelangt beim *normativ-nomologischen* Aspekt des Grundverständnisses einer kritischen Sozialökonomie.

Eine moderne kritische Sozialökonomie wird sich prononciert trennen müssen von dem die klassische politische Ökonomie beherrschenden mechanischen Weltbild, das die Ökonomie als von einem Mechanismus organisch miteinander verknüpfter Gesetze geregelt glaubt. Die reine Wirtschaftstheorie folgt dieser Tradition im Grunde bis zum heutigen Tage und ist bemüht um die fortgesetzte Auffüllung des marktwirtschaftlichen Regelwerks, welches das Gleichgewicht der Ökonomie als autonomes, geschlossenes Wirtschaftssystem erklären und sichern könne.

Eine kritische Sozialökonomie kritisiert diese Tradition an drei Punkten. Erstens kann die Vorstellung von der Ökonomie als geschlossenem System mit interner Regulierung per Gesetz nicht aufrechterhalten werden. Wirtschaft erweist sich zunehmend als offenes System, das nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und kulturell bestimmt ist, in dem soziale wie biologische und technische Gesetze wirken, soziologische wie psychologische. Kurz, ein geschlossenes Regelwerk sich einander ergänzender Gesetze ist nicht zu denken. Zweitens führt die Anerkennung des Subjektstatus der wirtschaftlichen Akteure zur Ablehnung kausaler Determiniertheit der subjektiven Handlungen der Akteure durch objektive Gesetze – bei Anerkennung der nicht bestreitbaren Tatsache, daß die Akteure auch unter ihr Handeln begrenzenden Zwängen agieren und die jeweiligen Handlungsfolgen ganz bestimmte Voraussetzungen haben. Drittens bekennt sich kritische Sozialökonomie konsequent zur unbedingten Historizität gesellschaftlicher Gesetze des ökonomischen Handelns.

Zum Paradigmenwechsel der Sozialökonomie

Die klassischen politischen Ökonomen und ihre liberalen und neoliberalen Nachfahren setzen Privateigentum als natürlich, moralisch und vernünftig voraus und thematisieren die Selbstregulation marktwirtschaftlichen Gleichgewichts durch Sicherung der Wettbewerbsordnung. Demgegenüber kritisiert Marx die politische Ökonomie, indem er die eigentumsbedingten Herrschaftsverhältnisse kritisiert. Seine Kapitalismuskritik ist im Kern Kapitalkritik, aber Markt- und Konkurrenzkritik involvierend.

Wissenschaft muß herausfinden, ob und inwieweit die moderne Gesellschaft noch kapitalistisch ist und wie sich Kapital als Herrschaftsform heute realisiert. Gelingt dies nicht, läuft sich kritisches Bewußtsein erneut ideologisch fest und schafft kein anderes Sein.

Die Produktivkraftrevolution verändert die Problemlagen der modernen Zivilisation fundamental. Wohl war das zentrale Problem des Kapitalismus bis in unser Jahrhundert hinein die Ausbeutung und die damit verbundene Polarität von Reichtum und Elend. Jedoch lassen sich in diesem Kontext zwei entscheidende Entwicklungen konstatieren: *Erstens* erreichen Produktion und Entlohnung im Zusammenhang auch mit gewerkschaftlicher Gegenmacht und Sozialstaatlichkeit in den Industrieländern ein Niveau, daß in diesen Ländern die materielle Existenz als relativ entproblematisiert gelten kann, d.h. Elend ist nicht mehr das sozial dominante Problem. *Zweitens* aber treten eine Reihe neuer Probleme auf, die eine Vielfalt der Problemlagen generieren – ökologische, Dritte Welt, Zweidrittelgesellschaft, Minderheiten, Männergesellschaft, mediale Vermassung, Entfremdung und natürlich *auch* Ausbeutung. Gesellschaft erscheint so als konstrukt vielfach überlagerter Sozialstrukturen. Die Vielfalt der Problemlagen verbietet die Reduktion auf ein Grundproblem, was empirisch sichtbar wird an den Programmkrisen politischer Parteien, wenn sie – traditionsgemäß – inflexible Problemhierarchien aufbauen.

Der Unhaltbarkeit der Reduktion der Vielfalt von Problemlagen auf ein Grundproblem entspricht auch die Unhaltbarkeit präferenzbezogener Reduktionen in

der ökonomischen Theorie: Ziele sind nicht mehr reduzierbar auf Nutzenmaximierung, Werte nicht mehr auf Arbeitswert und Motive nicht mehr auf erwerbsbezogenen Eigennutz.

In zunächst (nicht ausschließlich) unmittelbarer Reaktion auf die faschistische Erfahrung vollziehen sich bedeutsame Umstellungen des politischen Systems, die sich konzentriert bezeichnen lassen als Autonomisierung, Demokratisierung, Entstaatlichung. Aus ökonomischer Perspektive ist vor allem die Differenz und Selbständigkeit des politischen Systems interessant. Das politische System ist nicht das Spiegelbild des ökonomischen Systems und von diesem nicht abgeleitet, wie es das Basis-Überbau-Theorem noch unterstellte. Korporatistische Repräsentationen ökonomisch strukturierter Interessen sind nicht bestimmend für das politische System, und das traditionelle, an ökonomischen Klassen orientierte Links-Mitte-Rechts-Schema des Parteienspektrums verliert zunehmend an programmatischer Überzeugungskraft und politischer Effektivität. Zudem wird es unterlaufen durch neue politische Bewegungen, die sich von vornherein jenseits dieses Schemas etablieren. Die Emanzipation politischer Prozesse von Kapitaldominanz gilt dabei als Voraussetzung der Fortsetzung des evolutionären Wandels moderner Gesellschaften, ihrer ökonomischen Systeme inclusive.

Eine moderne kritische Sozialökonomie, die sich ausdrücklich auf die Tradition der politischen Ökonomie beruft, wird wohl die Marx'sche Kapitalismusanalyse als die konsistenteste Kapitaltheorie gelten lassen. Eine paradigmatische Wende aber muß *zum einen* dort ansetzen, wo Marx die Kapitalismusanalyse verknüpft mit der normativen Emanzipationstheorie des »wissenschaftlichen Kommunismus«. Die Sozialökonomie muß primär die Frage nach den prozeduralen und motivationalen Bedingungen beantworten, die sozioökonomische Entwicklung überhaupt sichern. Erst auf dieser Basis wird eine Diskussion über emanzipatorische Ziele sinnvoll, die dann als ambivalent behandelt werden können, nicht als endliches Resultat einer versachlichten Gesetzeslogik, sondern als unverfestigtes, permanent neu thematisierbares Resultat einer diskursiven Verständigungslogik.

Eine paradigmatische Wende der Sozialökonomie ergibt sich *zum anderen* daraus, daß die Perspektive der ökonomischen Dominanz und die des »revolutionären Proletariats« nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Zu fragen ist dann aber, woraus denn nun eine moderne kritische Sozialökonomie ihren normativen Gehalt bezieht? Sie bezieht ihn offenbar aus der Kritik der ökonomischen Rationalität. Ökonomische Rationalität im traditionellen (meint kapitalistischen) Sinne utilitaristischer Vernunft versteht sich als zweckbestimmte, nämlich nutzenmaximierende Rationalisierung wirtschaftlicher Handlungen unter Voraussetzungen der Güterknappheit, des Eigennutzmotivs und des Marktautomatismus. Hier können wir, ausgehend von der Kritik an einer technischen Rationalitätsinterpretation als Zweckrationalität, an einer reduktionistischen Reichtumsinterpretation als monetär meßbarer Nutzen und an einer einäugigen Strategie des Maximums, dem Vorschlag Apels folgen, das Rationalitätsproblem formal im Rahmen einer Diskursethik zu reformulieren (Apel 1990, 121ff.) und dem Vorschlag Ulrichs folgen, das Rationalitätsproblem substantiell auf eine Wiederankopplung ökonomischer Rationalität an die Lebenswelt zu beziehen (Ulrich 1987, 341ff.).

Die doppelte Ordnung des modernen Wirtschaftssystems

Die klassischen politischen Ökonomien und ihre liberalistischen und zum Teil auch keynesianischen Erben verdecken aus ihrer Perspektive der Koordination funktional und institutional ausdifferenzierter Wirtschaft die Herrschaftsverhältnisse als Problem. Die Institution des Privateigentums erscheint als funktionale Grundbedingung der Regulation und Steuerung des Wirtschaftssystems. Marx kontert diesen Ansatz mit einer gegensätzlichen Reduktion. Aus emanzipatorischer Perspektive subsumiert er das Koordinationsproblem dem Herrschaftsproblem. Alle ökonomischen Handlungen sind bei ihm letztlich auf Eigentumsinteressen zurückführbar.

Nun zeigt sich, daß offenbar beide Reduktionsvarianten erfolglos bleiben, die Koordinationsform der Herrschaftsform nicht subsumierbar resp. in ihr auflösbar ist und vice versa. Wir werden uns auf das duale Muster eines doppelten Ordnungsprinzips des modernen Wirtschaftssystems einlassen müssen (Kromphardt 1987, 18ff.).

Eigentums- resp. Entscheidungsordnung

Betrachten wir die Entwicklung der Eigentumsordnung aus der klassischen Perspektive privatkapitalistischer Eigentumsformen, lassen sich zunächst zwei Linien einer Transformation des Kapitalverhältnisses ausmachen. Es sind dies zum einen die formale Ausdifferenzierung des Eigentums hin zu einem Pluralismus der Formen und zum anderen die funktionale Ausdifferenzierung des Eigentums nach Besitz und Verfügung und der Verfügung selbst (Ulrich 1987, 371ff.).

Nehmen wir die Differenz von Besitz und Verfügung, setzt sich ein Prozeß fort, den Marx durchaus in seinen Anfängen schon wahrnahm, und der nun kulminiert in der Übernahme realer Verfügungsgewalt über die Produktion durch das Management. Die darin liegenden Evolutionschancen bewegen sich zwischen der Abkopplung der Herrschaftsinteressen von der Autokratie der Profitmaximierung einerseits und der potentiell multivalenten Interessenorientierung andererseits, die jedoch eingegrenzt wird durch den technokratischen Interessenhorizont und die Kompetenzdiktatur des Managements.

Damit nun kann eine Reformulierung des Verfügungsthemas als Entscheidungstheorie durchaus folgenreich werden, insofern offenbar der Erfolg einer postkapitalistischen Transformation der Eigentumsordnung primär davon abhängig wird, wie es gelingt, eine radikale Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen, differenziert nach ihren Kontextebenen, durchzusetzen. Zu differenzieren wäre vor allem zwischen den operativen und strategisch-perspektivischen Entscheidungen. Auf operativer Entscheidungsebene muß die Autorität des Managements weitestgehend gesichert bleiben, damit in Kontinuität produziert werden kann. Demgegenüber muß auf strategischer Ebene der Entscheidungen mit perspektivischer Wirkung auf die soziale, ökologische und weltwirtschaftliche Situation, also auf der Ebene der Innovationsentscheidungen, jede Form autokratischen Managements radikaldemokratisch bekämpft werden, weil es die Innovationsentscheidungen sind, die die Lebensinteressen aller (ob wirtschaftlicher Akteur oder Betroffener) substantiell berühren. Und es ist eben

gerade die aktuell dominante Form monopolistischer Innovationsentscheidungen, in der sich Kapitalherrschaft heute noch realisiert.

Denkt man an dieser Stelle den funktionalen mit dem formalen Aspekt postkapitalistischer Transformation der Eigentumsordnung zusammen, ist der Vorschlag Peter Ulrichs einleuchtend, die reale Trennung der Verfügung vom Eigentum formal nachzuvollziehen durch eine Neutralisierung der Eigentumsform (Ulrich 1987, 387ff.). In der Tat sollte dies die Voraussetzung sein, von einer eigentumsformal bestimmten Verfügungsordnung überzugehen zu einer diskursiven Verständigungsordnung der Verfügung durch die Akteure wie die Betroffenen.

Auf eine dritte Linie postkapitalistischer Transformation des Eigentums sei zumindest verwiesen, wenn auch in nur oberflächlicher Weise. Jedoch stützt sich ihre Thematisierung auf eine höchst produktive Sichtweise bei Marx, die in der Perspektive aktueller ökonomischer Theorien kaum noch auftaucht oder aber nur explizit als separates Forschungsprogramm behandelt wird. Es geht um Marx' Frage nach der »technologischen Wahrheit« des Eigentums: Wie aktualisiert sich Eigentum technologisch als wirkliche Aneignung? Marx hatte im »Kapital« überzeugend gezeigt, wie das Kapital als den Produktionsprozeß und die lohnarbeitenden Produzenten beherrschende Form erst wirklich wird mit der Durchsetzung der industriellen Produktionsweise. Kapitalherrschaft realisiert sich bei Marx dann als Unterordnung des Lohnarbeiters unter die Maschinerie (Marx 1867/1972, 331ff.). Die als wissenschaftlich-technische Revolution faßbare postindustrielle Transformation der Produktionsweise eröffnet mögliche Perspektiven zwischen der Aufhebung aller industriekapitalistischer Charaktere des Produktionsprozesses und der künstlichen Installation kapitaladäquater Technologieformen (Ullrich 1979). Fällt in der Industriegesellschaft die Produktionsweise der Individuen noch weitgehend mit ihrer Lebensweise zusammen, was in der sich durchsetzenden postindustriellen Gesellschaft durchaus nicht mehr der Fall ist, müssen sozioökonomische Theorien heute über den Horizont unmittelbarer Produktionsprozesse hinaussehen können und der Frage nachgehen, wie die Individuen von einer arbeitsvermittelten Naturaneignung zu einer kulturellen Weltaneignung gelangen können.

Koordinationsordnung

Aus der emanzipatorischen Perspektive des Marxismus schien Planwirtschaft die Alternative zu den die Individuen beherrschenden Fetischcharakteren der Marktwirtschaft. Mithin konnte durch die Aufhebung der Marktspontaneität eine krisenfreie Sicherung des wirtschaftlichen Gleichgewichts erwartet werden. Beide Erwartungen erwiesen sich bisher als Illusionen. Statt dessen wissen wir heute, daß sich komplexe Systeme – wie die Wirtschaft – als Ganzes nicht von außen steuern lassen, sondern zumindest im Kernbereich eines internen Regulationsmechanismus' bedürfen. Dieser Grundgedanke des Autopoiesekonzepts (Willke 1987, 42ff. u. 129ff.) angewandt auf die Wirtschaft, bedeutet am sinnvollsten wohl die Angebot-Nachfrage-Regulierung durch Markt und Geld. Darüber hinaus wissen wir heute, daß komplexe Systeme (dissipative)

Strukturen fernab vom Gleichgewicht ausbilden, die als Voraussetzung der Evolutionsfähigkeit komplexer Systeme gelten können. Eine zentralverwaltete Planwirtschaft erweist sich somit theoretisch wie praktisch als Fehlalternative zu marktkoordinierter Wirtschaft. Marktkoordination vermittelt Geld bleibt offenbar für den Kernbereich der Wirtschaft die geeignete Koordinationsform.

Die kontrafaktische Idealität der Marktkoordination beruht jedoch auf Voraussetzungen, die nicht vorauszusetzen sind: auf vollständiger Konkurrenz, absoluter Mobilität der Ressourcen und vollständiger Information der Marktteilnehmer.

Vollständige Konkurrenz bedeutete monopolfreien Wettbewerb um Erwerbchancen, der allen Teilnehmern die Gleichheit dieser Chancen garantiert. Das Resultat wäre optimaler Interessenausgleich und ungehinderte Entwicklung. Da aber der Drang nach Stabilisierung erfolgreicher Wettbewerbspositionen durch Monopolisierung ebenso der Logik der Konkurrenz entspricht, besteht die Crux der Marktkonkurrenz darin, daß sie ihre eigenen Voraussetzungen ständig selbst negiert. Darüber hinaus betrifft die Chancengleichheit der Konkurrenten lediglich die Gleichheit der Marktbedingungen für alle Teilnehmer, bedeutet also nicht Gleichheit der Entwicklungschancen, die die Anerkennung der Ungleichheit der Marktteilnehmer voraussetzen würde. Das Gleichheitsprinzip des Marktes ist demnach kein Gerechtigkeitsprinzip. Es sichert Entwicklung als ungleiche und damit partialisierte wie darin begrenzte Entwicklung und führt weder zu sozialem Ausgleich ungleicher Partner noch zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Absolute Ressourcenmobilität bedeutete permanente, sofortige und vollständige Ausgleichsbewegungen der Wirtschaft gemäß struktureller Wandlungsanforderungen. Der Markt mit seiner zugegebenermaßen hohen Flexibilität scheitert aber an den Erfordernissen fundamentalen Strukturwandels (weltwirtschaftliche, ökologische oder technologische Eruptionen bzw. Revolutionen). Er scheitert an den Mobilitätsgrenzen hinsichtlich der Substituierbarkeit natürlicher Ressourcen, des hohen Anteils des fixen Kapitals, der infrastrukturellen Voraussetzungen, der begrenzten fachlichen Mobilität der Arbeitskräfte und der nationalen bzw. regionalen Grenzen.

Vollständige Informiertheit der Marktteilnehmer ist Voraussetzung der Konsistenz ihrer Entscheidungen. Der Informationsträger der Marktkoordination ist der in Geldquanta gemessene Preis. Realisiert nun das Geld als symbolisch generalisiertes Steuermedium des Marktes die notwendige mediale Vereinfachung, so stellt es zugleich auch eine radikale Verkürzung des Informationsgehaltes der Wirtschaft dar. Zum einen wird von allen Informationen abstrahiert, die sich nicht in Geldquanta messen lassen. Zum anderen wird die Differenziertheit und Vielfalt der Informationen nivelliert bzw. reduziert auf eine einzige Information: Preis.

In der Nichtvoraussetzbarkeit der Voraussetzungen liegt das Versagen des Marktes begründet. Ist Marktkoordination geeignet für den allokativen Kernbereich der Wirtschaft, so versagt sie an den »Rändern« des Wirtschaftssystems, in Beziehung auf das Soziale, die Natur und die Kultur.

Von dem hier dargestellten Standpunkt aus wird es für absehbare Perspektiven um drei miteinander verknüpfte Strategien der Generierung der modernen

Koordinationsordnung gehen: Zum *ersten* muß die Effektivität der Koordinierungspotentiale des Marktes für den wirtschaftlichen Kernbereich gesichert werden, und zwar nach zwei Seiten hin: gegenüber dem bürokratischen Bedürfnis des Staates nach Übersteuerung der Selbstregulation im Interesse der Durchsetzung eigener Präferenzen und gegen die der Marktkoordination immanente Tendenz der Selbstblockierung durch Monopolisierung.

Zum *zweiten* ist die Kombination marktwirtschaftlicher Koordination mit nichtmarktförmigen Koordinationsformen zu einer funktionierenden pluralistischen Koordinationsordnung auszubauen, die in einer Realität der mixed economy ohnehin angelegt ist. Die höchst verschämten Diskursformen wirtschaftswissenschaftlicher Diskussionen zu diesem Thema resultieren aus ideologischer Verklärung eines marktwirtschaftlichen Standpunkts, von dem aus jede Kombination von Koordinationsformen als Ergänzung, Einschränkung oder überhaupt Gefährdung marktwirtschaftlicher Koordination interpretiert wird. Eine kritische Sozialökonomie, die sich auf Marktideologie nicht einläßt, muß nicht defensiv-vorsichtig danach fragen, was der Markt möglicherweise vielleicht doch nicht vermag, sondern kann konstruktiv-offensiv die Frage nach den spezifischen Koordinationspotentialen von Markt, Plan, staatlicher Steuerung, Bürokratie, Wahlen, Verhandlungen usw. stellen und dann von hier aus fragen, wie eine effektive Kombination dieser Koordinierungspotentiale in einer praktischen Koordinationsordnung denkbar wäre. Das ideologische Scheingefecht Marktversagen contra Staatsversagen sollte darin ein konstruktives Ende finden. Als zentralen Begriff einer Theorie der modernen Koordinationsordnung wollen wir »Verkehrswirtschaft« vorschlagen. Unmittelbar aktueller Anlaß einer Reformulierung des Koordinationsthemas unter dem Begriff der Verkehrswirtschaft, als Wirtschaft mit kombinierter Koordinationsordnung, sind jedoch – im Hinblick auf die begriffliche Identität von »Verkehr« und »Kommunikation« – die Ergebnisse kommunikationsorientierter Forschungen der jüngsten Vergangenheit (Habermas 1981, Krüger 1990a, Ulrich 1987, Apel 1990 u.a.). So exemplifizierte Hans-Peter Krüger am Beispiel der Unternehmensberatung die Relativierung der Generalität des Geldes als Kommunikationsmedium der Wirtschaft (Krüger 1990b, 144). Angesichts der Durchsetzung eines wissenschaftlichen Charakters postindustrieller Produktionsprozesse wird damit zu rechnen sein, daß das Exempel Unternehmensberatung nur den Beginn markiert einer im Wirtschaftssystem selbst etablierten kommunikativen Vernetzung von Expertenkulturen auf sprachlichem und vor allem metasprachlichem Niveau, von der erhebliche Koordinationsleistungen erwartet werden können.

Aus eben dieser kommunikationsorientierten Forschungsperspektive kann zum *dritten* nun auch die Transformation marktförmiger Koordination selbst thematisiert werden. Bei Marx finden wir in bezug auf Marktwirtschaft zwei folgenreiche Identifikationen, die zunächst hinterfragt sein müssen, will man über die Chancen einer Transformation der Marktkoordination nachdenken.

Die eine Identifikation ist die von Marktwirtschaft und Warenproduktion. Marx diskreditiert die Koordination mittelbarer Kooperation (Zirkulation) als Oberflächenstandpunkt und holt das Marktproblem in die Produktion zurück als Problem von Warenproduktion. Von da aus kann Marx Entfremdung als Subjekt-

Objekt-Verkehrung von Produzent und Produkt, als Herrschaft von Sachen über Menschen erklären und als inhärenten Charakter von Warenproduktion begründen (Marx 1867/1972, 49ff.). Dort aber, wo Marx identifiziert, ist offenbar gerade nach Differenzen zu fragen und danach, wie sie auszubauen sind. Es ist zu fragen, ob die Warencharaktere der Produktion tendenziell aufhebbar sind, ohne eine Aufhebung marktförmiger Koordination zu bewirken. Unter der Voraussetzung einer Pluralisierung bzw. Neutralisierung des Eigentums, die eine Aufhebung privateigentümlicher Isolation durch kommunikative Formen gesellschaftlicher Integration denken läßt, unter der Voraussetzung der Durchsetzung informationeller Transparenz des Wirtschaftssystems, gestützt durch die informationstechnologische Revolution und unter der Voraussetzung der Integration marktförmiger Koordination in eine pluralistisch kombinierte Koordinationsordnung, erscheint es möglich, daß die Akteure eine Subjektposition gegenüber den Sachen wiedergewinnen resp. neugewinnen, d.h. Entfremdung aufhebbar wird, ohne daß partielle Versachlichung gesellschaftlicher Zusammenhänge als Errungenschaft der Moderne aufgegeben werden muß.

Die andere Identifikation ist die zwischen dem allgemein geldvermittelten Warenaustausch als realisierte Totalität von Warenproduktion und Kapitalismus. Diese Identität ist bei Marx vor allem geldtheoretisch begründet. Für Marx ist das Geld nicht nur allgemeines Informations- und Tauschmedium, sondern darüber hinaus allgemeiner Repräsentant von Reichtum und Herrschaftsmedium (Marx 1867/1972, 143ff.). In der Tat läßt sich auch für heute feststellen, daß trotz mehr oder minder erfolgreicher Versuche, die Macht des Bankkapitals einzuschränken (z.B. durch öffentliche Banken, Zentralbanken usw.), ökonomische Herrschaft immer noch realisierbar ist als Herrschaft über Geldallokationen. Damit rückt die Entkapitalisierung des Geldes in das Zentrum der praktischen Transformation der Marktkoordination. Eine kritische Sozialökonomie sollte es sich zur Aufgabe stellen, das schier Unlösbare zu lösen, nämlich die Voraussetzungen zu klären, unter denen Geld als wirtschaftliches Kommunikationsmedium seinen Kapitalcharakter verliert und damit eine postkapitalistische Verkehrswirtschaft ermöglicht, deren Koordinationsordnung den Charakter herrschaftsfreier Kommunikation annimmt.

Literaturverzeichnis

- Apel, K.-O., 1990: Diskursethik als Verantwortungsethik und das Problem der ökonomischen Rationalität. In: Biervert, Bernd, Klaus Held und Josef Wieland (Hrsg.): Sozialphilosophische Grundlagen des ökonomischen Handelns. Frankfurt/M.
- Backhaus, H.-G., 1986: Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit. In: Prokla 63
- Beck, U., 1986: Risikogesellschaft. Frankfurt/M.
- Bell, D., 1975: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Etl, W., und J. Jünger, 1991a: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Hamburg (erscheint im Herbst 1991)
- Etl, W., und J. Jünger, 1991b: Evolutionäre Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft. In: Brie, M., und D. Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Hamburg

- Ettl, W., J. Jünger und D. Walter, 1990: Über die Historizität des Ökonomischen oder wie sozial muß Marktwirtschaft heute sein. In: *Initial*, H.4
- Evers, A., und H. Nowotny, 1987: Über den Umgang mit Unsicherheit. Frankfurt/M.
- Goetz, A., 1989: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin
- Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Band I und II, Frankfurt/M.
- Haug, W.F., 1990: Chancen und Blockierungen eines demokratischen Sozialismus. In: *Initial*, H.4
- Kern, H., und M. Schumann, 1984: Das Ende der Arbeitsteilung? München
- Klein, D., 1991: Doppelte Modernisierung im Osten. In: Brie, M. und D. Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Hamburg
- Kromphardt, J., 1987: Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus. Göttingen
- Krüger, H.-P., 1990a: Kritik der kommunikativen Vernunft. Berlin
- Krüger, H.-P., 1990b: Luhmanns autopoietische Wende. Eine kommunikationsorientierte Grenzbestimmung. In: Jahrbuch für Komplexität in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Berlin
- Marx, K., 1858: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (MEW 42)
- Marx, K., 1867: Das Kapital. Band 1, Berlin (MEW 23)
- Marx, K., Engels, F., 1846: Die Deutsche Ideologie. Berlin (MEW 3)
- Münch, R., 1990: Die Wirtschaft der Gesellschaft – ein autopoietisches System? In: Soziologische Revue, H.4
- Prigogine, I., 1986: Natur, Wissenschaft und neue Rationalität. In: Dialektik, H.12, Köln
- Scholl, P., 1990: Subjektivität und Naturprozeß. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, H.2
- Ullrich, O., 1979: Technik und Herrschaft. Frankfurt/M.
- Ulrich, P., 1987: Transformation der ökonomischen Vernunft. Bern, Stuttgart
- Weber, M., 1922/1985: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen
- Willke, H., 1987: Systemtheorie. Stuttgart, New York

Weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Michael Brie: Jahrmärkte der Eitelkeit oder Wie den Philosophen in der DDR ihr Maulwurf abhandeln kam. Argument 184 (1990)
- Juha Koivisto: Umkämpfte Philosophie. Marx, Labriola, Gramsci. Argument 182 (1990)
- Frigga Haug: Über die Frauenfrage als Systemfrage. Argument 180 (1990)
- Wolfgang Fritz Haug: Aus dem Tagebuch des Umbruchs. Argument 180 (1990)
- Peter Ruben: Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der rohe Kommunismus. Argument 180 (1990)
- Klaus Peter Kisker: Ökonomische Lehren aus dem Scheitern des Feudozialismus. Argument 179 (1990)
- Haug, Wolfgang Fritz: Marktsozialismus? Vorfragen zum »ökonomischen Mechanismus« eines demokratischen Sozialismus. Argument 179 (1990)
- Irene Dölling: Marxismus und Frauenfrage in der DDR. Argument 177 (1989)
- Su Shaozhi: Niemand hat das Recht, darüber zu urteilen, wer Marxist ist und wer nicht. Argument 177 (1989)
- Georges Labica: Der Begriff der Revolution. Argument 176 (1989)
- Alex Demirović: Marx und die Aporien der Demokratietheorie. Argument 172 (1989)
- Frieder O. Wolf: Philosophie und Marxismus heute. Zur Aktualisierung Althusser's. Argument 172 (1988)

Michael Krätke

Politische Ökonomie ohne Marx?

Kritische Anmerkungen zu Wilfried Ettl und Jürgen Jünger

Was ist Politische Ökonomie?

Ökonomie ist eine junge Wissenschaft, als etablierte akademische Disziplin kaum mehr als hundertfünfzig Jahre alt. Den frühen, »klassischen« Ökonomen galt sie ganz unverblümt als eine politische Wissenschaft. Nach der klassischen Formel von Adam Smith handelt sie davon, wie sowohl der (private) Reichtum des Volkes als auch der Reichtum des States oder der Gemeinschaft zu mehren sei. Für die Klassiker ist die Ökonomie ein Teil der politischen Wissenschaft, die vor allem dem Staatsmann oder Gesetzgeber zupaß kommen soll. Gegen die frühen Versuche, die Ökonomie auf eine Lehre der Markthandlungen und entsprechend auch die bürgerliche Gesellschaft auf Austauschbeziehungen zu reduzieren, wehren sich die Klassiker noch erfolgreich: Die gesamte »soziale Organisation« eines Landes, soweit sie die Produktion des Reichtums beeinflusse, also sämtliche ökonomisch relevanten Institutionen gehörten zum Gebiet der Politischen Ökonomie (vgl. Jones 1859/1964, 405ff.).

Der Aufstieg der »reinen« Ökonomie, die von ihren Vorfechtern wie Macleod, Whately und Walras als Wissenschaft vom Austausch bzw. als Theorie der Preisbestimmung unter einem hypothetischen Regime der absolut freien Konkurrenz bestimmt wird, führt zu einer stets schärferen Trennung der Ökonomie von der politischen Wissenschaft. Die Bedeutung der Termini wandelt sich noch – vor allem durch die Entwicklung der Mikroökonomie von einer Tauschlehre zu einem scheinbar universellen Konzept rationalen (individuellen) Handelns (vgl. Rothschild 1989) – aber die unreine politische Ökonomie wird erfolgreich an den Rand bzw. in die Nachbardisziplinen abgedrängt (vgl. Zimmermann 1987, 9ff.; Staniland 1985, 14ff.). Gegenwärtig wird der Name Politische Ökonomie in dreifachem Sinn gebraucht: Als Geusenname für allerlei Unter- und Randströmungen, radikale, institutionalistische, marxistische, die sich kritisch gegen die herrschende Lehre der neoklassischen Orthodoxie wenden; als Bezeichnung für das inzwischen weit gediehene Unternehmen, alle möglichen politischen Phänomene mit dem Instrumentarium der neoklassischen Ökonomie zu behandeln (auch »Neue Politische Ökonomie« genannt); schließlich als Feldzeichen für vielfältige Versuche, die vor allem von Politikwissenschaftlern unternommen wurden, die Wechselbeziehungen zwischen politischen und ökonomischen Institutionen und Prozessen in modernen Gesellschaften systematisch zu studieren (vgl. als Überblick: Staniland 1985). Bei diesem Unternehmen wetteifern Politische Ökonomen aller Couleurs.

Der Terminus »Sozialökonomie« steht für die vielfältigen Versuche der (vornehmlich deutschen) Historischen Schule, sich dem Siegeszug der »reinen« Ökonomie zu widersetzen. In einer ganzen Reihe von vorwiegend methodologischen und programmatischen Schriften versuchten die Häupter der Historischen

Schule darzulegen, daß und warum die Ökonomie eine *Sozialwissenschaft* sei, die sich nicht mit scheinbar »natürlichen« Mensch/Ding-Beziehungen, sondern mit sozialen Beziehungen zwischen Menschen und den historisch institutionalisierten »sozialen Formen« dieser Beziehung auseinanderzusetzen habe (vgl. den Überblick bei Ammon 1927, 23-160, und als eine der wenigen marxistisch inspirierten Äußerungen: Labriola 1912). Das kollektive opus magnum dieser Schule ist, jedenfalls im deutschen Sprachraum, der vielbändige »Grundriß der Sozialökonomik«, der in den zwanziger Jahren erschien. Der Grundriß enthielt zahlreiche Beiträge zu »Wirtschaft und Natur«, »Wirtschaft und Technik«, zu den spezifischen Institutionen des modernen Kapitalismus, zur Sozialstruktur und zur staatlichen Politik im Kapitalismus; Max Webers »Wirtschaft und Gesellschaft« ist als Beitrag für den Grundriß geschrieben und darin posthum (1922) veröffentlicht worden. Die Historische Schule hat theoriegeschichtlich den Streit bekanntlich verloren. Übermächtig setzte sich der Drang durch, die Ökonomie nach dem Vorbild der klassischen Mechanik zu einer scheinbar exakten »sozialen Physik« zu entwickeln. Ironisch genug hat die Verwirklichung einer der Lieblingsideen der Aufklärung – eine Sozialwissenschaft nach dem Muster der Naturwissenschaften – eine sozialwissenschaftlich uninteressante, weil auf das ungemein fesselnde Problem, wie ein Mensch jeweils eine »dem Optimum« nächstmögliche Quantität kaufen oder verkaufen könne, beschränkte Lehre erbracht (vgl. Mirowski 1989). Die kritische Tradition einer *sozialwissenschaftlich* gemeinten Ökonomie lebt noch in der heutigen Wirtschaftssoziologie, die die Sozialökonomien (zusammen mit Marx, Schumpeter und Karl Polanyi) zu ihren Klassikern zählt und sich an deren Problematik – den sozialen Voraussetzungen, den Formen der Institutionalisierung und Folgen institutionalisierten ökonomischen Handelns – orientiert (vgl. Martinelli 1987). Und sie lebt natürlich noch immer bei etlichen Außenseitern der Ökonomenzunft, die immer wieder gegen das falsche Vorbild der Naturwissenschaften (notabene der des vorigen Jahrhunderts) und für eine Neubegründung der Ökonomie als *Sozialwissenschaft* streiten (vgl. Arndt 1979, Georgescu-Roegen 1987, Mirowski 1989).

Kritische Sozialökonomie, wie Ettl/Jünger sie verstehen, soll sich gegen die herrschende Lehre der Fachökonomie ebenso absetzen wie gegen die bis vor kurzem herrschende Lehre des offiziellen Marxismus-Leninismus. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß im untergegangenen Reich des Realsozialismus der Alp des Marxismus-Leninismus noch gehörig auf die Köpfe drückt. Allerdings gibt es gewaltige Unterschiede zwischen den Standarddogmen des Marxismus-Leninismus und den vielen Spielarten »marxistischer« Politischer Ökonomie (von allen nicht-marxistischen Spielarten Politischer Ökonomie noch zu schweigen). Ettl und Jünger wollen sich der herrschenden Lehre der »westlichen« Fachökonomie nicht in die Arme werfen. Stattdessen machen sie Anleihen bei der »westlichen« Soziologie. Die vielfältigen Ansätze der Politischen Ökonomie im »Westen« lassen sie von vornherein links liegen – also eigentlich alles, was für ihr Programm relevant sein könnte.

Nun ist der Ruf nach »soziologischen Elementen«, die die »reine Ökonomie« der herrschenden Lehre wieder zu sozialwissenschaftlichem Leben erwecken sollen, nicht neu. Wie und mit welchen Konsequenzen dieser Ruf erhoben

wurde, hing davon ab, wie das Erkenntnisobjekt der »reinen« Ökonomie konzipiert wurde. In der Tradition der Sozialökonomie wurde die Ökonomie schlicht zu einem Spezialgebiet der Soziologie erklärt (siehe vor allem Sombart 1930/1967). Ökonomen, die vor allem die gängigen Verhaltensannahmen der Standardökonomie überprüft und wo nötig verändert sehen wollten, riefen zur Kooperation zwischen Ökonomie und Soziologie auf (vgl. Lowe 1935). Die Soziologen hätten zu klären, wie realistisch die institutionellen Voraussetzungen und Verhaltensannahmen seien, unter denen die »Marktgesetze« der Neoklassik allein wirken konnten. Andere sahen diese Arbeitsteilung anders: die Fachökonomien hätten das zugegebenermaßen beschränkte Gebiet des strikt »rationalen« Handelns zu behandeln, während den Soziologen der große weite Rest des »irrationalen« Handelns bliebe (vgl. Wickstéad 1933, passim). Mittlerweile ist es mit der (ohnehin auf wenige Gelehrte beschränkten) Bescheidenheit der Ökonomen ganz vorbei: Unter der Flagge eines »Neuen Institutionalismus« meinen die Ökonomen, das erprobte Instrumentarium der neoklassischen Marktanalyse auch auf die bislang ausgeklammerten »sozialen Faktoren« erfolgreich anwenden zu können (vgl. als Überblick: Coase 1984). Da konnte die Gegenoffensive der Soziologie mit dem erneuten Ruf nach einer gründlichen »Soziologisierung« der ökonomischen Kategorien (vgl. Swedberg 1986) nicht lange ausbleiben.

Ettl/Jünger nennen System-, Evolutions- und Kommunikationstheorie als Elemente, die eine »Kritische Sozialökonomie« in sich aufzunehmen habe. Im Klartext: Die Politischen Ökonomen sollen bei Luhmann und Habermas in die Schule, um sich reduktionistische und ökonomistische Unarten austreiben zu lassen. Am Erfolg dieser Kur sind Zweifel erlaubt. Die bisherigen Ausflüge der genannten Großtheoretiker ins Reich der Politischen Ökonomie geben wenig Anlaß zur Begeisterung. Beiden ist gemeinsam, daß sie die Ökonomie als ein Teilsystem der Gesellschaft neben anderen und zwar als ein Kommunikationssystem behandeln. Beiden ist zugute zu halten, daß sie sich auf die bekannte geldtheoretische Lücke der Fachökonomie einlassen und Versuche unternehmen, den Zusammenhang zwischen der Ökonomie und der Gesellschaft mit Hilfe einer monetären Kommunikationstheorie zu denken. Beiden ist anzulasten, daß ihre kommunikationstheoretischen Reformulierungen nichts zur Lösung der bekannten Schwierigkeiten der Tausch- und Geldtheorie beigetragen haben (vgl. im Detail: Ganßmann 1986, Beckenbach 1989). Die kritischen Sozialökonomien geben keine Gründe an, warum erneute Versuche zur kommunikationstheoretischen Reformulierung der ökonomischen Theorie bessere Ergebniss zeitigen sollten.

Politische Ökonomie ohne Marx?

In allen Strömungen der Politischen Ökonomie – mit Ausnahme der »Neuen Politischen Ökonomie« – gilt Marx als ein Klassiker; nicht als der einzige, nicht ungedingt als der wichtigste, aber doch als ein Autor, mit dem man sich auseinandergesetzt haben muß. Dafür gibt es gute Gründe. Nicht wenige Klassiker der Politischen Ökonomie (wie Veblen, Weber, Polanyi, Schumpeter) haben es getan. Marx wurden und werden zu Recht und von durchaus unverdächtiger Seite

Leistungen zugeschrieben, die für jede sozialwissenschaftlich informierte Politische oder Soziale Ökonomie konstitutiv sind: Marx habe den Zusammenhang von ökonomischer Theorie und Geschichte bewahrt, er habe die »soziale Dimension« im Zentrum der ökonomischen Analyse gehalten, er habe den evolutionären Charakter der kapitalistischen Ökonomie richtig gesehen, er habe den Zusammenhang von politischen und ökonomischen Institutionen und Prozessen nicht losgelassen und als einziger die Ökonomie des Kapitalismus so politisch genommen wie sie ist. Gelegentlich wird ihm sogar nachgerühmt, er habe als einer der ersten und wenigen der Versuchung widerstanden, die Naturwissenschaften seiner Zeit nachzuahmen, und statt dessen die Politische Ökonomie in der einzig adäquaten Weise, mit Hilfe »dialektischer« Kategorien nämlich, behandelt (vgl. Georgescu-Roegen 1987).

Für jeden, der sich vom Alp des Marxismus-Leninismus zu befreien sucht, ist eine erneute Auseinandersetzung mit Marx sicherlich vordringlich. Genug zu studieren und zu entdecken gibt es allemal: den authentischen Marx ohne ML-Katechismus, die reiche Tradition der an Marx anknüpfenden »marxistischen« Politischen Ökonomie (inklusive der sowjetischen), die im Marxismus-Leninismus nur als Ansammlung »revisionistischer« Pappkameraden vorkam; schließlich die Tradition der wissenschaftlichen Marx-Kritik, in der keineswegs nur kenntnisloses »dummes Zeug« produziert wurde (das es auch gibt, und nicht zu knapp).

Ettl und Jünger kritisieren Marx in drei Punkten: Sie werfen ihm das Primat »der« Ökonomie vor und schlagen vor, dem Streit um Primäres und Sekundäres in der Entwicklung menschlicher Gesellschaften aus dem Wege zu gehen, indem man auf ein »universelles« Produktionskonzept beim jungen Marx zurückgreift. Das läuft darauf hinaus, die althehrwürdigen Konzepte von Produktionsverhältnissen, Produktivkräften und Produktionsweise uferlos aufzublähen, so daß sie jeglichen analytischen Gebrauchswert verlieren. Die theorieimmanenten Gründe, die Ettl/Jünger für die Erweiterung des Begriffsumfangs der genannten Kategorien anführen, sind alle nicht zwingend. Marx' Konzept der »materiellen Produktion« ist weit genug; es ist ohne weiteres möglich, die Dienstleistungen darin aufzunehmen, die Marx, historisch berechtigt, nicht berücksichtigt hat. Es ist witzlos, unter Produktivkräften schlechthin alles, jegliche Möglichkeit der menschlichen »Weltaneignung« zu verstehen; damit verschwimmt jeder Unterschied zwischen vorhandenen, durch menschliche Arbeit produzierten bzw. nutzbar gemachten Produktivkräften und den Möglichkeiten weiterer Produktivkraftentwicklung, die bekanntlich niemand genau kennen kann. Ein deutlich begrenzter Begriff der »Produktivkräfte« zwingt niemanden, an eine unschuldische, von Herrschaftsverhältnissen unberührte technologische Entwicklung zu glauben. Ebenso überflüssig ist die Erweiterung des Begriffs der Produktionsverhältnisse. Im Marxismus-Leninismus unseligen Angedenkens war es üblich, Produktionsverhältnisse auf »Eigentumsverhältnisse« zu reduzieren. Wer die Marxsche Theorie kennt, braucht sich diesen Schuh nicht anzuziehen. Völlig konturlos und unbrauchbar wird der Begriff der Produktionsweise, wenn darunter, wie Ettl und Jünger vorschlagen, die von den Individuen erfahrene »Wirklichkeit der Produktion« verstanden werden soll. Demnach gäbe es unweigerlich

so viele Produktionsweisen wie erfahrbare Arbeitswelten. Systemtheoretisch sind dergestalt renovierte Konzepte aus dem marxistischen Erbgut unbrauchbar, denn sie lassen sich nicht mehr eindeutig abgrenzen. Für die Zwecke der Politischen Ökonomie verlieren sie jeden Gebrauchswert – die legt nun einmal Wert auf spezifische historische Unterschiede und kümmert sich nicht um die abstrakten Momente jeglicher menschlicher Tätigkeit, »mit denen keine wirkliche geschichtliche Produktionsstufe begriffen ist.« (Marx 1953, 10)¹

Zweitens wird Marx angelastet, daß er Marktbeziehungen mit »Herrschaft« im Sinne von Herrschaft der »versachlichten« gesellschaftlichen Verhältnisse über die Individuen gleichsetze. Das verhindere, »modernen« Austausch »nicht-reduktionistisch«, also wohl herrschaftsfrei und unentfremdet zu denken. Wunderbarerweise sollen neue, universelle Produktivkräfte diese Sicht der Marktdinge ermöglichen. Die Absicht ist klar: weg von den im Marxismus-Leninismus gängigen Mythen über Märkte im Kapitalismus bzw. Sozialismus. Das Argument bleibt dafür umso unklarer: Warum sollen auf Märkten, auf denen moderne High-Tech-Produkte angeboten werden, etwa Computer, in deren Produktion vielfältige wissenschaftliche (Vor)arbeiten vieler, vielerlei technologische Entwicklungsarbeit in vielen Ländern eingeht, Konsumenten und/oder Produzenten auf einmal »souveräner«, minder abhängig von anonymen »Marktkräften« sein als auf Märkten, wo lokale, handwerkliche oder kleinindustrielle Produkte feilgeboten werden? Warum soll auf High-Tech-Märkten die »unsichtbare« Hand auf einmal sichtbar und beeinflussbar werden? Wo gibt es überhaupt im gegenwärtigen High-Tech-Kapitalismus Märkte, auf denen Produzenten und/oder Konsumenten »souveräne« Entscheidungen ohne Konkurrenzdruck zu fällen? Wo gibt es »Marktfreiheit« außer für diejenigen, die es wie auch immer geschafft haben, zumindest Teile eines Marktes unter ihre Kontrolle zu bringen? Individuellen Handlungsspielraum für einzelne gibt es auf so gut wie allen Märkten. Aber für das Maß der Abhängigkeit aller vom vorhandenen Marktsystem stellt es keinen prinzipiellen Unterschied dar, ob man/frau per pedes auf Schnäppchenjagd im Schlußverkauf geht oder ob ein deutscher Computerfreak sich seine Hard- und Software direkt aus den USA kommen läßt und dabei die neuesten elektronischen Kommunikationsmittel nutzt.

Schließlich wird Marx vorgeworfen, er denke den kapitalistischen Reproduktionsprozeß als »geschlossenen Kreislauf«; die Reproduktion sei aber als »offener« Kreislauf zu denken. Der Bezug auf die Systemtheorie ändert hier nichts daran, daß der Vorwurf daneben geht, weil er den Unterschied zwischen Theorie und Modell übersieht. Klar gibt es bei Marx Modelle des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, die – siehe die Vielzahl von Annahmen, die dabei gemacht werden – als »geschlossene Kreisläufe« von Waren- und Geldströmen konzipiert sind. Aus diesen Kreislaufmodellen einer geschlossenen kapitalistischen Warenökonomie sind die Modelle der modernen Wachstumstheorie ebenso wie die Input-Output-Analyse hervorgegangen – was einigen Ökonomen auch noch stets geläufig ist. Jedoch sind die Modelle, die der Untersuchung von Gleichgewichtsbedingungen dienen, nur ein Element der Theorie des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und keineswegs das Ganze. Marx' Theorie zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie an bestimmten Stellen systematisch »offen« konzipiert ist.

Man kann diese Stellen alle benennen und damit zugleich angeben, wo Erweiterungen der Marxschen Theorie sinnvoll möglich sind: Da ist einmal die Konstitution eines regulären »Marktes« selbst, die wesentlich von der Insitutionalisierung des Geldes abhängt. In der Logik der Marxschen Theorie streben alle Warenbesitzer danach, ihre Ware zur Geldware zu erheben. Wenn man keine eindeutige Hierarchie der Warenbesitzer unterstellt, bedarf es einer »gesellschaftlichen Tat« sei es aller, sei es einer Assoziation einiger Warenbesitzer, sei es einer politischen Herrschaftsorganisation, die dazu führt, daß ein funktionsfähiges Geldsystem (eine einzige Geldware, ein allgemein gültiger, garantierter Maßstab der Preise, ein gültiges Reglement für den Gebrauch von Geldsubstituten usw.) zustande kommt. Die zweite »offene« Stelle der Marxschen Theorie tut sich auf, wo die »Ware Arbeitskraft« hereinkommt. Die wird bekanntlich nicht als Ware produziert und gehandelt und es braucht auch einiges – nämlich die Kleinigkeit eines historischen Transformationsprozesses, in dem Besitzlose zu Lohnarbeitern erzogen werden – bis Arbeitskraftbesitzer und Arbeitskraftkäufer sie behandeln, als ob sie eine Ware wäre. Keine kapitalistische Ökonomie kann ohne einen funktionierenden Arbeitsmarkt bestehen, aber dieser fingierte Markt für eine Quasi-Ware kommt keineswegs naturwüchsig, ohne gesellschaftliche Aktion außerhalb des ökonomischen Systems zustande. Der Arbeitsmarkt ist und bleibt eine Einbruchstelle für allerlei »außerökonomische« Einflüsse in kapitalistischen Ökonomien. Es gibt noch mehrere solcher systematisch »offenen« Stellen in der Marxschen Theorie: die Aneignung und Nutzung »natürlicher« Ressourcen ist eine, Nicht-Waren (öffentliche Güter) sind eine andere. Die »nicht-kapitalistischen« Räume (innerhalb wie außerhalb der kapitalistischen Industrieländer) gehören dazu, ebenso wie die besondern Märkte für »fiktive Waren« wie Kapital und Grundeigentum, die erst mühsam durch »gesellschaftliche Aktionen« institutionalisiert werden müssen.

Es ist also nicht wahr, daß Marx bzw. eine Politische Ökonomie im Anschluß an Marx mit der Vorstellung eines hermetisch geschlossenen »ökonomischen Systems« ohne (soziale, politische, »natürliche«) Umwelt operieren müßte. An den systematisch offenen Stellen der Marxschen Theorie gilt es weiter zu arbeiten.

Der Kapitalismus, der keiner mehr ist

Ettl und Jünger gilt als ausgemacht, daß die modernen Industriegesellschaften heute nicht mehr kapitalistisch genannt werden können. Im Anschluß an Marx, oft kritisch gegen ihn gewandt, haben etliche Generationen Politischer Ökonomen sich redlich bemüht, die Wandlungen des Kapitalismus, die jeweils jüngsten Phasen der kapitalistischen Entwicklung auf den Begriff zu bringen. Von den Austromarxisten bis zu den heutigen Regulationisten gilt die theoretische und empirische Hauptarbeit stets der Frage: wie entwickelt sich der Kapitalismus, welche Strukturveränderungen macht er durch, wie sind diese zu erklären und welche sozialen und politischen Folgen haben sie?

Die Befreiung von der leninistischen Weltsicht mit ihrer dogmatisierten Periodenfolge von Konkurrenz-, Monopol und Staatsmonopolistischem Kapitalismus und ihrer seit 1918 ausgerufenen »Allgemeinen Krise des Kapitalismus«

bietet doch zumindest die Chance, sich die vielfältigen Versuche, die kapitalistische Entwicklung in diesem Jahrhundert zu erklären, wenigstens einmal anzusehen. Nicht nur die im Reiche des Marxismus-Leninismus systematisch verketzerten bzw. totgeschwiegenen Politischen Ökonomen, auch diejenigen, die in den realsozialistischen Ländern zum Schweigen gebracht wurden, ließen sich (wieder)entdecken. Ohne politische Scheuklappen – die Austromarxisten lesen wir nicht, weil sie Sozialdemokraten sind; Mandel nicht, weil er Trotzki ist; die Regulationisten und andere Gruppen parteiunabhängiger Marxisten nehmen wir nicht zur Kenntnis, weil sie keine Kommunisten sind usw. usw. – ließe sich wohl besser Anschluß an die aktuelle Diskussion um die Eigenarten und die weitere Entwicklung des »gegenwärtigen Kapitalismus« finden. Die »westliche« Soziologie ist dabei wenig hilfreich.

Das Konstrukt des Marxismus-Leninismus zwang seine Vor- und Nachdenker dazu, jedwede Veränderung des Kapitalismus stereotyp als Symptom des »Niedergangs« bzw. des »Reiferwerdens« für den Sozialismus zu interpretieren. Mit dem Ruf, »den Kapitalismus haben wir schon hinter uns«, suchen sich die »kritischen Sozialökonomen« die lästige Systemperspektive Kapitalismus-Sozialismus vom Hals zu schaffen. Der »real existierende« Sozialismus ist gescheitert, den real existierenden Kapitalismus haben wir dank »postkapitalistischer Transformation« überwunden.

Allerdings kann man sich von den Dogmen des »wissenschaftlichen Kommunismus/Sozialismus« marxistisch-leninistischer Prägung (Notwendigkeit des Sozialismus, prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus, Mythos des revolutionären Proletariats) auch lösen, ohne in die Falle des Postmodernismus bzw. -kapitalismus zu tappen. Sobald man »Sozialismus« offen als politische Theorie, als ein historisch spezifisches »politisches Projekt« wie »soziale Marktwirtschaft« oder »soziale Demokratie« begreift, sind es die Sozialisten selbst, nicht »die Geschichte«, nicht »das Proletariat«, die die volle Beweislast für ihr Projekt zu tragen haben. Sie müssen begründen, daß eine »sozialistische« Transformation der bestehenden kapitalistischen Marktökonomien wünschenswert, d.h. in einem Interesse liegt, das verallgemeinerungsfähig ist; sie müssen zeigen, daß diese Transformation machbar, d.h. mit erträglichen Transformationskosten zu realisieren ist. Sie müssen angeben können, wer die Kosten zu tragen hat, wer die Gewinner und wer die Verlierer der Transformation sein werden; sie müssen die Verteilung von Lasten und Vorteilen zwischen sozialen Gruppen, zwischen Generationen rechtfertigen können. Sie müssen in jedem einzelnen Fall plausibel machen, daß »radikale« und umfassende Reformen den tagtäglichen, kleinen Reformen vorzuziehen sind, die im organisierten, demokratischen Kapitalismus der Gegenwart fortwährend vorkommen. Aus historischer Erfahrung wissen wir, daß Massenrevolten oder »Revolutionen« in nichtlineare Prozesse münden – die »Revolutionäre« richten etwas an, das sie nicht mehr in der Hand haben und nicht mehr zurückdrehen können, das also andere auszubaden haben. Ohne den Deckmantel der »Geschichte« oder des »Fortschritts« haben sich Sozialisten ihrer Verantwortung zu stellen: Wie im Fall der Umweltzerstörung gilt auch bei einer radikalen Transformation der Gesellschaft, daß die jeweils Lebenden bzw. die politisch Mächtigen unter ihnen wohl die Chance haben, sich für oder gegen ein

bestimmtes Projekt zu entscheiden, die Nachgeborenen aber bzw. die politisch Unterlegenen nicht. Die haben die Folgen zu tragen, ob sie ihnen gefallen oder nicht.

Wer aber als Sozialist sich selbst und andere vor verantwortbare Entscheidungen stellen will, hat die Alternativen sehr genau zu kennen. Er muß Kosten, Risiken und Chancen angeben können, wenn er von den Ausgebeuteten, Erniedrigten und Beleidigten eine rationale Entscheidung für die eine oder andere »sozialistische« Maßregel verlangt. Kann er das nicht, muß er sich nicht wundern, wenn gerade die vielfach mißbrauchten Arbeiter aller Länder sich – durchaus rational – gegen »sozialistische Experimente« mit unsicherem oder, noch schlimmer, mit bekannt schlechtem Ausgang entscheiden.²

In diesem Sinne wird jedes »sozialistische Projekt« immer eines wissenschaftlichen Unterbaus bedürfen. Sozialisten haben die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, in die sie eingreifen wollen, ebenso zu kennen wie die wahrscheinlichen Folgen, die die von ihnen propagierten Veränderungen auslösen können. Genau das ist es, was Antonio Gramsci, oft zum Säulenheiligen eines »Anti-Ökonomismus« stilisiert, immer wieder von seinen Genossen verlangt hat (vgl. Gramsci 1974, 268f u.ö.) und wozu er selbst (mit der unvollendeten Studie zur »Süditalienischen Frage«) beizutragen versuchte. Eine, zugegeben altmodische, Kapitalismustheorie ist dafür immer noch ein besserer Leitfaden als postmoderne Diskurse.

Woraus besteht nun die angebliche Transformation zum Postkapitalismus? Aus dreierlei Veränderungen, die sich in drei »Evolutionsschüben« vollzogen haben sollen. Erstens soll eine »Produktivkraftrevolution« stattgefunden haben, zweitens haben sich dadurch angeblich die sozialen Probleme der modernen Gesellschaft verschoben und drittens soll sich das Verhältnis von Ökonomie und Politik erheblich gewandelt haben. Keiner dieser Punkte ist neu, keiner davon macht es für sich allein oder im Verband mit den anderen plausibel, von einem Übergang zu einer völlig anderen sozialen und ökonomischen Ordnung zu sprechen. Produktivkraftrevolutionen hat der moderne Kapitalismus seit der ersten industriellen Revolution schon mehrere durchgemacht, die sozialen Probleme sind im Lauf der kapitalistischen Entwicklung keineswegs immer dieselben geblieben (nicht einmal das berüchtigte »Elend« blieb dasselbe), die Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik haben sich mehrfach gewandelt (Übergang zur parlamentarischen Demokratie, faschistische und andere Diktaturen, Übergang zum Wohlfahrts- und Interventionsstaat). In der marxistischen Tradition war und ist die Erklärung der »kapitalistischen Entwicklung« die größte Herausforderung: Die Erklärung des langfristigen, qualitativen Wandels der kapitalistischen Produktionsweise ist schwierig, gerade weil die Marxisten von Marx gelernt haben, daß der Kapitalismus einer ganz eigentümlichen, widersprüchlichen Entwicklungslogik folgt, indem er seine Grundlagen zugleich stärkt und erweitert und sie untergräbt (vgl. Hirschmann 1984, 39 u.ö.). Der Versuchung, allerlei neuartige Phänomene flugs zu verallgemeinern und zu einer »neuen Qualität« des Kapitalismus, bzw. zum Anfang vom Ende der kapitalistischen Entwicklung hochzustilisieren, sind schon viele Sozialisten erlegen. Mit dem Ende der Gewißheit, daß die kapitalistische Entwicklung unaufhaltsam in eine andere, »höhere«

Produktionsweise münden werden, ist dies Geschäft noch schwieriger geworden. Dennoch gibt es im Umkreis des »westlichen« Marxismus einige Versuche, sich dieser Einsicht von der Offenheit oder immanenten Ziellosigkeit der kapitalistischen Entwicklung zu stellen. Diese Versuche – bei den Regulationstheoretikern ebenso wie bei den amerikanischen radikalen Ökonomen – haben zu dem, immerhin diskussionswürdigen, Vorschlag geführt, die bislang üblichen Periodenfolgen von Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus oder Konkurrenz-, Monopol- und Staatsmonopolistischem Kapitalismus, die stets nach derselben »organischen« Analogie zu Wachstum, Reife, Alter (oder Niedergang) und Tod gestrickt sind, zu ersetzen durch eine prinzipiell offene Reihe von kapitalistischen »Regimes«, die durchaus nicht »gesetzmäßig« aufeinander folgen (vgl. Boyer 1986, Hübner 1989, Bowles/Ginitis 1986, Heilbroner 1988, 59ff.). Man mag diese Versuche, sich die kapitalistische Entwicklung im Blick auf ihren nunmehr recht unsicheren Ausgang neu zurechtzulegen, mit guten Gründen kritisieren. Beispiele dafür finden sich genug in der aktuellen Diskussion um Fordismus und Postfordismus. Sie einfach zu ignorieren, ist ein Fehler.

Die westliche Soziologenprominenz kann mit den genannten (und etlichen anderen) Transformationen im Nachkriegskapitalismus auch nicht mehr anfangen, als zu verkünden, daß sie den Wald und die Bäume nicht mehr sehe (die berühmte »Unübersichtlichkeit«). Ettl/Jünger meinen immerhin noch, allerlei sozialstrukturelle Umwälzungen aus der jüngsten »Produktivkraftrevolution« erklären zu können. Im übrigen dienen ihnen die genannten Veränderungen als Vehikel, um sich so weit möglich von allerlei marxistisch-leninistischen Dogmen abzusetzen: vom Dogma des sich unaufhörlich verschärfenden Klassenkampfes, vom Dogma der Haupt- und Nebenwidersprüche, vom Basis-Überbau-Dogma. Allerdings bleibt die eigentliche theoretische und empirische Arbeit noch zu tun, um von einem Waschzettel voller mehr oder minder neuer Phänomene und Probleme zu einer stimmigen Analyse der gewandelten Struktur der sozialen Ungleichheit und entsprechend der sozialen Konfliktlagen im gegenwärtigen Kapitalismus zu kommen. Einiges in dieser Richtung ist schon getan worden. Da die staatlichen Interventionen und Regulierungen der formell privaten Ökonomie im Nachkriegskapitalismus unverkennbar an Umfang, Intensität und Bedeutung enorm zugenommen haben, ist das Verhältnis von Staat und Ökonomie im Kapitalismus von den Politischen Ökonomen seit Ende der sechziger Jahre intensiv studiert worden. Das hat zu einer, jedenfalls in der marxistischen Tradition bis dato unbekanntem Vielfalt und Breite von Erklärungsansätzen geführt (vgl. Przeworski 1990 als systematischer Überblick). Einige haben aus diesem Studium bereits den Schluß gezogen, daß eine auf den gegenwärtigen wie den historischen Kapitalismus bezogene marxistische ökonomische Theorie nur eine *politische Theorie der Ökonomie* sein könne. Das ist zum Teil wenigstens noch ein Programm, aber sicherlich eines, das mindestens ebenso kritisch bei Marx anschließt, wie Ettl/Jünger das wollen, und obendrein genau dort ansetzt, wo die oben genannten Neuinterpretationen der kapitalistischen Entwicklung ihre größte Schwäche haben – bei der politischen oder Staatstheorie.

Demokratisierung der Wirtschaft

Da es mit der »postkapitalistischen Transformation« nicht weit her ist, plädieren Ettl und Jünger dafür, dem Postkapitalismus weiter auf die Sprünge zu helfen; die Eigentumsordnung und last not least der Markt selbst sollen transformiert werden. Von irgendeinem »sozialistischen« Projekt ist keine Rede. Beide Übungen sollen zu einer neuen »Verständigungsordnung« führen. Unter der Hand hat sich also die »kommunikationstheoretische« Perspektive zur Legitimationsformel für allerlei weitreichende Gesellschaftsreformen gemausert, die den Postkapitalismus dem Idealzustand »herrschaftsfreier Kommunikation« näherbringen sollen.

Wie gestalten wir also den Postkapitalismus so herrschaftsfrei und kommunikationsfreundlich wie möglich? Indem wir die beliebte These vom Managerkapitalismus benutzen und daran die Forderung knüpfen, alle strategischen ökonomischen Entscheidungen – das sind Entscheidungen über ökonomische Innovationen – radikal zu demokratisieren. Auf die bekannten (und in der sozialistischen und genossenschaftlichen Tradition häufiger erörterten) Probleme solcher Demokratisierungen gehen Ettl und Jünger nicht ein. Um nur zwei zu nennen: Wer sind die »Betroffenen« bei betrieblichen Innovationsentscheidungen, wie soll der Kreis der Entscheidungsbefugten sinnvoll eingegrenzt werden? Wie sollen die Entscheidungsbefugten jeweils sachkundig gemacht werden? Bekanntlich sind gerade strategische Investitionsentscheidungen in starkem Maße von Expertenwissen abhängig. Wer sollen die Experten sein, wer soll Zugang zu den nötigen Informationen erhalten, wie und von wem sollen die Experten effektiv demokratisch kontrolliert werden? Wie und wann werden solche demokratischen Innovationsentscheidungen überprüft? Wer erhält unter welchen Voraussetzungen Veto-rechte gegen geplante Innovationsentscheidungen? Welche Möglichkeiten der Berufung erhält die unterlegene Minderheit? Soll überhaupt bei lebenswichtigen Entscheidungen, die nicht die nächste Frühjahrsmode, sondern absehbare und unabsehbare Umweltschäden, damit die Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen betreffen, nach der Mehrheitsregel entschieden werden? Da in heutigen formalen Großorganisationen, seien es nun (Industrie-)Betriebe oder Behörden, wirkliche Herrschaft über überlegenem, d.h. in der Regel Expertenwissen und auf der Kontrolle über Informationen beruht, wäre deren interne Demokratisierung schon einiges Kopfzerbrechen wert. Noch mehr Kopfweh aber gilt es auszuhalten, wenn überbetriebliche Entscheidungen (auf der Meso- und/oder der Makroebene) demokratisiert werden sollen. Die schiere Größe des Problems hat alle ernsthaften Politischen Ökonomen bislang dazu geführt, sich auf überaus »indirekte« Entscheidungsweisen und wenige, makroökonomische Richtungsentscheidungen – etwa über die sektorale Verteilung des gesellschaftlichen Akkumulationsfonds – zurückzuziehen.

Daß Ettl und Jünger trotz ihrer vielfach betonten »kommunikationstheoretischen Orientierung« zur Lösung dieser Probleme nichts beizutragen haben, verweist einmal mehr auf die Schwächen der Habermasschen »Theorie des kommunikativen Handelns« – Reduktion von Kommunikation auf »Sprechakte« und Gottvertrauen in eine freiwillige Handlungskoordination auf der Basis von allen

ainsichtigen und von allen geteilten guten Gründen. Die nicht weniger »alteuropäischen« Demokratietheorien versuchen dagegen in aller Regel zu begründen, wie in Situationen, in denen ein allgemeiner, gar noch »vernünftiger« Konsens nicht zu erwarten und nicht herzustellen ist, doch verbindliche Entscheidungen getroffen werden können. Jede Demokratietheorie, die den Namen verdient, hat mindestens zwei komplementäre Fragen zu beantworten: Wie lassen sich die Mächtigen zügeln und unter Kontrolle halten und wie lassen sich diejenigen integrieren, gegen deren Wünsche und Interessen entschieden worden ist? Antworten, die für die Theorie einer »demokratischen« Ökonomie relevant sind, hat die Kommunikationstheorie nicht zu bieten.

Markt ohne Herrschaft

Blieben noch die Märkte kommunikationsfreundlich einzurichten. Märkte, so können wir von den Politischen Ökonomen lernen, sind äußerst voraussetzungsreiche soziale Gebilde.³ Es dauert lange und kostet viel, Märkte dauerhaft zu institutionalisieren und die große Masse der Bevölkerung sozial in eine Marktökonomie zu integrieren, d.h. jedermann/frau marktgerechtes Verhalten, eine dauerhafte Bereitschaft zur Anpassung an Marktereignisse beizubringen. Die zivilisatorischen Effekte einer dauerhaften Marktorientierung aller Gesellschaftsmitglieder bilden gerade eines der Hauptargumente der klassischen Politischen Ökonomen für die kapitalistische Marktökonomie (vgl. Hirschman 1980). Vor allem Karl Polanyi hat gezeigt, daß Märkte ganz unterschiedlich eingerichtet sind und ganz unterschiedlich funktionieren, je nachdem wo und wie sie in die Gesellschaftsstruktur eingebettet sind (vgl. Polanyi 1944/1977). Der historische Übergang zu kapitalistischen Marktökonomien, in denen Märkte (besser eine regelrechte Hierarchie von besonderen Märkten) zentral für die Integration des ökonomischen Systems zu sorgen haben, verlangt eine völlige Umstellung der Sozialintegration, die nach Polanyi nur durch eine Serie politischer Eingriffe zustandekam und kommen konnte (Polanyi 1944/1977; ders., 1979, 129ff.). Historisch betrachtet, ist es gar nicht abwegig, die vorhandene ökonomische Ordnung von den Institutionen des Marktes her verändern zu wollen.

Ettl und Jünger teilen uns mit, daß Märkte eigentlich gar nicht funktionieren können, um im gleichen Atemzug zu versichern, daß jedenfalls im »Kernbereich der Wirtschaft« eine Marktkoordination unabdingbar sei. Nur an den Rändern, bei Sozialem, Kultur und Natur, versage das Marktsystem. Wenn mit »Sozialem« die Probleme derjenigen gemeint sind, die kein Geld haben, funktioniert der Markt hier geradezu vorbildlich systemgerecht: Es schließt die Habenichtse aus. Was Kultur und Natur angeht, so ist deren Vermarktung bislang ausschließlich durch politische Eingriffe einzudämmen und keineswegs durch interne Funktionsprobleme des Marktes selbst gebremst worden.

Was soll mit dem unvermeidlichen, aber eigentlich unmöglichen Markt geschehen? Die kritische Sozialökonomie bietet das bekannte Potpourri von liberalen (Zügelung der Bürokratie und der Monopole) und sozialdemokratischen Antworten (Kombination von marktförmigen und nicht-marktförmigen Koordinationsformen). Die Kommunikationstheorie soll uns Auskunft darüber geben,

wie eine moderne, »pluralistische« Koordinationsordnung auszusehen habe. Mangels Masse verfällt die aufs Bestehende: die ohnehin vorhandenen Vernetzungen zwischen den Expertenkulturen von staatlichen und privaten Bürokratien muß nur kommunikativ angereichert werden. Die Koordinationsleistungen, die die überaus lebendige Kommunikation zwischen diversen »Machteliten« erbringt, sind sattsam bekannt. Als Transformationskonzept wirkt der Vorschlag, die Kommunikation der Mitglieder der herrschenden Klassen untereinander zu verbessern, komisch. Weil Märkte so immer noch nicht herrschaftsfrei genug sind, folgt die »Entkapitalisierung des Geldes«, die Herrschaftsbeziehungen zwischen Marktteilnehmern ausschließen soll. Hier begnügen sich Ettl und Jünger damit, eine Frage zu stellen, die leicht zu beantworten ist. Geld verliert dann und nur dann seinen »Kapitalcharakter«, wenn irgendwer oder irgendwas für eine auf Dauer gleiche Geldausstattung aller Marktteilnehmer sorgt. Niemand darf auf Dauer mehr Geld zur Verfügung haben als ein anderer. Wenn diese schöne Utopie der Gleichheit aller Warenbesitzer realisiert ist⁴, werden die Marktteilnehmer endlich drauflos kommunizieren können. Sie werden sich zwar nicht viel mitzuteilen haben, zumal die besondere Sprache, für die Habermas das Geld ansieht, durch die genannte postkapitalistische Transformation des Geldes noch ärmer wird als zuvor: Zinsen, Rente, Gewinne, Löhne usw. gibt es nicht mehr, nur noch Warenpreise. Aber vielleicht ist es gut so, daß die herrschaftsfrei kommunizierenden Marktteilnehmer sich außer Preislisten nichts zu erzählen haben. Wie sollten sie sonst vor lauter Kommunikation noch zum Arbeiten kommen.

Anmerkungen

- 1 Ich kann es mir nicht verkneifen, Engels, den beliebtesten Watschenmann des Anti-Ökonomismus, zu zitieren: »Die Bedingungen, unter denen die Menschen produzieren und austauschen, wechseln von Land zu Land, und in jedem Lande wieder von Generation zu Generation. Die politische Ökonomie kann also nicht dieselbe sein für alle Länder und alle geschichtlichen Epochen ... Wer die politische Ökonomie Feuerlands unter dieselben Gesetze bringen wollte mit der des heutigen Englands, würde damit augenscheinlich nichts zutage fördern als den allerbanalsten Gemeinplatz. Die politische Ökonomie ist somit wesentlich eine *historische* Wissenschaft. Sie behandelt einen geschichtlichen, d.h. einen stets wechselnden Stoff; sie untersucht zunächst die besonderen Gesetze jeder einzelnen Entwicklungsstufe der Produktion und des Austauschs und wird erst am Schluß dieser Untersuchung die wenigen, für Produktion und Austausch überhaupt geltenden, ganz allgemeinen Gesetze aufstellen« (Engels 1877/78/1968, 136f).
- 2 Ein Schulbeispiel verantwortungsloser Politik, die die Risiken und Kosten »kapitalistischer Experimente« nicht wahrhaben will, wird gerade von der Bundesregierung am lebenden Körper der vormaligen DDR-Gesellschaft vorexerziert.
- 3 Wie voraussetzungreich, das erfahren die Einwohner der vormaligen DDR gerade am eigenen Leibe. Die materiellen Voraussetzungen einer funktionierenden Marktökonomie sind durchaus vorhanden, was fehlt, sind vielerlei »institutionelle« Voraussetzungen. Eine Geldökonomie, so lernen auch Politiker im Westen, läßt sich nicht einfach durch großzügige Geldspritzen herstellen.
- 4 Womit wir wieder einmal bei Rousseau sind, der es (im Diskurs über Politische Ökonomie von 1758) geradeheraus zu einer der wichtigsten Aufgaben des Staates erklärt, zu verhindern, daß einige Bürger Reichtum akkumulieren und andere verarmen können.

Literaturverzeichnis

- Amonn, A., 1927: Objekt und Grundbegriffe der Theoretischen Nationalökonomie, Leipzig, Wien (2. Auflage)
- Arndt, H., 1979: Irrwege der Politischen Ökonomie, München
- Beckenbach, F., 1989, Die Wirtschaft der Systemtheorie. In: Argument 178
- Bowles, S./Edwards, R., 1986: Neuere theoretische Entwicklungen in der Radikalen Politischen Ökonomie. In: Mehrwert
- Coase, R., 1984: The New Institutional Economics. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Vol. 140, 229- 231
- Ganßmann, H., 1986, Geld – ein symbolisch generalisiertes Medium der Kommunikation? In: Prokla, Nr. 63, s. 6-22
- Georgescu-Roegen, N., 1987: Das Wechselspiel von institutionellen und materiellen Faktoren: das Problem und sein Status. In: E. Matzner u.a. (Hrsg.), Arbeit für alle ist möglich, Berlin, 313-340
- Gramsci, A., 1974: Per la Verità, Scritti 1913-1926, Rom
- Heilbroner, R.L., 1988: Behind the Veil of Economics, New York - London
- Hirschmann, A.O., 1980: Leidenschaften und Interessen, Frankfurt a.M.
- Hirschmann, A.O., 1984: L'economie comm Science Morale et Politique, Paris
- Hübner, K., 1989, Theorie der Regulation, Berlin
- Jones, R., 1859/1964, Literary Remains: Lectures and Tracts on Political Economy, New York
- Labriola, A., 1912: Il valore dell' economia politica, Turin
- Lowe, A., 1935: Economics and Sociology: A Plea for Cooperation in the Social Sciences, London
- Martinelli, A., 1987: Economia e società, Milano
- Mirowski, Ph., 1989: More Heat than Light, Cambridge
- Polanyi, K., 1944/1977: The Great Transformation, Wien
- Polanyi, K., 1979: Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Przeworski, A., 1990: The State and the Economy Under Capitalism, London
- Rothschild, K., 1989: Political economy or economics. In: European Journal of Political Economy 5, 1-12
- Sombart, W., 1930/1967: Die drei Nationalökonomien, Berlin
- Staniland, M., 1985: What ist Political Economy? New Haven – London
- Swedberg, R., 1986: Economic Sociology and the Pradigm Crisis: From the United States to Sweden. In: Acta Sociologica 2, 91-112
- Wicksteed, Ph., 1933: The Common Sense of Political Economy, London
- Zimmermann, L.J., 1987: Politieke economie van Plato tot Marx, Groningen

Aktuell*

**Bernhard Claußen/
Walter Gagel/**

**Franz Neumann (Hrsg.):
Herausforderungen
Antworten**

Politische Bildung in den
90er Jahren. Festschrift für
Wolfgang Hilligen zu
seinem 75. Geburtstag
1991. 400 S. Kart.
49,— DM
ISBN 3-8100-0927-X

**Helmut Hildebrandt:
Gesundheit in
Bewegung**

Neue Initiativen im
anderen Amerika
Reihe Perspektiven der
Sozialpolitik, Bd. 5
1991. Ca. 200 S. Kart.
Ca. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0910-5

**Wolfgang Kowalsky:
Kulturrevolution?**

Der Aufstieg der Neuen
Rechten in Frankreich
1991. Ca. 300 S. Kart.
Ca. 28,— DM
ISBN 3-8100-0914-8

**Ulrike Liebert/
Wolfgang Merkel
(Hrsg.):**

**Die Politik zur
deutschen Einheit**
Probleme · Strategien ·
Kontroversen
1991. 372 S. Kart.
39,— DM
ISBN 3-8100-0884-2

**Nahost Jahrbuch
1990**

Politik, Wirtschaft
und Gesellschaft in
Nordafrika und dem
Nahen und
Mittleren Osten
Herausgeber:
Deutsches Orient Institut
— Thomas Koszinowski/
Hanspeter Mattes
1991. Ca. 300 S. Kart.
Ca. 36,— DM
ISBN: 3-8100-0891-5

**Volker von Prittwitz:
Das**

Katastrophenparadox
Elemente einer Theorie
der Umweltpolitik
1990. 300 S. Kart.
24,80 DM
ISBN 3-8100-0887-7

**Manfred G. Schmidt:
Regieren in der
Bundesrepublik
Deutschland**

Reihe Grundwissen
Politik, Bd. 5
1991. Ca. 240 S. Kart.
Ca. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0864-8

**Klaus Schubert:
Politikfeldanalyse**

Eine Einführung
Reihe Grundwissen
Politik, Bd. 6
1991. 208 S. Kart.
24,80 DM
ISBN 3-8100-0882-6

**Winfried Steffani
(Hrsg.)**

**unter Mitarbeit von
Jens-Peter Gabriel:
Regierungsmehrheit
und Opposition in den
Staaten der EG**

1991. 428 S. Kart.
55,— DM
ISBN: 3-8100-0898-2

**Roland Sturm:
Großbritannien**

Wirtschaft · Gesellschaft ·
Politik
Reihe Grundwissen
Länderkunden, Bd. 7
1991. 272 S. Kart.
24,80 DM
ISBN 3-8100-0735-8

**Werner Süß (Hrsg.):
Die Bundesrepublik in
den 80er Jahren**

Innenpolitik · Politische
Kultur · Außenpolitik
1991. 320 S. Kart.
29,80 DM
ISBN 3-8100-0894-X

**Hartmut Wasser (Hrsg.)
In Zusammenarbeit mit
Werner Kremp
und Jakob Schissler:
USA**

Gesellschaft · Wirtschaft ·
Politik
Reihe Grundwissen
Länderkunden, Bd. 6
1991. 366 S. Kart.
29,80 DM
ISBN 3-8100-0729-3

* Zeitraum des Erscheinens: November '90 bis Mai '91

Leske + Budrich

Ewald Kandziora

Politische Ökonomie der Ost-West-Beziehungen und Systemwandel in Osteuropa

Anhaltspunkte für eine verunsicherte Linke

Daran erinnert sei zunächst, daß die westliche Aufrüstungs- und Embargopolitik gegenüber dem Ostblock in den fünfziger und sechziger Jahren diesem nicht nur ökonomischen Schaden zufügte. Posthum betrachtet trug diese Politik neben anderen Faktoren (Stalinsches Entwicklungsmodell, systeminterne Ursachen, politische Ermessensfelder etc.) mit zu den Defiziten bei, die später Anlaß zu verstärkter Ost-West-Kooperation geben sollten: Erschwerung des Ausgleichs der Disproportionen der wirtschaftlichen Entwicklung, Ausweitung des technologischen Gefälles zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern über das in den unterschiedlichen Produktionsweisen begründete Niveau hinaus, Behinderung des Übergangs von einer extensiven zu einer intensiven Industrialisierung (vgl. Eisenhans/Junne 1974, 541). Interesse verdient in diesem Zusammenhang die Hypothese, ob sich das westliche Kapital in den Nachkriegsjahren nur deshalb nicht um eine Ausweitung der wirtschaftlichen Ost-West-Kooperation kümmerte, weil seine Reproduktionsbedingungen und -erfordernisse im Weltmaßstab zu diesem Zeitpunkt mögliche Kooperationsvorteile gegenüber den damit verbundenen Aufwendungen noch als zu gering erscheinen ließen. Die wirtschaftliche Verweigerungshaltung des Westens gegenüber dem Osten zur Zeit des Kalten Krieges wäre somit Ausdruck der Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs samt seiner Expansion bis zu der Schwelle, an der der Gewinn aus einer verstärkten wirtschaftlichen Ost-West-Kooperation (Erschließung billiger Arbeitskräfte und Rohstoffe sowie neuer Absatzmärkte) für bestimmte Branchen des westlichen Kapitals die daraus entstehenden Risiken mehr als aufwog. Womit noch nichts über das entscheidende Charakteristikum des sich seit den sechziger Jahren intensivierenden wirtschaftlichen Austausches zwischen Ost und West gesagt ist: *Dessen ungleiche Ausgangsbedingungen*. Immerhin traten die Staatshandelsländer den Gang zum kapitalistischen Weltmarkt als Bittgänger aus einer Situation des Mangels heraus an (vgl. Held/Ebel 193, 261f.). Nicht – wie die westlichen Wirtschaften – um überschüssigen Reichtum gewinnbringend anzulegen, sondern um, mit der Öffnung zum Westen als vermeintlicher Trumpfkarte in der Tasche, dem wirtschaftlichen Bankrott und damit dem Niedergang der eigenen Macht zuvorzukommen. Die Koinzidenz dieser Umstände erklärt, warum das Spiel mit dem Feuer von den östlichen Machthabern noch bis zu ihrem Abgang in »beiderseits nützliche Handelsbeziehungen« umgedeutet wurde. Das friedenspolitische Postulat der »positiven Interdependenz« hätte für den östlichen Partner bedeutet, die im Zuge des Ost-West-Geschäfts importierten Instabilitäten des Weltmarkts, die damit einhergehenden Rückwirkungen auf das Funktionieren der realsozialistischen Wirtschaften, und vor allem die *Unfähigkeit, kurzfristig schwankende Verhaltensweisen der*

beteiligten Akteure rechtzeitig zu antizipieren, sie als abhängige bzw. zu vernachlässigende Variable behandeln zu können. Schon diese eine Voraussetzung für »positive Interdependenz« war Ende der siebziger Jahre nicht mehr gegeben (vgl. Kis 1986, 145f.): Statt dessen sich verschlechternde Kreditmöglichkeiten, weltwirtschaftliche Rezession – die in Form von Zoll- und Kontingentierungsbestimmungen jene Produkte besonders traf, mit denen der Einkauf westlicher Technik hätte bezahlt werden sollen, wachsende Konkurrenz der Schwellenländer in der Dritten Welt, wachsende innerkapitalistische Konkurrenz – die auf die östlichen Produktqualitätsstandards verschärfte Druck ausübte –, Rohstoffpreisschwankungen etc. »Beiderseits nützliche Austauschbeziehungen« hätte vom östlichen Standpunkt aus zudem heißen, die *Nebenwirkungen* der durch das Ost-West-Geschäft bewirkten Akkumulationsförderung planmäßig, ergänzend und kompensierend – je nach Bedarf – in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einbauen zu können. Die Linke täte gut daran, in diesem Zusammenhang besonders die sich selbst perpetuierenden Mechanismen des Ost-West-Geschäfts empirisch zu beleuchten, also die in den Ost-West-Austausch eingebauten Verstärkereffekte in Richtung der Erweiterung desselben (vgl. Elsenhans/Junne 1974, 555ff.). Dieses Stück »Vergangenheitsbewältigung« bildet den Schlüssel zum Verständnis für die Übergangsperiode, die den Wandel von der »Wiederannäherung« der sozialistischen Länder an den kapitalistischen Weltmarkt zu deren Subordination im Zangengriff des westlichen Kapitals bezeichnet. Die *Schuldenproblematik* macht uns darauf aufmerksam, in welchem engem Wechselbezug zueinander die aus östlicher Perspektive gewonnenen Determinanten »beiderseits nützlicher Austauschbeziehungen« – Fluchtmöglichkeit vor den Kapriolen des Weltmarkts und Neutralisierung der durch die Ost-West-Kooperation induzierten Nebenwirkungen – stehen:

Die Auslandsschulden osteuropäischer Länder haben sich nicht einfach deshalb eingestellt, weil kein Ostblockland mehr mit der Produktion von Devisen seinen Importbedürfnissen hinterherkam – die ihrerseits ganz beträchtlich mit den Erfordernissen des Exports von Qualitätswaren wuchsen. Auch nicht nur deshalb, weil die Exportnotwendigkeiten rascher stiegen, als die auf Kredit importierten Produktivkräfte ihr Werk tun konnten (vgl. Held/Ebel 1983, 226f.). Der eigentliche Knackpunkt ist, daß den sozialistischen Ländern mit der Entscheidung für eine durch westliche Kredite finanzierte (konditionierte) Ost-West-Kooperation die Verfügungsgewalt über die Modi der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen mit dem Westen verlorengegangen ist. Und daß dieselbe Verfügungsgewalt nur um den Preis einer völligen Isolierung durch die internationale Finanzwelt oder aber revolutionsartiger Zustände im Inneren (vgl. Rumänien) wiederhergestellt werden konnte. Als die sozialistischen Machthaber sich der verstärkten Ost-West-Kooperation zuwandten, sollte westliche Technologie durch Bezahlung der mit ihr erstellten Produkte billig erworben werden. Was darüber hinaus produziert wurde, sollte der mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung anspruchsvoller gewordenen Bevölkerung in nunmehr ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung gestellt werden. Schließlich wollte man gegenüber dem westlichen Produktivitätsvorsprung aufholen und Produktionsausfälle mit westlicher Technologie überbrücken. Allein, um die

- anfangs nötige Devisenerwirtschaftung zum Einkauf westlicher Technologie allmählich in ein nutzbringendes Geschäft zu verwandeln, so daß ein »Schuldenproblem« erst gar nicht aufgekommen wäre, wäre es notwendig gewesen, daß
- die westlichen Regierungen gegenüber den Staatshandelsländern ein *Handelsbilanzdefizit* akzeptiert hätten, was miteinschließt, daß auf die mit westlicher Hilfe erzeugten Waren keine gesonderten Zölle und Kontingentierungsbestimmungen hätten lasten dürfen.
 - angesichts des Fehlens staatlich festgelegter Währungsparitäten zwischen sozialistischem und kapitalistischem Kreditgeld der Maßstab für die Rentabilität der geplanten Mehrwertproduktion ein »milderer« gewesen wäre als der an vergleichbaren westlichen Gütern festgemachte konkurrenzfähige Preis (vgl. Held/Ebel 1983, 265f.). Ob nämlich angesichts dieses recht fragilen Maßes die mit westlicher Finanzhilfe eingegangenen Lieferverpflichtungen nicht zu Lasten der Versorgungsmarge ging, die man zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zuhause als mindestnotwendig ansah, war *im vorhinein* jedenfalls nicht mehr mit Sicherheit auszumachen. Um so weniger, als die östliche Produktionspalette (Rohstoffe, Halbfertigwaren bzw. Fertigwaren mit niedrigem Verarbeitungsgrad) für Preisschwankungen auf dem Weltmarkt weit anfälliger ist als die der hochentwickelten Industrieländer (und des Technologieimports als Teil davon).
 - wegen des verschärften innerkapitalistischen Konkurrenzdrucks und des in der kapitalistischen Produktionsweise angelegten kontinuierlichen Innovationszwangs, der seinerseits Ursache des verschärften Konkurrenzdrucks ist, den steigenden Qualitätserfordernissen des mit westlicher Hilfe erzeugten Mehrprodukts in adäquater Weise Rechnung getragen worden wäre. So hätte man dem mit jedem neuen Technologieschub sich verkürzenden Innovationszyklus im Westen allenfalls dadurch Einhalt gebieten können, daß der west-östliche Technologietransfer *in regelmäßigen Abständen* den Erfordernissen des westlichen Innovationsrhythmus angepaßt worden wäre.
 - der Technologieimport in den sozialistischen Ländern, ausgehend von den jeweiligen Schlüsselsektoren, Multiplikator- bzw. horizontale/vertikale Verflechtungseffekte ausgelöst hätte, um die ungleiche Arbeitsteilung zwischen Ost und West wenigstens in Ansätzen aufzuheben. Dahinter steht die historische und aktuelle Erfahrung, daß, je leistungsfähiger und innovativer Ökonomien einzeln sind, sie sich um so eher arbeitsteilig mit Erfolg vernetzen. Um dies zu erreichen, bedürfte es westlicherseits nicht nur der Investition in einzelne »Inseln des Wohlstands« (joint ventures), was eine höchst selektive Arbeitsteilung zur Folge hat, aber rasch Extra(Monopol-)profite abwirft. Erhebliche Investitionen müßten vor allem in den mit westlicher Produktivkraft ausgerüsteten Schlüsselsektoren vor- und nachgelagerten Industrien sowie in dem für horizontale und vertikale Verflechtungseffekte so wichtigen Infrastrukturbereich getätigt werden. Hinzu kommt aber – um nicht in zusätzliche westliche Technologieabhängigkeit zu geraten –, daß die Erfordernisse des Technologieimports in den Schlüsselsektoren und den ihnen vor- bzw. nachgelagerten Industrien aufeinander abgestimmt und, den westlichen Innovationsrhythmus als Bezugspunkt, synchronisiert werden müßten.

– die Schuldenstruktur eine gewisse Stabilität aufgewiesen hätte, d.h. der Anteil privater Westkredite mit fluktuierenden Zinsen sich unterhalb einer niedrig anzusetzenden Schwelle bewegt hätte. Damit wäre ein Teil jener »überplanmäßigen« Exporte, für deren Erwirtschaftung weitere Schulden einkalkuliert werden mußten, weggefallen.

Unserem nicht zufällig kontrafaktisch skizzierten, aber bei weitem unvollständigen Kontext »beiderseits nützlicher Austauschbeziehungen« werden die bisherigen in der Ost-West-Kooperation gesammelten Erfahrungen *in keinem einzigen Punkt* gerecht. Immer wieder stellte sich heraus, daß auf Grund weltmarktbedingter Umstände (Rezession, Preisverfall u.ä.) und/oder anderer in den kontrafaktischen Szenarios angedeuteten Asymmetrien der anfängliche Devisenbedarf und später die immer drückender werdende Minderung der Schuldenlast nicht ohne zusätzliche, unvorhergesehene Störungen der Produktion zu bewältigen war. Zu decken war der Devisenbedarf nicht ohne überplanmäßige Exporte, die *zusätzliche* Lücken in die ohnehin schon angespannte Grundversorgung rissen und weiteren Devisenbedarf nach sich zogen, zur Deckung der zusätzlichen Lücken. Alles, was »bloß« für den Binnenmarkt wichtig war, mußte zurückbleiben, die Infrastruktur des Alltagslebens allmählich verrotten (vgl. Bahro 1990, III). Um den u.a. wegen der Ost-West-Kooperation gestiegenen einheimischen Erwartungen, die in diesem Falle einmal zufällig mit den illusionären Perzeptionen der osteuropäischen Führungsmannschaften zusammenfielen, zu entsprechen, mußte »genug« von jenem verbleibenden Rest Ware, der nicht per Bahn gen Westen rollte, auf die einheimischen Märkte verteilt werden, um soziale Unruhen größeren Ausmaßes anders als durch Repression zu vermeiden. Dieses »genug« war meist so definiert, daß es dazu genau wieder jener westlichen Importe bedurfte, die damit eigentlich hätten bezahlt werden sollen und deren Bezahlung wiederum zusätzliche Störungen der eigenen Produktion nach sich zog, denen mit der nach Westen geschickten und hierbehaltenen Ware hätte vorgebeugt werden sollen. Welche Ergebnisse ein solcher »sich selbst perpetuierender Mechanismus« auf Dauer zeitigt, mögen ein paar Zahlen illustrieren: Noch 1983 betrug die Verschuldungsrate (Verschuldung/BSP) für die RGW-Länder im Durchschnitt 8 Prozent, während sie sich 1989 für Ungarn auf 67,5 Prozent, für Polen auf 56,8 Prozent, und für die DDR auf 10,2 Prozent belief (Heinrich 1990, 168). Was es heißt, diesem selbstmörderischen *circulus vitiosus* ausgesetzt zu sein, erfuhr erst jüngst die Sowjetunion wieder. Ihr Erdöl/Erdgas, das einst zum devisenträchtigen Zweig ihres Westhandels werden sollte, reichte von Anfang an nicht hin, um den Importbedürfnissen (in Form von Röhren zur Förderung der mit dem Westen vereinbarten bzw. von ihm gewünschten Liefermengen), die ihrerseits wieder erheblich mit den Exporterfordernissen stiegen, nachzukommen – ohne die Lieferungen zu Lasten der eigenen Versorgung gehen zu lassen. Dem daraus resultierenden Wunsch nach Steigerung der Fördermenge entsprach ein Zuwachs an westlicher Technologie (aus eigener Produktion konnte das benötigte Quantum Röhren nicht gedeckt werden), sprich des Devisenbedarfs, der wiederum nicht gedeckt werden konnte, ohne die Förderung *zusätzlich* auf Kosten der eigenen Versorgung gehen zu lassen ... Der anfänglichen Großzügigkeit der westlichen Gläubiger, die in diesen Aktions-Reaktions-Zyklus eingebaute,

nach oben treibende Schuldenmechanik zu kreditieren, sind mittlerweile gehörige Bosheiten gefolgt. Auch bei dem Bonner 5-Milliardenkredit für Moskau geht es schlicht und einfach um »cash«, soll damit doch der Export in die SU aufrechterhalten werden, dem auf der anderen Seite ein Teil der sowjetischen »Importbedürfnisse« (Fördertechnologie etc.) korrespondiert, mit deren Hilfe der Nach-DDR von 1991 ab pro Jahr drei Milliarden m³ mehr Gas geliefert wird – ein Volumen, das sich auf elf Milliarden m³ erhöhen wird, sobald die Produktionskapazität in der Nach-DDR eine bestimmte Grenze erreichen wird (*La Repubblica*, 18.7.90). Reiner Zufall? Unsere Minister ließen es sich nicht nehmen, hinzuzufügen, daß bei diesem Deal die SU der Einführung der Westmark in der Nach-DDR auch im Hinblick auf eine künftige Konvertibilität des Rubel Rechnung zu tragen habe (im Klartext: Mehr Gas für weniger Valuta). Mag schlechtes denken, wen bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungsergebnissen die Vermutung beschleicht, durch die Praxis und Konditionen der Kreditvergabe würden auf seiten des wirtschaftlichen Partners allerlei wirtschaftliche »Sachzwänge« geschaffen, die sich noch dazu in politischen Einfluß ummünzen ließen. Die Ideologie vom Kredit als Hilfe ist von ungebrochener Gültigkeit. Die Linke hätte darauf zu insistieren, daß es perfide ist, wenn der Westen die Antwort auf wirtschaftliche Härten in den vormaligen Zentralverwaltungswirtschaften – soweit sie auf Grund der zunehmenden Abhängigkeit vom Weltmarkt von ihm selbst mitverschuldet worden sind und er daraus Profit zog – als großzügige Geste interpretiert, an deren Gewährung man deshalb verständlicherweise auch gewisse Konditionen knüpfen dürfe. Um so perfider ist eine solche Anmaßung, als den osteuropäischen Ländern Auswege aus der Schuldenfalle kaum offenstehen. Schon allein um ihre Schulden zu stabilisieren, müßten diese Länder ihre Importe drastisch einschränken – was genau jene neuralgischen Punkte träfe, von denen die Produktion für den Export, d.h. für die Erwirtschaftung eines Devisenüberschusses zur Begleichung der Schulden, abhängt (Materialengpässe, Investitionsrückstände bei im Westen gleichbleibend hohem Innovationsrhythmus etc.). Da außerdem allgemein eine hohe Verschuldungsrate eine langfristige Bindung von Investitionskapital darstellt (vgl. Heinrich 1990, 168) gehen die darauf verwendeten Mittel grade zu Lasten der Aufwendungen, die die Kosten einer intensivierten Exportsteigerungs- bzw. Importsubstitutionsstrategie mindern würden, um des Schulden»problems« Herr zu werden.

Nun sind, wie Senghaas konstatiert (1982, 295), in allen Fällen sozialistischer Entwicklung bisher wichtige Bausteine für eine proportionierte Ökonomie entstanden, ohne daß diese Ökonomien selbst schon als proportioniert angesehen werden könnten. »Überall sind die für peripher-kapitalistischer Gesellschaften typischen Strukturücken abgebaut. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Aufbaus einer Schwerindustrie und eines Produktionsgütersektors. Die ... überfällige Prioritätenverlagerung zu Gunsten von Landwirtschaft und Konsumgütersektor ... trat nicht ein.« (Ebd., 189) Die Schwierigkeiten beim Übergang von extensivem zu intensivem Wirtschaften sind nicht bewältigt worden (abnehmende Kapitalproduktivität, interindustrielle Versorgungsengpässe etc.). Demnach wäre die Frage zu beantworten, ob nach der abgeschlossenen extensiven Phase sozialistischer Entwicklung die »Öffnung nach Westen« unter kapitalistischen

Vorzeichen eine dynamische, *intensive* Entwicklungsphase zu garantieren imstande ist. Nun sind aber die osteuropäischen Länder – über ihre Schulden und die ihnen im Rahmen der Rückzahlungs-/Umschuldungsforderungen auferlegten Umstrukturierungs- und Anpassungsprogramme – in einem Ausmaß mit dem Weltmarkt verstrickt, das – *entwicklungstheoretisch gesehen* – erst dann positive Wirkungen haben könnte, wenn die Ökonomien dieser Länder je einzeln wesentlich leistungsfähiger und innovativer wären. Doch damit nicht genug: Um einer erfolgreichen Eingliederung in den Weltmarkt willen müßten die am Weltmarkt üblichen »Spielregeln« gerade wegen der andersartigen, im Vergleich zum westlichen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich ungünstigeren Ausgangsbedingungen in Osteuropa den ehemaligen Planwirtschaften gegenüber eine größere Adaptionsfähigkeit und Toleranzbereitschaft aufweisen als in anderen Regionen.

Galbraith (in: L'Unità, 7.7.90) ruft in Erinnerung, daß Europa nach dem Zweiten Weltkrieg trotz des Marshallplans und unter weit weniger schwierigen Bedingungen ca. zehn Jahre brauchte, um zu normaler ökonomischer Aktivität zurückzukehren. Es sind, um auf das oben Gesagte zurückzukommen, nun gerade die »weltmarktüblichen Spielregeln«, die die Eigenart besitzen, sich den politischen Aktivitäten, die nötig wären, um ihnen ihre Spitze zu nehmen, mit Vehemenz zu entziehen.

Was passiert schließlich, wenn infolge der technischen Kooperation mit dem Westen die Produktivität in den umzustrukturierenden Industrien so hoch ist, daß Arbeitskräfteüberschuß zum Normalfall wird? Finden alle zusammen ihr Auskommen letztlich im Dienstleistungssektor, wo dieser doch unter dem Einfluß ausländischer Konkurrenz einem stärkeren Rationalisierungsschub ausgesetzt sein wird als den binnenwirtschaftlichen Proportionen zwischen Landwirtschaft/Industrie/tertiärer Sektor zuträglich ist? Was geschieht, wenn die verstärkte Eingliederung in den Weltmarkt die Produktivität nur sektoral oder in bestimmten Industriezweigen ansteigen läßt, ohne gesamtwirtschaftliche Ausweitungseffekte zu zeigen? Stehen dann trotz der weltwirtschaftlichen Umklammerung protektionistische Maßnahmen sozusagen auf Abruf bereit, um den benachteiligten Industriezweigen hinreichend Schutz vor ausländischen Konkurrenten zu gewährleisten oder adäquate Importsubstitutionspolitiken einzuleiten? Kann man sich unter diesen Umständen noch auf die Devisen verlassen, »daß in Zeiten intensivierten Wachstums, die gleichzeitig die Zeiten von Protektionismus waren (Herv. d. Verf.), die Grundlagen für eine nachfolgende Intensivierung des inner- und außereuropäischen Handels gelegt wurde, rückblickend Binnenwachstum also eher der Motor von Handel war und nicht umgekehrt Handel der Motor von Wachstum« (Senghaas 1982, 62).

Sind in den vormaligen Planwirtschaften die Bedingungen für eine *autonom* sich entfaltende Agrarmodernisierung/Industrienerneuerung so beschaffen, daß im – unwahrscheinlichen – Falle ihrer Realisierung die gezielte Übernahme ausländischer Technologie und der punktuelle Einsatz ausländischer Experten dynamisierend wirken? Oder wird der westliche Verdrängungswettbewerb den industriellen (z.B. agrargüterverarbeitenden) Sektor weiter heterogenisieren, traditionelle Strukturschwächen festschreiben, und somit in der Tendenz die

agrарlastigen Wirtschaften Osteuropas wieder auf ihre Rolle in der Zwischenkriegszeit festlegen: Rohstoff- und Nahrungsmittelexporteur auf extensiver Basis? Könnte eine solche Entwicklung, im sekundären Sektor, flankiert durch einzelne, exklavenförmige, vom Westen mit hochwertiger Technologie ausgestattete Industriebetriebe, etwas anderes hervorbringen als neue Formen von struktureller Heterogenität? Die heutigen Entwicklungsvorreiter haben den Weltmarkt fest für sich vereinnahmt und sind auf Grund der enormen Produktivitätsfortschritte unseres Jahrhunderts jederzeit imstande, den noch unerschlossenen »Rest« an ihre Expansionsinteressen anzubinden. Entsprechend hat sich der politische Druck, kaschiert als wirtschaftlicher »Sachzwang«, auf diejenigen ungeheuer verstärkt, die der Umfunktionierung ihrer Wirtschaften in ein Anhängsel des weltwirtschaftlichen Arbeitsteilungsverbandes etwas Eigenständiges entgegenzusetzen wollen. Ein »fließbandähnliches Zusammenwirken entwicklungs-fördernder Faktoren« ist bei den Nachzüglern heute nur noch sehr bedingt möglich. Ausdruck dafür ist z.B. die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Interessen westlicher Akteure in der Zweiten Welt (Absatzmärkte, Arbeitskräfte, Rohstoffe) und das Management westlicher Schuldenpolitik der für den Reifungsprozeß entwickelter kapitalistischer Gesellschaften (den die vormals sozialistischen Länder beschreiten wollen) so wichtigen Kombination günstiger Akkumulationschancen und einer sich ausweitenden Binnenachfrage diametral zuwiderläuft (vgl. Weltbank 1990, 11). Außerdem: Durch die äußere Einwirkung der vom Weltmarkt diktierten Funktionsmechanismen und die mittels ihrer Beschleunigung von ihnen ausgehende potenzierte Gewalt (Produktivitätssteigerung, Innovationsrhythmus, internationale Kapitalkonzentration) ist den Entwicklungsnachzüglern von heute im Vergleich zu ihren »Vorgängern« weit mehr von jener »Zeitsouveränität« verloren gegangen, die für das »timing« autozentrierter Entwicklungsprozesse entscheidend ist. Im Schatten dieses Verlusts an Zeitsouveränität ist es z.B. weit schwieriger als noch vor dreißig Jahren, ein geschicktes Hin- und Herlavieren zwischen freihändlerischen und protektionistischen Maßnahmen in den Dienst der Wahrnehmung von Akkumulationschancen und der Ausweitung der Binnennachfrage zu stellen. Entwicklungschancen gerinnen auf diese Weise zu Entwicklungsdiktaten, denen die Dynamisierung der in den kapitalistischen Bewegungsgesetzen inhärenten Stoßkräfte als teilnahmsloses Medium Zwangscharakter verleiht. Diese Teilnahmslosigkeit, die an den Schicksalen der unfreiwillig vom Bannstrahl des Weltmarktes Getroffenen vorbeigeht, ist das genaue Gegenteil jenes Flexibilitätszuwachses, den die Osteuropäer nötig hätten, um schrumpfende Entwicklungspotentiale trotz allem gewinnbringend für sich zu nutzen. Woher dieser Zuwachs an Flexibilität kommen soll, ist angesichts des voluminösen ausländischen Störpotentials und des Fehlens *organisch* gewachsener marktwirtschaftlicher Koordinations- und Aggregationsmechanismen nicht ersichtlich. Womit der *circulus vitiosus* geschlossen wäre.

In Osteuropa kehrt sich das Paradigma der Zweidrittelgesellschaft um insofern, als diesmal lediglich das »starke Drittel« an der Spitze der sozialen Pyramide steht. Einer kleinen Schicht eröffnen sich mit der kapitalistischen Restauration phantastische Möglichkeiten, zu Wohlstand zu gelangen. Gehört man nicht

zu den Auserwählten, so macht man die Erfahrung, daß mit zunehmend ungleicher Ressourcenverteilung sich ein marktwirtschaftliches System um so schwerer tut, die elementaren Lebensbedürfnisse (Wohnen, Gesundheit, Ernährung, Erziehung) seiner schwächsten (heutzutage auch schwachen) Glieder zu einem akzeptablen Preis zu befriedigen. Ob unter diesen Umständen das Ende des Realsozialismus den Anfang bürgerlicher Demokratie, die bekanntlich nur im Reichtum gedeiht, bedeutet, gilt es erst einmal abzuwarten. Inzwischen sinkt der Lebensstandard der »in privatwirtschaftliche Experimente gestürzten Sowjets, Ungarn, Polen erheblich unter den letzten realsozialistischen Stand« (Gremliza 1990, 44). Fehlgeleitetes Wachstum infolge internationaler Abhängigkeiten wird sich in sich verstärkenden einheimischen Einkommensdifferenzen niederschlagen, die erheblichen sozialen Konfliktstoff bergen (»Arbeiteraristokratie«/einheimische Arbeiterschaft bzw. in den internationalen Wirtschaftskreislauf einbezogene Arbeiter etc.). Der extremen Einkommenskonzentration an der Spitze wird eine ebenso extreme Armut am unteren Ende der Einkommenspyramide gegenüberstehen, der einzig durch die allmähliche Abkapselung von den kapitalistischen Verwertungsinteressen ausländischer Unternehmen/Institutionen und die Abkehr von der allzu einseitigen Orientierung an den Produktionsstrukturen der hochentwickelten Industrieländer abgeholfen werden könnte. Die damit möglicherweise einhergehende stärkere Egalisierung der Einkommensstruktur dürfte von den einheimischen Eliten kaum akzeptiert werden. Dasselbe dürfte für eine Politik zutreffen, die auf eine Anhebung der untersten Einkommen abzielte, also auf die Neuschaffung von Einkommen durch eine gleichmäßige(re) Verteilung neuer Beschäftigung. Es wäre ein fataler Irrtum, zu meinen, die im Sozialismus erworbenen sozialen Bequemlichkeiten könnten kurz- bis mittelfristig mit den Vitalitäten des Marktes irgendwie vereinbart werden. Sobald soziale Leistungen Abfallprodukt des Markterfolgs sind, bedürfte es angesichts der darüber zu erwartenden Klassenseinandersetzungen eine wahrlich prosaische öffentliche Hand, um einen mehrheitsfähigen Sozialkompromiß zu schmieden.

Ob das restliche Osteuropa Nutzen daraus ziehen wird, daß anstatt der Elbe nun die Oder-Neisse-Linie die Grenze westlichen Wohlstands markiert? Welchen Grund hätte »unsere« Wirtschaft wohl, im Osten von ihrer gewohnten Perspektive – Absatzmarkt, Arbeitskräfte, Rohstoffe – abzuweichen? Sich etwa potente Konkurrenten heranzuziehen, die dann nicht nur jene arbeits- (und lohn-)intensiven Branchen bedrohen würden, die ihren Standort nicht durch Produkt- oder Prozeßinnovationen verteidigen können? Sich die Bedingungen dafür zu verbauen, Osteuropa die weniger hochwertige, schlechter bezahlte, und darüber hinaus umweltbelastende Produktion zu überlassen? Sich der Möglichkeit zu berauben, Spaltungstendenzen innerhalb der westlichen Arbeiterschaft stets aufs neue Vorschub zu geben, da wegen des Wohlstands- und Produktivitätsgefälles zwischen Ost und West ein Heer von jungen, aufstiegswilligen Arbeitsemigranten in Osteuropa bereitsteht? Um Großinvestitionen aus jenen Billiglohnländern nach Osteuropa abzuziehen, wo Arbeitskräfte für noch weit geringeren Lohn ein größeres Tagwerk vollbringen? Im großeuropäischen Wirtschaftsraum ergibt sich die deutsche Führung indessen wieder wie von selbst. Ob

den osteuropäischen »Randvölkern« auf Grund dieser Tatsache künftig eine andere Möglichkeit verbleibt, als im Souterrain des »europäischen Hauses« Platz zu nehmen, darf füglich bezweifelt werden. Und daß sich Deutschland ganz europäisch gibt, hat nicht nur mit psychologischem Taktieren gegenüber seinen verängstigten Nachbarn zu tun. Der Handelsbilanzüberschuß der BRD gegenüber der EG wuchs von 31,6 Milliarden DM im Jahre 1985 auf ca. 100 Milliarden DM im Jahre 1989 und der Trend geht weiter nach oben (ebd., 29). Die Extraprofite, die den bundesdeutschen Unternehmen durch Erschließung des Nach-DDR-Absatzmarkts zufließen, stärken zusätzlich ihre EG-Konkurrenzfähigkeit, lassen ihre Handelspartner am Ende des Jahre noch schlechter dastehen als 1989 und stärken den Einfluß der DM, d.h. die deutsche Führungsposition, in Osteuropa. Auch in diesem Sinne wächst zusammen, was schon länger Tradition hat und durch den Realsozialismus höchstens unterbrochen wurde: Die angrenzenden mittelosteuropäischen Nachbarn als Aufmarschgebiet der potentiellen DM-Expansion. Fortsetzung alter imperialistischer Tendenzen, die wirksam werden in der wirtschaftlichen Potenz Deutschlands und den in der kapitalistischen Expansion nach Osten impliziten Mechanismen (»Osteuropa wirtschaftlich und monetär EG-fähig machen«; Stürmer 1989, 724).

Man wird noch lange darauf warten müssen, bis Osteuropa aus eigener Kraft seine Landwirtschaft und sein Industriepotential so weit erneuert haben werden wird, daß es nicht dazu verurteilt ist, wieder einmal am deutschen (oder EG-) Wesen genesen zu dürfen.

Literaturverzeichnis

- Bahro, R., 1990: Alles kommt auf die ökologische Alternative an. In: Blohm, F., und W.Herzberg (Hrsg.): Nichts wird mehr so sein, wie es war. Zur Zukunft der beiden deutschen Staaten. Frankfurt/M.
- Eisenhans, H. und G. Junne, 1974: Deformation und Wirtschaftswachstum. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Ost-West-Kooperation auf die osteuropäischen Länder. In: Leviathan, Heft 4
- Gremliza, H., 1990: Krautland einig Vaterland. Hamburg
- Heinrich, H.-G., 1990: Langfristige Änderungen in Osteuropa. In: SWS-Rundschau, Heft 2
- Held, K., und T. Ebel, 1983: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens. Frankfurt/M.
- Kis, J., 1986: Wichtigstes Ziel der Opposition ist die Verteidigung der Menschenrechte. In: H.H. Paetzke (Hrsg.): Andersdenkende in Ungarn. Frankfurt/M.
- Senghaas, D., 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt/M.
- Stürmer, M., 1989: Die Deutschen in Europa. In: EA 24
- Weltbank (Hrsg.), 1990: Weltentwicklungsbericht 1990. Washington D.C.



Verdeckte Gewalt

Psychosoziale Folgen der
Kriegsführung niedriger
Intensität in Zentralamerika

Hg. von Wilhelm Kempf

Argument-Sonderband AS 187
160 S., br., DM 15,50

Wege zur »Neuen Weltordnung«?

Seit der Invasion US-amerikanischer Truppen in Panama scheint sich für regionale Konflikte ein neues Modell der bewaffneten Intervention abzuzeichnen, das in Militärkreisen die Bezeichnung *low intensity warfare*, Kriegsführung niedriger Intensität, erhalten hat. Ihr Ziel besteht darin, den Gegner u.a. durch den Einsatz kleiner, aber schneller und beweglicher Streitkräfte innerhalb kurzer Zeit und ohne größere Verluste an Menschen und Material in die Knie zu zwingen, während zugleich die kritische Funktion der Öffentlichkeit durch gezielte Desinformation auf ein Minimum reduziert wird.

Der von dem Konstanzer Professor Wilhelm Kempf herausgegebene Sammelband untersucht, wie solche Strategien im einzelnen durchgesetzt werden. Daß die US-Intervention in Panama ohne größere Empörung hingenommen wurde, verweist auf eine neue Dimension der psychologischen Kriegsführung, die es erforderlich macht, den Begriff der Gewalt neu zu überdenken. Die von den USA in Zentralamerika in verschiedenen Varianten betriebene *low intensity warfare* kann dabei als Ausgangspunkt dienen.

Weitere Literatur zum Thema:

Medienkrieg oder »Der Fall Nicaragua«

Politisch-psychologische Analysen über US-Propaganda und psychologische Kriegsführung

Hg. von Wilhelm Kempf

EPS 16, 250 S., br., DM 28,—

»... vermittelt aufschlußreiche Einblicke in die Strategie der USA. Das Buch belegt die Aggression Washingtons. Und es ist geeignetes Studienmaterial über die Gründe ihres Erfolgs.«
Berlin-Dienst

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Fredric Jameson

Spätmarxismus

Adorno in der Postmoderne*

I.

Bisweilen hat man das Gefühl, daß die gegen Adornos Positionen und sein Werk erhobenen Einwände in zwei Gruppen zerfallen, die eigentlich sich gegenseitig aufheben sollten. Der einen Gruppe bleibt Adorno zu sehr dem Marxismus verhaftet, der anderen (einer zugegebenermaßen sehr viel kleineren Gruppe) ist er nicht marxistisch genug oder gilt ihr gar als überhaupt nicht marxistisch. Noch spannender wird die Sache, wenn man Gerüchte über verschwiegene (oder offenkundigen) Hegelianismus ausstretet. Ein solcher Vorwurf könnte beiden Parteien zum Bannfluch gereichen: den Anti-Marxisten bewiese er die unausrottbaren hegelianischen Wurzeln des Marxismus selbst, während er für die Marxisten einen Idealismus anzeigte, der mit Materialismus, Politik, marxistischer Ästhetik etc. in keiner Weise vereinbar wäre.

Diese Schlachtlinien werden auch durch eine zweite Reihe von Einwänden nicht deutlicher konturiert. Der ersten auf unklare Weise verwandt, überquert sie deren gesamte Grenzlinien doch mit allem Anschein der Willkür. Es handelt sich hierbei um eine Sichtweise, die Adorno einen »Modernismus« attestiert, dessen Bedeutung nun, im Zeichen der Postmoderne, jedes rein ästhetische Engagement für moderne Kunst weit übersteigt und mittlerweile ein ganzes Spektrum altmodischer philosophischer Haltungen und Verfahrensweisen kennzeichnet (und damit im Gegensatz zu dem steht, wie »postmoderne« Philosophie, Soziologie, Politologie, Geschichtswissenschaft, Kunsttheorie heutzutage betrieben werden). Ich verspreche mir herzlich wenig von dem Versuch, die Thematik dieser beiden kritischen Sichtweisen, die sich auf den Marxismus bzw. auf den Modernismus beziehen, von vornherein miteinander zu verbinden; man käme womöglich darüber ins Grübeln, ob der Marxismus dem Modernismus zugerechnet werden kann: ein Experiment, dessen erfolgreicher Ausgang unsicher ist. Ich werde jedoch versuchen, diese Sichtweisen mit einer gewissen Symmetrie zu versehen, indem ich für einen Adorno eintrete, der, wenn schon nicht »postmodern«, so doch mit dem gegenwärtigen postmodernen Zeitalter in Einklang steht und ihm angemessen ist.

Was die erste Reihe von Einwänden betrifft, so würde ich mit denen, die Adorno als Marxisten brandmarken, nur zu bereitwillig übereinstimmen, denn genau darauf läuft eines der zentralen Argumente dieses Buches hinaus. Doch selbst in diesem Falle muß uns die Tatsache nachdenklich stimmen, daß der Vorwurf von zwei so unterschiedlichen philosophischen und ideologischen Positionen aus ergeht, wie sie durch Jean-François Lyotard und Jürgen Habermas markiert werden. Von daher möchte ich zuerst (als Antwort auf die Anklage, Adorno

* Aus dem Schlußkapitel von Fredric Jameson, *Spätmarxismus oder Adorno und die Beharrlichkeit der Dialektik*. Argument Verlag, Hamburg.

sei »nicht marxistisch genug«) meine eigenen Ergebnisse zusammenfassen und die Gründe angeben, aus denen heraus es mir möglich erscheint, das seinem Wesen nach marxistische Denken dieses Philosophen mit Nachdruck hervorzuheben.

Die grundlegenden Beweisstücke hierfür sind, unmittelbar einleuchtend, das Marxsche Wertgesetz, sowie das allgegenwärtige Begriffsinstrument mit dem Namen »Totalität«. Beide sind bereits zur Sprache gekommen, von daher werde ich sie hier mit der gebotenen Genauigkeit noch einmal darstellen. Das Wertgesetz – oder zumindest ein allgemeines Marxsches Verständnis der Dynamik des Kapitalismus und der tendenziellen Gesetze seiner Entwicklung und seiner Geschichte – liegt den Interpretationen, die Adorno ausarbeitet, immer zugrunde. Ebenso habe ich zu zeigen versucht, daß das historische Paradigma der *Dialektik der Aufklärung*, in der das Wertgesetz nur »ein ... Integrationsprinzip instrumenteller Vernunft neben anderen« (Dubiel 1978, 113) zu sein scheint, tatsächlich eine alternative Neufassung der Sozialgeschichte qua Naturgeschichte darstellt, die das Marxsche Paradigma unbeschädigt läßt.

En passant habe ich darauf verwiesen, daß Adornos philosophische Voraussetzungen tatsächlich nicht nur marxistisch sind, sondern – gerade was die Bereiche von Kultur und Ideologie angeht – bisweilen sogar einen eher altmodischen Marxismus erkennen lassen. Schon der Titel des Kapitels über die »Kulturindustrie« hätte unsere Aufmerksamkeit für die Entdeckung schärfen sollen, daß Adorno, im Unterschied zu Theoretikern wie etwa dem späten Raymond Williams, für die Kultur als solche keine Konzeption entwickelt hat. In jenem berühmt-berüchtigten Kapitel beschäftigt sich Adorno mit der Unterhaltungsindustrie, nicht aber mit einer Theorie der kulturellen Bereiche, die er ohnehin von vornherein abgelehnt hätte. (Die Kunst oder das Ästhetische bildet einen solchen Bereich, der jedoch, wie wir gesehen haben, von Adorno unwiderruflich negativ bewertet wird. Der reine Ästhetizismus wird verworfen, individuelle Kunstwerke jedoch handeln, auf einer Ad-hoc-Grundlage, einen anderen Status aus, der verletzlich und provisorisch ist.)

Ebenso scheint mir jene besondere Verfahrensweise, die eine messerscharfe und oftmals klassenbewußte ideologische Analyse eines Textes mit der Beschwörung seines »Wahrheitsgehaltes« kombiniert, ihre Erklärung in der relativ konventionellen und altmodischen Konzeption von Ideologie als einem bloßen »falschen Bewußtsein« zu finden, die Adorno mit den meisten Vertretern seiner Generation teilte (ausgenommen Lukács, der älter war, und Sartre, der sich mit anderen Dingen beschäftigte; von Gramsci scheint Adorno nicht viel gewußt zu haben). Diese Unterscheidung, die der Philosophie als solcher natürlich erneut einen Platz einräumt, dürfte nach Althussers subjekt-orientierter Neubestimmung von »Ideologie« wohl überflüssig geworden sein. Mit dem von ihr benannten Problem jedoch – mit der Frage nach dem möglichen Wert reaktionärer Werke, wo nicht gar (Heidegger!) dem möglichen »Wahrheitsgehalt« reaktionärer Ideen – schlagen wir uns immer noch herum. Wir verlieren es, wenn wir den Begriff der Ideologie überhaupt aufgeben (und genau darin besteht ein grundlegender Vorschlag der Postmoderne).

Indessen ist auch deutlich, daß im Lichte des (von Laclau/Mouffe [1985]

erhobenen) Vorwurfs, der Marxismus besitze eine zeitliche Dimension, die es ihm erlaube, die Lösung philosophischer Probleme einer zukünftigen Ordnung der Dinge anzuvertrauen, Adorno marxistischer ist als konventionelle Marxisten, denn seine ganze Philosophie ist einer solchen Vision von Aufschub und Ungleichzeitigkeit, von Verzögerung und zukünftiger Versöhnung gewidmet. Zugegebenermaßen jedoch steht diese zukunftsorientierte Philosophie – die die Katastrophe prophezeit und die Versöhnung verkündet – mit der fortdauernden Gegenwart, die im Postmodernismus und Spätkapitalismus zum Alltagsleben geworden ist, kaum in Einklang.

In der Erörterung dieser Einwände habe ich mir das Thema der »Totalität« für den Schluß aufgespart. Wenn wir uns dahingehend verständigen können, daß dieser Terminus so etwas wie »Gesellschaft« oder »ökonomisches System« bezeichnet, dann wird allmählich klar, daß sein Gebrauch sich nur (à la Laclau und Mouffe) durch die entschiedene Stigmatisierung des Gesellschaftsbegriffs selbst vermeiden läßt, während die eigenen Bemerkungen und Analysen auf etwas Gemäßigteres bezogen werden, das den Namen »das Gesellschaftliche« trägt (in dieser Hinsicht sind Laclau und Mouffe nicht durchweg erfolgreich). Bei der Frage, ob »Totalität« für Adorno ein transindividueller oder gar transzendenter Begriff ist, habe ich bereits auf das für eine Enzyklopädie verfaßte Stichwort »Gesellschaft« verwiesen (Adorno 1972a), in dem die Quintessenz seines soziologischen Denkens kurz und bündig sich vermittelt.

Jedoch sind, was den Begriff der Totalität angeht, die Leser auch auf Adornos höchst bemerkenswerte »Einleitung« zum *Positivismusstreit in der deutschen Soziologie* verwiesen. Dort wird der Stier etwas direkter bei den Hörnern gepackt als in der *Negativen Dialektik*:

Nun ist es fast tautologisch, daß auf den Begriff der Totalität nicht in gleicher Weise mit dem Finger zu deuten ist wie auf jene *facts*, von denen er als Begriff sich abhebt. (Adorno u.a. 1972, 17)

Eine solche Verkennung scheint auf der Vorstellung zu beruhen, man müsse dem, wovon man zu wiederholten Malen spricht, zugetan sein und sich dergestalt zum Verfechter der Sache machen, auf die man beharrlich hinweist, gleichsam als wäre man der Bote, der schlechte Nachrichten überbringt (und die Folgen zu tragen hat). Doch feiert Adorno nicht die Totalität, sondern vielmehr den kritischen Gebrauch des Begriffs: das gegen Hegel gerichtete geflügelte Wort – »Das Ganze ist das Unwahre« – besagt nicht, daß wir aufhören sollten, davon zu reden. Im Gegenteil:

Totalität ist keine affirmative, vielmehr eine kritische Kategorie. Dialektische Kritik möchte retten oder herstellen helfen, was der Totalität nicht gehorcht, was ihr widersteht oder was, als Potential einer noch nicht seienden Individuation, erst sich bildet. Die Interpretation der Fakten geleitet zur Totalität, ohne daß diese selbst Faktum wäre. Nichts sozial Faktisches, das nicht seinen Stellenwert in jener Totalität hätte. Sie ist allen einzelnen Subjekten vorgeordnet, weil diese auch in sich selbst ihrer contrainte gehorchen und noch in ihrer monadologischen Konstitution, und durch diese erst recht, die Totalität vorstellen. Insofern ist sie das Allerwirklichste. Weil sie aber Inbegriff des gesellschaftlichen Verhältnisses der Individuen untereinander ist, das gegen die Einzelnen sich abblendet, ist sie zugleich auch Schein, Ideologie. Eine befreite Menschheit wäre länger nicht Totalität; ihr Ansichsein ist ebenso deren Unfreiheit, wie es sie über sich selbst als das wahre gesellschaftliche Substrat täuscht. Damit ist

zwar nicht das Desiderat einer logischen Analyse des Begriffs der Totalität, als eines Widerspruchslosen, erfüllt, das Albert gegen Habermas anmeldet, denn die Analyse terminiert im objektiven Widerspruch der Totalität. (Ebd., 19)

In letzter Hinsicht kann das kritische Instrument des Widerspruchs von einer Konzeption der Totalität nicht abgelöst werden. Zugleich habe ich jedoch den Eindruck, daß diese begrifflichen Instrumente heutzutage nur im Marxismus selbst überleben. Von daher bin ich der Ansicht, daß die Auffassung, Adorno sei kein Marxist, insgesamt nicht aufrechterhalten werden kann. (...)

Wir wollen im folgenden eine weitere Konstellation von Einwänden beschreiben, die sich damit befassen, inwieweit Adornos Denken seinem Wesen nach »modernistisch« ist. Dies Thema wird uns zu einigen Schlußbemerkungen führen, die seiner Bedeutung für unsere eigene »postmoderne« Epoche gewidmet sind.

II.

Es ist nicht besonders effektiv, derlei Untersuchungen mit einer Check-Liste der herausragendsten Zeichen und Symptome, die für die »Moderne« stehen können, in Angriff zu nehmen. (...) Kein einzelnes Thema, auch nicht ein so grundlegendes wie die Zeitlichkeit, reicht aus, um für den modernistischen Gestus einer bestimmten Denkweise (oder eines formalen Ausdrucks) einzustehen. Das findet, wie bereits gesagt, seinen Grund in der (zutiefst modernistischen) Faszination, die die »Konstellation« als solche auf Benjamin und Adorno ausübte – eine bewegliche und ständig wechselnde Reihe von Elementen, deren Gesamtstruktur durch ihre gegenseitigen Beziehungen und weniger durch ihren substantiellen Gehalt bezeichnet wird. Das bedeutet, daß es in einer Konstellation keine »grundlegenden« Eigenschaften gibt, keine Zentren, keine »Determinationen letzter Instanz«, keine endgültigen Resultate, mit Ausnahme der Beziehungen der Elemente selbst. Das ist praktisch Althusserianismus *avant la lettre*; und in dieser Vorstellung lebt auch noch so etwas wie ein sehnsüchtiges Verlangen nach Zentriertheit und einheitlicher (wenn auch nicht notwendig organischer) Form nach, wie Derrida (1976) in einem einflußreichen Aufsatz über den Begriff der Struktur bei Lévi-Strauss gezeigt hat (der dem der Konstellation nicht unverwandt ist). Dieser Aufsatz ist bisweilen für die Eröffnung dessen gehalten worden, was wir heute Poststrukturalismus nennen, und so scheint die Annahme angemessen, daß Derridas Demaskierung des heimlichen *Modernismus* von Lévi-Strauss den ersten Schritt in Richtung auf die Einführung eines *Postmodernismus* bildet, der auf Spiel und Zufall beruht (d.h. auf dem »Ästhetischen« selbst, wenn man es dabei beläßt).

Dies also ist meines Erachtens der Ort, von dem aus über Adornos *Modernismus* Rechenschaft abgelegt werden kann, denn gerade von hier aus wird die Rückkehr zu all den problematischen Konzeptionen der Totalität, des Allgemeinen und des Besonderen erforderlich, welche sich in der gegenwärtigen Lektüre als für Adorno »zentrale« Elemente erweisen. Doch ist Derridas Analyse natürlich in der Sprache des entstehenden *Postmodernismus* formuliert und aus seiner zukünftigen oder werdenden Perspektive heraus in Szene gesetzt; von der *Moderne* her haben die Dinge ein etwas anderes Aussehen, und es wird angemessener sein, die Beschreibung dergestalt umzuformulieren, daß die Krise der

Repräsentation selbst, mitsamt dem getreuen Festhalten an der Problematik von Repräsentation, in den Mittelpunkt rückt. Denn Adorno – aber auch die im Zeichen der Postmoderne betriebene Rückkehr zu den jetzt versiegelten Büchern der Klassiker des modernen Pantheons – lehrt uns, daß Fragen der Repräsentation nur dann interessant, ja quälend wichtig werden, wenn es einen Totalitätsbegriff gibt, dessen Status über den einer bloßen »regulativen Idee« hinausreicht.

Die Repräsentation individueller Gegenstände ist bestenfalls eine Sache der ästhetischen Wertschätzung oder des belletristischen Interesses, und ebensowenig wird die Repräsentation zum eigenständigen Problem und Dilemma, wenn die Möglichkeit eines realistischen Zugangs zur gesellschaftlichen Totalität für selbstverständlich erachtet wird und von vornherein gegeben ist. Erst mit der zweiten, der monopolistischen Stufe des Kapitalismus und der Herausbildung eines klassischen imperialistischen Systems, das die Grenzen der verschiedenen nationalen Erfahrungen überschreitet, kommt es dazu, daß sich ein radikaler ästhetischer und erkenntnistheoretischer Zweifel mit der Frage anmeldet, ob es denn möglich sei, die Gesellschaft als Ganzes überhaupt noch zu erfassen. Und genau dieser radikale Zweifel bringt den Modernismus als solchen hervor und konstituiert das diesem eigene Drama der Repräsentation. Wenn andererseits in der postmodernen und multinationalen Epoche »Totalität« kein Thema von vordringlicher Wichtigkeit mehr zu sein scheint und zu etwas wird, mit dessen Fehlen man sich abgefunden hat oder das man aus sei's politischen, sei's moralischen Gründen nicht mehr erreichen will, so entfallen die drängendsten repräsentationalen Probleme (philosophischer wie auch formaler Provenienz).

Die zentrale Spannung in Adornos Werk ergab sich jedoch gerade aus dem Verhältnis zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen, das mit der objektiven Spannung zwischen der gesellschaftlichen Totalität und den darunter befaßten Subjekten in eins fällt. Diese spezifisch modernistische Spannung schreibt sich in die einzelnen Sätze ebenso ein, wie sie die *ad hoc* gegebenen architektonischen Lösungen der negativen Dialektik selbst als einer Weise der philosophischen 'Darstellung' [i.O. dt.] determiniert; ebenso muß sie, wie ich bereits darlegte, in der Verteidigung des »Essays« als Form wiederentdeckt werden, deren Werte nur allzuleicht mit den uns jetzt vertrauteren der Postmoderne verwechselt werden können. Und schließlich kommt Adornos Einübung in die modernistische Problematik der Repräsentation verspätet genug, um für uns Heutige eine Thematik von drängendstem Interesse zu enthalten, die wir selbst im allgemeinen von außerhalb unserer eigenen Gegenwart an die Klassiker der Moderne herantragen müssen: es geht darum, das Vergehen der Moderne selbst zu reflektieren und zu thematisieren, es geht um die Gründe, die zu ihrem Verlöschen führen, und um die heraufdämmernde Ahnung einer intellektuellen Landschaft, in der das Negative oder die »Kritische Theorie« endgültig der Vergangenheit angehören wird.

III.

Es ist nun an der Zeit, den Wert zu bestimmen, den Adorno für uns im voll entwickelten Postmodernismus besitzt, derweil letzterer sich in ungleichen transnationalen Zonen entwickelt, innerhalb derer die nationalen Ungleichheiten

ebenfalls weiterbestehen. (Vielleicht sollte man genauer sagen: für uns als Intellektuelle in den entwickelten kapitalistischen Ländern; vielleicht sogar nur für »uns« als nordamerikanische Intellektuelle.)

Wir müssen zu Beginn die Möglichkeit einräumen, daß es auch Argumente für Adornos Postmodernismus oder doch wenigstens für einen in gewisser Weise postmodernen Adorno geben kann. Doch müßte sich eine solche Argumentation auf andere musikalische Schriften als die kanonischen stützen, die – wie die *Philosophie der neuen Musik* – den Komponisten der klassischen Moderne, Schönberg und Strawinsky etwa, kalte Monumente errichtet. Weniger bekannte Texte jedoch, vor allem der Aufsatz »Vers une musique informelle« (Adorno 1978), dokumentieren in überreichem Maße seine Sympathie und Unterstützung für die moderne Musikproduktion der Nachkriegsära. (...)

Der Begriff einer »*musique informelle*« ist so bereits äußerst postmodern, weil er gegen die unumkehrbaren Notwendigkeiten revoltiert, welche die modernistische Ästhetik im Hinblick auf Zeit, Veränderung und Fortschritt festgelegt hatte. Hinzu kommt die leichter vorhersagbare Reaktion gegen Systeme wie das von Schönberg, die das Zufällige oder das Aleatorische betont; Regeln werden festgelegt, um nur einmal befolgt zu werden, und man unternimmt die Anstrengung, aus der (Musik-)Geschichte herauszufallen. (Sogar für John Cage findet sich ein freundliches Wort, und der ganze Aufsatz gemahnt ein wenig an das in den musikalischen Bereich übersetzte italienische *pensiero debole*.) Diese Lockerung der geschichtlichen Logik unterscheidet sich natürlich beträchtlich von der neuen Ästhetik, die Benjamin, in einer vergleichbar widersprüchlichen Situation, zu erfinden und zu entwerfen suchte.

Aber sie paßt sehr gut zu einer bestimmten Komponente in Adornos Denken, die er bisweilen als das eigentliche Programm seines Werks in den Vordergrund rückte: so betonte er, vor allem in seinem Aufsatz »Der Essay als Form«, die Zurückweisung des Systems und die Verpflichtung auf das Fragmentarische und Okkasionelle, auf eine Freiheit des Momentanen, die die traditionelle deutsche Sehnsucht nach dem 'Hauptwerk' [i.O. dt.] und der architektonischen Wahrheit zu vermeiden trachtet. Diese Rhetorik, die manche an den Jenaer Romantizismus gemahnte, finde ich bei Adorno ebensowenig überzeugend wie bei Lukács, auf den sie zurückgeht (vgl. Lukács 1971), und der auf ähnlich unschlüssige Weise gegen seinen eigenen machtvollen *esprit de système* argumentierte, statt (wie Nietzsche) einer temperamentsbedingt fröhlichen und verantwortungslosen Freiheit von der Versuchung überhaupt Ausdruck zu verleihen.

Sicher schrieb Adorno sehr viele kurze Texte, versuchte sich (vor allem in den *Minima Moralia*) im Fragment und brachte Aphorismen hervor, die treffsicher und tödlich waren. Doch liegt das grundsätzliche Problem in seiner Auffassung vom Philosophieren selbst, nach dem Ende der großen Systeme: Läßt sich aus den »Modellen« der *Negativen Dialektik* eine Praxis der *philosophie informelle* ableiten, wie sie etwa Richard Rorty vorschlägt und die bisweilen auch als »postmodern« beschrieben wird? Dies würde eine okkasionelle Art und Weise des Philosophierens in sich begreifen, bei der Probleme *ad hoc* gelöst werden und die einer Offenheit verpflichtet ist, welche Adorno selbst wie folgt beschreibt:

Gegens Risiko des Ableitens ins Beliebige ist der offene Gedanke ungeschützt; nichts verbietet ihm, ob er hinlänglich mit der Sache sich gesättigt hat, um jenes Risiko zu überstehen. (1966, 43)

Die Rhetorik des Offenen und Geschlossenen, die mittlerweile sofort den schwersten Verdacht erregen und die Alarmglocken schrillen lassen sollte, klingt unheilverkündend genug; allerdings habe ich die Modelle der *Negativen Dialektik* nicht auf diese aleatorisch-beliebige Weise gelesen und es sollte deutlich sein, daß ich die Einschätzung, Adorno gehöre zur Postmoderne, nicht überzeugender finde als seine Zuordnung zur Spätromantik. Nicht bezweifeln läßt sich allerdings, daß sein Denken der Heraufkunft des Postmodernismus Freiräume ermöglichte.

Doch nicht dort liegt Adornos Bedeutung für den – im strengen Sinne als kulturelle Dominante verstandenen – Postmodernismus, sondern in seiner soziologischen und philosophischen Polemik. Was Adorno nämlich Positivismus nannte, ist genau das, was wir heute als Postmodernismus bezeichnen, dessen primitivere Stufe der Positivismus darstellte. Die Verschiebung in der Terminologie ist dabei von einem unübersehbaren Bedeutungsgehalt: eine spießige, kleinbürgerlich-republikanische Wissenschaftsphilosophie aus dem neunzehnten Jahrhundert entschlüpft dem Kokon des Zeitdokuments und entpuppt sich als irisierender Glanz des Konsumalltags im Altweibersommer des überstaatlichen und multinationalen Kapitalismus. So läuft die Entwicklung von der Wahrheit zur jeweils allerneueste Ware, von der bürgerlichen Ehrbarkeit und bourgeoisem »Standesbewußtsein« zu den Superhighways und Stränden, von den altmodischen autoritären Familien und den bärtigen Professoren zur Freizügigkeit und zum Respektverlust der Autorität (die dessen ungeachtet immer noch herrscht). Die Frage, ob man nach Auschwitz noch Gedichte schreiben könne, ist einer anderen gewichen, die da lautet, ob man es ertragen könne, Adorno und Horkheimer am Rande des Swimmingpools zu lesen.

Und hierin liegt nun in der Tat ein erster Dienst, den die beiden uns erweisen können: das Gefühl des Ernsten und Bedrohlichen wiederzuerwecken, das im vermögten Sonnenlicht der Einkaufsstraße gegenwärtig ist – ein älteres, klassisch europäisches Gefühl für Verhängnisse und Krisen, das selbst die EG-Staaten in ihrer eigenen wundersamen Wandlung und Entpuppung von sich abgetan haben und das die USA nun besser gebrauchen können als jene. Denn die USA sind, verglichen mit den Staaten der EG, eine ältere und mittlerweile altersschwache Gesellschaft (es ist ein bißchen so, mit Sartre zu sprechen, als wenn man schließlich den eigenen Vater an Jahren übertrifft). Das eigentliche Problem jedoch ist das der Repräsentation – Bilder von stillgelegten Bahnstrecken und verlassenen Fabriken kennen wir noch aus den dreißiger Jahren, die Kritik an der Konsumgesellschaft und ihren Bildern (perlweiße Zähne und strahlendes Lächeln) ist uns von den fünfziger Jahren her vertraut. Dies alles, selbst die überraschende strukturelle Kombination dieser Elemente, ist veraltet. Das wirkliche Problem bleibt wohl, wie bereits gesagt, die Repräsentation selbst; die Repräsentation dieser Totalität, von der alle Postmodernisten behaupten, sie wäre, auch wenn sie existierte, weder erkennbar noch darstellbar. Vielleicht ist die Dialektik – sogar jenes frustrierende und zur Wut reizende Ding namens *negativer*

Dialektik – ein Versuch, diesen Kreis zur Quadratur zu bringen, den wir noch nicht gewagt haben: wir fangen ganz tief innen an, im Kopf mitsamt seinen Klischeevorstellungen, ohne einen Augenblick lang zu glauben, sie seien persönlicher oder subjektiver Provenienz. Wenn es einem solchen Denken schließlich gelänge, hinaufzusteigen und (wie die Person in Becketts *Endspiel*) aus einer der Augenhöhlen zu schauen, könnte es einen Moment lang ein Stück Wirklichkeit erblicken, ehe die Leiter zusammenbricht.

Der Positivismus wird zum Postmodernismus, wenn er, wie im älteren Paradigma die Philosophie, zur Erfüllung gelangt ist und damit sich selbst zerstört hat. Adorno beharrt auf einem Bestandteil seiner Mission und gibt uns dadurch eine sehr nützliche Beschreibung: Der Positivismus will das Subjektive in der Form auslöschen, in der es sich als Gedanke, Interpretation und Überzeugung äußert (vielleicht will er auch die mit diesen Dingen verbundene Sprache des Poetischen, des Emotionalen und des Rhetorischen auslöschen). Anders gesagt ist der Positivismus ein Nominalismus und will uns als solcher auf die empirische Gegenwart reduzieren (oder diese zum einzigen Muster für die Vorstellung anderer Situationen und zeitlicher Momente machen). Er will den Wert als solchen auslöschen, wie auch alles Denken, das nach Zielen und Zwecken fragt (das ist die Formulierung der sogenannten »Kritik der instrumentellen Vernunft«), nicht unter Ausschluß der Dialektik, wohl aber unter Einschluß all der anderen visionären Ideologien, deren »Ende« er gleichfalls ankündigt.

In diesem Sinne ist der Postmodernismus auch die Erfüllung und Auslöschung des Liberalismus, der, als Ideologie und Wert so wenig haltbar wie der traditionelle Konservatismus, nach seinem Tod als Ideologie viel größere Wirksamkeit entfalten kann, realisiert er sich doch in seiner traditionellsten Form als Engagement für die Marktwirtschaft, die nun reiner *common sense* geworden ist und kein politisches Programm mehr darstellt. Jegliche Kritik an solchem Positivismus ist wahr und nutzlos zugleich, weil sie lediglich veraltete Repräsentationen und überholte Ideologien zu mobilisieren vermag. An diesem Punkt wird sogar die Rede von der Nicht-Existenz des Denkens wirkungslos, worauf sich das Begehren zuallererst gerichtet hatte. Was nicht mehr ist, ist so abwesend wie das, was niemals war oder was noch nicht ist oder nicht sein wird; nur das Sein ist noch übrig, doch nennen wir es nicht mehr so, da das Wort selbst ohne sein Gegenteil, Nichts, bedeutungslos geworden ist, letzteres aber ward aus dem Verkehr gezogen.

Adorno war ein zweifelhafter Bundesgenosse, als es noch mächtige und oppositionelle politische Strömungen gab, von denen sein eingefleischter und bissiger Quietismus den nicht weiter engagierten Leser hätte ablenken können. Jetzt, da es für den Moment um diese Strömungen selbst ruhig geworden ist, wird seine Griesgrämigkeit zum vergnüglichen Gegengift und zum rosttreibenden Lösungsmittel für die Behandlung der Oberfläche dessen, »was ist«. Selbst seine archaische Ökonomik erscheint nunmehr passend und zeitgemäß; die völlig aus der Mode gekommene Lehre vom Monopolkapital könnte, durchaus im Geiste seiner eigenen Konstruktion von Zeit, genau das Bild sein, das wir, in Abwesenheit eigener Bilder, benötigen, weil es ihn dazu antrieb, dem System ohne Verfolgungswahn bis in seine kleinsten Verstecke und Ritzen nachzuspüren, und zwar

mit einer Wirksamkeit, die immer noch denjenigen ein Beispiel geben kann, welche durch die Dezentralisierung des augenblicklichen Systems demoralisiert sind. Denn dieses bietet uns reihenweise identische Produkte (oder ihre synthetischen Transformationen) an, nicht aber die düsteren und fensterlosen Hauptquartiere, nach denen wir gesucht haben.

In einer früheren Situation ungleicher Entwicklung konnte Adornos Dialektik (und der sogenannte Westliche Marxismus allgemein) als besonderer und beschränkter Marxismus der Ersten Welt begriffen werden, als Eigentum von Intellektuellen und als ein spezialisiertes intellektuelles Instrument, das sich erheblich von denen unterschied, die man in unterentwickelten oder sozialistischen Ländern benötigte (wenngleich es, für den Gebrauch am bestimmten Ort, seine eigene Gültigkeit besaß). Diese Ungleichheiten hat, auf ebenso unbalancierte Weise, eine abrupt neue Expansion des Weltsystems annulliert und durch andere ersetzt, die wir bis dato weniger gut verstehen. Eine neokoloniale Dritte Welt sieht ihre Befreiungsbewegungen über Nacht dahingewelkt, während die Institutionen des real existierenden Sozialismus wie tauender Schnee verfließen scheinen. Jedoch hatte die von Marx avisierte sozialistische Umformung der Menschen und der gesellschaftlichen Verhältnisse ihre Ermöglichungsbedingungen unter der Herrschaft erhöhter Produktivität und fortgeschrittener Technologie, die nicht dadurch herbeizuzaubern waren, daß man den Wunsch zum Vater des Gedankens machte. Der Stalinismus verschwand nicht, weil er versagte, sondern weil er mit großem Erfolg seine historische Mission erfüllte und die schnelle Industrialisierung eines unterentwickelten Landes erzwang (von daher konnte er vielen Ländern der Dritten Welt als Modell dienen). In dieser Hinsicht ist, wie Gorz bemerkt hat, der Kommunismus der »erste Schritt« hin zum Sozialismus! (Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß in Polen die von einem einzigen übergreifenden Management – dem Staat – vollzogene Industrialisierung die Vorbedingung für das Entstehen einer nationalen Arbeiterbewegung war.) Das bislang noch nirgendwo gelöste Problem besteht darin, wie sicherzustellen wäre, daß dem ersten noch ein *zweiter* Schritt folgt.

Im Endeffekt hinterläßt »die Partei«, die abgedankt und sich von ihrer ideologischen Verantwortung für die Neuformulierung und den Entwurf der Vision eines sozialistischen Modells verabschiedet hat, ein Vakuum im Staat, das sofort, wenngleich nur provisorisch, durch das Schauspiel der Intellektuellen, ja der Intelligentsia selbst, die nun an der Macht ist, aufgefüllt wird: vielleicht kann ein zukünftiger Marx die entsprechenden Seiten des *Achtzehnten Brumaire* noch übertrumpfen, indem er *more satirico* die Euphorie beschreibt, mit der diese Kaste den Erwerb ihrer eigenen professionellen Zunftwerte feiert und besiegelt (Rede»freiheit« und »freie« Wahlen), um dann ziellos in die Krise ihrer Produktion zu taumeln und mit den Zänkereien zu beginnen, von denen sie nur abläßt, damit sie den großen Bundesbruder und Verteidiger der »Freiheit« um Geld anbetteln kann, das heißt, eben jene Vereinigten Staaten, die, nach der wohlwollenden Neutralisierung der Sowjetunion, nunmehr Panama zurückerobern und bei der Verfolgung weiterer lokaler »Verteidigungs«operationen in aller Welt noch einen Zahn zulegen.

Die Leere dieses Interregnums wird einzig durch das *big business* aufgefüllt,

das nationalisierte Industrien zum Schleuderpreis aufkauft und seinen Gewinn aus den billigen Arbeitskräften schöpft, die im Gefolge des totalen Zusammenbruchs autonomer Nationalstaaten den multinationalen Konzernen in den Schoß fallen. Mit großer Schnelligkeit ist die einstige Zweite Welt umstandslos auf den Status einer Dritten zurückgefallen, und dies ist das *telos* der gegenwärtigen Geschichte, das funktionale Ziel, auf das sie sich zubewegt. Die alte Schlangenhaut eines überlebten Entwicklungsstadiums ist abgestreift, ein neuer, nun wirklich erdumspannender Kapitalismus zieht herauf. Diese Momente determinieren die gnadenlose Demaskierung der strukturellen Schwäche des östlichen Sozialismus (und damit wird auch der eigenständigen Entwicklung in der Dritten Welt ihr Urteil verkündet und die Totenglocke geläutet), in dessen Ländern die idealistisch-revolutionäre Pose auf die breite Masse der Staatsgegner übergegangen zu sein scheint, solange diese noch nicht in Konsumenten oder in »verelendete« (*»immiserated«*) Arbeiter im Solde ausländischen Kapitals verwandelt worden sind.

Nichts davon vermag den Marxismus zu »widerlegen«. Vielmehr bleibt er die einzige Denkweise, die unsere Aufmerksamkeit zielgerichtet auf die ökonomischen Folgen der neuen »Großen Transformation« lenkt und dabei das Risiko in Kauf nimmt, den Illusionen ihres Überbaus eine kalte Dusche zu verpassen. Kapital und Arbeit (wie auch ihr Gegensatz) werden unter dem neuen System weiter fortbestehen, und es wird in der Zukunft so wenig wie in der Vergangenheit irgendeinen gangbaren »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben, auch wenn sozialistische Rhetorik und Begrifflichkeit all jenen Übelkeit verursachen muß, die den Gebetsmühlen der Bürokraten ausgesetzt waren. Doch läßt sich keine Zukunft vorstellen, der ein tiefergehendes ideologisches Engagement für Politik – will heißen, linke Politik – fehlt. Offensichtlich sind die Quellen solchen Engagements unbewußt und durch Familie und Kindheit wie durch Klassenzugehörigkeit und Erfahrung überdeterminiert, und selbst in einer völlig post-modernisierten Ersten Welt wird es junge Menschen geben, die ihrem Temperament und ihren Werten nach genuin links sind und einer Vision von radikaler gesellschaftlicher Veränderung folgen, die durch die Normen einer am Geschäft orientierten Gesellschaft unterdrückt wird. Die Dynamik eines solchen Engagements leitet sich nicht von der Lektüre der »marxistischen Klassiker« her, sondern entstammt der objektiven Erfahrung gesellschaftlicher Wirklichkeit, sowie der Art und Weise, in der eine einzelne Ursache oder Problematik, eine spezifische Form der Ungerechtigkeit, nicht vollständig aufgeklärt oder beseitigt werden kann, ohne daß schließlich das ganze Gewebe der ineinandergreifenden sozialen Ebenen zu einer Totalität zusammengezogen wird, die dann den Eingriff einer Politik der gesellschaftlichen Transformation erforderlich macht. Das Privileg der Marxschen Texte – und der Grund, weshalb sein Name, mißbräuchlich vielleicht, im Unterschied zu anderen Gesellschaftstheoretikern mit einer solchen Politik verbunden bleibt – liegt in der Tatsache, daß Marx, wie die Entwicklungslinie bereits der ersten veröffentlichten und unveröffentlichten Artikel zeigt, diese totalisierende Erfahrung machte, als er noch am Beginn seiner Laufbahn stand. Ob nun, wenn in einem fernerem »Dunklen Zeitalter« die Bänder gelöscht werden, das Wort Marxismus verschwindet

oder bleibt, so wird doch das, was es bezeichnet, unvermeidlicherweise wiederkehren.

Was aber die gegenwärtige Situation angeht, so hat uns schon Korsch vor langer Zeit anhand des Marxschen Werks selbst gezeigt, wie Modus und Methodologie der Analysen im spannungsgeladenen inneren Gegensatz von Voluntarismus und Fatalismus (oder Determinismus) den einen oder den anderen Pol besetzten, je nach den Veränderungen in der objektiven gesellschaftlichen Situation und ihren großen zyklischen Rhythmen, die von Situationen der Hoffnung und Veränderung (die man »vorrevolutionär« nennt) in andere übergehen, in denen die gesellschaftliche Geologie so versteinert ist, daß jegliche Veränderung unvorstellbar scheint (jedenfalls für solche kurzlebigen biologischen Subjekte wie wir es sind). Unsere eigene Situation scheint eher der zuletzt geschilderten ähnlich, und so müssen die Gedanken, die wir nützlich finden, ihr angemessen sein.

Diesem Geiste entspringt meine These, Adornos Denken sei ein dialektisches Modell für die neunziger Jahre. Seine introspektive oder reflektierende Dialektik paßt zu einer Situation, in der – aufgrund der Dimensionen und der Ungleichheit einer neuen globalen Ordnung – das Verhältnis zwischen dem Individuellen und dem System falsch definiert, wo nicht verflüssigt oder gar aufgelöst zu sein scheint. Adornos Überbetonung dessen, was er Theorie nennt – das Aufspüren der abwesenden Gegenwart der Totalität in den Aporien des Bewußtseins oder seiner Hervorbringungen – ist keine schlechte Lektion für die Intellektuellen heute, da die ältere Vorstellung von kritischer Theorie als permanenter Negativität und unversöhnlicher Gesellschaftskritik die Praxis eines Sartre besser zu kennzeichnen scheint als die Ideale postmoderner Theoretiker. Sicher ist für die »gegenwärtige Situation« noch manch anderes dringend erforderlich als nur dialektische Theorie; jedoch »wird nicht nur die Theorie, sondern auch deren Abwesenheit zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift«.

Aus dem Amerikanischen übertragen von Michael Haupt

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W., 1966: Negative Dialektik. Frankfurt/M.
- Adorno, Th.W., 1972: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt und Neuwied
- Adorno, Th.W., 1972a: »Gesellschaft«. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Frankfurt/M., 9-19
- Adorno, Th.W., 1978: Vers une musique informelle. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. 16, Frankfurt/M., 493-540
- Derrida, Jacques, 1976: Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaften vom Menschen. In: *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt/M., 422-42
- Laclau, E., und Ch. Mouffe, 1985: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London
- Lukács, Georg, 1971: Über Wesen und Form des Essays. Ein Brief an Leo Popper. In: *Die Seele und die Formen*. Neuwied, Berlin, 7-31



Gen-Ideologie

Biologie und Biologismus
in den Sozialwissenschaften

Hg. von J. Heilmeier,
K. Mangold, A. Marvakis
und Th. Pfister

Argument-Sonderband AS 175
170 S., br., DM 18,50

Alle Macht den Genen?

Am Vormarsch solcher wissenschaftlichen Disziplinen wie Gentechnologie und Soziobiologie wird offenkundig, daß die Physik als Paradigma der Naturwissenschaften abgedankt hat. An ihre Stelle ist die Biologie getreten, und damit mehrten sich zugleich Bestrebungen, die Unterschiede zwischen Menschen und Menschengruppen auf ausschließlich biologische Faktoren zurückzuführen, ein Reduktionismus, der die Gefahr in sich birgt, rassistischen und sexistischen Positionen zu wissenschaftlicher Dignität zu verhelfen. Um dieses »biologistische Roll-Back« zu thematisieren, hat das *Plenum Kritische Psychologie* Tübingen im Sommersemester 1989 eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel »Alle Macht den Genen? — Biologie und Biologismus in den Sozialwissenschaften« durchgeführt, deren Vorträge nun in diesem Sammelband diskutiert werden. Eine kritische Wendung gegen den biologischen Determinismus in Psychologie und Soziologie.

Aus dem Inhalt:

V. Schurig: Aspekte der Biologie als neuer Leitwissenschaft/R. Hohlfeld: Gegen den biologischen Determinismus/E. v. Kardorff: Biologismus und Organizismus in den Sozialwissenschaften/W. Jantzen: Behinderung, psychische Krankheit und Biologismus/G. Ulmann: Angeboren - Anerzogen? Antworten auf eine falsch gestellte Frage/U. Eser: Reproduktionsmedizin — Bevölkerungspolitik im Mutterleib/E. Wulff: Biologistischer Roll-Back in der Psychiatrie

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Gurutz Jáuregui Bereciartu

Nationale Selbstbestimmung und Krise des Nationalstaates*

Die Krise der modernen Nationalstaaten

Die Nationalstaaten Europas sind heute doppelt herausgefordert. Die erste Herausforderung ist Folge eines Prozesses zunehmend größerer Abhängigkeit voneinander auf militärischem, politischem, ökonomischem, technologischem und kulturellem Gebiet, die zweite erfolgt durch einen Prozeß im Innern der jeweiligen Nationalstaaten. Seine Protagonisten sind Kollektive, die versuchen, ihnen gegenüber eine eigene politische und kulturelle Identität zu behaupten. Diese Herausforderungen haben den Nationalstaat in der ganzen Welt, insbesondere aber in Europa, geschwächt: Er sieht sich mit einer Legitimationskrise konfrontiert und in einigen Fällen mit einem politischen und ökonomischen Machtverlust. Dies in dem Maße, in dem er einige seiner Kompetenzen an übernationale oder innernationale Organe abgeben muß und in dem der Einfluß der Oligopole und transnationalen Unternehmen wächst.

Die Einschränkung der Souveränität zeigt sich auf besonders dramatische Weise im militärischen Bereich. Wie man weiß, ist die Armee einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Stützpfeiler des Nationalstaates. Sie ist eine der historischen Rechtfertigungen seiner Existenz. Die Atlantische Allianz als übernationale Organisation, die in Friedenszeiten unter der Direktion einer integrierten militärischen Führung steht, bildet in Europa den paradigmatischen Fall einer Selbstauflösung des Daseinsgrundes des Nationalstaates. Die drei Grundpfeiler, auf die er sich stützt: Territorium, Bevölkerung, Souveränität, verlieren an Bedeutung, wenn die Armeen sich entnationalisieren. Was ihre Außenbeziehungen angeht, verwandeln sich die Staaten in bloße Militärregionen, und nach innen hört die Armee auf, ihre historische Aufgabe zu erfüllen, die territoriale Integrität des Nationalstaates zu schützen.

Die innere Homogenität des Nationalstaates, die eine weitere Basis seiner Legitimation bildet, wird durch die Forderungen »marginaler« Bewegungen in Frage gestellt. Sie beziehen sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Rolle von Frauen und Männern in der Gesellschaft, Sexualität, Familienbeziehungen, Rechte von Behinderten, Alten, Kindern, ökologische und soziale Lebensbedingungen (Umwelt, Wohnungen, Städtebau) etc. Alle diese Bewegungen unterminieren die zentrale Philosophie des Nationalstaates in modernen technologisierten Gesellschaften: Auswahl und Belohnung der Besten, das heißt derjenigen, die sich gegenüber der für sie vorgesehenen gesellschaftlichen Rolle konform verhalten. In diesem Zusammenhang sind auch die Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung zu betrachten, die in den letzten Jahren in Westeuropa und nun auch in Osteuropa an Kraft gewinnen. Sie sind Bestandteil des

* Kurzfassung des Kapitels »La Reestructuración Jurídico-política de las naciones« aus dem Buch des Verfassers *Contra el Estado-nación. En torno al hecho y la cuestión nacional*, Siglo XXI, Madrid.

Verlangens nach Autonomie und Differenz in einer auf Konformität und Assimilation ausgerichteten Gesellschaft. Man muß sich natürlich fragen, ob diese Prozesse lediglich eine konjunkturelle Krise darstellen, die in einer Stärkung und Bereicherung der Nationalstaaten münden wird, oder ob sie zu ihrem Verschwinden in der heutigen Form führen werden.

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, möchten wir auf einen offensichtlichen Widerspruch eingehen: Auf der einen Seite gibt es die genannten Anzeichen einer Krise des Nationalstaates, auf der anderen Seite nimmt die staatliche Macht gegenüber der Zivilgesellschaft zu. Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn wir zwischen dem Staat im abstrakten (allgemeinen) Sinne und dem Nationalstaat unterscheiden. »Staat« läßt sich als universeller Begriff fassen, der eine organisierte politische Macht bezeichnet. Der Nationalstaat ist dagegen eine konkrete politische Ordnung, die sich in Europa vom Mittelalter an entwickelt und seitdem über die ganze Welt verbreitet hat. Der Nationalstaat ist zur typischen juristisch-politischen Form der Strukturierung staatlicher Macht in den meisten Ländern der Welt geworden. Was den Staat im allgemeinen angeht, so müssen wir bedenken: Je komplexer die sozialen, ökonomischen etc. Beziehungen werden, desto notwendiger wird es, die Organisationsformen, die diese Beziehungen koordinieren können, zu strukturieren und sie mit der Macht auszustatten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Die politische Macht »im allgemeinen« wird um so größer sein, je komplexer die gesellschaftliche Realität ist, die organisiert, koordiniert werden soll. Das Problem ist in diesem Fall nicht die quantitative Stärkung der Macht, sondern die Frage, welches die Subjekte oder Institutionen sind, die Macht haben, wie diese Macht unter ihnen verteilt ist, wie die Machtträger kontrolliert werden und welche Ziele bei der Ausübung dieser Macht verfolgt werden.

Die Krise des Nationalstaates ist keine Krise der politischen Macht an sich. Vielmehr ist die Glaubwürdigkeit dieses bestimmten politischen Systems in eine Krise geraten, oder anders gesagt, der Glaube, daß die bestehenden Machtstrukturen den Bedürfnissen der gegenwärtigen Gesellschaft entsprechen, ist in eine Krise geraten. Diese Glaubwürdigkeitskrise besteht unabhängig von der gegenwärtigen Stärkung der Macht der Nationalstaaten. Es ist wichtig zu präzisieren, daß diese Stärkung nur im Staatsapparat stattfindet, nicht im Gemeinwesen. Mit anderen Worten: Die Macht des Staatsapparates steigt, und die reale Macht der Zivilgesellschaft sinkt. Der Nationalstaat verliert insbesondere deshalb an Legitimität, weil die in ihm konzentrierte Gewalt über die Armee und über die anderen politischen Machtmittel sich zunehmend von der Zivilgesellschaft entfernt und statt dessen durch Korporationen, pressure-groups oder transnationale Konzerne, die ihren Einfluß entweder direkt oder über andere Staaten ausüben, einflußt wird. Um es schematisch und vereinfacht auszudrücken, die politische Macht ist »verschoben« (deplaziert). Und diese Verschiebung ist unabhängig von der quantitativ gestiegenen Macht des Nationalstaates.

Nach unserer Auffassung ist die Krise des Nationalstaates nicht allein konjunkturell bedingt. Das Problem besteht darin, daß der Nationalstaat sich als unfähig erwiesen hat, ein adäquates politisches Organisationssystem für die ökonomisch, technologisch, kulturell und politisch grundlegend veränderten Gesell-

schaften der Gegenwart zu entwickeln. Aber das ist durchaus kein Grund zum Jubel, wie einige Autoren zeigen, die vor dieser Krise warnen. Poulantzas z.B. erkennt die bedeutsamen Transformationen des Nationalstaates, die als Folge der Internationalisierung des Kapitals stattgefunden haben, hält aber fest:

»Die gegenwärtige Phase des Imperialismus und diese Internationalisierung nehmen dem Nationalstaat durchaus nichts ... von seiner entscheidenden Rolle in diesem Prozeß. Es handelt sich in keiner Weise um einen Internationalisierungsprozeß, der heute und in Zukunft über die Köpfe der Nationalstaaten hinweggeht oder ihre Rolle etwa durch 'ökonomische Mächte' (multinationale Unternehmen) ersetzt oder die Entstehung eines effektiven übernationalen Staates einschließt (die europäische Gemeinschaft oder einen amerikanischen Superstaat). Dies gilt noch mehr in Hinsicht auf die Klassenkämpfe, auf den Kampf zwischen herrschenden und beherrschten Klassen, deren Kräfteverhältnis sich im Staat verdichtet. Diese Kämpfe finden stets im Zentrum statt, daß heißt im nationalen Raum« (Poulantzas 1976, 48)

Es fragt sich aber, ob der Nationalstaat tatsächlich der notwendige Bezugspunkt für die Klassenkämpfe ist. Soweit die politische und ökonomische Macht sich direkt über die Staatsapparate vermittelt, liegt es auf der Hand, sich auf ihn zu beziehen. Es gibt aber Hinweise darauf, daß dies heute nicht mehr unvermeidbar ist: 1. Es mehren sich Klassenkämpfe, die in einem Rahmen stattfinden, der nicht mit dem vom Nationalstaat vorgegebenen zusammenfällt, wie zum Beispiel die Kämpfe im Baskenland in den Jahren des politischen Übergangs, in Larzac (Frankreich) und in Schottland 1971. 2. Seit dem Auftreten der Arbeiterklasse wurde die Notwendigkeit des proletarischen Internationalismus hervorgehoben, um den durch die kapitalistischen Staaten abgesteckten Rahmen zu überwinden. Gerade in der Gegenwart zeigt sich, wie nötig internationale, mit den Gewerkschaften verbundene Solidaritätsbewegungen sind. Sie sind die einzige Möglichkeit, in verschiedenen Sektoren gemeinsame Aktionen zu koordinieren, um sich der sozialen und ökonomischen Politik der transnationalen Konzerne entgegenzustellen. 3. Nehmen wir an, der Nationalstaat würde zukünftig durch einen anderen Typ juristisch-politischer Organisation ersetzt. Dann würden sich die Kämpfe zu dieser neuen Struktur in Beziehung setzen, wie sie sich bislang auf den Nationalstaat bezogen haben.

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung

Wir können hier kein konkretes Umstrukturierungsprojekt für den Nationalstaat anbieten, aber wir wollen einige Ideen entwickeln, die dazu dienen können, die nationalen Forderungen in die gegenwärtige Entwicklung der Industriegesellschaften einzubetten. Vom politischen Standpunkt ist das wesentliche für eine Nation nicht die Errichtung eines Nationalstaates, sondern die Erlangung einer eigenen politischen Macht, die es ihr ermöglicht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, ihr Überleben zu sichern und ihre Beziehungen mit anderen Nationen oder Kollektiven zu regeln. Der Nationalstaat ist lediglich eine historisch konkrete Form für eine solche politische Macht. Wir müssen daher die Forderung nach Selbstbestimmung von der Forderung nach einem Nationalstaat abkoppeln und statt dessen eine politische Macht fordern, mit der der »Katalog der Rechte ethnischer Gruppen« (Breton 1981) zu verwirklichen ist. Dieser Katalog umfaßt das Recht auf: Leben, Identität und kollektive Existenz; Territorium; Selbst-

bestimmung; Sprache; ethnische Kultur; natürliche Ressourcen; Ausbeutung dieser Ressourcen; Leben und Arbeiten im Land; Schutz der Märkte; Selbstorganisation. Alle diese (erweiterbaren) Rechte lassen sich in einem zusammenfassen, dem Recht auf Selbstbestimmung, verstanden als die Möglichkeit eines Volkes, über seine eigene Zukunft ohne fremde Einmischung zu entscheiden.

Nicht alle ethnischen Gruppen, die in den letzten Jahren in Westeuropa das Recht auf Selbstbestimmung einklagten, wollten und wollen unbedingt einen eigenen Nationalstaat. Dov Ronen (1979) definiert diese ethnischen Zusammenschlüsse als desintegrierende Formationen, die jedoch beim Entstehen einer neuen Weltordnung zugleich eine neue Form der Integration auf erweiterter Stufenleiter ermöglichen könnten. Diese Bewegungen sind Bestandteil eines doppelten (zentrifugalen und zentripetalen) Prozesses, der soziopolitische zentripetale Einheiten strukturiert, die mit zentrifugalen ökonomischen Einheiten kompatibel sind. Das Recht auf Selbstbestimmung, wie es heute von nationalen Bewegungen in Europa gefordert wird, hat seinen Platz im Rahmen dieser doppelten Tendenz. Es kann nicht nach dem Muster und mit den Kriterien des vorigen Jahrhunderts verwirklicht werden. Ebensowenig kann es in Nachahmung der Länder der Dritten Welt eingefordert werden. Das heißt jedoch nicht, daß es überhaupt nicht gefordert werden kann, ganz im Gegenteil. Das Problem ist nicht die allgemeine Anerkennung dieses Rechts, sondern wie es praktisch in spezifischen Situationen verwirklicht werden kann. In diesem Zusammenhang muß man zwei Aspekte unterscheiden: einerseits die Ausübung dieses Rechts, andererseits seinen konkreten Inhalt. Oder anders gesagt: den Willen zur Souveränität auszudrücken ist eine Sache, eine andere ist, in welchen politisch-juristischen Strukturen dieser Wille zu realisieren ist.

Die Forderung nach einem Nationalstaat führt dazu, daß alle Aktivität auf die Eroberung des Staates orientiert wird. Es erscheint dann nicht mehr wichtig, ob der zukünftige Nationalstaat progressiver ist als der, aus dem er entstanden ist – wenn man heute im Zusammenhang mit Nationalstaaten überhaupt von Fortschritt sprechen kann. Schwerer noch wiegt die Tatsache, daß der Staat ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, wodurch die Notwendigkeit, die Gesellschaft zu verändern, aus dem Blickfeld gerät. Die Mystifizierung des Nationalstaates (sowohl von den konservativen wie von progressiven Kräften) macht ihn zu einer unangreifbaren Struktur, so daß jeder Versuch, ihn zu schwächen oder zu zerstören als subversiv bzw. reaktionär erscheint.

Föderales Prinzip und partizipative Demokratie

Gegen die Exklusivität des Nationalstaates, die auf dem Prinzip der unteilbaren und geheiligten Einheit beruht, lohnt es sich, ein altes politisch-philosophisches Konzept zur Organisation von Kollektiven aufzugreifen, das uns zur Lösung der aktuellen politischen Prozesse unverzichtbar erscheint: das Konzept des Föderalismus. Der Föderalismus kann heute als ein Kompromiß begriffen werden, in dem sich zwei entgegengesetzte Bewegungen treffen: Einerseits führt der Zugang der Massen zur Kultur, ihre nationale Bewußtwerdung und das Auftauchen von nationalen Forderungen zur Wiederaufwertung ethnischer Partikularismen

und zur Vertiefung nationaler Spaltungen. Auf der anderen Seite werden diese Kräfte kontrastiert durch ökonomische Notwendigkeiten zur Konzentrierung der Ressourcen und durch die Erleichterung der Kommunikation sowie durch die Entwicklung koordinierender und integrierender Maßnahmen. Der Föderalismus kann beide Tendenzen versöhnen, indem er solide Grundlagen für ein System schafft, das den Ausgleich, d.h. ein Gleichgewicht zwischen diesen heterogenen Realitäten herstellen kann. Der »föderale Geist« (Friedrich 1973) zeigt sich in einer politischen Haltung, die nicht auf doktrinäer Unflexibilität besteht, sondern eher in Begriffen des Kompromisses und der Verkoppelung denkt und handelt. Die Toleranz gegenüber der Differenz, die Fähigkeit, zwischen unterschiedlichen Aspekten einer Sache zu differenzieren und eine fortdauernde Anpassungsfähigkeit sind Elemente dieses Geistes.

Selbstbestimmung muß darüber hinaus ein lebendiger, fortdauernder, dynamischer Prozeß sein, der sich nicht in dem einen konstituierenden Akt erschöpft, in dem eine Nation ihre politische Macht errichtet. Er muß sich auf zwei Ebenen verwirklichen: Intern, als »self-government«, als ein Prozeß, in dem Entscheidungen aus dem authentischen Willen des Volkes entstehen; extern als Beteiligung aller an den Beziehungen innerhalb der vereinigten nationalen Formation und an der Formulierung ihrer gemeinsamen Ziele.

MacPherson (1982) hat gezeigt, daß das gegenwärtige demokratische Modell, das er als ein »elitäres, pluralistisches Ausgleichsmodell« bezeichnet, in der Praxis den Inhalt der Demokratie reduziert. Denn in ihm werden nur diejenigen Entscheidungen einem demokratischen Mandat unterworfen, die vom Herrschaftssystem als politisch definiert werden. Auf Grund dieser Elitisierung muß sich gesellschaftliche Macht, die wie eine private Macht ausgeübt wird, nicht mehr legitimieren. Sie wird immun gegenüber der Herausbildung eines rationalen Willens (vgl. Bachrach 1970). In diesem Modell besteht die Aufgabe der Wähler nicht darin politische Fragen zu entscheiden, sondern lediglich darin, periodisch Individuen zu wählen, die entscheiden. Demokratie verwandelt sich so in einen Marktmechanismus, bei dem die Wähler die Rolle von Konsumenten einnehmen und die Politiker die der Verkäufer. Dagegen setzt MacPherson ein »Modell partizipativer Demokratie«. Es läßt sich in zwei Untermodelle einteilen, wobei das eine idealistischer, das andere realistischer ist. Das erste Modell ist in gewisser Weise klassisch. Es ist der unerfüllte Traum der direkten Demokratie auf Grundlage des demokratischen Delegationsprinzips auf allen Ebenen durch einen pyramidenförmigen Repräsentationsaufbau. Das zweite, interessantere, weil realistischere Modell beruht auf einer Kombination dieses Systems der direkten Demokratie mit dem System politischer Parteien. Dabei wird die gegenwärtige Regierungsstruktur beibehalten und darauf aufgebaut, daß die politischen Parteien wie die oben beschriebene Pyramide strukturiert sind.

MacPherson ist sich darüber im klaren, daß es sehr große Probleme bei der Einführung einer partizipativen Demokratie gibt, insbesondere wenn man sich die Dimensionen der modernen Nationen vor Augen führt. Es liegt auf der Hand, daß partizipative Demokratie um so handhabbarer ist, je überschaubarer der Raum, auf den sie sich bezieht. »Je größer der Staat wird, desto geringer wird die Freiheit«, schrieb Rousseau in seinem *Contrat Social*, und das hat sich seither als

richtig herausgestellt. Er fügt aber hinzu, daß in solchen großen Staaten dann »vermittelnde Ordnungssysteme eingefügt werden, wie Prinzen, Adel etc., um den Raum zu füllen«. Dieser Frage, die von MacPherson nicht behandelt wird, wollen wir uns zuwenden: der außerordentlichen Bedeutung der Dezentralisierung (nicht im engen, administrativen Sinne, sondern im Sinne einer Föderalisierung) für die partizipative Demokratie. Indem sie zu ihrer Entwicklung beiträgt, reduziert Dezentralisierung auch die Macht und Kontrolle der Monopole; sie begünstigt die Entwicklung der individuellen und kollektiven Verschiedenartigkeiten und die Entfaltung der Kulturen. Paradoxerweise erleichtert sie aber zugleich eine die Nationen übergreifende Integration, gerade weil sie die nationalen Besonderheiten respektiert.

Föderalismus und Partizipation sind einerseits unverzichtbare Bedingung für die Entwicklung nationaler Unterschiede. Andererseits sind Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung ein notwendiges Instrument der Demokratisierung gegenwärtiger Gesellschaften und das in vielerlei Hinsichten: Nationale Selbstbestimmung erleichtert die Errichtung von Zentren direkter oder zumindest partizipativer Demokratie. Sie verstärkt die Entwicklung von Heterogenität und Verschiedenheit der jeweiligen Kollektive. Sie stärkt die gesellschaftlichen Strukturen gegenüber der Macht des Staates durch die Entwicklung von politischen Vermittlungsagenturen auf internationaler Ebene. Nicht nur die Macht des Staatsapparates wird so reduziert und kontrolliert, sondern auch die Zusammenballung von Macht auf der Makroebene und die Macht der korporativen Institutionen in der Gesellschaft. Diese sowohl quantitative als auch qualitative Reduktion durch Machtverteilung und -diversifizierung erleichtert die Kontrolle von Seiten derjenigen, auf die die Macht sich richtet, und bildet damit eines der grundlegenden Elemente für die Rekonstruktion der materiellen Basis einer friedlicheren Gesellschaft. Politische Macht ist für die Kollektive, insbesondere für die benachteiligten Nationen, die darum kämpfen, ihre Identität wieder aufzubauen, ein unverzichtbares Instrument ihrer Restrukturierung, Homogenisierung und der Entwicklung eines eigenen sozialen Gewebes, das als Folge der vom Nationalstaat betriebenen zentralistischen Uniformierung meist zerrissen ist. Die Existenz eines nationalen Rahmens mit eigenen Parteien, Gewerkschaften und materiellen Mitteln zur Entwicklung einer Kultur etc. bildet den Angelpunkt für die Rekonstruktion und Sedimentierung dieser Nationen.

Die partizipative Demokratie ist ein noch wichtigerer Bestandteil in diesem Prozeß der Restrukturierung. Man darf nicht vergessen, daß die vorrangigste Aufgabe dieser Nationen darin besteht, eine eigene Zivilgesellschaft aufzubauen. In diesem Prozeß ist die politische Macht nur ein Instrument (sicher ein unverzichtbares, aber doch nur ein Instrument) für einen außerhalb liegenden Zweck: die Wiederherstellung der eigenen Identität. Insbesondere der defizitäre Charakter dieser Gesellschaften erfordert es, daß der Prozeß der Rekonstruktion auf breiter Ebene stattfindet und daß alle seine Bürger und Bürgerinnen und alle gesellschaftlichen Gruppen daran beteiligt sind. Die Nation wird um so stabiler sein, je mehr sie die Synthese zwischen einem politisch konsensuellen und einem kulturellen Gemeinwesens herstellen kann. Das heißt, es muß auf den Gebieten der Sprache, der Kultur, der Ökonomie, des Sozialen, der Politik etc.

eine wirkliche Pluralität geben. Respekt vor und Akzeptanz von Heterogenität und Verschiedenheit, auch in der Periode nationaler Rekonstruktion, machen diesen Prozeß komplizierter, aber langfristig werden sie zur besten Garantie für eine effektive Festigung der neuen zukünftigen Gesellschaft.

Perspektive Europa

Da es um die Reorganisation der Nationen der Nationalstaaten geht, ist es vielleicht interessant, einige Fragen zu diskutieren, die uns im gegenwärtigen europäischen Integrationsprozeß besonders kritikwürdig erscheinen. Ein Problem ist die Tatsache, daß Europa nicht »regionalisiert« wird, ein anderes liegt darin, daß die angebliche europäische Einheit vor allem eine Einheit des Marktes für das Europa der Geschäfte ist, die wenig oder nichts mit der wirklichen Einheit seiner Bürger und Völker zu tun hat. Der Versuch, Europa auf den Trümmern seiner Unterschiede aufzubauen, bedeutet nichts anderes, als den großen historischen Fehler, der von den meisten Nationalstaaten im Zuge ihrer Konstitution begangen wurde, auf höherer Ebene zu wiederholen, nämlich Einigkeit mit Einheitlichkeit und Uniformität zu verwechseln. Regionalisierung ist nicht nur nötig, um die Entwicklung der soziokulturellen Unterschiede, aus denen die jetzige europäische Kultur besteht, zu schützen. Sie ist zugleich eine unentbehrliche Voraussetzung für den Kampf gegen Entmenschlichung und Entfremdung in den modernen Gesellschaft.

Bislang hat sich die EG sowohl bei ihrer Gründung als auch in ihrer nachfolgenden Entwicklung im wesentlichen als ein autonomer Markt konstituiert, um gegenüber den anderen großen makroökonomischen Einheiten in der Welt konkurrenzfähig zu sein. Dabei hat sie nicht nur von den soziokulturellen Aspekten abstrahiert, sondern auch von der Notwendigkeit, das ökonomische System zu reorganisieren. Sie hat keine Politik verfolgt, die auf die integrale und gleichmäßige Entwicklung aller europäischen Regionen ausgerichtet ist. Das hat enorme negative Auswirkungen, insbesondere auf die unterentwickelten, unterdrückten Regionen. Zur Kapitalflucht in diesen Regionen, dem Investitionsstop und der Erhöhung der Arbeitslosigkeit kommt die ökonomische Rezession hinzu. Darüber hinaus sehen sich die Arbeiter gezwungen, in andere Länder auszuwandern, wo sie sich in einer Situation wiederfinden, die qualitativ schlechter ist als die in ihren Herkunftsländern, weil sie kaum soziale, politische und ökonomische Rechte haben und sich daher nicht in gleicher Weise in Gewerkschaften, politischen Parteien oder anderen Bewegungen engagieren/organisieren können. Levi (1978) meint zu Recht, die Arbeiterbewegung habe auf nationaler Ebene zwar weiterhin die Macht, das ökonomische Programm durch Massenaaktionen, die unmittelbar auf die Regierung einwirken, zu beeinflussen, auf europäischer Ebene spiele das Kräfteverhältnis jedoch der Kapitalseite in die Hände. Diejenigen, die föderale Tendenzen befördern, sind, zuweilen unbewußt und naiv, meistens jedoch sehr bewußt darauf bedacht, ihr Betätigungsfeld strikt auf den supranationalen, juristisch-institutionellen Bereich zu beschränken. Sie abstrahieren von der Notwendigkeit, eine tiefgreifende Transformation der sozioökonomischen Strukturen im Innern der Gesellschaften vorzunehmen.

Das Europa der Völker kann eine wunderbare Realität werden, wenn sich in ihm der Kampf gegen den Nationalstaat mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die internationalen Oligopole verbindet. Wenn auf der politisch-juristischen Landkarte jedoch nur einige Institutionen verschoben werden, wird es ein Fiasko. Denn ein solches System hätte eine sehr viel geringere Widerstandskraft gegen die Aktionen des großen Kapitals und gegen die transnationalen Unternehmen als die derzeitigen Nationalstaaten. Ein Europa der Völker wäre eine bloße Fiktion, ein Trugbild, wenn es nicht eine Alternative zum gegenwärtigen kapitalistischen System entwickelt.

Die Alternative, das heißt ein sozialistisches Europa der Völker, müßte eine hervorragende Formel abgeben, um zwei Aktionen aufzuheben und endgültig zu fusionieren, die sich bis heute parallel, wenn nicht im Gegensatz zueinander entwickelt haben: den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und den Klassenkampf. Beide Kämpfe sind Erben eines spezifischen historischen Zeitraums im neunzehnten Jahrhundert, in dem sie entstanden sind und sich entwickelt haben. Jeder von ihnen produzierte eine bestimmte Kultur und war zugleich Produkt einer bestimmten Kultur, die im Verschwinden begriffen ist. Die beherrschten Klassen stellten ihre Forderungen meist in einem engen materialistischen ökonomistischen Kontext. Die nationalen Forderungen hatten ihrerseits meist einen rein kulturalistischen Inhalt. Die gegenwärtige technologische, totalisierende, entfremdende Massengesellschaft macht es möglich, daß die kulturellen und die ökonomischen Forderungen sich in einem gemeinsamen Ziel treffen können: Dem Ziel der vollständigen Befreiung der Individuen, d.h. Überwindung der sozialen Klassen und Eroberung der Freiheit der Völker.

Aus dem Spanischen von Nora Rätzzel

Literaturverzeichnis

- Bachrach, Peter, 1970: *Crítica de la teoría elitista de la democracia*. Buenos Aires
 Breton, Roland, 1981: *Les ethnies*. Paris
 Friedrich, Carl, J., 1973: *Europa. El surgimiento de una nación*. Madrid
 Levi, Lucio, 1978: *Federalismo e integrazione europea*. Palermo
 MacPherson, C.B., 1982: *La democracia liberal y su época*. Madrid
 Ronen, Dov, 1979: *The quest for self-determination*. New Haven, London
 Poulantzas, Nicos, 1976: *Les transformations actuelles de l'État, la crise politique et la crise de l'État*.
 In: ders. (Hrsg.): *La crise de l'État*. Paris
 Smith, Gordon, 1981: *A future for the Nation-State*. In: Leonard Tivey: *The Nation State*. Oxford

Werner Mackenbach

Carlos Fonseca und der Sandinismus

Zum 30. Jahrestag der Gründung der FSLN

Im Juli 1961 wurde im honduranischen Exil von Carlos Fonseca, Tomás Borge, Silvio Mayorga, Faustino Ruiz und Santos López die nationale Befreiungsfront Nicaraguas gegründet, für die Fonseca schon damals den Namen Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) vorschlug, womit er sich jedoch erst 1963 durchsetzte (s. Fonseca 1988, 357f.; Hodges 1986, 165). Der 30. Jahrestag dieser Gründung scheint keinen Anlaß zum Feiern zu geben. Im Gegenteil: letztes Jahr mußte die FSLN mit der verlorenen Wahl und der Regierungsübergabe an das Parteienbündnis UNO eine bedeutende Niederlage hinnehmen, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Noch immer ist die Situation der FSLN von Desorientierung über den weiteren politischen Weg geprägt, der Parteitag war angesichts der noch nicht ausgereiften internen Diskussion und Entscheidungsfindung wiederholt verschoben worden.

Aber mehr als das: diese Niederlage fiel just mit den Ereignissen in Ost- und Mitteleuropa zusammen, die in den letzten zwei Jahren das Ende des »realen Sozialismus« besiegelt haben. Die Krise des Sandinismus ist nicht von diesen globalen Zusammenhängen zu trennen. Nicht nur für diejenigen, für die der Sandinismus nichts anderes als eine lateinamerikanische Variante des »Marxismus-Leninismus«, ein »Statthalter« des »Sowjet-Imperiums« ist, hat das Ende des »realen Sozialismus« auch das Ende des Sandinismus zur Folge gehabt. Auch für weite Teile der Linken und der hiesigen Solidaritätsbewegung scheint eine Epoche zu Ende gegangen zu sein (s. Rediske 1990a).

In der Diskussion um die Voraussetzungen und die Perspektiven der jüngsten nicaraguanischen Entwicklung zeichnen sich vor allem drei Argumentationsstränge ab: 1. Durch die Wahlniederlage habe sich nichts Wesentliches an den Grundbedingungen der Entwicklung in Nicaragua geändert, nichts von den revolutionären Errungenschaften sei verloren. Die Niederlage sei – bei eingestandenem Fehlern der Sandinisten – im wesentlichen durch den äußeren Druck von seiten der USA zu erklären. Es gebe keinen entscheidenden Einfluß der Entwicklungen in Mittel-/Osteuropa und der Sowjetunion auf Nicaragua. Es gelte, die Fehler zu korrigieren, eine Demokratisierung der FSLN einzuleiten und über Wahlen an die Macht zurückzukehren (s. z.B. Ramírez 1990; Borge 1990b, 1990c und 1990d; Flaig 1990). 2. Mit der Wahlniederlage sei – parallel zu den epochalen Veränderungen in Mittel-/Osteuropa und der Sowjetunion – eine historische Epoche zu Ende gegangen. Das »marxistisch-leninistische Politikverständnis« und das Konzept der Avantgardepartei seien gescheitert. Ein Neuanfang könne nur unter der Bedingung erfolgen, daß die FSLN von einer Kader- zu einer Massenpartei mit »Öffnung hin zur Gesellschaft« werde (s. Rediske 1990b und 1990a). 3. Die Wahlniederlage müsse »angesichts des Wesens des Sandinismus, seines Antiimperialismus« (Tirado 1990) zu einem grundsätzlichen Überdenken der Bedingungen des antiimperialistischen Kampfes – auch in Konsequenz der

veränderten internationalen Bedingungen – nicht nur in Nicaragua führen. – Diese Diskussion über die Ursachen und Schlußfolgerungen aus der jüngsten nicaraguanischen Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen. Wie die kurz skizzierten Positionen zeigen, geht es dabei auch um grundsätzliche Einschätzungen der Prämissen, der Politik und der Perspektiven des Sandinismus.

Obwohl in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum unzählige Untersuchungen zu Nicaragua erschienen sind, klafft da eine empfindliche Lücke. Bisher nahezu ignoriert wurde das theoretisch-politische Werk Carlos Fonseca Amadors, der wie kein anderer die moderne sandinistische Bewegung geprägt hat (s. Fonseca 1981, 17, 21ff., und 1982, 13, sowie 1988, 7; Borge 1990a, 117f.; Blandón 1980, 5, 7, 219; Hodges 1986, 164, 166, 196). Dreißig Jahre nach der Gründung der FSLN ist es an der Zeit, dieses Werk »neu« zu entdecken – nicht nur aus »historischen« Gründen, sondern auch als Voraussetzung jeder ernstzunehmenden Auseinandersetzung mit den Perspektiven des Sandinismus.

Carlos Fonseca und Ernesto Che Guevara

1988 erschien zum ersten Mal eine Auswahl aus den Schriften Fonsecas in deutscher Sprache (Fonseca 1988; im folgenden durch einfache Seitenangaben nachgewiesen). Sie versammelt im wesentlichen historisch-politische Arbeiten, die sich mit der Analyse der Bedingungen, der ideologischen Grundlagen und der Ziele der sandinistischen Bewegung in den sechziger und siebziger Jahren auseinandersetzen. Am Anfang einer seiner bekanntesten – auch in diesem Band abgedruckten – Arbeiten (»Sandino, proletarischer Guerillero«) schreibt Fonseca quasi als Widmung: »Sie beide, Che Guevara und vorher Augusto César Sandino, markieren in ihrem Heroismus den Weg der Guerilla, den die Völker, die Opfer des Imperialismus sind, gehen müssen, um uneingeschränkt ihr eigenes Schicksal bestimmen zu können.« (210) Damit hat er selbst die wesentlichen Koordinaten benannt, die sein politisches Denken und Handeln bestimmen. Wiederholt verweist er auf die Bedeutung der kubanischen Revolution als »Beginn einer neuen historischen Etappe in Lateinamerika« (236); sie habe »eine entscheidende Rolle für den Beginn des politischen Reifungsprozesses in Nicaragua« (166) gespielt: »Man kann sagen, daß der Marxismus mit dem Sieg der kubanischen Revolution nach Nicaragua kam« (170, s. 38, 52, 102ff.; s. auch Tangermann 1990, 146). Wesentliche Vermittlungsinstanz in diesem Prozeß war Che Guevara. Wie eng die Entstehung der modernen sandinistischen Bewegung Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre mit den Ereignissen in Kuba verbunden war, das bezeugen ganz unmittelbar die zahlreichen Aufenthalte später führender Sandinisten – vor allem auch Fonsecas – in Kuba, Ches Unterstützung der sich entwickelnden nicaraguanischen Guerilla und schließlich die Integration des nicaraguanischen Kampfes in das Projekt eines gemeinsamen kontinentalen (und »inter-kontinentalen«) Befreiungskampfes (s. 65, 73, 74, 168). Doch der Einfluß Ches geht wesentlich tiefer: bis in die feinsten Verästelungen, ja zum Teil bis in einzelne Formulierungen lassen sich Parallelen zwischen dem Werk Guevaras und dem Fonsecas feststellen. Dies trifft zunächst für die Guerilla-Schriften zu. Wie bei Guevara lassen sich bei Fonseca die gleichen Grundpositionen heraus-

arbeiten: die außerordentliche Bedeutung des bewaffneten Kampfes gegenüber pseudo-demokratischen, elektoralistischen Projekten (21f., 24f., 61f., 98, 108, 226); die zentrale Rolle der Bauern als sozialer Stütze der Guerilla und der Agrarreform als wesentlichem sozialem Ziel, aber auch die Berücksichtigung des städtischen Kampfes (23f., 135, 136ff.); die taktische Haltung gegenüber der Frage der Gewalt, wie in der Ablehnung des individuellen Terrors (24ff., 28f., 49, 286); schließlich die Betonung der Notwendigkeit der »revolutionären Moral« (30) des Guerillero (s. auch 299ff.) – bei Che des »neuen Menschen«.

Auch in weitergehenden Fragestellungen sind enge Verbindungen zwischen Guevara und Fonseca festzustellen, etwa bei der Hervorhebung des kontinental/internationalen Charakters des Befreiungskampfes (147), der Unfähigkeit der nationalen Bourgeoisie zu einer fortschrittlichen Rolle (56ff., 95ff., 99) und dem Verhältnis von nationaler Befreiung und sozialistischer Revolution: »Sozialistische Forderungen und nationale Befreiung verbinden sich in der Sandinistischen Volksrevolution.« (159; 116f.)

In den hier versammelten Texten wird auch deutlich, wo Fonsecas politisches Denken hinter dem Werk Che Guevaras zurückbleibt. So ist etwa seine Analyse des Charakters des nicaraguanischen Regimes, das er als »präkolonialistisch und profeudalistisch« bezeichnet (35; 17f., 40f., 43f.), wesentlich unpräziser und viel deutlicher noch von den Positionen der offiziellen lateinamerikanischen KPen geprägt als Ches Begriff der Oligarchie. Auch seine Haltung zur sozialen Stütze des Befreiungskampfes ist durchaus widersprüchlich; absoluten Vorrang haben die Bauern (22f.), zum Teil und zeitweise rücken die Studenten in den Vordergrund (135ff.). Im Gegensatz zu Che, der sich in seinem Gesamtwerk zu einem erheblichen Teil den »Arbeiterfragen« widmet, wird für Fonseca noch 1976 »ein Arbeiter, der sich in die Berge begibt ... zu einer viel größeren Gefahr, als sie der Arbeitskampf, den Hunderte von Arbeitern in einem Betrieb durchführen können, darstellt« (345). Hier scheint Fonseca – zumindest zeitweise – mehr von den Positionen Régis Debrays beeinflusst als von Che, was sich auch in seiner Tendenz festmachen läßt, die militärische gegenüber der politischen Organisation überzubetonen und die Aufgaben einer politischen Partei zu verkürzen (108, 36ff.)

Schließlich lassen die Texte aber auch erkennen, wo Fonseca sich kritisch auf Che bezieht und über diesen hinausgeht. Das trifft vor allem für die Phase nach dem Tod Ches und dem Scheitern der Guerilla in Bolivien und damit einer entscheidenden Niederlage der kontinentalen Guerilla in Lateinamerika zu. Die Abkehr von der Focus-Theorie nach eigenen schmerzlichen Niederlagen in der Praxis und auch ihre theoretische Überwindung (110ff., 150, 331f.; 333ff.) sind wichtige Voraussetzungen für die spätere Entwicklung der FSLN und den Erfolg der nicaraguanischen Revolution (dazu auch Tangermann 1990, 147ff.).

Carlos Fonseca und Augusto César Sandino

Über die kubanische Revolution hinaus erhält die Gründergeneration der FSLN von Che wichtige Impulse, was die Wiederentdeckung des »nationalen« Erbes, des Kampfes Sandinos in den zwanziger und dreißiger Jahren angeht. Guevara

wird diese Tradition von Alberto Bayo, einem ehemaligen antifrankistischen General im spanischen Bürgerkrieg, der die kubanischen Rebellen im mexikanischen Exil militärisch ausbildet, vermittelt (Hodges 1986, 171f., Massari 1987, 54). Nicht von ungefähr beruft sich Guevara zum Beispiel in »Guerillakrieg – eine Methode« neben Bolívar ausdrücklich auf Sandino (Guevara 1986, 24).

Leider fehlt in der deutschsprachigen Auswahl der Schriften Fonsecas dieser zweite wichtige Aspekt, der einen wesentlichen Bestandteil des Fonsecaschen Werkes ausmacht und eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der sandinistischen Bewegung war, fast völlig. Dazu bringt der Band nur die beiden weniger umfangreichen Texte: »Sandino, proletarischer Guerillero« und »Geheime Chronik: Augusto César Sandino vor seinen Henkern«. Es fehlen die wichtigsten diesbezüglichen Arbeiten: »Viva Sandino«, »Cronología de la resistencia sandinista«, »Ideario del general Sandino«, die den gesamten zweiten Band der nicaraguanschen Werk-Ausgabe (Fonseca 1981 und 1982) ausmachen. In diesen Arbeiten rekonstruiert Fonseca umfassend den nationalen Befreiungskampf in Nicaragua von 1832 (Monroe-Doktrin) bis 1966 (Erste Konferenz der Trikontinentale) und darin eingebettet vor allem den Kampf Sandinos und seines Befreiungsheeres. Fonseca rezipiert (z.B. exemplarisch in »Cronología de la resistencia sandinista«, in: Fonseca 1982; einfache Seitenangaben beziehen sich im folgenden auf diesen Band) vor allem die Züge aus Sandinos Werk, die im Diskurs der Befreiungsbewegungen in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren dominierend waren: der proletarisch-bäuerliche Charakter des Kampfes (42, 43, 49, 65), das Eintreten für soziale Forderungen (68f.), der Internationalismus (74), die Enttäuschung über das Versagen der nationalen Bourgeoisie (47), die Überlegungen zur Schaffung einer neuen politischen Partei (79f.). Fonseca unterstreicht Sandinos persönliche Integrität (63f.), ein Aspekt, der in Fonsecas und Guevaras Diskurs vom »neuen Menschen« wieder aufgenommen wird; und er wiederholt seine Kritik, daß Sandinos Guerilla eine rein militärische Organisation geblieben, politisch nicht weiterentwickelt worden sei (64, 67).

Daß dieser wesentliche Bestandteil des Fonsecaschen Werkes in der deutschsprachigen Auswahl seiner Schriften fast gänzlich fehlt, ist um so bedauerlicher, als es bisher im deutschsprachigen Raum nur eine äußerst unzureichende Rezeption Sandinos gibt. Zwar erschien bereits 1976 Sergio Ramírez' Sammlung der wichtigsten Texte Sandinos und einiger Dokumente (Ramírez 1984), unbeachtet blieben jedoch vor allem das umfangreiche Werk Gregorio Selsers (1980, 1981, 1984, 1990) wie auch die vorzügliche Studie von Hodges (1986).

Jüngstes Beispiel für die mangelnde Rezeption Sandinos ist die 1989 erschienene Studie von Frank Niess (Niess 1989). Seine »politische Biographie« Sandinos geht nicht über Ramírez' Arbeit von 1976 hinaus. Sandinos politisches Denken wird auf die Begriffe »Nationalismus, Antiimperialismus, Internationalismus und sozialreformerische Ideen« (Niess 1989, 259, s. auch 270f., 272) reduziert. Niess bezeichnet »das ideologische Reservoir, aus dem Sandino hätte schöpfen können«, als »mehr als dürftig« (ebd., 258), ohne auch nur Kenntnis von der umfassenden Rekonstruktion der vielfältigen – zum Teil von Sandinos Aufenthalt im nachrevolutionären Mexiko herrührenden – anarcho-kommunistischen, syndikalistischen, theosophischen, spiritistischen Einflüsse auf Sandinos

Denken zu nehmen (s. dagegen Hodges 1986, 3ff., 167 und Gilbert 1988, 21f.). Niess wiederholt im Grunde das damalige Urteil der stalinisierten Komintern und ihrer lateinamerikanischen Sektionen über Sandino, wenn er ihm quasi vorwirft, seine Ideologie sei »alles andere als marxistisch« (Niess 1989, 159) gewesen, er sei »nicht von einem klar umrissenen Klassenstandpunkt« ausgegangen und habe nicht »der herrschenden Klasse den Krieg« erklärt (ebd., 224).¹ Vor diesem Hintergrund bleiben die Gründe für das Zerwürfnis zwischen der Guerilla Sandinos und der Komintern (die anfangs seinen Kampf unterstützte) weitgehend im Dunkeln, die in der zunehmenden Durchsetzung der Politik der »dritten Periode« und nicht in einer ideologischen »Inkonsequenz« Sandinos zu suchen sind. Damit fällt Niess nicht nur hinter »offizielle« Positionen seitens der FSLN zurück, wie sie zum Beispiel im Nachwort zur zweibändigen Ausgabe der Schriften Sandinos (1981, 428) erhalten sind: »Warum verkörpert Sandino nicht die Interessen der Arbeiterklasse, der Vorhut der organisierten Arbeiterklasse in Nicaragua, und warum sind seine Forderungen nicht die Forderungen einer zu Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse organisierten Partei? Weil das nicht die historischen Bedingungen sind, in denen das Land sich befindet, und der sandinistische Kampf kann nicht in dieser Weise gesehen werden, der vielmehr von einer Klassenposition aus die Perspektive eines bewaffneten Volkskampfes gegen die ausländische Intervention und ihre lokalen Verbündeten verkörperte.« Bereits Fonsecas Rezeption Sandinos ist da wesentlich weiter. Er verdeutlicht, daß seine Auseinandersetzung mit dem Denken und Handeln Sandinos nicht von dem damaligen lateinamerikanischen und internationalen Diskurs über die Bedingungen des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in den abhängigen Ländern getrennt werden kann, der von der marxistischen Diskussion geprägt war und für den Che Guevara eine zentrale Rolle spielte. Mit der »Wiederentdeckung« Sandinos rekonstruiert Fonseca also nicht eine nationalbornierte Tradition. Wesentliches Motiv dieser Wiederentdeckung ist, Sandino und mit ihm die nicaraguanische Tradition des Befreiungskampfes gegenüber der »offiziellen« kommunistischen Position der PSN zu »rehabilitieren«, die Somoza unterstützte und Sandino (in der Tradition der Komintern der »dritten Periode«) kritisierte (s. Fonseca 1988, 252f.; Hodges 1986, 163). Dies muß im Zusammenhang mit dem Versuch gesehen werden, eine gegenüber den von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen Parteien Lateinamerikas eigenständige politische Bewegung zu schaffen, der von Anfang an kontinentale Dimensionen hatte und mit der kubanischen Revolution einen entscheidenden Auftrieb erhielt. Die intensivierete Beschäftigung Fonsecas mit Sandino Mitte der sechziger und Anfang der siebziger Jahre dient auch dazu, die Erfahrungen des sandinistischen Kampfes für die gestiegenen politischen und militärischen Anforderungen an die FSLN nutzbar zu machen, die sich ab Mitte der siebziger Jahre auf den Aufstand vorbereitet (s. Wheelock in: Fonseca 1982, 16f.; Humberto Ortega in: Fonseca 1981, 23f.). Darüber hinaus beginnt mit der Niederlage der Guerilla in Bolivien eine neue Etappe des lateinamerikanischen Guerillakampfes, die das generelle Überdenken der eigenen Prämissen und die Aufarbeitung der je spezifischen Erfahrungen notwendig macht (dazu Massari 1987, 237ff.; Tangermann 1990, 147ff.). Schließlich ist die erneute intensive Rückbesinnung Fonsecas auf

Sandino Reflex auf die schwieriger werdenden Beziehungen zu den Ländern des sogenannten »realen Sozialismus«, wie sie sich in der Enttäuschung über das sowjetische Verhalten während der Kuba-Krise 1961/62 äußerten und dann mit dem beginnenden sowjetisch-chinesischen Konflikt weiter verkomplizierten (dazu Massari 1987, 243ff.). Dies verweist auf das Verhältnis Carlos Fonsecas zum Marxismus und zu den »sozialistischen Ländern«.

Carlos Fonseca und der Marxismus

Die deutschsprachige Auswahl hinterläßt in diesem Zusammenhang ein durchaus widersprüchliches Bild. Bereits 1957 betont Fonseca unter Hinweis auf seine Lektüre marxistischer Klassiker in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, er habe Vertrauen in die marxistischen Ideen gewonnen, verneint jedoch, Kommunist zu sein (1981, 241f.), was er 1964 wiederholt (1988, 87f.). Wie ein roter Faden zieht sich jedoch durch seine Arbeiten – vor allem in den sechziger Jahren – die Aussage, die sozialistischen Ideen seien Wegweiser seiner Aktivität, Ziel sei die sozialistische Revolution (ebd., 116, 145, 159, 183; auch 1981, 332).

Daß ein Kommentar zum Werk Fonsecas in dieser deutschsprachigen Auswahl fehlt, macht sich gerade – aber nicht nur – in diesem Zusammenhang negativ bemerkbar.² Hinzu kommt ein weiterer empfindlicher Mangel: es fehlt die 1957 entstandene, 1958 erstmals veröffentlichte Arbeit »Un nicaragüense en Moscú«, die Fonseca nach einem mehrmonatigen Aufenthalt (von Juli bis November 1957, u.a. zum 6. Weltfestival der Jugend und Studenten für den Frieden) in der Sowjetunion und Osteuropa verfaßt (s. 1988, 353ff.).³ Angesichts dieses Textes muß seine Aussage, er sei kein Kommunist, als Schutzbehauptung verstanden werden. In der Tat war er bereits 1955 der PSN beigetreten (s. 1988, 352), seine Arbeit über diese Reise ist stark geprägt von der PSN. Er betont zu Anfang des Textes zwar, daß er gegen die Abschaffung des Privateigentums in Nicaragua sei (s. 1981, 31f.). Im weiteren jedoch singt er ein fast gänzlich unkritisches Loblied auf den Sowjetkommunismus: In der Sowjetunion bestünden beste Arbeitsbedingungen für Künstler (44f.), der absolute Vorrang der Schwerindustrie sei völlig korrekt (53f.), die Planwirtschaft funktioniere demokratisch und schließe Wirtschaftskrisen aus (54, 62). Immerhin muß daran erinnert werden, daß diese Aussagen durchaus typisch für viele Führer nationaler Befreiungsbewegungen damals waren, die sich in ihrem Versuch der Befreiung aus der Abhängigkeit von den USA unkritisch an die Sowjetunion anlehnten. Zu bedenken ist auch, daß sie in eine Zeit fielen, als mit der Geheimrede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU neue Hoffnungen verbunden waren. Vor diesem Hintergrund ist es allerdings um so erstaunlicher, daß Fonseca in diesem Text gerade unter Bezugnahme auf den 20. Parteitag die »wichtige Rolle« Stalins »für den Fortschritt Rußlands« (59) hervorhebt und sich von der »Konterrevolution« in Ungarn distanziiert (77f.).

Jedoch findet sich schon in dieser Arbeit ein Hinweis auf sein Verhältnis zur Religion, wenn er ein zeitgleiches Treffen von Katholiken für den Frieden in Rom mit Papst Pius XII. auf eine Stufe mit dem Weltfestival in Moskau stellt (79). Nur in Kenntnis dieser frühen Arbeit läßt sich begreifen, wie sich sein

Verhältnis zum »realen Sozialismus« im folgenden entwickelt und grundlegend wandelt. Dies ist zunächst mit einer kritischen Abwendung von der PSN verbunden, der er ihre Unterstützung Somozas, ihre »Beschwichtigungspolitik« und die Ablehnung des bewaffneten Kampfes vorwirft (1988, 100ff., 105ff., 126f., 145, 288ff.). Ab Ende der sechziger Jahre äußert er offen Kritik an den Ländern des »realen Sozialismus« und hebt hervor, der FSLN sei es immer auch darum gegangen, »einen eigenen Stil zur Führung der Massen im Kampf für einen revolutionären Umschwung zu finden« (277; s. auch 159, 288ff., 314). Schließlich muß daran erinnert werden, daß er bereits 1964 davon spricht, »eine nationale revolutionäre Ideologie zu formulieren« (89), für seine Anschauungen den »populäre(n) Gehalt der verschiedenen Ideologien – des Marxismus, des Liberalismus und der christlichen Soziallehre –« (88) in Anspruch nimmt und 1968 die Rolle der Christen für den revolutionären Kampf betont (145). Zweifellos werden hier schon wichtige Aspekte formuliert, die später – nach dem Sieg vom Juli 1979 – die Politik der FSLN bestimmt haben: der politische Pluralismus, vor allem das besondere Verhältnis von FSLN und Christen, die »gemischte Wirtschaft«, das Recht auf eine eigenständige nationale Erfahrung, eine unabhängige Außenpolitik. Hier finden sich auch Einflüsse Mariáteguis auf Fonseca, worauf Hodges (1986, 179ff., 188f., 278f.) ausdrücklich hinweist. Denken und Handeln Carlos Fonsecas und die Gründung der FSLN vor dreißig Jahren sind jedoch vor allem nicht zu trennen von Che Guevara und der kubanischen Revolution. Sie sind Bestandteil des kontinentalen Versuchs (wie er vor allem von Guevara verkörpert wurde), nach der Befreiung von »realsozialistischer« Bevormundung und ohne in nationalbornierte Projekte abzugleiten, einen eigenständigen marxistischen Flügel in den Befreiungsbewegungen der sechziger und siebziger Jahre herauszubilden. 1975 betont Fonseca ausdrücklich, es sei »gut, die Politik der kubanischen Revolution in der Etappe vor ihrer offenen Identifizierung mit dem Marxismus-Leninismus in Erinnerung zu rufen« (1988, 289). Diese von Carlos Fonseca geprägten Ausgangspositionen des Sandinismus waren wesentliche Voraussetzungen, die auf der Seite der FSLN den späteren Sieg ermöglichten, auch wenn die kontinentale Guerilla eine Niederlage erlitt. Angesichts des fast gleichzeitigen Endes des »realen Sozialismus« und des sandinistischen (Regierungs-)Projekts ist eine Neubewertung des Fonsecaschen Werkes und der sandinistischen Bewegung unter diesen Aspekten höchst aktuell und eine Voraussetzung, Antworten auf die Perspektiven des Sandinismus dreißig Jahre nach Gründung der FSLN zu finden. Die Substanz seines Vermächtnisses und die jahrzehntelange politische Erfahrung der FSLN als eigenständige Bewegung sind wesentliche Voraussetzungen dafür, daß der Sandinismus auch nach dem »Ende des realen Sozialismus« keineswegs sein Ende erlebt, sondern über eigene Zukunftsperspektiven verfügt.

Anmerkungen

- 1 Leider ist Niess' Arbeit andererseits auch nicht frei von verklärenden Urteilen, etwa wenn er (in Übereinstimmung mit Barckhausen 1983) Sandinos Kinderspiele als »Vorschule der Revolution« und als Übernahme von den Indios tradierten Techniken beschreibt (Niess 1989, 26f.) oder

- Sandino als »ersten lateinamerikanischen Guerillaführer(s)« (ebd., 9), seinen Kampf (in Anlehnung an Boris/Rausch 1983) als »erste(n) Guerillakrieg in Lateinamerika«, als »erste(n) modernen Guerillakrieg überhaupt« (ebd., 85) bezeichnet, ohne dabei auf die Tradition Bolívars, Hatueys in Kuba, die Kämpfe in Mexiko usw. einzugehen.
- 2 Das Vorwort von Horst-Eckart Gross beschränkt sich auf tagesbezogene, längst überholte Aussagen zur bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua.
 - 3 Es fehlen in dieser ersten deutschsprachigen Ausgabe leider auch die Briefe, die in der nicaraguanischen Ausgabe abgedruckt sind. Schließlich ist die Übersetzung zum Teil fehlerhaft: so wird z. B. die wichtige Arbeit »Sandino, guerrillero proletario« mit »Sandino, patriotischer Guerillero« (!) übersetzt; der Titel des zweiten Bandes der nicaraguanischen Ausgabe (»Bajo la bandera del sandinismo«, womit die schwarz-rote Fahne gemeint ist) erscheint im Titel der deutschsprachigen Ausgabe als »Unter den Fahnen Sandinos«.

Literaturverzeichnis

- Barckhausen, Christiane, 1983: Augusto César Sandino. General der freien Menschen. Berlin
- Blandón, Jesús Miguel, 1980: Entre Sandino y Fonseca Amador. Managua
- Borge, Tomás, 1990a: Mit rastloser Geduld. Wuppertal
- Borge, Tomás, 1990b: Democracia sí, pero no democratismo. In: Barricada vom 26.5.
- Borge Tomás, 1990c: Von der Revolution zur Demokratie. (Interview) In: Volkszeitung vom 12.10.
- Borge, Tomás, 1990d: Perspektiven der nationalen Befreiung in Lateinamerika. In: links 11
- Boris, Dieter, und Renate Rausch (Hrsg.), 1983: Zentralamerika. Köln
- Flaig, Stefan, 1990: Von der Freiheit der Wahl. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4
- Fonseca, Carlos, 1981: Obras. Tomo 1. Bajo la bandera del sandinismo. Recopilación de textos del Instituto de Estudio del Sandinismo, Managua
- Fonseca, Carlos, 1982: Obras. Tomo 2. Viva Sandino. Recopilación de textos del Instituto de Estudio del Sandinismo, Managua
- Fonseca, Carlos, 1988: Unter den Fahnen Sandinos. Ausgewählte Schriften. Mit einem Vorwort von Horst-Eckart Gross. Hrsg. v. d. Edition Marxistische Blätter in Zusammenarbeit mit Editorial Vanguardia, Düsseldorf
- Gilbert, Dennis, 1988: Sandinistas: The Party and the Revolution. New York, Oxford
- Guevara, Ernesto Che, 1986: Guerillakampf und Befreiungsbewegung. Ausgewählte Werke in Einzelausgaben. Band 1. Hrsg. v. Horst-Eckart Gross, Dortmund
- Hodges, Donald C., 1986: Intellectual Foundations of the Nicaraguan Revolution. Austin
- Massari, Roberto, 1987: Che Guevara. Politik und Utopie. Frankfurt/M.
- Niess, Frank, 1989: Sandino. Der General der Unterdrückten. Eine politische Biographie. Köln
- Ramírez, Sergio, 1984: Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers. Wuppertal
- Ramírez, Sergio, 1990: Nicaragua, mon amour. In: Lettre international, H.10
- Rediske, Michael, 1990a: Zurück zum alltäglichen Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4
- Rediske, Michael, 1990b: Was wird aus Nicaraguas Avantgarde-Partei? In: die tageszeitung vom 25.4.
- Sandino, Augusto César, 1981: El pensamiento vivo. Tomo 1. Tomo 2. Introducción, selección y notas de Sergio Ramírez, Managua
- Selser, Gregorio, 1980: El pequeño ejército loco. Sandino y la operación México-Nicaragua, Mexico, D.F.
- Selser, Gregorio, 1981: Sandino. New York, London
- Selser, Gregorio, 1984: Nicaragua de Walker a Somoza. México, D.F.
- Selser, Gregorio, 1990: Sandino, General de Hombres Libres. Managua
- Tangermann, Klaus-Dieter, 1990: Avantgarde und Massen in Mittelamerika. Die Fortschritte der Guerillatheorie seit Ché Guevara. In: Prokla 81
- Tirado, López Víctor, 1990: Was uns die Wahlen lehrten. (Interview) In: Volkszeitung vom 27.4.

Sünne Andresen

Geld oder Leben?*

Zur Debatte um Frauen, Karriere und Geld

Geld ist ein schillerndes Thema, sowohl zentraler Inhalt von Märchen und Volksweisheiten wie Gegenstand von Geschichte, Philosophie, Psychologie und Ökonomie. Aus der Vielfalt von Aspekten können hier nur wenige herausgegriffen werden. Die Debatte um Frauen und Geld ist noch jung. Eingeleitet wurde sie 1985 mit dem Schwerpunktheft der Feministischen Beiträge »Geld oder Leben«. Mir geht es darum, Problemstellungen beispielhaft zu referieren und eine Verschiebung für die weitere Auseinandersetzung vorzuschlagen. Dürfen Frauen Geld besitzen und wenn ja, wieviel? Sollen Frauen die berufliche Karriereleiter erklimmen und wenn ja, wie hoch? Solche Fragen, die momentan die Diskussion bestimmen, führen in die Sackgasse. Sie spalten die Frauen in integre arme Frauen und verwerfliche reiche Frauen. Um aus diesem Gut-Böse-Schema auszusteigen, sind Analysen zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und (bezahlter und unbezahlter) Arbeit vonnöten. Perspektivisch muß es um eine gesellschaftliche Organisation der Arbeit gehen, bei der die vom Profitstandpunkt aus als unproduktiv bestimmten Arbeiten nicht mehr nur den Frauen unbezahlt aufgebürdet werden.

Das besondere Verhältnis von Frauen zu Geld

»Für Frauen überwiegt der Gebrauchswert des Geldes, für Männer hat der Tauschwert einen höheren Stellenwert«. (Haag/Kraemer 1988, 39). Hier werden analytisch zusammengehörende Kategorien getrennt, moralisiert, d.h. in einen gut-schlecht-Gegensatz gebracht, und auf die Geschlechter verteilt. Da nicht auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Hintergrund für diese Haltung zu Geld hingewiesen wird, bleibt unklar, wie sie zu erklären und zu verändern wäre. Frauen sind qua Geschlecht in der Familie für die Kinder, für menschliche Nähe, Zuwendung, für das Funktionieren der zwischenmenschlichen Beziehungen zuständig. Dieser private Bereich unterliegt nicht der Logik, daß etwas nur dann getan wird, wenn es sich lohnt, d.h. Geld einbringt. Dies wurde z.B. in der feministischen Forschung zur Hausarbeit dahingehend ausgearbeitet, daß Frauen einen anderen, einen der kapitalistischen Logik entgegengesetzten, eher gebrauchswertorientierten »Sozialcharakter« entwickelt hätten. Zunehmend sind Frauen auch dann berufstätig, wenn sie noch kleine Kinder zu versorgen haben. D.h. sie sind mit steigender Tendenz in beiden Arbeitsbereichen tätig. Es ist eine empirische Frage an die individuelle Vergesellschaftung von berufstätigen Müttern, welchen Einfluß dies auf ihre Persönlichkeitsentwicklung hat.

Gebrauchswert, Tauschwert, Geld, Ware sind Kategorien, die Marx im ersten Band des *Kapital* entwickelte. In der Analyse der Warenform geht es u.a. um die

* Überarbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrages auf der 3. Offenen Frauenhochschule zu »Frauen und Geld« in Wuppertal im Mai 1991.

»Genesis der Geldform« (vgl. MEW 23, 62). Das Charakteristische einer Ware ist, daß sie Gebrauchs- und Tauschwert hat. Marx sucht nach der Ware, die gegen alle anderen Waren tauschbar ist, nach der allgemeinen Äquivalentform: »Die spezifische Warenart nun, mit deren Naturalform die Äquivalentform gesellschaftlich verwächst, wird zur Geldware oder funktioniert als Geld. Es wird ihre spezifisch gesellschaftliche Funktion, und daher ihr gesellschaftliches Monopol, innerhalb der Warenwelt die Rolle des allgemeinen Äquivalents zu spielen« (ebd. 83). D.h. für Geld ist jede andere Ware zu haben. Geld leistet etwas, was keine andere Ware kann: den Tauschwert für alle anderen Waren darstellen.

Geld ist also untrennbar mit Warenproduktion, d.h. mit Produktion für den Austausch, verknüpft. In einer Gemeinschaft, in der z.B. im Großfamilienverband auf dem eigenen Land und gemeinsam das hergestellt wird, was das (Über-)Leben erfordert, ist ein allgemeines Austauschmittel nicht nötig. Die Frauen knüpften weder an diese ökonomische Bestimmung von Geld an, noch entwickelten sie eine eigene. Auch die Erarbeitung der vielfältigen Bedeutungen von Geld im entwickelten Kapitalismus, wo Geld nicht mehr nur Austauschmittel ist, sondern es Geldmärkte, eine eigenständige Kreditwirtschaft usw. gibt, steht noch aus.

Konsumentinnen

1984 waren immer noch etwa die Hälfte aller Frauen in der Alt-BRD nicht erwerbstätig – die Erwerbsquote der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren lag 1984 bei 51,7 %, 1960 bei 49 % (vgl. Engelbrech 1987, 58) –, d.h. sie verfügten über kein eigenes Einkommen. Ein sogenannter »ökonomischer Faktor« sind diese Frauen dagegen als Konsumentinnen. Anhand empirischer Untersuchungen läßt sich zeigen, wie Frauen als Konsumentinnen in die Aufrechterhaltung des Kapital-Arbeits-Verhältnisses in der BRD eingespannt werden. Gisela Heinrich (1984) untersuchte Diskurse (Ratgeberliteratur, Politikerreden u.ä.) aus den fünfziger und sechziger Jahren, also der Aufbauzeit der Bundesrepublik. Frauen wurden als Sparerinnen = *verantwortliche* Konsumentinnen in das Konzept der sozialen Marktwirtschaft eingepflanzt. Durch »kluges« und »umsichtiges« Verwalten des männlichen Einkommens sollten sie die Bildung eines bescheidenen Eigentums (z.B. das Eigenheim) und Vermögens in den Arbeiterfamilien ermöglichen. Zugespielt war dies ein Konzept der Sozialismusverhinderung. Der soziale Frieden blieb erhalten, ohne Gefährdung der bestehenden ökonomischen Ordnung. Dabei wurden die Hausfrauen als die eigentlich Mächtigen angerufen. So heißt es etwa in einer Parteitage Rede Ludwig Ehrhards, dessen Name wie kein anderer mit dem Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« verknüpft ist: »Gegenüber der Planwirtschaft, wo der Staat und die Bürokratie angeben, was produziert werden soll, huldigt die Marktwirtschaft ganz anderen Prinzipien. Ihre Lenkung folgt vom Verbraucher her, und Übereinstimmung findet dadurch statt, daß jetzt die Unternehmer auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen sind, mit ihrer Arbeit, ihrer Ware, ihren Erzeugnissen und Dienstleistungen Gnade vor den Augen der Verbraucher zu finden ... Das gibt ihnen als Hausfrau diese unerhörte Macht in

die Hand, weil von ihrem Verhalten, von der Art, wie sie ihre Kaufkraft verausgaben, mit jeder solchen Entscheidung üben sie eine Lenkungsfunktion in der Wirtschaft aus« (Erhard 1954, zit.n. Heinrich 1984, 137).

Auf die mehrfache Beschränktheit der »Konsumtionsmacht der Frau« hat u.a. Helga Grubitsch (1985) hingewiesen. Da längst nicht mehr alle Lebensmittel im weiteren Sinne selbst hergestellt werden können, gibt es einen Zwang zum Konsum. Dieser ist letztlich nicht von den Bedürfnissen der Frauen bestimmt – abgesehen davon, daß Bedürfnisse selbst von Werbung und Warenästhetik modelliert und gemacht sind –, sondern von der Menge des verfügbaren Geldes. Wenn die ökonomische Basis der Familie das Einkommen des Mannes ist, sind die »quantitativen Möglichkeiten der Konsumentin ... sowohl durch die Klassenzugehörigkeit des Mannes als auch durch das patriarchalische Verhältnis zwischen Mann und Frau bestimmt« (Grubitsch 1985, 41).¹

Nicht zuletzt resultiert die politische Ohnmacht der Konsumentinnen aus der Vereinzelung. Für machtvollere Strategien in diesem Bereich, z.B. für einen erfolgreichen Kaufboykott bestimmter Produkte und/oder Hersteller, muß diese Vereinzelung entweder überwunden oder die *individuelle* Betroffenheit und die *individuellen* Eingriffsmöglichkeiten müssen betont werden. Letzteres wurde z.B. während des Golfkrieges versucht: es wurden Listen erstellt mit den Namen von Herstellern, die neben Waffen auch an der Produktion von Haushaltsgeräten beteiligt sind, und es wurde zum Kaufboykott aufgerufen. Hat es genutzt? Aufklärerisch an dieser Strategie ist darüber hinaus, daß konkret gezeigt wird, daß Waffenhersteller nicht einfach als »böse Produzenten« von solchen abzugrenzen sind, die Nützliches herstellen, sondern daß es Zusammenhänge, manchmal sogar Identitäten gibt. Daß solche Kaufboykotte tatsächlich dazu beitragen können, »große Politik« zu beeinflussen, zeigt das Beispiel Südafrika. Voraussetzung für den Erfolg war hier, daß der massenhafte individuelle Kaufboykott südafrikanischer Produkte aufgegriffen und begleitet wurde von staatlichen wirtschaftlichen Sanktionen vieler Länder. Es müßte also genauer untersucht werden, welche Bedingungen Kaufboykotte zum Erfolg führen, d.h. die Ohnmacht der KonsumentInnen verwandeln könnten in Mitbestimmungs- und Mitgestaltungshandeln.

Berufstätige Frauen

Auch die Berufstätigkeit bringt Frauen längst nicht immer so viel Geld ein, daß sie davon unabhängig ihre Existenz sichern könnten. »74 % der Frauen haben ein Monatseinkommen, von dem sie nicht leben können – sie sind auf den männlichen Ernährer angewiesen« (Haug 1990, 75). Eine neuere Untersuchung über die Einkommenssituation der Frauen in Hessen ergab, daß 1988 52 % der erwerbstätigen Frauen ein Nettoeinkommen von 1 400 DM oder weniger haben (vgl. Möller 1991). Über 90 % der Frauen in der BRD müssen mit einer Altersrente auskommen, die höchstens 1 500 DM beträgt.

Daß Frauen so arm sind, liegt nicht etwa daran, daß sie nicht *genug* arbeiten, sondern daß sie nahezu die gleiche Menge Arbeit, die sie bezahlt verrichten, im Haus als Hausfrauen unbezahlt erfüllen. Neben der bezahlten Arbeit sind Frauen

europaweit »für etwa 90 % der unbezahlten Reproduktionsarbeit zuständig« (Möller 1991, 21). Bislang hat sich diese Mehrarbeit der Frauen für sie nur negativ ausgewirkt. Gerade auch aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Hausarbeit werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt zum »minderwertigen Komplement« von Männern und Männerarbeit. Horizontal und vertikal ist der Arbeitsmarkt nach Geschlecht getrennt. D.h. Männer und Frauen arbeiten in voneinander getrennten Erwerbsbereichen. Technik und die Arbeit an Maschinen gilt als männlich; Heilen, Pflegen, allgemein die Arbeit am Menschen, gilt als weiblich. Die »Männerarbeit« wird höher bewertet und besser bezahlt. Männer führen und leiten an, Frauen werden geleitet und führen aus. Es hat viele Untersuchungen gegeben (vgl. als Überblick Willms-Herget 1985), die den Ursachen dieser Trennungen auf den Grund zu gehen versuchten. Argumentationen, die bei den Frauen selbst (Berufswahlverhalten, Ausbildungsinvestitionen u.ä.) die Schuld festmachten, wurden widerlegt (vgl. z.B. Krüger 1988) und abgelöst von Analysen zu den Geschlechterverhältnissen als Regelungsprinzip in der Lohnarbeit (vgl. Game/Pringle 1983) oder zur kulturellen Männlichkeit von technischen Berufen mit der Folge des Ausschlusses oder der Verdrängung von Frauen (vgl. z.B. Cockburn 1988). Die Trennung von Männer- und Frauenarbeitsbereichen führt zur Unvergleichbarkeit von Tätigkeiten und macht es den Unternehmen leicht, Frauen schlechter zu bezahlen als Männer. Schließlich haben die durchschnittlich geringeren Einkommen von Frauen ihren Hintergrund auch darin, daß ca. 1/3 aller erwerbstätigen Frauen Teilzeit arbeiten (bei den Männern sind es nur ca. 2 %). Diese schlechten ökonomischen Bedingungen bestimmen, wie die Zahlen ausweisen, das Leben der meisten Frauen, und doch gibt es Ausnahmen, die sogenannten Karrierefrauen.

Karrierefrauen

Einige Frauen haben es geschafft. Als (selbständige) Unternehmerinnen, (angestellte) Managerinnen, leitende Angestellte verfügen sie über mehr Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Laut Mikrozensus von 1983 verfügten 24,4 % der Männer, aber nur 4,5 % der Frauen über ein monatliches Nettoeinkommen, das mehr als 2.200 DM betrug. Daraus läßt sich schließen, daß der Anteil der Spitzenverdienerinnen unter den Frauen kleiner als 4,5 % sein muß.

Entsprechend gering ist auch der Anteil der Frauen an den leitenden Angestellten: 1988 waren es z.B. bei Schering 3,0 %, bei der Beiersdorf AG 2,8 % und bei der Deutschen Shell Chemie GmbH 0,0 % (vgl. Grätz, zit.n. Haag/Kramer 1988, 42f.), obgleich zwischen 20 und 39 % der Beschäftigten dieser Firmen weiblichen Geschlechts sind. Wenn es so wenige »Karrierefrauen« gibt, weshalb lohnt es sich dennoch, länger über sie nachzudenken? Die Antwort: Diese zahlenmäßige Unterrepräsentanz korrespondiert widersprüchlich mit dem öffentlichen Interesse an diesen Frauen. Über diese Wenigen wird sehr viel geredet und geschrieben, neuerlich mehr als über die »Masse« der Frauen, die am Rande des Existenzminimums leben müssen. Fernseh-Talkshows zu »Frauen und Karriere«, eine Vielzahl von Ratgebern macht »Mut zum Erfolg« (vgl. z.B. Assig 1987), Frauen beraten Frauen in Geld, Kredit- und Vermögensfragen, die *taz* (21.6.91)

bringt eine Beilage zum Thema und begleitet damit die Düsseldorfer Frauenmesse »top '91 – Frauen sind Spitze« mit dem Ziel der »Förderung von Frauen für Führungspositionen«. Das Thema ist »in«: »Erfolg ist schick. Nicht, daß Frauen sich nicht schon seit geraumer Zeit, auffällig oder unauffällig, mit Leistungen in frauenunüblichen Bereichen hervorgetan hätten. Das ist nicht der Punkt. Es geht vielmehr um die sogenannte zweite Wirklichkeit, die Welt der Verwerter, die den jeweils neuesten Diskurs produzieren.« (Dormagen 1991, 19). Mode und Werbung greifen diesen Trend auf und vermarkten den neuen Typ der schönen und erfolgreichen Frau.

In der feministischen Diskussion, z. B. auf Kongressen, dominieren zwei Haltungen, wenn es um sogenannte Karrierefrauen geht: schroffe Ablehnung aufgrund eines *gefühlten Antikapitalismus* und widerständiger Verzicht. Es scheint, als würde bei der Karrierefrau sofort an Unternehmerinnen, an Kapitalistinnen oder konservative Politikerinnen wie Margret Thatcher gedacht, die zu den »Reichen unserer Gesellschaft« gehören bzw. deren Interessen vertreten. Oder es wird gemutmaßt, daß der berufliche Erfolg der Karrierefrau teuer erkaufte ist, z. B. durch Verzicht auf Familie und Kinder, auf ein befriedigendes Privatleben, – daß sie ihr ganzes Leben hingeben muß für die Berufsarbeit, insofern viel abhängiger ist als die durchschnittliche Frau. Dahinter steckt auch das Wissen, daß Frauen es schwerer haben als Männer, wenn sie etwas erreichen wollen. »Karrierefrauen« wird entsprechend Überanpassung, auch Verrat an der Masse der Frauen unterstellt. Sie stecken ihre Kraft darein, selbst an Privilegien zu partizipieren, statt sich gemeinsam mit anderen Frauen für deren Abschaffung einzusetzen. Sie sind Täterinnen in den bestehenden Herrschaftsverhältnissen, während die armen Frauen ausgebeutete Opfer sind. Diese Sichtweise ist doppelt problematisch: 1. Sie reproduziert die herrschende Ideologie, die den Erfolg individualisiert und strukturelle Unterschiede zwischen Männern und Frauen negiert. Sonja Bischoff zeigt in ihrer Untersuchung über männliche und weibliche Führungskräfte, daß es sehr wohl strukturelle geschlechtsspezifische Unterschiede gibt: Selbst in Leitungspositionen verdienen Frauen auf gleicher hierarchischer Stufe weniger als Männer, sie sind häufiger in kleineren Unternehmen beschäftigt, haben weniger Kinder, sind seltener verheiratet, stehen häufiger in einem beteiligungsmäßigen oder familiären Verhältnis zum Unternehmen (vgl. Bischoff 1990, 25 ff.). 2. Es wird erneut eine Trennungslinie gezogen zwischen Frauen als Opfer *oder* Täterinnen. Unterschlagen wird, daß sie beides zugleich sind (vgl. Haug 1980), und unbegriffen bleibt, inwieweit sie (vermutlich jeweils unterschiedlich) an der Reproduktion solcher Verhältnisse teilhaben, die die Einkommensverteilung strukturell zum Nachteil der Frauen regeln.

Die »Karrierefrau« wird abgelehnt, und sie fasziniert. Sie personifiziert die Frau mit Erfolg, Macht und Geld, d. h. jener Parameter, die in den herrschenden Verhältnissen für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben stehen. Um Letzteres, aber für *alle* Frauen, geht es auch in der Frauenbewegung. Das Ziel der allgemeinen Befreiung schließt individuelle Privilegien auf Kosten anderer aus. Durch den kollektiven Verzicht auf Erfolg und Macht ist es jedoch ebenso wenig zu erreichen, wie durch die Einflußmöglichkeiten einzelner erfolgreicher Karrierefrauen.

Feministische Ethik des Gelderwerbs?

»Für Männer bedeutet Geld Unabhängigkeit. Für Frauen gestaltet sich die Sache schwieriger. Geld ist für sie in ein schillerndes Spektrum zwischenmenschlicher Beziehungen gehüllt. ... Wenn eine Frau Geld erhielt, war es kein sachlicher, vertragsmäßiger, neutraler Akt, sondern das Geld war eingebunden in eine Fülle von Voraussetzungen, Folgen, Nebenbedeutungen, die im Bereich der sozialen Beziehungen verankert lagen« (Benard/Schlaffer 1988, 11). Wenn Frauen durch selbstverdientes Geld aus solchen unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnissen aussteigen können, bringt eigenes Geld in ausreichender Menge, so daß der Lebensunterhalt davon bestritten werden kann, tatsächlich ein Stück Freiheit. Insofern könnte frau mit Forderungen nach einem individuellen Grundeinkommen für alle der Frauenbefreiung einen Schritt näher kommen.

In einer am Profit orientierten Gesellschaft zählt nur eine Moral: die des Geldes. Warenmassen und verschwenderischer Lebensstandard in der »Ersten Welt« basieren auf der Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur insbesondere in der »Dritten Welt«. Der absolute Überfluß für wenige auf der Welt bedeutet Armut, Hunger und Tod für viele. Ekel, Abwehr, Angst und andere Gefühle, die für Frauen mit Geld verbunden sind (vgl. Benard/Schlaffer 1988, 16 f.), überhaupt die größere Distanz von Frauen zu Geld, die sie laut verschiedenster Untersuchungen auch nicht aufgeben wollen, können wir auf diesem Hintergrund auch einordnen als Ablehnung dieser Ausbeutungsordnung, die die Kehrseite des Geldhabens von wenigen ist – und zugleich trägt diese Haltung zur Reproduktion der abgelehnten Verhältnisse bei (vgl. meine Rezension zu Königswieser u.a. in diesem Heft).

In der feministischen Debatte gibt es zwei Vorschläge zum Umgang von Frauen mit Geld, die als sich ausschließende Strategien gehandelt werden: 1. die Forderung nach Gleichbehandlung von Mann und Frau. Dies setzt für unser Thema voraus, daß Frauen sich in Geldgeschäften kundig machen, daß sie Verantwortung übernehmen, sich über Geld in den bestehenden Verhältnissen erringbare Autonomie und Selbstbestimmung organisieren. Dabei handelt es sich nicht um eine Gleichstellungsstrategie, bei der die Frauen an die Männer angepaßt werden sollen, vielmehr geht es darum, »für den Einzug 'weiblichen' Denkens in unsere Gesellschaft zu werben« (Königswieser u.a. 1990, 155). 2. die Forderung auszusteigen, das Funktionieren in diesen ökonomischen Verhältnissen zu verweigern. Die Frauen müssen »sich wieder daran erinnern, daß sie ein Herz zum Fühlen, einen Kopf zum Denken und Hände und einen Körper zum Arbeiten haben ..., daß das Leben nicht aus dem Geld kommt, sondern immer nur aus dem Leben selbst.« (Annecke u.a. 1985, 18).

Beide Ansätze sind bislang nicht in »realpolitische« Forderungen übersetzt worden. Zunächst scheint es, als wäre der erste Ansatz machbar und der zweite utopisch. Forderungen nach Quotierung, nach gleichen Chancen und Pflichten für Frauen und Männer in Beruf und Familie (vgl. Busch u.a. 1988), Anerkennung der unbezahlten Hausarbeit als Arbeit – so lauten die konkreten Vorschläge. Sie alle sind um einen Bereich zentriert, der auch in der Forderung nach Ausstieg bedeutsam ist: um Arbeit. Sie ist auch das Verbindungsstück zwischen

Geld und Leben: ohne Arbeit kein Geld, ohne Arbeit kein Leben. Feministische Politik in der Perspektive von Verhältnissen ohne Ausbeutung müßte sich einsetzen für eine Gesellschaftsordnung, in der gearbeitet wird für das Leben und nicht für den Profit. Die Hoffnung, daß es die Frauen sind, von denen Impulse in diese Richtung ausgehen könnten, nährt sich aus zwei Umständen: Frauen sind erstens nicht so selbstverständlich in das sogenannte »Normalarbeitsverhältnis« eingebunden wie Männer, weil sie eben zweitens zugleich für die nicht in Form der Lohnarbeit organisierten Tätigkeiten der »Produktion des Lebens« zuständig sind.

Anmerkung

- 1 Die Ideologie der Macht der Verbraucher wird auch entlarvt durch das aktuelle »Marktgeschehen« in der ehemaligen DDR. Trotz Nachfrage verschwinden DDR-Produkte aus den Regalen der Einzelhändler. D.h., nicht nur was produziert, auch was konsumiert, ver- und gekauft wird, ist mitbestimmt von den Anbietern.

Literaturverzeichnis

- Annecke, Ute, Maria Mies, Brunhilde Sauer-Burkhardt, 1985: Noch tanzt Rumpelstilzchen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Nr. 15/16. Köln
- Assig, Dorothea, 1987: Mut gehört dazu. Informationen für Frauen, die beruflich selbständig sind oder werden wollen. Reinbek
- Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis 15/16, 1985: Geld oder Leben. Herausgegeben v. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Köln
- Benard, Cheryl und Edit Schlaffer, 1988: Frauen und Geld. In: M. Kück (Hrsg.): Der unwiderstehliche Charme des Geldes. Reinbek
- Bischoff, Sonja, 1990: Frauen zwischen Macht und Mann. Männer in der Defensive. Führungskräfte in Zeiten des Umbruchs. Reinbek
- Busch, Gabriele u.a., 1988: Den Männern die Hälfte der Familie, den Frauen mehr Chancen im Beruf. Weinheim
- Dormagen, Christel, 1991: Die Falle des Erfolgs. In: taz spezial. Sonderseiten zu *Frauen & Karriere* v. 21.6.1991
- Engelbrech, Gerhard, 1987: Zukunftsperspektiven für Mädchen und Frauen. In: Soziale Welt '87. Heft 1
- Game, Ann und Rosemary Pringle, 1983: Gender at Work. Sydney, London, Boston
- Grubitsch, Helga, 1985: Konsumarbeiterinnen und Lockvögel: Frauen in der kapitalistischen Konsumtion. In: Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis 15/16. Köln
- Haag, Barbara und Marita Kraemer, 1988: Frauen im Management – Entscheidungs- und Finanzierungsverhalten. In: M. Kück (Hrsg.): Der Unwiderstehliche Charme des Geldes. Reinbek
- Haug, Frigga, 1980: Opfer oder Täter? Über das Verhalten von Frauen. In: Das Argument 123. Berlin
- Heinrich, Gisela, 1984: Durch ihre Hände gehen Millionen. Zur Konstruktion der Konsumentin. In: Projekt Sozialistischer Feminismus (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik. Argument Sonderband 110. Berlin
- Königswieser, Roswita, Ulrike Froschauer, Barbara Klipstein, Ursula Schaub, Monika Veith, 1990: Aschenputtels Portemonnaie. Frauen und Geld. Frankfurt/M.
- Krüger, Helga, 1988: Qualifizierungsoffensive – Chance für Frauen? In: Das Argument 167. Berlin
- MEW (Marx Engels Werke) 23: Das Kapital Bd. 1
- Möller, Carola, 1991: Über das Brot, das Euch in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden. In: Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis 29. Trotz Fleiß kein Preis. Köln
- Willms-Herget, Angelika, 1985: Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt/M. und New York

Von Frauen, die auszogen, um Angst zu erforschen



F. HAUG/K. HAUSER (HG.)
DIE ANDERE ANGST

FRAUENFORMEN

Angst gehört so sehr zu den Erinnerungen, die bis in die Gegenwart hineinreichen, daß sie fast ein natürliches Befinden zu sein scheint, ständig bereit, Leib und Seele in einen Alarmzustand zu versetzen.

Angst vor der Dunkelheit, Angst vor Höhen und Tiefen, vor Geschwindigkeit. Später Angst vor Öffentlichkeit, vor Fremdheit, vor Veränderung. Angst,

vor der geflohen, Zuflucht gesucht, ein Heim gefunden wird. So begleitet Angst zweckmäßig den Frauenweg in die geschützten Räume. Der Zustand hindert, Plätze einzunehmen, die es zur Wendung bräuchte.

Das Aufschreiben von Angsterfahrungen — aus der Erinnerung an die Kindheit oder auch aktuellen — wie *Angst im Dunkeln*, *Angst, daß es heraustritt* und *Angst, aus dem Haus zu gehen*, war die Grundlage eines Frauenforschungsprojektes zum Thema Angst, das mit diesem Buch abgeschlossen und vorgestellt wird.

**Argument Sonderband
AS 184, DM 18,50**

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Kongreßberichte

»Wie im Westen, also auch auf Erden«

12. Berliner Volksuni, 17. bis 20. Mai 1991

I

Drei Tage lang also strömten mehr als 3 000 Menschen, keineswegs nur aus Deutschland West, wie vorab befürchtet, zu mehr als 100 Diskussionsveranstaltungen, um sich über gewerkschaftliche Konfliktfelder, Männermacht und Frauenohnmacht, deutsche »Abwicklungen«, neue Weltunordnung nach dem Golfkrieg und die Perspektiven der Perestrojka zu informieren, vor allem aber auszutauschen oder den west-östlichen Kommunikationsstau im Marxismus abzubauen, um nur einige der dabei behandelten Themen zu nennen.

Den Auftakt zur diesjährigen Volksuni; die erstmals in Ost-Berlin stattfand, gab die »letzte verzweifelte Hoffnung«. Die Befürchtung jedoch, daß der Name dieses hinreißend musizierenden Bläserensembles Stimmung und Atmosphäre dieses »wissenschaftlichen Volksfestes« prägen könnten, erfüllte sich nicht.

Sicher, Grund zu Freudenfesten hat die Linke gegenwärtig nicht, da die Konturen linker Politik zu verschwimmen drohen, der Kapitalismus weltweit triumphiert und weder aussichtsreiche Projekte noch gesellschaftliche Kräfte zu erkennen sind, die seinen Siegeszug aufhalten könnten.

Kapitalismus also in absehbarer Zukunft weltweit, ohne Alternativen, ohne Herausforderungen, auf die er reagieren müßte, ohne Korrektive und Einschränkungen? Wie im Westen also auch auf Erden eben? Es sieht ganz danach aus, und auch Referenten und diskutierendes Publikum, ob nun aus Ost oder West, hatten jener düsteren Vision wenig an realistischen Alternativen entgegenzusetzen. Daß dieser Triumphzug der westlichen Zivilisation der Erde nicht bekommen wird, darüber war man sich schon einig. Der naive Glaube, dem mit ausgeklügelten Programmen oder der Beschwörung attraktiver Zukunftsvisionen beizukommen, war ebenfalls kaum noch zu spüren. Zusammenbruch des Realsozialismus und Golfkrieg haben ihre Spuren auch in der Westlinken hinterlassen. Der besserwissende Wessi jedenfalls kam nicht zum Zuge.

Der Diskussion zwischen Ost- und Westlinken bekam diese gemeinsame Verunsicherung gut. Hier ging es über weite Strecken tatsächlich darum, das ganze Ausmaß der Niederlage überhaupt erst einmal wahrzunehmen, ohne vorschnell forsch-optimistische Diagnosen zwischen die eigene Befindlichkeit und die gesellschaftliche Realität zu schieben. Auf diese Weise kam trotz meist überfüllter Hörsäle insbesondere bei den weniger akademischen Themen, in denen es etwa um deutsche Identitäten oder die Beschädigung der lieb gewordenen Utopien ging, schon so etwas wie solidarische Diskussionskultur auf.

Dabei ging es weniger um Selbstdarstellung und rhetorische Brillanz, als vielmehr um Zuhören und Verstehen, konnten Selbstzweifel und Frustrationen ausgesprochen werden, ohne damit sofort die geschliffene Rede der nur auf solche Gelegenheiten lauenden Berufsinтеллекuellen auf sich zu ziehen. So konnte etwa der Bundesländer Ost ebenso auf zusammenbrechende soziale Errungenschaften verweisen, wie der Bundesländer West eingestehen konnte, in der DDR schon so etwas wie eine mögliche, wenngleich wenig verlockende Alternative zur Alt-Bundesrepublik gesehen zu haben, ohne dafür gleich Befremden, ein mitleidiges Lächeln oder die aggressive Zurückweisung der jeweils anderen Seite einstecken zu müssen.

Eine der Debatten dieser Volksuni, die in vielfältigen Varianten immer wieder geführt wurde, ging um die Aussichten und Inhalte linker Politik im vereinigten Deutschland, aber auch darüber hinaus.

Bei aller Differenzierung im Detail endeten alle diese Diskussionen doch immer wieder in der paradoxen Gewißheit, daß es zur kapitalistischen Marktwirtschaft wohl auf absehbare Zeit keine Alternative gibt, diese Marktwirtschaft jedoch zugleich eine Lösung der globalen Probleme verhindert und die Menschheit mit unverminderter Geschwindigkeit dem Abgrund entgegenführt. Diese deprimierende, wohl aber realistische Diagnose ließ denn auch wenig Spielraum für die großen Entwürfe einer ganz anderen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Konsumismus.

Und dennoch: »Der Vogel Wunschlos fliegt nicht weit.« Gerade eine Welt System gewordenen Elends und Unrechts bedarf der Träume und Utopien. So besteht für Dorothee Sölle, Theologin und Schriftstellerin aus Hamburg, die existentielle Tragik der gegenwärtigen Situation siegreicher Alternativlosigkeit des Kapitalismus denn auch darin, daß mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus scheinbar jede Hoffnung auf eine andere als die kapitalistische Gesellschaft zusammengebrochen ist. Insbesondere der Menschen in der Dritten Welt scheint nun das Recht, von einer anderen Lebensweise auch nur zu träumen, genommen. Sie sind wohl die eigentlichen Verlierer der gegenwärtigen Entwicklungen. Für sie, darin war man sich einig, würde der nunmehr allein herrschende Kapitalismus kaum in seiner demokratischen, sozialstaatlichen und damit, bei aller sozialen Ungerechtigkeit und Ungleichheit doch letztlich erträglichen Variante in Anwendung kommen.

Wohlthuend war die Abwesenheit fundamentalistischer Grundsatzdebatten, der wechselseitigen Verdächtigung oder gar Denunziation als opportunistisch, prinzipienlos oder kompromißlerisch. Ob das auf den disziplinierenden Einfluß der anwesenden Ostler zurückging, die für solche Debatten angesichts ihrer durchaus auch materiellen Nöte wohl kaum Verständnis aufgebracht hätten, sei dahingestellt.

Wolfgang Bialas (Berlin)

II

Da die Einbeziehung der Geschlechterverhältnisse in die inhaltliche und personelle Gestaltung zum Bauprinzip der Volksuni gehört, wäre zu erwarten, daß dies längst umgesetzt worden ist. Selbstverständlich ist in der Tat ein durch Inhalt, Vielfalt und Umfang gewichtiges »Frauenressort«. Frauenveranstaltungen (über die ich hier nur selektiv berichten kann) konstituieren nicht nur einen eigenen Volksuni-Bereich. Durch sie waren zugleich nahezu alle Bereiche mit feministischen Schwerpunkten besetzt. Beispielsweise reflektierten Adrienne Göhler und Christina Schenk ihre Erfahrungen als feministische Parlamentarierinnen; analysierten Eva Schäfer und Mechthild Jansen die je spezifischen Bedingungen der Frauenbewegungen der ehemaligen DDR und BRD; nahm Susanne Kappeler sich das Dispositiv der Heterosexualität als Zwangsorganisation der Geschlechter vor. Volksuni stellt also einen Rahmen dar, in dem wir uns als Subjekt Frau auf das vielfältige Allgemeine beziehen und zugleich um Strategien des Eingreifens in dieses streiten können. Angesichts deutsch-deutscher Ent(ab)wicklungen, in denen das Patriarchat im Bündnis mit der Marktwirtschaft augenscheinlich eher gestärkt wird und durch ein feministisches Ost-West-Bündnis auch bislang kaum in Bedrängnis gebracht werden konnte, stehen Frauen vor ganz neuen Anforderungen. Dies war Konsens in allen Frauenveranstaltungen, an denen ich teilgenommen habe. Um herauszufinden, wo Ansatzpunkte für gemeinsame Strategien sein könnten, bedarf es der Theoretisierung von Frauen-

erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands. Daß diesen Anspruch auch die Frauen aus der ehemaligen DDR teilen, zeigte die Veranstaltung mit Eva Maleck-Lewy und Christel Panzig (beide Mitarbeiterinnen im Zentrum Interdisziplinäre Frauenforschung, Humboldt-Universität). Es sollte um die Erarbeitung von Zukunftsstrategien aus den Erfahrungen von DDR-Frauen gehen. Maleck-Lewy referierte bekannte Daten über Erwerbsarbeit von DDR-Frauen, und Panzig berichtete sehr detailliert über Frauenarbeit in einer LPG. Während West-Frauen zumindest an den LPG-Bericht interessierte Fragen hatten, weil er die Produktionsgemeinschaft zugleich als soziales und kulturelles Zentrum deutlich machte und so Ansatzpunkte für die Analyse von Zivilgesellschaft liefern könnte, deren Existenz der ehemaligen DDR verbreitet abgesprochen wird, kritisierten die ostdeutschen Frauen selbst die rein deskriptive Ebene der Referate und klagten Analysen ein. Ermutigend für deutsch-deutsche feministische Kooperation fand ich die Veranstaltung zu Feminismus und Marxismus, die gemeinsam von Sünne Andresen und Ariane Brensell aus Berlin/W und Ulrike Diedrich aus Leipzig gestaltet worden ist. In aufeinander abgestimmten Kurzreferaten zu dem Problem »feministische Fragen an den Marxismus« skizzierten sie einen theoretischen Rahmen, in dem sie Thesen zum Zusammenhang Haus-/Erwerbsarbeit und Geschlechterverhältnissen entwickelten. Dies war eine Anordnung, in der die unterschiedlichen Ost/Westerfahrungen produktiv diskutiert werden konnten. Sehr schön fand ich generell, wie sich die Diskussionen aus den Veranstaltungen in der Cafeteria oder an all den anderen Orten, an denen wir uns zwischen den Veranstaltungen (manchmal auch statt dessen) in der gemeinsamen Sache der kulturellen Reproduktion trafen, unverbissen, z.T. geradezu lustig und fröhlich fortsetzten.

Der aus solchen Erfahrungen resultierende Glanz im Frauenblick auf die Volksuni ermattet allerdings erheblich, wenn er sich auf die Veranstaltungen insgesamt ausweitet. Charakteristisch für Volksuni waren von jeher die »großen« Podiumsveranstaltungen zu gesellschaftlichen Kernfragen mit prominenten Vertretern und (eher wenigen) Vertreterinnen linker Wissenschaft, Politik und Kultur. Diesmal waren diese Podien ausnahmslos mit Männern besetzt, und das bedeutete, daß sowohl Formen von Theorieaneignung (z.B. Ost/West-Marxismus; Gramsci) als auch alternative Politikstrategien (Probleme von Oppositionspolitik) ohne die Einbeziehung feministischer Fragestellungen oder von Ergebnissen feministischer Kultur/Politik-Kritik (unhinterfragt blieb André Bries Rede von der »Feminisierung« der Gesellschaft, von der auch die CDU spricht) diskutiert wurden.

Die Beteuerungen der Organisatoren, daß sie sich vergeblich um Teilnehmerinnen für die Podien bemüht hätten, sind auch glaubhaft. Das Nichtfinden oder Fehlen von namhaften Wissenschaftlerinnen, ist Resultat des »Funktionierens« der herrschenden Geschlechterverhältnisse. Will man diese verändern, so ist der Rückzug auf den Status quo keine gute Strategie. Der Volksunibeschuß zur Quotierung der Podien ist unverzichtbar. Wenn nötig, muß er umsetzbar gemacht werden durch die grundlegende Veränderung der Bedingungen: andere Themen, weniger bekannte Referentinnen einladen usw. Bemerkenswert auch vor diesem Hintergrund war die Veranstaltung mit Frigga Haug. Sie referierte erste Ergebnisse aus ihrem Hamburger Frauenforschungsseminar, in dem Erfahrungen von Frauen mit dem Leistungsbegriff bearbeitet werden. Motiviert war die Fragestellung durch die gegenwärtige Aktualisierung von Leistungsideologie – »Leistung muß sich wieder lohnen« – im Zusammenhang mit der Durchkapitalisierung der ehemaligen DDR zum einen; zum anderen hatte die Analyse von Kampagnen deutlich gemacht, daß die Realisierung radikaler Gleichstellungsstrategien wie die Quotierung aller gesellschaftlichen Bereiche

die Leistungsideologie als tragenden Mechanismus gesamtgesellschaftlicher Reproduktion im Kern erschüttern würde. Damit setzte sich die Frage nach der spezifisch weiblichen Aneignung des Leistungsbegriffs auf die Tagesordnung. In ersten Ergebnissen, die F. Haug vorstellte, deutet sich an, daß Frauen sich als Personen entwerfen, die nichts leisten, und so auch keinen Lohn zu beanspruchen haben. Darin steckt sowohl die Unterwerfung unter die Ideologie, daß wer etwas leistet, dafür belohnt werde, als auch der Widerstand gegen einen gesellschaftlichen Konsens von Leistung, den Frauen als fremdbestimmt wahrnehmen. Die Bearbeitung einer Männererfahrung zeigte hingegen eine ungebrochene Übersetzung der herrschenden Leistungsideologie. In provokanter Weise konnte Haug so auch die Männer in die Frauenveranstaltung einbeziehen und den Gewinn für das Erkennen gesellschaftlicher Reproduktionsmechanismen vorführen, wenn die Geschlechterverhältnisse in den Analyseprozeß einbezogen werden. Jutta Meyer-Siebert (Hannover)

Konstruktionen von Weiblichkeit

Interdisziplinärer Workshop zu Ansätzen der Frauenforschung am Lateinamerika-Institut, Berlin, 7./8. Juni 1991

Wie allgegenwärtig »Konstruktionen von Weiblichkeit« sind und wie vielfältig sie wirksam werden, zeigte bereits das breite Spektrum dieser Tagung: Auf ihre »Frauenbilder« hin befragt wurden die Praktiken internationaler Organisationen wie der Weltbank, deren Programme zur Geburtenregelung Renate Rott als »Zugriff« auf den weiblichen Körper bloßstellte, wie auch die ideologisch wirksamen Prozesse nationaler Mythenbildung, die Marily Martínez Richter an der Geschichte der Argentinierin Eva (»Evita«) Perón untersuchte. Diese wurde als »Statthalterin des Präsidenten« zur symbolischen Ehefrau der Nation, ihr »politischer Körper« diente der Verkörperung präexistenter Mythen und Frauenbilder, die sie später selbst zur abrufbaren Legende werden ließen.

Im Eröffnungsvortrag skizzierte die Lateinamerikaforscherin Jean Franco (New York) am Beispiel Mexikos die verschiedenen Strategien von Frauen, sozialen Handlungsspielraum zu gewinnen. Waren es in der Kolonialzeit vor allem Mystikerinnen und Erleuchtete (ilusas), die die vorherrschenden geschlechtsspezifischen Körperkonzepte für ihre kulturelle Kreativität nutzen konnten, so wurden nach der Unabhängigkeit die Frauen noch stärker auf die Sphäre des »Privaten« eingeschränkt, woran auch die Revolution nichts änderte. Heute aber sind Künstlerinnen der mexikanischen Moderne nicht mehr nur »Geheimtips« der Frauenbewegung, sie fungieren gar, wie unlängst bei der von Banken gesponsorten Ausstellung mexikanischer Kunst in New York die Bilder Frida Kahlos, als symbolische Trailer der neuen US/mexikanischen Freihandelszone. Die Alternative zur Privatsphäre ist dabei, so Jean Franco, allerdings nicht mehr »public, but publicity«.

Die sich angesichts solcher Vereinnahmung und Verwertung von Künstlerinnen aufdrängende Frage nach neuen Ansätzen und Gegenständen der Frauenforschung wurde in zwei – leider getrennten – Arbeitsgruppen entwickelt. Unter dem Titel »Body-Politics und Text-Körper« widmete sich die literaturwissenschaftlich orientierte AG einer neuen Art von Rezeptionsforschung: Die brasilianische Autorin Clarice Lispector etwa wurde von Ellen Spielmann einmal nicht als feministische Autorin gelesen, sondern ihr *Image*, ihr an den »Rändern« der Bücher in der publizistischen Kritik überwiegend in Photographien verbreitetes Bild beleuchtet. Der theoretischen Standortbestimmung der Feministinnen galten insbesondere die Beiträge von Susanne Klengel: »Überlegungen zum Umgang mit feministischer Literaturtheorie«

und Petra Schumm: »Feministischer Antifeminismus bei Cristina Peri-Rossi«. Klengel problematisierte die unreflektierte Übernahme feministischer Theoriemodelle aus den USA und verwies dabei auf deren unterschiedliche Voraussetzungen. Jean Franco schaltete sich in die anschließende Debatte über *Women Studies* mit dem Hinweis auf ein entscheidendes Moment für die Entwicklung der achtziger Jahre ein: Mit dem Auftreten der *Coloured Women* veränderte sich die feministische Perspektive und es wurde deutlich, daß die Geschichte der weißen nordamerikanischen Feministin eine andere ist als die der Latinas, Chicanas, Asiatinnen usw. Diese Verschiebung und Erweiterung der Fragestellung von »wer bin ich?« hin zu »wer ist die andere?« (Gayatri Spivak) hat in der hiesigen feministischen Selbstverständnisdebatte immer noch zu wenig Gewicht, wie in der Diskussion festgestellt wurde. Heutige Positionen zur Bestimmung des weiblichen Subjekts müssen die Problematik ethnischer und sozial bedingter Marginalisierung miteinbeziehen.

Unter dem Titel »Geschlechterpolitik und Entwicklung« befaßte sich die sozialwissenschaftlich ausgerichtete AG mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen unterschiedlicher Programme zur Bevölkerungspolitik. In überwiegend historisch orientierten Beiträgen wurden Beispiele für die sich infolge nationaler Modernisierungsprojekte wandelnde soziokulturelle Situation der weiblichen Bevölkerungsgruppen gegeben. Verena Radkau spürte in der Beziehung der mexikanischen Ärzte des 19. Jahrhunderts zum weiblichen Körper den Gestus der Eroberer und Kolonialherren auf – galt ihnen doch der Frauenkörper als ein für die Medizin zu entdeckender »dunkler Kontinent«. Exemplarisch zeigte Gudula Meinzolt an dem Film »Lola«, wie im mexikanischen Frauenkino eine »neue Mütterlichkeit« zwischen altem Muttermythos und neuer Unabhängigkeit Alleinerziehender inszeniert wird. Abschließend ging es um Brüche in der Rollenidentität, wie sie durch Migration und Exilerfahrung, die Regina Paetow am Beispiel in Berlin lebender Chileninnen untersuchte, entstehen. Aischa Bendiab betonte, daß in den Golfstaaten lebende Ägypterinnen ihre Migration stärker als Fundamentalisierung denn als Emanzipation erfahren, da sie durch die in den Golfstaaten vorherrschende traditionelle Segmentierung jeglicher Freiheitsgrade, die mit eigener Erwerbsarbeit und Einkommen verbunden sein könnten, beraubt werden.

Trotz der Erkenntnis, daß die Frauenforschung in mehrfacher Hinsicht quer zu den herkömmlichen Disziplin- und Gattungsgrenzen anzusiedeln ist, brachte erst die Abschlußveranstaltung Soziologinnen und Literaturwissenschaftlerinnen wieder an einen Tisch. Unter dem Titel »Mit Rassismus gegen Männerwahn?« gab Mina Agha Taherehs Analyse von Betty Mahmads Erfolgsroman und -film *Nicht ohne meine Tochter* einmal mehr Anlaß zur Diskussion. Zeigt sich hier doch gerade, daß die am »glücklichen Ende« stehende alleinerziehende Mutter zwar die Familiensaga à la Hollywood erneuern mag, eine solche gesellschaftliche Legitimation jedoch kein Ziel feministischer Forderungen sein kann. Nicht um eine Auseinandersetzung mit der Kultur des Islam geht es in Buch und Film, sondern um eine Mobilisierung von Feindbildern, die auf die zunehmenden Migrantenströme in die sog. erste Welt reagiert; die Wirkungsweise dieser vermeintlich frauenspezifischen Bearbeitung ist in ihren realen Konsequenzen eines »alltäglichen« Rassismus fatal.

Fazit: Die Frauenforschung wird sich – nicht nur in »Exotenfächern« wie der Lateinamerikanistik – mehr als bisher mit der kommerziellen Vereinnahmung »ihrer« Themen auseinandersetzen, ihren Zugriff stärker am sozialen Geschlecht, an den rassen- und klassenspezifischen Koordinaten orientieren müssen und gerade auf die ideologischen Wirkungsweisen der verschiedenen Frauenbilder ihr kritisches Augenmerk zu richten haben. Nana Badenberg, Ellen Spielmann (Berlin)

Dem Leben Zeit und Zukunft geben

Demokratie, Solidarität und Freiheit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung in der einen Welt. Internationales Zukunftsforum der IG Metall. Frankfurt/M., 6./7.Juni 1991

Der Kongreß beschloß die Feiern zum 100jährigen Bestehen der IGM. Merkwürdige Abwesenheit: Das Motto versammelt allerhand ehrenwerte Begriffe, doch einen nicht, Arbeit. Nur ikonographisch war sie präsent. Zwei riesige Fotografien umrahmten das Podium im großen Kongreßsaal des Frankfurter Sheraton. Links, in schwarz-weiß, ein Schmid am Ambos stehend, Lederschürze, Hammer in der Hand, Pfeife im Mund, den Betrachter fest im Blick. Rechts eine Gestalt in einer Art Raumanzug, einen schmalen, kahlen Gang durchquerend. Nur eine Farbfotografie konnte dieses antiseptische Weiß reproduzieren. Kein Gesicht, kein Blick, statt dessen quollen aus den Wänden faustgroße, augäpfelartige Plastikkugeln. Wie Relikte einer Vergangenheit verirrt sich zwei Gegenstände ins Bild: Der Raumanzug hatte einen grünen Aktendeckel unterm Arm und einen braunen Werkzeugkasten in der Hand. »Science Fiction mit Humor«? Wirklichkeit von heute: Das Bild eines Menschen, der um zu seinem Arbeitsplatz in der Mikro-Chip-Herstellung zu gelangen, eine Schleuse passieren muß. Eine Wirklichkeit, die nicht analysiert wurde.

Zwischen den beiden Fotografien ein Plakat mit dem Konferenz-Titel und zwei Logos, dem Zahnrad des vor hundert Jahren gegründeten *Deutschen Metallarbeiter Verbands* und der IGM-Pyramide. Es gelte eine Brücke zu schlagen zwischen Tradition und Zukunftsaufgaben, sagte *Klaus Zwickel*, 2. IGM-Vorsitzender, bei der Begrüßung. Redner von, z.T. internationalem, Rang sollten dazu beitragen. Zentrale Themen der Eröffnungsveranstaltung waren, auch in ihrem Zusammenhang, die Armut des Südens, der Reichtum des Nordens, Krieg und Frieden und die veränderten Ost-West-Beziehungen nach dem Zusammenbruch des staatsmonopolistischen Sozialismus. Angesichts der deutschen Einigung, sagte *Willy Brandt*, dürfe man nicht »Weitblick« und »Weltblick« verlieren. Armutsgefälle und globale Umweltzerstörung bei gleichzeitiger grenzenloser Kommunikation führten zu einer neuen »Völkerwanderung«. West-Europa dürfe sich nicht abschotten gegen »diese Menschen und die Produkte ihrer Arbeit«, müsse Marktbeschränkungen abbauen für industrielle wie landwirtschaftliche Produkte und Schulden erlassen, damit die »Leute in ihren Heimatländern wieder eine Hoffnung haben«. Er wiederholte den Vorschlag einer »Friedensdividende«. Die Einsparung in den Militäretats im Norden könnte jährlich 30-40 Milliarden Dollar für internationale Zwecke bringen. Brandt argumentierte für eine Ausdehnung der Kompetenzen der UNO, die im Golfkrieg lediglich eine Statisten-Rolle gehabt habe. Die Sicherung des Friedens sei nicht nur ein militärisches sondern auch ein ökologisches und bevölkerungspolitisches Problem. – In einem dramatischen Appel forderte der Schauspieler *Karl-Heinz Böhm* »jetzt, sofort, unvermittelt etwas zu tun«, den Hungertod von 7,5 Mio. Menschen in Äthiopien zu stoppen: »Politiker, die Waffenproduktion erlauben, und die Waffenproduzenten selbst sind die größten Verbrecher, die die Menschheit heute kennt«. Zuvor hatte er Gedichte von Pablo Neruda gelesen. »Sie kommen auf die Insel 1493«, wie dieses erinnerten die meisten an die mörderischen Konsequenzen der europäischen Kolonisierung Südamerikas. – *Julius Nyerere*, ehem. Staatspräsident von Tansania, warnte davor, die Spaltung der *einen Welt* zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden durch Umverteilung der Entwicklungshilfe in den Osten zu vertiefen. Notwendig sei die Änderung einer Weltwirtschaftsordnung, die 75 % der Erdbevölkerung nur 18 % des Weltjahreseinkommens übrig läßt. Statt die Nato gegen

eine angebliche Bedrohung aus der Dritten Welt umzurüsten, müsse ein »Krieg gegen die Armut« geführt werden. Demokratie im Sinne von »one man/women one vote« reiche nicht aus, erst recht da heute »one Dollar = one vote« gelte. – *Lew Kopelew* warb, gewappnet mit Zitaten von Gladstone, Marx, Dostojewski und Sacharow für eine Dreieinigkeit von Moral, Politik und Wissenschaft, die zur Lösung der Probleme heute nötig sei.

»Was können die ungarischen Sozialisten von der SPD und den Gewerkschaften lernen?« fragte *Gyla Horn*, Mitglied des ungarischen Parlaments (und zur Zeit der DDR-Revolution Innenminister) und gab vier Antworten. 1. Ohne Marktwirtschaft geht's nicht, diese aber nicht ohne die soziale Seite, wofür zusammen mit den Gewerkschaften zu sorgen sei. 2. Gewerkschaften müssen unabhängig von Regierungen sein. 3. Der ML hat nicht nur die bürgerlichen, sondern auch die »linken, die zivilgesellschaftlichen Werte« zerstört. Beide gelte es wieder zu etablieren. 4. Vergangenheitsbewältigung (!?) – Horn dachte an das »Wirtschaftswunder«, für das Mittelosteuropa keine materielle Hilfe bedürfe sondern gleichberechtigte Zusammenarbeit, Abbau von Handelsschranken und Einbaus ins europäische Sicherheitssystem.

Nachmittags wurde parallel in 3 Diskussionsforen gearbeitet. Die Themen: »Sozialstaat Europa« (mit den Hauptreferenten *Sten Andersson*, schwedischer Außenminister, *Giorgio Benvenuto*, Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsverbandes UIL, *Hans Eichel*, Ministerpräsident Hessens), »Zukunft der Gewerkschaften« (*Bruno Trentin*, Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL, *Georg Poulsen*, Vorsitzender des dänischen Metallarbeiterverbandes, *Alojz Englis*, Vorsitzender des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes KOVO) und schließlich »Soziale und ökologische Gestaltung des Marktes«. Diese Arbeitsgruppe sei im folgenden ausführlicher referiert.

Es entspricht einer Tradition der IGM, zu ihren Kongressen auch Vertreter der »anderen Seite« einzuladen. Diesmal war es *Louis R. Hughes*, Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG. Wer Hundert sei, müsse sich »fit halten«, sagte er, jung, dynamisch. Die meisten standen auf und ließen sich zuerst zu gymnastischen Übungen animieren. Die Ausgangsfrage artikuliert er so: Was kann die Automobilindustrie zur Sicherung der ökologischen Grundlagen tun? Aber es ging darum, die Notwendigkeit des Autos anthropologisch, historisch und ökonomisch zu begründen. Zuviele Autos gingen zwar zu Lasten der Umwelt, aber einen Konsens zur Abschaffung des Autos gebe es nicht, da es dem Bedürfnis der Menschen nach Mobilität entgegen komme und das konsequente Resultat der zivilisatorischen Entwicklung sei. Mobilität wurde synonym mit Automobilität. Bleibt als Perspektive, sie sozial- und umweltverträglich zu machen. »In den nächsten 15 Jahren wird sich das abgasfreie Auto auf dem Weltmarkt durchsetzen«. Doch schon heute gelte es der japanischen Konkurrenz, die eine doppelt so hohe Produktivität habe, zu trotzen. Jeder 7.Arbeitsplatz in Deutschland hängt von der Automobilindustrie ab. Ein machtvoll Argument für Sozialpartnerschaft, die jetzt eine kontinentale Dimension bekommt. »Wir alle zusammen müssen den Status von Europa sichern.« Zunächst seien neue Formen der Arbeitsgestaltung nötig, um »die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, Kunden zu befriedigen, Kosten zu senken, Arbeitszufriedenheit zu erhöhen«. Eine Betriebsvereinbarung zwischen Opel und der IG Metall ermögliche, daß Vorgesetzte und Arbeiter zusammen die Arbeitseinteilung und Kontrolle der Qualität der Arbeit, Planung der Urlaubszeiten und Pausenregelung bestimmen. Ein neues System der Entlohnung soll zusammen mit der Gruppenarbeit eingeführt werden. Das Hauptproblem aber seien die hohe Warte- und Transportzeit in der Fertigung, da nur beim

Zusammenbau ein Wertzuwachs erfolge. Hughes ließ es bei einer Andeutung: »In Europa wartet der Mensch auf das Material, in Japan wartet das Material auf den Menschen«, ohne zu verdeutlichen, daß das »just-in-time«-System weitere Abhängigkeiten erzeugt. Nötig sei eine neue industrielle Revolution, die nicht mehr, wie die erste, »die Maschine sondern den Menschen«, im Zentrum habe. Es geht um Modernisierung der Formen der Aktivierung und Führung der abhängigen Beschäftigten. Das Arbeitssubjekts wird als Resource zur Produktivkraftsteigerung entdeckt. Die pyramidenförmige Führungsstruktur müsse »umgedreht« werden (veranschaulicht es mit den Händen, mit listigem Lächeln, wohl das IGM-Logo im Hintergrund): »Wir sind alle Menschen. Unsere Führungskräfte gehen hin und fragen, wie kann ich Ihnen helfen, ihre Arbeit zu verbessern, statt zu sagen, was hast Du heute wieder falsch gemacht. Dies ist ein wesentlicher psychologischer Unterschied.« Nocheinmal wartete Hughes mit einer Überraschung auf. Er ließ über Lautsprecher *Aaron Coplands* »Fanfare to the common man« einspielen. Hughes übersetzte mit »Fanfare für den Mitarbeiter«, dem »unsere ganze Aufmerksamkeit gehört«.

Eine Inszenierung, wie man sie sich als Material für Diskurs- und Ideologietheoretiker kaum besser vorstellen kann. Am Anfang war die Einübung, am Ende die Andacht, archaische Akte, die modernste (besser postmodernste) Redeelemente einbetteten. Hughes zeigte einen »Kapitalismus mit menschlichem Anlitz«, der heute auch so viele Linke fasziniert, der in sozialer wie ökologischer Hinsicht sozusagen mit sich reden läßt, der immer einen Schritt voraus zu sein scheint – und doch nicht so weit, wie es ökologisch notwendig wäre, gehen kann.

Wo Hughes das »Ende der Konfrontation« beschwor, erinnerte *Jorge da Silva*, Vorsitzender des brasilianischen Metallarbeiterverbandes, daran, daß nahezu alles den Konzernen abgerungen werde müsse. Wenn es nach Mercedes in Brasilien ginge, gäbe es dort noch heute keinen Betriebsrat. Und noch heute werden dort Autos ohne Katalysator gebaut. Allen voran seien es die deutschen transnationalen Konzerne, die für die Zerstörung der Regenwälder verantwortlich seien. Der Norden verbraucht 10 bis 15 mal mehr natürliche Ressourcen als die Menschen in der Dritten Welt, daran erinnerte *Ernst Ulrich von Weizsäcker*, Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik. Allein in Nordrheinwestfalen gibt's mehr Autos als in ganz Afrika. »Unsere Sorte von Wohlstand ist nicht ausdehnbar«. Wir können uns eine parlamentarische Demokratie leisten, aber unsere Ökonomie ist, erst recht im globalen Maßstab, undemokratisch. Der Markt »sagt ökologisch nicht die Wahrheit«: ein Auto für 21 000 DM kostet mit allen Folgekosten 82 000 DM. Eine Lösung, der gängigen Praxis nach der Devise »Wer Raubbau betreibt, macht die Profite« Einhalt zu gebieten, sieht er in einer ökologische Steuerreform, die den Naturverbrauch besteuert.

Wolfgang Thierse, stellv. Vorsitzender der SPD, konzentrierte sein Referat ganz auf Ostdeutschland. Dort Marktverhältnisse herzustellen hieße zunächst, die Ostländer als Industriestandort zu erhalten, »eventuell unter Abstrichen bei den ökologischen Auflagen«, ansonsten drohe eine Arbeitslosenzahl von 40 bis 50 %. Er forderte Runde Tische zur Einführung der neuen Wirtschaftsstrukturen, staatliche Strukturpolitik ergänzt um »know-how von unten«, d.h. den Regionen. Die Angleichung der Lebenswirklichkeit in Ost- und Westdeutschland (geschätzter Finanzbedarf auf zehn Jahre hin: 160 Milliarden/Jahr) erfordere im Westen Verzicht auf materiellen Wohlstand für einige Zeit. Nach dem Tod der Systemalternative seien Alternativen im System gefragt. Für den Ostteil hält er ein Konzept der administrierten Märkte für nötig.

Abends, vor dem Essen, sprach *Laurent Fabius*, Präsident der französischen

Natioanversammlung. Er legte ein Bekenntnis zum Sozialismus ab, für den er eine positive und eine negative Bestimmungen nannte: a) demokratischer Sozialismus als Synthese und Vertiefung von bürgerlicher und sozialer Demokratie und b) Eindämmung der Anarchie des Marktes. Beides müsse zur Maxime der europäischen Einigung gemacht werden, deren Ziel es sein müsse, die unterschiedlichen Politikansätzen (als Hindernis nannte er nur die britischen Konservativen; die CDU geht wohl selbst als eine Art Sozialdemokratie durch), die Abweichung der Renten- und Sozialversicherung, die unterschiedlichen Lohnniveaus (Griechenland 1/3), die »Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Organisation« in der Frage der Mitbestimmung »nach oben hin« anzugleichen. Wieviel dazu noch fehlt, verdeutlichte, am nächsten Morgen, EG-Kommissarin *Vasso Papandreu*. Die Marktwirtschaft »hat die Tendenz, Macht und Wohlstand in relativ wenigen Händen zu konzentrieren.« 55 Mio. EG-Bürger lebten in Armut, 12 Mio. hätten keine Arbeit bei gleichzeitigem enormen Wirtschaftswachstum in den letzten fünf Jahren. Wirtschafts- und Währungsunion bedeute nicht automatisch Sozialunion. Der Entgrenzung des Wirtschaftsraumes entspreche keine Ausdehnung der Instrumente zur politischen Regulierung.

Wo bei anderen euphemistisch »Wirtschaftsraum« etc. stand, sprach *Daniel Dube*, Mitglied der nationalen Metallorganisation Südafrikas, von »neuen Kapitalstrategien auf kontinentaler Stufenleiter« (die Freihandelszonen der EG, im pazifischer Raum, Kanada-USA-Mexiko, Osteuropa), durch die die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit geschwächt würde. Eine globale Antwort sei nötig, aber nur schwer zu geben. Die Fehler, die in der SU zum Zusammenbruch des Sozialismus führten, seien genau zu studieren, aber: »83 % der südafrikanischen Bevölkerung leben in Armut. Kampf um die Befriedigung elementarerer Bedürfnisse: Essen, Kleidung, Wohnung, Menschenrechte, politische Rechte ... das heißt für uns Sozialismus.«

Abschließend verlas Klaus Zwickel eine Rede des erkrankten IGM-Vorsitzenden *Franz Steinkühler*. Hier wurden alle angesprochenen Punkten, um die Zielbegriffe Demokratie, Solidarität und Freiheit gruppiert, nocheinmal angetippt. Ein engagiertes Grundsatzreferat und zugleich eine Art Zusammenfassung des Kongresses. Daß sie antizipiert werden konnte, sagt etwas über dessen innovativen Gehalt. Addition von Problemfeldern und Bekenntnissen statt Analyse ihres Zusammenhangs und von Handlungsbedingungen. Also doch eher eine Geburtstagsfeier, bei der man, obzwar international, doch unter sich blieb: Gewerkschaft, Industrie, Sozialdemokratie – trotz der von Steinkühler verlangten »Öffnung für die Umwelt- für die Friedens- und die Frauenbewegung«.

Thomas Weber (Berlin)

Modernität der Historie – Prinzipien und Epochen

Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld, 21. bis 23. März 1991
Historiker, Philosophen, Literaturwissenschaftler, Wissenschaftstheoretiker diskutierten das von den Professoren *W. Küttler* (Berlin), *J. Rüsen* (Bielefeld) und *E. Schulin* (Freiburg) initiierte Vorhaben, mit einer Sequenz verschiedener Tagungen in den nächsten Jahren die Geschichte der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsdenkens erneut zu befragen. Modernität der Historie wollte J. Rüsen an drei Punkten festgemacht wissen; die Herausbildung eines Begriffs von der Geschichte als eines zeitübergreifenden inneren Zusammenhanges, die Durchsetzung methodischer Regulative in der Forschung, die Akzeptanz der Erzählung als dominanter Darstellungsform. Gesucht waren Zugriffe auf dieses schon so ausgiebig bearbeitete Feld, die aktuelle gesellschaftliche Problemlagen wie etwa den Nord-

Süd-Konflikt, die Umweltkatastrophe, die demographischen Umwälzungen nicht einfach ignorieren, die praktizierende Historiker zu provozieren im Stande sind. Gemeinsam mit *H.W. Blanke-Schweers* (Bielefeld) plädierte J. Rösen für eine Untersuchung der Historiographiegeschichte, die sich an dem in seiner Historik entwickelten Strukturmodell historischen Denkens orientiert und die Abfolge verschiedener Paradigmen innerhalb der Geschichtswissenschaft rekonstruiert. Auf die Post-histoire verweisend zog *L. Niethammer* (Essen) das unausgesprochene Ziel, gleich wieder eine, wenn auch originelle Geschichte erzählen zu wollen, in Zweifel. Post-moderne Einwände gegen die Kohärenz vergeblicher Sinnzusammenhänge ließen neue Erzählweisen – gebrochene Erzählformen – als angemessener erscheinen. Statt einer neuen Geschichte der Geschichtswissenschaft sei z.B. ein enzyklopädisches Archiv historischen Denkens, das diverse Ausgrabungen zugänglich zu machen hätte, denkbar. Und gerade weil *J. Osterhammel* (Hagen) in seinem Bericht über die Geschichte des britischen Geschichtsdenkens jeden Versuch der Systematisierung des Geschehenen stets aufs Neue ins Leere laufen ließ, wirkte sein Exkurs so überaus belebend auf die Anwesenden.

Die metaphysischen Gründe des Geschichtsdenkens kamen in den Blick, als *F. Ankersmith* (Groningen) dafür plädierte, die Gesichtspunkte für eine Untersuchung der Historiographiegeschichte neu zu bestimmen – statt in Anlehnung an die Naturwissenschaften den apriorischen Anteil von Geschichtsdenken in den Kategorien von Raum und Zeit zu fassen, sei eine neuartige Epistemologie, eine Epistemologie des Stils zu konzipieren. *I. Wagner* (McLean) folgte dieser Intention, indem sie am Beispiel Burckhardts »Die Kultur der Renaissance in Italien« vorführte, wie mit der sogenannten tropologischen Methode den Text konstituierende rhetorische Figuren, denen die Funktion der Sinnbildung zugeschrieben wird, offengelegt werden können. Auch *J. Leenhardt* (Paris) forderte eine neue Erkenntnistheorie des Geschichtsdenkens, in der die Vergangenheit nicht als Objekt des erkennenden Historiker konzipiert ist, sondern als das andere Subjekt, das ihm in seiner Zeit gegenwärtig ist und sich nur im Diskurs als zugänglich erweist. *H. Nagl-Docekal* (Wien) konstatierte aus feministischer Perspektive die Notwendigkeit, die patriarchalischen Verzerrungen der jeglichem Geschichtsdenken zugrunde liegenden anthropologischen Annahmen endlich bloßzulegen. Zur Sprache kamen des weiteren Ansätze zu einer Sozialgeschichte des historischen Denkens, zu einer Geschichte der Leiblichkeit und der Natur, das Problem nichtfachwissenschaftlich organisierten Geschichtsdenkens sowie die Mannigfaltigkeit von Bezügen zu anderen Wissenschaftsdiziplinen.

Alles in allem darf man sicherlich gespannt sein, wie es den Veranstaltern gelingen wird, aus dem dargetanen Reservoir von Sichten auf die Historie eine Rezeptur für die nächste Tagung 1992 zu kreieren.

Ralf Possekel (Berlin)

Soziologie in Deutschland und die Transformation gesellschaftlicher Systeme veranstaltet von der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland) in Abstimmung mit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und dem Berufsverband deutscher Soziologen, Leipzig, 24. bis 26. Mai 1991

Im Vorfeld wurde der Kongreß als »erster gesamtdeutscher Soziologen-Tag« gehandelt. Die Schaufensterauslage sprach dafür: Die 7.Tagung des BDS war ins Programm integriert, die drei Verbände gaben eine *Gemeinsame Erklärung zur Situation der Soziologie in den neuen Bundesländern* ab, die »Erneuerung« statt »Abwicklung« forderte. Es war nur ein brüchiger Formel-Kompromiß. Ein schwarzes

Transparent mit der Aufschrift *Soziologen-Tag* am Universitätsgebäude wußte es besser: Unter dem Titel *Erneuerung* wurde tatsächlich ein ganz anderes Stück gespielt, nämlich *Die Beerdigung der DDR-Soziologie*.

Man ging moderat zu Werk. In den Eröffnungsreden der drei Verbandsspitzen wurde die gemeinsame Erklärung hochgehalten. *Siegfried Lamnek*, Vorsitzender des BDS, operationalisierte die Lösung von der Erneuerung zur Verkaufsstrategie. Er riet der DDR-Soziologie zu einer »Image-Änderung«. Sie sei »leistungsfähig, wenn auch geknebelt gewesen«.

Hans Joas (FU Berlin) begann seinen Vortrag *Jenseits des Funktionalismus – Perspektiven einer nicht-funktionalistischen Gesellschaftstheorie* mit einer theoriepolitischen Bilanz: »Der Einsturz des Marxismus-Leninismus droht den Marxismus mit zu verschütten.« Joas stieß sich an der Wende der DDR-Soziologie zu Habermas und Luhmann. Angesichts der neuen Problematiken von Ökologie, Krieg und Zusammenbruch der sozialistischen Länder sei eher »eine Erneuerung der Gesellschaftswissenschaften auf der Grundlage einer nicht-funktionalen Handlungstheorie« geboten. Es dominierten Abgrenzungen: Diese dürfe »nicht materialistisch oder normativ« sein. Unter dem Dach dieser Theorie sei Platz für Ansätze, die sich von Max Weber, Elias, Bourdieu, Touraine und Castoriadis herleiten. Vom »Begriff der Gesellschaft« werde man sich trennen müssen, zu fragen sei vielmehr nach »Makrozusammenhängen« und »pluralen Phänomenen der Vergemeinschaftung«. In der Hauptsache aber gab es ein Schattenboxen mit dem großen Widerpart Luhmann. Der übersetzte alle Einwände gegen seinen Systemfunktionalismus in seine Theorie-sprache und beraube sie damit ihrer Kontrastwirkung. Die Systemtheorie formiere sich so zu einem »geschlossenen Wahnsystem«. Von Ökologie, Krieg und den Krisen der sozialistischen Ländern war übrigens keine Rede mehr.

Wolfgang Schluchter, der die »Abwicklung« in Leipzig besorgt, stellte sich vor als »Verteidiger der Bonner Republik in allen ihren Aspekten«. Seine Max Weber-Vorlesung trug den Titel *Entwicklung der bürgerlichen Lebensführung. Die Transformations-Problematik aus Weberscher Sicht*. Ein neuer Heiliger wurde installiert und den ostdeutschen Soziologen eingeschärft: »Für Basis und Überbau ist bei Weber kein Platz, auch in der gestreich dialektischen Fassung nicht.«

Die ostdeutsche Soziologie hatte ihren Auftritt mit dem Berliner Philosophen *Wolfgang Engler*. Er deutete die Krise der sozialistischen Länder als verfehlten Zivilisationsprozeß. Die Oktober-Revolution habe eine »Entstrukturierung der Gesellschaft« in Gang gesetzt, der alle »Selbstregulierungsinstanzen der civil society« zum Opfer fielen. Divergenzen der Gesellschaft hätten keinen sozialen Ausdruck mehr gefunden, da letztlich »alles in Stalin« zusammenlief. Für das »Terrain in Ostasien« möge dieser »sozialistische Weg in die Zivilisation« durchaus ein Fortschritt sein, in der DDR war es ein zivilisatorischer Rückschritt, in dem das »innengeleitete Individuum« verlorenging. Diese »Zivilisationslücke« zeige sich nach dem »Wegfall des Fremdwangs« in der fehlenden Selbststeuerung und Initiative der Menschen. Die ganze Palette 'neuer' Probleme im Osten, wie psychosoziale Krisen, fehlende Risiko- und Lernbereitschaft, Kriminalität und Ausländerhaß, die ja auch zum festen Bestand westlicher Zivilisation gehören, finden bei Engler ihre Erklärung als Symptome der Unterzivilisation. Der nachholende »Zivilisationsbedarf« sei zwar groß, doch wenn die »materiellen Voraussetzungen«, unterstützt durch Investitionen im Bildungssektor, geschaffen seien, werde der »strukturellen Wende« im Osten die »habituelle Wende« folgen.

Es war zu spüren, daß Englers Aufnahme von Elias' Zivilisationsbegriff in der DDR einen kritischen Impetus hatte. Als Zivilisationsforderung unter BRD-Be-

dingungen ist er in der Gefahr, orientierungslos zu werden. Ein Wandspruch in Leipzig deutet auf den Schmerzpunkt: »40 Jahre roten Sternen nachgejagt – und jetzt sollen es nur die Schlußlichter vom Golf gewesen sein?« Hinter *Zivilisation* lauerten beständig 'die gleichen Lebensverhältnisse wie im Westen' – die sind aber sehr ungleich und verlangen nach einer Begrifflichkeit, die Unterschiede machen kann. An einer Stelle sprach Engler von »Angst- und Ohnmachtsschleifen«, in die man sich jetzt versetzt fühle. Hier hätte es doch nahegelegen, nach dem 'stummen Zwang der Verhältnisse' zu fragen, der der Innenleitung der Individuen die Richtung diktiert und diejenigen aussondert, die es an habitueller Wendigkeit fehlen lassen.

Das Thema *Geld* gab den Blick frei auf die Dreistigkeiten des wissenschaftspolitischen Anschlusses. *Helmut Esser* (Köln), Mitglied des Wissenschaftsrats der DFG, berichtete über deren Schwerpunktprogramm *Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft*. Mit einer Höhe von 3,5 Mill. DM auf 2 Jahre nimmt es sich recht bescheiden aus. 12 bis 15 Projekte sollen daraus finanziert werden. Für Soziologen aus Ostdeutschland stehen die Chancen dabei schlecht. An eine Förderung der »DDR-Soziologie« ist nur »unter anderem gedacht«.

Der Frauenbeauftragen einer westdeutschen Universität wurde erklärt, daß »an eine Quotierung nicht gedacht ist«, aber ein Familien-Projekt sei wahrscheinlich. *Lothar Bossle*, bekannt als »Prof. h.csu.« und Abwickler in Dresden, warb für seine Idee, nach Jahren amerikanischen und sowjetischem Kuratels endlich »Deutsches Denken« zu fördern. Esser gab ihm lapidar Bescheid: »Stellen Sie doch einen Antrag!«

Wie gründlich die Soziologie im Osten reorganisiert wird, bekam die *Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland)* zu spüren. Ein geschlossener Beitritt zur DSG, der ihr Möglichkeiten einer organisierte Interessenartikulation belassen hätte, wurde verweigert. Die DSG besteht auf individuellen Aufnahmeanträgen. In einer Arbeitsgruppe kam man auf die überaus gemäßigte Entnazifizierung der Soziologie nach 1945 zu sprechen. *Karl- Siegbert Rehberg* (Aachen) konstatierte nüchtern: »Fremdsprachige Besatzungsmächte haben eben weniger Eingriffsmöglichkeiten als solche aus dem eigenen Land.« Soviel jedenfalls wurde von der Reorganisation der Soziologie sichtbar: Kritische Gesellschaftswissenschaften, in der ein befreiter Marxismus seinen Platz fände, werden geraume Zeit auf sich warten lassen.

Gerwin Klinger (Berlin)

Ankündigungen

Geschichte der Kollaboration in Europa (1939-1945)

Seminar Brescia, 25. und 26. Oktober 1991

Veranstalter: Stiftung Luigi Micheletti. Informationen und Anmeldung: Fondazione Biblioteca Achivio Luigi Micheletti, I-25122 Brescia, Via Cairoli 9 (0039-30-48578).

IV. Tübinger Ernst-Bloch-Tage

Tübingen, 8. bis 10. November 1991

Bisher vorgesehene Arbeitsgruppen: AG I: Utopie, Emanzipation und Sozialismus; AG II: Entmännlichung der Utopie (Vorbereitung: UfV); AG III: Demokratie und Sozialismus; AG IV: Sozialismus und Markt; AG V: Innere Veränderungen des Kapitalismus – Postfordismus oder Ende der Arbeitsgesellschaft?; AG VI: Selbstbestimmung und Menschenrechte im Mittleren Osten. Kontakt: Vorbereitungsgruppe Tübingen, Mathias Richter, Sigwartstr. 11, 7400 Tübingen (Tel. 07071-27321).

Besprechungen

Philosophie

Hund, Wulf D.: Stichwort: Arbeit. Vom Banausentum zum travail attractif. Distel Verlag, Heilbronn 1990 (III S., br., 14,80 DM)

70 Seiten Text sind von 465 Fußnoten begleitet. Das Literaturverzeichnis umfaßt 16 Seiten mit mehr als 400 Titeln. Diese äußeren Daten kennzeichnen den Wert dieses kleinen Buches, machen es geeignet als Studienbuch für Seminare über den Begriff der Arbeit. Der Autor sucht die Belegstellen auf von »der Antike bis zur Neuzeit«, von Aristoteles über Xenophon bis zur bürgerlichen Gesellschaft mit einem Ausblick in die neuere Diskussion. Innerer Leitfaden ist das Spannungsfeld zwischen »Freiheit und Notwendigkeit«. Wie kennzeichnen die einzelnen Autoren jeweils Arbeit als Qual, als Tat von Sklaven, als Behinderung des Menschseins, als Notwendigkeit und als Gegensatz zu Freiheit bis hin zur umgekehrten Kodierung – Arbeit als Selbstverwirklichung und in diesem Sinne Dimension von Freiheit? Er verfolgt das Wortfeld historisch: Werk, Schaffen, Tat (nicht Leistung) (15); er zeigt den negativen – später positiven Wortsinn im einzelnen – mal als Mühsal, später als Tugend, – als Buße –; Arbeit entschlüsselt er als ein schillerndes Spektrum sozialer Stufen und Trennungen. Arbeit tritt auf als Protestbegriff von Städtern und Bauern gegen den Adel. Arbeitende Klassen stehen gegen unnützes Gesindel (17), gegen ein Heer von Müßiggängern – die Parasiten, die Kaufleute, die Bettler etc. – Ab Luther werde Arbeit mit Armut zusammen gedacht (ebd.).

Meist gibt Hund eine knappe Skizze vom sozialökonomischen Hintergrund, auf den Arbeitsdefinitionen sich beziehen, gibt Standpunkte und Interessen an. In dieser Weise verfolgt er, wie die entgegengesetzten Kodierungen, die Arbeit im Laufe der Geschichte erfährt, jeweils ohne den sozialen Kontext auskommen und daher wie verschiedene Sprachwelten erscheinen. In einem Extra-Abschnitt werden begriffliche Definitionen in Lexika vorgeführt. Sein Fazit: »Der Begriff der Arbeit wird durch innere Äquivokation und äußere Verdoppelung bestimmt.« (24) Sein eigener Definitionsvorschlag lautet: »Arbeit als kooperative, Freiheit und Notwendigkeit vermittelnde Aneignung wie Entwicklung der Bedingungen und Möglichkeiten des menschlichen Lebens zu verstehen« (26).

Am interessantesten ist für mich der Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft, in dem früh schon (seit Bacon) das Problem der Arbeit nicht mehr durch eine gerechte Verteilung von Freiheit und Notwendigkeit zu lösen versucht werde, sondern durch die Entwicklung der Produktivkräfte. »Arbeit in diesem Sinn ist eine Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft« (45). Mit ausführlichem Zitatmaterial kommt Hund zu dem Ergebnis, daß »der Unterschied des neuzeitlichen zum antiken Arbeitsbegriff ... nicht im Verschwinden der Armut, sondern vielmehr darin (besteht), daß diese, die ehemals in einer von der des Reichtums ganz verschiedenen Begriffswelt lebte, jetzt mit ihm unter einem begrifflichen Dach vereint wird« (49). Er zeichnet nach, wie Arbeit jetzt weder als natürlicher noch göttlicher Zustand gefaßt werde, sondern als Resultat sozialer Beziehungen. Damit sei der Arbeitsbegriff zu einer soziologischen Kategorie geworden. Er kommt schließlich zu den Überlegungen von Fourier, soziale Verhältnisse zu fordern, in denen Arbeit und Selbstverwirklichung nicht als Gegensätze gelebt werden müssen, und zitiert Considerant: »Ist die Arbeit notwendig und unumgänglich, dann können die Menschen nur dann frei sein, wenn sie die Produktion so organisieren, daß die Arbeit anziehend wird.« (54)

Nach einer ausführlichen Hegel-Diskussion kommen schließlich Marx und Engels zu Wort, die Hund ohne weitere Begründung als Einheit zu betrachten vorschlägt (62), und denen er als Lob zuerkennt, sie hätten zwar »keine in allen Dimensionen begrifflich voll entfaltete Theorie der Arbeit« vorgelegt, doch liege diese »methodisch exemplifiziert in ihrem Werk vor« (ebd.). Die ausführliche Darstellung der Entwicklung des Arbeitsverständnisses in der Theoriegeschichte relativiert die Darstellungen von Marx und Engels, indem Vorläufer zu Wort kamen (insbes. Hegel, schottische Moralphilosophie, sozialistische Utopisten, Ökonomen); der eigene rote Faden, jeweils zu überprüfen, wie das Problem von Freiheit und Notwendigkeit gelöst werde, macht, daß Marx und Engels mehr als Begriffs-, denn als Befreiungstheoretiker gelesen werden müssen. Es fehlt hier die Bedeutung der Entwicklung der Produktivkräfte ebenso wie das Pathos, mit dem Marx auf praktische Befreiung drängte. So kommt Hund auch zu dem Resultat, daß es ein Manko der Marx-Engelschen Arbeit sei, den Begriff »nicht voll definiert« zu haben (92).

Es gibt auch einen Ausblick auf Diskussionen nach Marx auf den Abschied von der Arbeitsgesellschaft und feministische Kritik. Da Marx und Engels aber als schließliche Lösung des historischen Problems um Freiheit und Notwendigkeit gesehen werden, erscheinen die späteren Diskussionen nicht als kritisierbare Antworten auf neue Probleme, sondern wie spätgeborene Anhängsel mit unverständlichen Zusätzen oder liberalen Verwässerungen des schon Erreichten. Hund verweist am Ende selbst auf die Notwendigkeit, angesichts vielfältiger neuartiger Probleme auch den Arbeitsbegriff neu anzustrengen (76). Notwendig scheint mir dafür auch ein Studium der Geschichte der Arbeit selbst und ihrer Verwandlung in der heutigen Zeit.

Frigga Haug (Berlin und Hamburg)

Brunkhorst, Hauke: Theodor W. Adorno. Dialektik der Moderne. Piper Verlag, München 1990 (358 S., br., 24,80 DM)

Keine Einführung oder Monographie zu Adorno, sondern primär einen Versuch, dessen vernunftkritische und ästhetische Positionen im Rahmen der »Postmoderne«-Diskussion der Wartezeit der achtziger Jahre einzuordnen, hat Brunkhorst vorgelegt. Dabei will er Adorno vor Mißverständnissen und falschen Freunden retten, um ihn um so sicherer auf die Fahne der »Partei der Aufklärung (Habermasianer)« und ihre kantischen Motti »autonomes Subjekt« und »moralischer Universalismus« einzuschwören. Der Kampf wird dabei trotz gelegentlicher Polemik nach Bürokratenmanier geführt: der Subsumtion der Gegner nach Anklagepunkten folgen kurze, vernichtende Plädoyers. Eine richtige Verhandlung findet dann leider nicht mehr statt, so daß trotz der kenntnisreichen Darstellung die schematisierende Einordnung den eigentlichen Sachgehalt der Probleme verdeckt. Eine oft zu Heerscharen von Substantiven erstarrte Sprache und die Tendenz zum »name-dropping« (»Mit Nietzsche und Heidegger im Rücken, Foucault und Derrida zur Seite und Lacan auf der Schulter bestreitet Lyotard eben diesen Unterschied« [»Kritik« vs. »Propaganda, Agitation und Rhetorik«], 147) machen die Lektüre zusätzlich mühsam.

Gelungener als die inhaltlich wenig Neues bietende Verteidigung der Moderne à la Habermas sind das Theorie in den biographischen Kontext stellende Adorno-Kapitel »Nichtidentisches: Ein Intellektueller im Land der Mandarine« sowie der in der Einleitung sowie im Schlußkapitel »Im Kraftfeld der Widersprüche« vorgelegte Versuch, Adornos »Negative Dialektik« mit Piaget zu lesen. Ausgehend von Th. Kesselings Arbeiten zu Hegel und Piaget und seinem Konzept einer offenen, »negativen« Dialektik ohne Absolutes, die »eine progressive Lösung von Widersprüchen« und damit »eine Richtung, aber kein Telos« (284) von Entwicklung annimmt, sowie von

der logischen Unterscheidung von Identifikation und Prädikation, unternimmt Brunkhorst eine Austreibung von Adornos »Selbstmißverständnissen«: »Im Abschied vom eigenen, geschichtsphilosophischen Selbstmißverständnis kann die negative Dialektik nur gewinnen.« (28) Solcherart von aller Eschatologie befreit, und wegen der oft fehlenden »Unterscheidung der zwanglos prädikativen von der zwanghaft identifikatorischen Wiederkehr des Gleichen« (31) gerügt, wird Adornos Theorie entschärft und werden ihre wissenschaftskritischen Formulierungen zur Kritik an der »positivistischen Identifikation des Möglichen mit dem Wirklichen« (282) geglättet. Die sachlich richtige Differenzierung von Identifikation und Prädikation trivialisiert Adornos Kritik am »Identitätszwang« – analog zu Habermas' »Leistung«, den Skandal linker Vernunftkritik durch die säuberliche Trennung von kommunikativer und instrumenteller Rationalität zu »überwinden«. Folgerichtig wird dann Adornos Dialektik von rational-moralischer und impulsiver Freiheit auf Kosten letzterer – die nur noch ästhetisch und »punktualisiert« (304) in den Blick gerät – aufgelöst, und seine Rede vom »Identitätszwang« bei Subjekten auf pathologische Fälle beschränkt (316). Daß auch die »Negation der impulsiven Wünsche durch die rationale Freiheit« ein »zwanghaftes Moment« (313) enthalte, wird zwar beiläufig zugestanden, jedem Protest dagegen aber umgehend beschieden, er ziele auf eine »spekulative Illusion« (314). Die so gewonnene Realitätstüchtigkeit kritischen Denkens hat den Preis, mit der Kritik des Über-Ich auch eines der tiefsten Motive Adornos zu vergessen: »Utopie wäre die opferlose Nichtidentität des Subjekts.« Dagegen affirmiert Brunkhorst das kantische Sittengesetz als letzten Bezugspunkt. Historisch repressive Bezugnahmen auf dessen »rationale Freiheit« – etwa die Identifikation der »konkreten Sittlichkeit des preußischen Heeres« mit dem kategorischen Imperativ – seien nur möglich gewesen, da in Kants Formulierung noch ein »konkretistisches Selbstmißverständnis« (316) enthalten sei, das durch ein »Mehr an reflektierender Abstraktion« (317) zu lösen sei. Entsprechend der Ernüchterung von »Versöhnung« und »gewährter Nähe« zur »herrschaftsfreien Kommunikation« wird Adornos Beharren auf der Fülle »unverkürzter Erfahrung« und auf dem Glücksanspruch der Kreatur noch gegen den Tod zu einem abgeklärten Modus »rationaler Identität« miniert: Entzauberung durch Rationalisierung, auch in der Kritischen Theorie.

Helmut Fallschessel (Berlin)

Hager, Frithjof und Hermann Pfütze (Hrsg.): Das unerhört Moderne. Berliner Adorno-Tagung. Zu Klampen Verlag, Lüneburg 1990 (263 S., br., 26,- DM)

Die Herausgeber kritisieren nicht nur den Heroismus abstrakter Negation der Wirklichkeit, sondern betonen auch das »Lustmoment« (9) von Adornos Denken – beides ist wohl als subtile Kritik an vielen der versammelten 16 Beiträge aufzufassen, die auf Vorträge zu einer Tagung zurückgehen, die vom 2.-5. November 1989 in Berlin stattfand.

Heroisch ist etwa *Chr. Türcke* (»Praxis und Praxisverweigerung nach Adorno«), der einen Bogen vom Drogenkonsum zur Notwendigkeit der Weltrevolution schlägt, Adornos Ambivalenz, ja Erschrecken angesichts der Studentenbewegung, aber mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit eben jener radikalen Praxis verteidigt, die zugleich als einzig nicht verräterische gefordert wird. *D. Claussen* (»Fortzusetzen. Die Aktualität der Kulturindustriekritik Adornos«) klagt über die Kulturindustrie und die Verfemung ihrer Kritiker, endet jedoch ebenso hilflos mit der Forderung nach »Bildung einer Tradition« (147) dialektischer Kritik. Ins Skurrile kippt schließlich der Heroismus, wenn *D. Kamper* »Adornos Unversöhnlichkeit« im gleichnamigen Text als »Wunder« feiert: »Es funktioniert längst ohne Tatsachen und ohne

Offenbarung.« (118) Dies Simulationsmaschinchen Marke »Radikales Denken« hat aber noch Verbündete: »Ästhetik, der es noch ums Ganze zu tun ist, schafft in äußerster Anstrengung eine kleine Verrücktheit.« (122)

Das »Lustmoment« des Denkens wiederum kommt sinnlich eigentlich nur in *F. Reininghaus'* ebenso informativer wie wohlgestalteter Suite »Zur Philosophie der Musik bei Bloch und Adorno« voll zur Geltung. Mehr der sublimierten Lust eines strengen »Ableitungsmarxismus« frönend, erklärt *U. Enderwitz* (»Der Ideologiekritiker Adorno und seine Grenzen«) die Geschichte bürgerlicher Erfahrung und deren philosophischer Selbstreflexion aus »der Entfaltung und Durchsetzung des Wertgesetzes selbst« (100). Nach der Französischen Revolution sei Philosophie nicht mehr wie zuvor »Propagator der Wertform in der Rolle einer verbindlichen Erfahrungsform« (102), sondern regrediere zum Scheinwissen in Form eines »Erscheinungswissens«, das die »Expropriation gesellschaftlicher Arbeit im Interesse der Kapitalakkumulation« verschleierte – »das genau bezweckt die falsche Unmittelbarkeit oder abstrakte Konkretheit, in der die realiter als ein bloßes Durchgangsmoment fest in den kapitalen Selbstverwertungsprozeß eingebundenen Erscheinungen phänomenaliter sich vielmehr präsentieren« (103). Adornos ideologiekritische Aufklärungsarbeit ziele darauf, diese falsche Unmittelbarkeit zu entlarven. »Was diese Aufklärungsabsicht indes zunehmend in Schwierigkeiten bringt, ist die Tatsache, daß im Zuge des 20. Jahrhunderts die Erscheinungen selbst und von sich aus dazu tendieren, die Maske jener als falsch zu entlarvenden Unmittelbarkeit überhaupt abzulegen, jenen Scheincharakter, den es als solchen aufzudecken gälte, kurzerhand fallenzulassen.« (106) Es komme zu einer »sekundären Durchdringung der Erscheinungen mit der Wertform«, deren »Haupttriebfedern Rationalisierung und Reklame« (ebd.) seien – mit dem Ergebnis jener »Totalität der Verblendung, die nach Adorno Ausdruck der nachträglichen, zynisch affirmativen Vermittlung des Scheins mit eben dem ist, was ihn zum Schein macht«. Diese »reklameförmig falsche Vermitteltheit der Erscheinungen« auf der Basis des »durchschlagend ökonomischen Erfolgs der kapitalen Verwertung« (107) und des relativen Wohlstands führe dazu, daß Adornos Kritik des Verblendungszusammenhangs auf eine »Rettung der Phänomene« ziele: »Adorno ist ganz und gar ein Kind des 19. Jahrhunderts und seines emphatisch positiven Erscheinungsbegriffs« – er macht sich »als der Denker der Differenz, des Nicht-Identischen, zum Sachwalter des Zugrundegehenden« (109), statt, so muß man wohl Enderwitz verstehen, auf das Wertgesetz als Wesen und Motor neuzeitlicher Geschichte hinzuweisen. Diese »Grenze« ideologiekritischer Einsicht hindere Adorno auch daran, zu erkennen, »wie sehr die Phänomenologie« Husserls und Heideggers »mit ihrem Grundlegungsunternehmen in Wahrheit darauf aus ist, einen aktiven, theoretisch-ideologischen Beitrag zur Rettung der Grundbestimmung Wertform zu leisten« – »durch einen Rekurs auf einen tieferen, mächtigeren, seinhaltigeren Grund der Erscheinungen« –, womit sie »ihr genaues praktisch-politisches Gegenstück im Faschismus« (110) finde.

Nimmt man zu diesen Beispielen des Heroismus und der Theorielust noch die genaue, im positiven Sinn philologische Arbeit von *C. Schlüter*, der »Praxisverzicht und Kritik der Praxis« bei Adorno untersucht, so muß man diesen ganzen Band als Erinnerung begrüßen, daß es Kritische Theorie noch jenseits der neuen kommunikationstheoretischen Orthodoxie gibt.

Helmut Fallschessel (Berlin)

Schmid Noerr, Gunzelin: Das Eingedenken der Natur im Subjekt. Zur Dialektik von Vernunft und Natur in der Kritischen Theorie Horkheimers, Adornos und Marcuses. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990 (297 S., br., 59,- DM)

Über die Zerstörung und mögliche Rettung der »Umwelt« wird vielerorts nachgedacht. Die Formel vom »Eingedenken der Natur im Subjekt« erweitert demgegenüber den Gegenstandsbereich einer Reflexion über Natur beträchtlich; sie möchte die dialektische Verschlungenheit von Natur und Vernunft begreifen. Unter den Naturbegriff fällt nun nicht mehr nur die äußere Natur der »Umwelt«. Auch auf die innere Natur des Menschen wird mit ihm reflektiert, denn dessen Tätigkeit und Intellektualität tragen ebenfalls naturhafte Momente. Selbst die Vernunft, in der mancher nichts als die Sphäre autonomer geistiger Entscheidung sieht, ist nicht säuberlich von Natur zu trennen. Die »Dialektik der Aufklärung«, Schmid Noerrs Hauptbezugspunkt, diagnostiziert eine fatale Wechselwirkung: Um sich dem Naturzwang entwinden zu können, müssen die Menschen die Natur beherrschen. Dieser Gewaltakt kehrt sich aber auch gegen die derart Tätigen, denn die Art des Zugriffs erfordert ein bestimmtes Denken. Die instrumentelle Rationalität sieht die Dinge schon vorab wie zu beherrschende an. Dieser Blick ist den Menschen nicht äußerlich, sondern hat sich ihnen phylo- und ontogenetisch eingegraben. Die Pointe dieses Gedankens ist, daß sich gerade im *Gebrauch* der Vernunft – dem naiv-instrumentellen nämlich – wieder ein naturwüchsiges Moment einstellt. Der ökonomischen Planung beispielsweise sind ihre eigenen Zwecke, dies hat die Geschichte schrecklich offenbart, äußerlich; sie sind sogar kompatibel mit dem industriell betriebenen Massenmord.

Das »Eingedenken der Natur im Subjekt« fordert die Reflexion der Vernunft auf sich selbst, die Besinnung auf die eigene Verstricktheit in Natur. Erst dadurch könnte der Grund gelegt werden für eine Aneignung der Natur, die nicht auf ihre Beherrschung, sondern idealiter auf Versöhnung mit ihr zielt. Solches Umdenken unterscheidet sich vom traditionellen karitativen Zugriff auf die »Umwelt«, der nachträglich den entstandenen Schaden eindämmen will, fundamental. Das Subjekt wälzt im Eingedenken nicht die schuldhafte Verstrickung an der Naturbeherrschung von sich ab oder sucht sie zu leugnen. Vielmehr produziert es das »Entsetzen der Aufklärung über sich selbst« (61) und begreift sich und seine aufklärerischen Intentionen nicht als autonome Regungen, sondern als in Naturgeschichte befangene. Die Abschaffung des Opfers z.B. bedeutet zwar einen kulturellen Fortschritt, produziert aber mit der »Introversion des Opfers« (48), seiner Verlagerung in die Subjektstruktur also, den Effekt der Versagung unmittelbarer Triebregungen und stärkt damit eine Herrschaftsinstanz im psychischen Apparat. Dennoch dürfen die Handelnden nicht hinter die Abschaffung des Opfers zurückfallen. Das Eingedenken aber wäre zu bestimmen als »die Einsicht in die Introversion des Opfers und die Erkenntnis, wie weit das Opfer überflüssig geworden ist« (62).

Schmid Noerr, Mitherausgeber der vorbildlich edierten Schriften Horkheimers, rekapituliert zahlreiche Gedankengänge der Kritischen Theorie, die er eigenständig bewertet. So übernimmt er zwar Thennissens Rede vom »Negativismus« (42) Adornos und kritisiert die »Dialektik der Aufklärung« heftig, weil sie die Dialektik von Natur und Subjekt zu einer »abschlußhaften Metaphysik« (107) hypostasiere: »Früheres, kontingentes Unheil wird, unter der Perspektive des gegenwärtigen Übels, zur historischen Notwendigkeit stilisiert, letztlich als überzeitliches Einerlei enthistorisiert.« (108f.) Zugleich verweist er aber darauf, daß jede Vergegenwärtigung des Negativen die »Spur des Positiven« (43) verfolge und schließt: »Der Negativismus erweist sich damit als ein partieller und methodischer, nicht als ein metaphysisch-totalisierender.« (44) Noerr beharrt mit dem Begriff der Versöhnung auf einer zentralen

Position der »Dialektik der Aufklärung« und weist die »sprachpragmatische Verkürzung des Praxisbegriffs« (60), die er Albrecht Wellmer vorwirft, zurück.

Sven Kramer (Hamburg)

Buck-Morss, Susan: The Dialectics of Seeing. Walter Benjamin and the Arcades Project. The MIT Press, Cambridge/Mass., London 1989 (493 S., Ln., 88,- DM)
Puttnies, Hans und Gary Smith: Benjaminiana. Anabas Verlag, Gießen 1991 (219 S., Ln., 68,- DM)

Susan Buck-Morss, die durch Veröffentlichungen zur Frankfurter Schule bekannt ist, formuliert in der Einleitung die Absicht, in einem mimetischen Verfahren Benjamins Philosophie einer »Dialektik des Sehens« als eine Art Bilderbuch der Philosophie zu rekonstruieren. Ihr Buch ist jedoch eine überwiegend analytische Einführung in die »Passagenarbeit« (Buck-Morss weist darauf hin, daß Benjamin diesen oder den Titel »Passagen« verwendet, »Passagen-Werk« sei eine Kreation der Herausgeber). Den Schwerpunkt legt sie auf das »dialektische Bild« im Spannungsfeld von Natur und Geschichte, Warenproduktion und Phantasmagorie.

Die Autorin meint, Dialektik in einem Koordinatensystem erfassen zu können, an dessen Nullpunkt die Ware steht (*das* dialektische Bild, welches 1935 für Benjamin im Zentrum des Projekts gestanden habe). Die diesem System zugrunde liegenden Achsen seien die Hegelschen von Bewußtsein und Realität. Die Pole der Realität sind erstarrte Natur und ständig sich wandelnde Natur, die des Bewußtseins Traum und Erwachen. Jeder Punkt des Koordinatensystems beschreibe einen erscheinenden Aspekt der Ware in den Widersprüchen von »mythischer Geschichte : Fetisch/Naturgeschichte: Fossil« und »mythischer Natur : Wunschbild/geschichtliche Natur: Ruine« (211). Bei Benjamin tauchen dieses System und auch die anderen Tafeln von Buck-Morss nicht auf, wie die Autorin zugibt, wenngleich in seinen Entwürfen Schemata vorkommen. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß es in Benjamins Absicht lag, dialektisches Denken in Schaubildern vorzuführen. Auch der inflationäre Gebrauch des Begriffs »Natur« ist dem vorsichtigen Umgang Benjamins mit demselben nicht adäquat. Die Interpretation der Autorin ist (hier) bestimmt von einem Denken, welches die Passagenarbeit in eine strenge Kontinuität zum Trauerspielbuch stellt.

Buck-Morss betont, daß Benjamin keine Philosophie der Geschichte, sondern eine »Philosophie *aus* der Geschichte« (55) konstruieren wollte; historische Bilder habe er als philosophische Ideen transparent machen wollen. Bilder wie die der Passagen, der Mode, des Flaneurs, der Prostitution, diejenigen von Baudelaire etc. enthielten einen realen Kern (und utopische Momente). Dieser stehe jedoch unter dem Primat des Scheins und müsse nach Benjamins Auffassung erst herausgesprengt werden. Die Autorin wendet sich dabei gegen postmoderne Interpretationen. Wenn die Anordnung des Materials innerhalb der Kapitel der Passagenarbeit willkürlich sei, so sei es der Kernpunkt der Interpretation keineswegs: »Wie Benjamin sagte, muß eine Darstellung der Konfusion keine konfuse Darstellung sein.« (54) Das Prinzip der Montage historischer Fakten solle für sich sprechen und Schockwirkungen hervorrufen (Erwachen). Der Kern der Passagenarbeit sei, die historische Verantwortung der Menschheit deutlich zu machen. Sie wolle sowohl die sozialistische Möglichkeit einer neuen Natur als auch die Fehler, die diese in der Geschichte bisher verhindert haben, aufzeigen.

Die Autorin illustriert ihren Text (Benjamin hatte dies für die Passagenarbeit in Erwägung gezogen) mit Darstellungen aus dem 19. Jahrhundert, der Zeit Benjamins und ihrer eigenen Gegenwart. Die Referierung von Forschungsliteratur geschieht einseitig (Bürger, Jauss, Tiedemann, Habermas). Das Bemühen um verständliche

Vermittlung der komplexen Zusammenhänge schlägt an manchen Stellen in Simplifizierung um, so wenn die Autorin von Benjamins »ungläubiger Bekehrung zum Marxismus« (245) spricht oder Hitler als die »aktuelle Verkörperung« von Napoleon III. (308) bezeichnet. Probleme, die sich aus der umstrittenen Edition der Passagenarbeit ergeben, finden, wie in der Benjamin-Forschung üblich, nur verhalten Erwähnung.

Das Buch von *Puttnies* und *Smith* ist im Rahmen einer Berliner Ausstellung über Benjamin entstanden und soll einen kritischen Blick auf dessen Leben richten. Die Autoren haben zum Teil unveröffentlichte Briefe aus verschiedenen Nachlässen zusammengetragen und diese mit Bildmaterial und kleineren Ausschnitten aus der geisteswissenschaftlichen Literatur im Umfeld Benjamins montiert. Es kommen beleidigte Freunde und Kollegen zu Wort, beleuchtet wird sein kritisches Verhältnis zum Zionismus und die Zeit des Pariser Exils. Auch die langjährige Scheidungsaussinandersetzung mit seiner Frau wird durch Briefe Dora Benjamins und juristischer Dokumente bis in intime Details hinein vorgeführt.

Die Autoren möchten mit diesem Material die gewissermaßen dunklen Seiten »seines Wesens« erhellen. »Wir wollen mit den folgenden Zeugen ... gar nicht die Liturgie um ihn stören; es gibt schlechtere Heilige. Wir fragen nur nach seinem wahren Charakter.« (II) Was sie präsentieren, scheinen sie aber selbst kaum ertragen zu können; so sind sie in den ästhetisierten Kurzkommentaren sehr darum bemüht, keinen Zweifel an Benjamins »Größe« aufkommen zu lassen – allerdings mit dem Vorbehalt: »Benjamins Schriften strahlen, bevor sie stimmen, und man wird von ihrer Botschaft eher entwaffnet als überzeugt.« (95)

Der Band suggeriert, daß Probleme und Konflikte, die sich für *jeden Menschen* aus bestimmten Situationen ergeben (und die mehr oder weniger rational bewältigt werden), einen »tieferen« Sinn haben (»das Rätsel Benjamins«, 16), der zudem noch zum Verständnis von Benjamins Werk beitragen soll. Eine pointierte Kritik dieser Herangehensweise hat Benjamin am Beispiel Goethes im Wahlverwandtschaften-Aufsatz vorgelegt. Diejenigen, deren Geschäft die Konstruktion eines Benjamin-Mythos ist (ein solcher läßt sich aus allem bauen), haben gewiß ein persönliches Interesse: den »philosophischen Planeten Benjamin« (III) um *sich* kreisen zu lassen. Sic itur ad astra!

Heike Weinbach (Berlin)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Kracauer, Siegfried: *Schriften 5: Aufsätze* (3 Bde.). Hrsg. v. Inka Mülder-Bach. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (1244 S., br., 114,- DM)

In »Die Reise und der Tanz« (1925) hatte Kracauer den Veränderungen von Massenkultur und bürgerlicher Volksbewegung nachgespürt. Wo sich ehemals in den »sinnlichen Medien« des Walzers und der Française die sozialen Strukturen direkt ins individuelle Erleben vermittelten – als Einübung diffiziler Annäherungsformen innerhalb der »geltenden Bindungen« – haben Rationalisierungsschübe und der Krieg solche Funktionen der Bewegung und damit alles »Jenseitige«, das den »über das Raumzeitliche hinausgespannten Mensch(en) erfüllt«, zum Erliegen gebracht. Der »abgelöste Intellekt zeugt die Technik und erstrebt eine Rationalisierung des Lebens, die es der Technik zugeordnet sein läßt«. Reise und Tanz werden zum »Ersatz für die Sphäre«, die sich den zivilisierten Menschen verweigert – eine Flucht in neue Formen der Unbewußtheit. Das »Jenseitige« können die Menschen nur noch durch die »Veränderung ihrer Position in Raum und Zeit« erleben: »Sie möchten das

Unendliche erfahren und sind Punkte im Raum. Sie möchten zum Ewigen sich verhalten und werden verschlungen von der fließenden Zeit« (Bd.1, 289ff.). In der tayloristisch gewandelten Gesellschaft werden Reise und Tanz Ausdruck des Mangels an sozialer und politischer Handlungsfähigkeit. Kracauer selbst hätte zumindest in den frühen 20er Jahren einen solchen Bezug auf das Politische und Soziale nicht hergestellt. Im Zentrum seiner leicht metaphysischen und von Simmel geprägten frühen Aufsätze und Abhandlungen steht der Sinnverlust, oder, wie Inka Mülder-Bach es in der bislang einzigen Monographie über Kracauer ausdrückte, der Verlust »transzendenter Geborgenheit«. Mit seinen Analysen nahm Kracauer teil am zeitgenössischen Diskurs der Soziologie, die deutlich unter dem Einfluß von Tönnies' modellhafter Unterscheidung zwischen der organischen »Gemeinschaft« einerseits und der technisch-funktionalen »Gesellschaft« andererseits stand. Kracauer variierte diese Problematik in seinen philosophierenden Frühschriften. Den Zerfall religiöser Glaubenssysteme reflektierte er als Verlust sinnhafter Totalität. Auf dem Spiel stand für ihn der ganze Mensch, das integrierte Individuum. Dieses beschrieb er in einer Metapher der Zeit als »Atom in einem lediglich rational verwalteten Atomgemenge« (Bd.1, 326). In der Fragmentierung, Entfremdung und Isolation sah er die dominanten Muster der modernen Individualität.

1927 hatte Kracauer die Zeichen der Zeit erkannt: In der *Frankfurter Zeitung* schrieb er zum »Ornament der Masse« über den Kapitalismus: »Er rationalisiert nicht zuviel, sondern zu wenig. (...) Nur eine Folge der ungehemmten Machterweiterung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist: daß die dunkle Natur drohender stets aufbegehrt und die Ankunft des Menschen verhindert, der aus Vernunft ist.« (Bd.2, 63ff.) Zu dieser Zeit hatte sich Kracauer vermutlich schon intensiver mit Marx' Frühschriften und kritisch mit Lukács' *Geschichte und Klassenbewußtsein* beschäftigt. Er forderte jetzt – als Gegenkraft zur vom Menschen absehenden »Ratio des kapitalistischen Wirtschaftssystems« (Bd.2, 62) – eine verstärkte Hinwendung zu konkreten Lebenspraxen als Ausgangspunkt von Gesellschaftsanalysen. Folglich setzte er sich mit alltagskulturellen Phänomenen auseinander, wie etwa in der bissigen und lustigen »Groteske« über den Sport und dessen »phantastische Ideologie« von 1927: »Den gewöhnlichen Geist haben sie durch den Sportgeist ersetzt, der volksgesunder ist. (...) Das Liegen ist auch ein Sport. Sommers und Winters liegen sie herum, die Wiesen sind niemals frei.« Am Schluß des Aufsatzes eine Spitze gegen die »Gebildeten«: »Sie ziehen sich von dem Treiben in höhere Sphären zurück, die Kinnhaken sind ihnen zu äußerlich. Ihr Kummer ist, daß sie dort oben nicht aufgesucht werden.« (Bd.2, 16ff.)

Daneben enthält die Auswahl etliche von Kracauers beispiel- und gewissenhaften, einsichtsvollen und »rettenden« Literaturkritiken. Zur Sprache kommen Texte von Autoren so unterschiedlicher politisch-weltanschaulicher Orientierungen wie Max Weber, Ernst Troeltsch, Karl Mannheim, Ernst Jünger, Georg Lukács und anderen. Als Berliner Kulturkorrespondent der FZ beschäftigte er sich zwischen 1930 und 1933 verstärkt mit internationaler Literatur wie z.B. Ernest Hemingway. Für das bürgerliche Lesepublikum entdeckte er sowjetische Autoren wie Ilja Ehrenburg und Sergej Tretjakov. Noch vor Walter Benjamin hatte er sich wichtigen französischen Autoren gewidmet wie André Malraux und dem späteren aggressiven Antisemiten Louis-Ferdinand Céline, in dessen Erfolgsroman *Reise ans Ende der Nacht* (1932) er eine so »glückliche Verbindung« zwischen »Intellektualität und volkshafter Natürlichkeit« sah, »daß man aus ihr beinahe Hoffnung schöpfen kann für den Geist« (Bd.3, 223). Parallel dazu beschäftigte er sich mit Detektiv- und Konfektionsromanen.

Kracauers Besprechungen sind deutlich bestimmt vom möglichen Lesernutzen. Keine ausufernden oder selbstverliebten Exkursionen, sondern sprach- und gedanklich prägnante und elegante, eng am Material orientierte Meisterstücke des Genres. Mit der Emigration nach 1933 verschob sich Kracauers Produktivität weg von Kritiken hin zu Arbeiten über Historiographie und Film. Kracauer litt sehr unter den schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen des Exils. Im ersten Exiljahr schrieb er noch eine Reihe von Aufsätzen über das faschistische Deutschland für die Wochenzeitschrift *L'Europe Nouvelle*, die in der vorliegenden Edition enthalten sind. Dagegen wurde auf die Veröffentlichung vieler seiner nach 1933 entstandenen Kurzrezensionen und Referate bewusst verzichtet. Wie Inka Mülder-Bach im Nachwort schreibt, handelte es sich dabei zum Teil um reine »Brotarbeiten. Andere lesen sich wie Schreibübungen in der englischen Sprache« (Bd.3, 381). Das Schwergewicht der nun veröffentlichten Aufsätze liegt also auf den Jahren 1925 bis 1933, der Zeitraum zwischen 1934 und 1965 nimmt nur knapp 100 Seiten ein. Darunter findet sich auch Kracauers Resümee seiner langjährigen Mitarbeit in dem 1951 von Paul Lazarsfeld initiierten und von Leo Löwenthal geleiteten »Committee on International Communications Research«. Sein 1952 erschienener Text »The Challenge of Qualitative Content Analyses« war eine der ersten substantiellen, in der deutschen Kommunikationsforschung spät rezipierten Kritiken an den Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse und zugleich ein entschiedenes Plädoyer für die Weiterentwicklung qualitativer Methoden.

Zwischen dem nun veröffentlichten Band und dem Editionsbeginn der Werkauswahl liegen fast zwanzig Jahre. Diese enorme Langsamkeit, die sich auf die hierzulande kaum stattfindende Kracauer-Forschung zusätzlich blockierend ausgewirkt hat, sollte jedoch weder dem bisherigen Herausgeber Karsten Witte noch seiner Nachfolgerin Inka Mülder-Bach vorgeworfen werden. Vielleicht ist diese Verzögerung ein Zeichen der fehlenden bzw. begrenzten Popularität Kracauers in Deutschland – an den Perfektionierungsbestrebungen hinsichtlich der Kommentierung kann es gewiß nicht gelegen haben. »Demnächst«, so kündigt die Herausgeberin an, sollen die »Abhandlungen aus dem Nachlaß« sowie die hier ausgegliederten »Aufsätze zum Film« erscheinen, bei denen Vollständigkeit angestrebt wird. Im Umkreis von Kracauers 100. Geburtstag 1989 werden wieder verstärkte Forschungsanstrengungen gemacht: Das Deutsche Literaturarchiv in Marbach hat eine Ausstellung organisiert und einen interessanten Katalog herausgegeben, Thomas Levin hat eine Bibliographie der Kracauerschen Schriften veröffentlicht und zuletzt ist der Tagungsband eines »Internationalen interdisziplinären Symposions Siegfried Kracauer« erschienen.

Ulrich Schmid (Berlin)

Hauser, Susanne: Der Blick auf die Stadt. Semiotische Untersuchungen zur literarischen Wahrnehmung bis 1910. Reihe Historische Anthropologie Bd. 12. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1990 (257 S., br., 34,- DM)

Der Blick auf den Titel dieser Dissertation weckt die Vertrautheit des »déjà-vu« und macht stutzig zugleich: *Großstadt und literarische Wahrnehmung im 18. und 19. Jahrhundert* hat bereits Heinz Brüggemann in mehreren Arbeiten vorgestellt (Reinbek 1985; Frankfurt/Main 1989), die am literarischen Material die Wirkung und Umgestaltung kulturell geformter »Sichtweisen« auf die rasant wachsenden europäischen Großstädte analysieren. Für die Rekurrenz und Transformation optischer Wahrnehmungsmuster in literarischen Großstadtdarstellungen interessiert sich auch Susanne Hauser, die in Aufbau und Auswahl das bei Brüggemann verkürzend formulierte Konzept der »literarischen Wahrnehmung« stärker belehrt, als explizit deutlich

wird (28). Irritierend ist diese Formel, weil sie eine gleichsam neben anderen Wahrnehmungsweisen bestehende »literarische« Wahrnehmung von eigener Qualität unterstellt und damit einebnert, was zuallererst in seinem Verhältnis zu bestimmen ist, den Blick *auf* und das Schreiben *über* die Stadt.

Der Aufbau von Hausers Arbeit verrät eine gewisse Unschlüssigkeit bei der Ausbalancierung von Wahrnehmungstheorie, urbanem Lebensraum und Literaturgeschichte, deren jeweilige Problematik auf ganz unterschiedliche Weise eingeführt wird. Die kurze Revue wahrnehmungstheoretischer Konzepte bleibt im Referat flüchtig und in der Zusammenstellung idiosynkratisch (Elias, P. R. Gleichmann, zur Lippe, Corbin, H. M. Schmidt). Gleichwohl deutet die engagiert vorgetragene Kritik an der »Instrumentalisierung« und »Zurichtung« (29) der Sinne an, daß Hauser die Einsicht in die »Historizität des Wahrnehmens und Erfahrens« (24) auf die politische Dimension von Stadtplanung und Architektur bezogen wissen will – ein Rahmen, der in der Materialanalyse leider vernachlässigt wird. Dem ästhetischen Status der untersuchten Texte gelten die definitorischen Passagen der Einleitung, in denen Hauser die »Spezifik des literarischen Diskurses« (61) zu bestimmen versucht. Daß in umständlicher Ableitung Begriffsverwendungen verabredet, im Fortgang der Arbeit aber kaum in Gebrauch genommen werden, mag wie die häufigen Wiederholungen, Zusammenfassungen und Ankündigungen dem um Transparenz und terminologische Absicherung bemühten Duktus geschuldet sein. Präzise und übersichtlich dagegen ist der historische Abriss des europäischen Urbanisierungsprozesses seit dem Spätmittelalter, der die Einleitung nach der Gegenstandsseite der Untersuchung hin komplettiert.

Der erste Teil analysiert visuelle Muster und Motive in Großstadtdarstellungen zwischen 1700 und 1900 und stützt sich auf heterogenes Textmaterial – vorwiegend Reisebeschreibungen, autobiographische Texte und Briefe. Hier schreibt Hauser die Pionierarbeit von August Langen über die *Anschauungsformen in der deutschen Dichtung des 18. Jahrhunderts* fort, der bereits 1934 die Adaption des optischen Prinzips der »Rahmenschau« in literarischen Texten nachgewiesen hatte. Das von Langen untersuchte Verfahren der »Umrahmung« und »Stillstellung« eines Gegenstandes korrespondiert in der rationalistischen Erkenntnispsychologie des 18. Jahrhunderts dem Begriff der »Aufmerksamkeit« (89) – Indiz einer Aufwertung sinnlicher Erkenntnis, die sich in den Poetiken als Forderung einer Didaxe des visuellen Sinns niederschlug, einer »Schule des Gesichts« (Brockes, 85). Als »Regeln der richtigen Auffassung von Gegenständen« (85f.) galten der Aufklärung die Konstruktionsprinzipien der Zentralperspektive. Literarische Darstellungen leisten diese Perspektivierung durch die Einführung eines privilegierten Standorts, exemplarisch in Stifters Beschreibung des Wienpanoramas vom Turm des Stephansdoms: »Um die Stadt zu sehen, muß er sie verlassen« (108). Das von Hauser herausgearbeitete Paradoxon weist bereits auf gegenstrebigere Wahrnehmungen hin, welche die in der optischen Disposition vorausgesetzte Trennung von Beobachter und Stadtprospekt unterlaufen. Die Beschreibung eines Tableaus, die akribische Wiedergabe der Topographie, wie sie die Städtereisenden Nicolai und noch Gutzkow anstreben, weicht in der Nahsicht des Großstadtlebens dem Eindruck einer räumlichen Überwältigung. Verkehrsgewühl, Strom der Masse, unaufhörliche Bewegtheit der Eindrücke und Bilder bezeichnen als kollektive Erfahrungen die »Auflösung der Individualität« (116) und des ihr idealtypisch entgegengesetzten geometrisch-homogenen Raumes. Die Reduktion der Wahrnehmungen auf ungegenständliche Impressionen, die Hauser schon in den Stadtbeschreibungen der Romantik angedeutet sieht (134), führt in der Literatur des 19. Jahrhunderts zur Krise der perspektivischen Darstellung, zum

»Verlust der Abgrenzbarkeit von Subjekt und Objekt«, an deren Stelle sich um 1900 »eine semiologisch geprägte Auffassung des Sichtbaren« (157) durchsetze.

Diese Verschiebung belegt der zweite Teil der Arbeit mit einer en detail durchgeführten Interpretation zweier Romane, in denen der »Prozeß der Urbanisierung der Literatur« (158) soweit fortgeschritten ist, daß sie Großstadtromane im Sinne eines erzählten Gegenstandes schon nicht mehr sein können: Rilkes *Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge* (1910) und Carl Einsteins *Bebuquin oder die Dilettanten des Wunders* (1912). Einige der zuvor untersuchten Topoi treten erneut auf – die zurückgezogene Beobachterposition bei Rilke, das taghelle Kunstlicht der Bogenlampen in Einsteins *Berlin-Fragment* und in *Bebuquin*; beide jedoch überschreiten – auf entgegengesetzte Weise – die auf einen Beobachter zentrierte Perspektive, das binäre Schema des »Ich und die Stadt«. Mit dem »Rückzug aus der Stadt« (158) und der »Suche nach einem inneren Sehen« (184) antwortet Rilkes *Malte* auf die Erfahrung großstädtischer Anonymität; dem massenhaften Leben und Sterben wird ästhetisch die Imagination des »Einen«, des Märtyrers, sprachlich die Kritik an der Mehrzahlform entgegengesetzt (168). Neuer Sinn kann erst durch eine Destruktion entstehen, die mit der Anspielung auf das biblische Jerusalem als Stadtzertrümmerung artikuliert wird: »die Zeit der anderen Auslegung wird anbrechen, und es wird kein Wort auf dem anderen bleiben« (182). Einsteins *Bebuquin* hingegen sucht die Artifizialität der Großstadt noch zu steigern, indem er die dissoziierten Empfindungen, die das Idealbild eines geometrisch geordneten Wahrnehmungsraums abgelöst haben, zu einer »kubistischen Ästhetik« (191) arrangiert. Weder Gegenstände noch Personen haben feste Grenzen: »Die Gestalten«, so Einsteins Selbstkommentar, »sollten Folgen oder Aequivalente von Sprach- u. Wortgruppen sein« (200). Hausers »Blick auf die Stadt« aber vermag in beiden Romanen nur mit Mühe noch zu erkennen, um welchen Schauplatz es sich jeweils handelt – mit der Auflösung der künstlichen Perspektive ist in diesem Teil auch der referentielle Anker der Großstadthematik abhandengekommen. Was als dramaturgisches Profil der Arbeit angekündigt war, nämlich »das Aufkommen eines an der künstlichen Perspektive geschulnten Blicks und seine Destruktion« (30) nachzuvollziehen: die merkwürdig ins Leere laufende minutiöse Textarbeit führt es aus. So ist am Ende zwar weniger ein Beitrag zur »Historischen Anthropologie« der Wahrnehmung entstanden, wie der Reihentitel erwarten ließ, wohl aber eine kenntnis- und materialreiche literaturgeschichtliche Zusammenstellung von Großstadtbildern – und die Überführung ihrer Zerfallsgeschichte in Textanalyse.

Alexander Honold (Berlin)

Greenblatt, Stephen: Verhandlungen mit Shakespeare. Innenansichten der englischen Renaissance. Aus dem Amerikanischen von Robin Cackett. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1990 (176 S., br., 32,- DM).

Die Einleitung beginnt mit Greenblatts »Wunsch, mit den Toten zu sprechen« (7). Erzählt wird von seinem angeblichen Gesinnungswandel bei der Genese des Buchs, der vom Glauben an einen direkten Zugang zum »totalen Künstler« (ebd.) Shakespeare, wie ihn auch die ungenaue Übersetzung des Titels noch suggeriert, zu *Shakespearean Negotiations* (Oxford 1988) führt, zu einer Vorstellung von Literatur als Diskurs 'in Verhandlung' mit anderen sozio-kulturellen Praktiken. In Anlehnung an Foucault untersucht Greenblatt Predigten, Berichte, Traktate, Zeremonien – also Texte im weitesten Sinne; das Vermögen dieser Diskurse, Angst, Begehren oder religiöse Ehrfurcht zu erwecken und den Eindruck von Macht und Charisma zu erschaffen, nennt Greenblatt »soziale Energie« (12). Dies ist einer der Schlüsselbegriffe des Buches, wie der Untertitel *The Circulation of Social Energy in Renaissance*

England deutlich macht. Das Theater als Institution ist in der Lage, sich diese sozialen Energien anzueignen und sie so zu verändern, daß ihre ursprünglichen gesellschaftlichen Funktionen verdeckt werden. Sich auf Bourdieu beziehend, beschreibt Greenblatt diese Umwandlungen als »ideologische Anstrengungen«, mit denen eine Trennung zwischen Kunst und anderen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen werden soll. Diese Trennung, vor allem zu ökonomischen Praktiken, ist jedoch selten absolut, auch das Theater als eine »Art von Aktiengesellschaft« beteiligt sich an Tauschprozessen von Geld und anderen Formen »kulturellen Kapitals« (17). Shakespeares Dramen in ihrem historischen Kontext zu untersuchen, bedeutet daher, die Institution Theater als Funktion und Produkt dieses Zirkulationsprozesses zu sehen.

Eine solche Untersuchung, die interdisziplinär Literaturwissenschaft, Geschichte, Wirtschaft, Anthropologie, Religion und Politik verknüpft, bezeichnet Greenblatt als *cultural poetics* (»Kulturpoetik«, 11); bekannter jedoch dürfte sie unter dem ebenfalls von Greenblatt stammenden schulbildenden Namen *New Historicism* sein. Dabei mag die Verschiebung der Termini durchaus symptomatisch für den improvisiert wirkenden Umgang mit Begriffen sein: Greenblatt verzichtet auf ein großes theoretisches Modell mit einheitlicher Terminologie. In der allgemeinen Textualisierung, der Betonung der Gleichartigkeit von literarischen und nicht-literarischen Texten, ja von sozialen Bereichen wie Politik und Kunst, geht Greenblatt so weit, Renaissancefürsten und -künstler gleichzusetzen. Beide seien letztlich eine kollektive Erfindung, »weniger Schöpfer als Agent(en) des gesellschaftlichen Willens« (10). Das Prinzip der Gleichrangigkeit auf Kosten der Wahrnehmung sozialer Hierarchien ist Teil und Voraussetzung von Greenblatts Methode: Da soziale Energie in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichermaßen zirkulieren kann und diese somit alle für die Untersuchung potentiell von Interesse sind, kann an ungewöhnlichen und marginalen Stellen begonnen werden, was Greenblatt in der Struktur seiner Texte rhetorisch ausnutzt.

Ausgangspunkt der vier Kapitel, die nacheinander auf Shakespeares Historien, Komödien, Tragödien und die in der Shakespeareforschung sonst als Romanzen bezeichneten »Märchen« eingehen, ist immer eine kleine Geschichte oder ein ungewöhnliches Ereignis: der Hintergrund eines Polizeiberichts über Christopher Marlowe, die Heirat eines Hermaphroditen, illegale Exorzismen, die Predigt eines Geistlichen über die Begnadigung einer zum Tode verurteilten Frau. Die Texte, in denen diese Ereignisse festgehalten sind, werden im folgenden so gelesen, daß sie Praktiken freilegen, deren Spuren sich auch in den Dramen finden lassen. Dabei ist die Verknüpfung der Texte nicht immer eine direkte. So taucht in dem Polizeibericht im Zusammenhang mit Atheismusvorwürfen der Name eines Mannes auf, der Verfasser eines Berichts über die Kolonie Virginia ist. In diesem Kolonialbericht wiederum sieht Greenblatt dieselben Textstrategien zur Subversion und gleichzeitigen Bestätigung von Macht und Religion, wie sie auch in *Henry IV* und *Henry V* auftauchen. Die Komödien beteiligen sich an zeitgenössischen Diskursen über den Ursprung der Geschlechter, um Erregung durch Inszenierung eines transvestitischen sexuellen Spiels zu erzeugen. *King Lear* gewinnt seine Faszination dadurch, daß es einerseits auf den alten Wunsch nach einer möglichen Austreibung des Bösen eingeht, andererseits jedoch in der Person Edgars das entsprechende Ritual in Einklang mit dem herrschenden Protestantismus als bloße Theatralik entlarvt. Die Märchen schließlich, insbesondere *The Tempest*, simulieren die theatralischen Inszenierungen von königlichen Begnadigungen und eignen sich mit dem Diskurs der Staatsmacht deren Einfluß an, Angst und Erleichterung hervorzurufen. Inwieweit bloße Ähnlichkeit der beschriebenen Diskurse tatsächlich auf einem historischen Zusammenhang

beruht, wird nicht immer deutlich. Zwar ist beispielsweise der Gedanke, die Erzeugung erotischer Spannung in den Komödien interagiere mit zeitgenössischen Vorstellungen von Sexualität, durchaus einleuchtend. Eine kausale Erklärung sowohl für die Existenz spezifischer Sexualtheorien zu Beginn des 17. Jahrhunderts als auch ihre Bedeutung für Textstrategien wie witzige Wortgeplänkel, sexuelle Anspielungen, Verwechslungen der Geschlechter und Hinauszögerung der Vereinigung der Liebenden lehnt Greenblatt jedoch ab. Übrig bleibt die Analogie als Form der Verknüpfung und die Vorstellung von einem »Netzwerk von Ähnlichkeiten«, das die Grundlage für den »Transfer kultureller Praktiken« (140) bildet. Hängt damit viel von Greenblatts Präsentation der Thesen ab, so ist es schade, wenn die Übersetzung manchmal ungenau ist. Dies gilt nicht nur für den Titel; insbesondere das dritte Kapitel »Dichtung und Reibung« (im Original ein Wortspiel: »Fiction and Friction«; 66) wirkt an einigen Stellen etwas holprig. Dennoch mag der Text durchaus die Kraft haben, unterhaltend zu überzeugen – und zu zirkulieren. Astrid Franke (Berlin)

Müller, Harald (Hrsg.): DDR-Theater des Umbruchs. Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1990 (278 S., Ln., 36,- DM)

»Ja, wir dürfen so rumlaufen, wir dürfen paar Faxen machen, wir dürfen laute Musik hören, die ganz harten Schläge. Das ist keine Freiheit, ihr toleriert uns aus Angst. Ihr habt Angst vor dem, was da aufwächst. Also laßt ihr uns diese Klamotten und diese Musik. Irgendwas muß ja sein, an irgendwas müssen wir uns doch klammern, damit wir nicht ausbrechen, raus aus der Norm, die ihr selber beschissen findet«, sagt Jochen Schanotta in Georg Seidels gleichnamigem Stück, enthalten in der vorliegenden Dramenauswahl. Der Titel des Buches ist ungenau, denn der Leser weiß nach der Lektüre nicht viel mehr über das DDR-Theater des Umbruchs, jedoch einiges über Stücke diverser DDR-Dramatiker, vom Herausgeber als die »andere Dramatik« bezeichnet. Der Band enthält acht Theatertexte: Werner Buhss' Drama »Die Festung« nach Motiven des Romans »Die Tatarenwüste« von Dino Buzzati; Klaus Rohleders »Das Fest«; Georg Seidels »Jochen Schanotta«; das gemeinsam entwickelte Drama »traumhaft« der Gruppe Zinnober; Lothar Trolles »34 Sätze über eine Frau«; Jo Fabians »Die Idioten«; Bert Kosßes »Alle Bühnenknechte« und Jörg Michael Koerbls »Gorbatschow Fragment«. Andere Dramatik? Ohne Untergrundromantik könnte man von einer Dramatik sprechen, die dem Umfeld von Autoren wie Heiner Müller und Christoph Hein zuzuordnen wäre.

Der Altersunterschied der Autoren – Klaus Rohleder wurde 1935 geboren, Jo Fabian 1960 – ist fast so beträchtlich wie die sehr unterschiedlichen Schreibweisen. Alle jedoch rieben sich an einer immer absurder erscheinenden DDR-Wirklichkeit. Jochen Schanotta wirkt wie ein Nachfahre von Plenzdorfs Edgar Wibeau; nur sein Blut fließt schwerer, seine Wut im Bauch ist grimmiger, seine Hoffnungen grauer.

Alles Offizielle wurde als suspekt empfunden, der Staats- und Parteiapparat als eine Verschwörung von Idioten gesehen. Nichts ging mehr, auch kein Gespräch. Die Zertrümmerung des Alten oder der Ausbruch als einzige Möglichkeiten. Neues blieb, mußte es wohl auch, sehr vage. Jörg Michael Koerbl macht die Kluft zwischen kommunistischen Phrasen und der Wirklichkeit deutlich, wenn er John Reed auf die Frage von Michail Gorbatschow, ob er Kommunist sei, antworten läßt: »Nein. Mein Vater war Bergarbeiter.«

Durchgängig, am wenigsten bei Georg Seidel, ist eine mehr oder weniger starke Tendenz zum Absurden erkennbar. Manches Kritische erscheint heute fast pubertär. Die Ohnmacht ist das beherrschende Gefühl. Die Wirklichkeit wurde von den meisten Autoren als so unvereinbar mit echter Produktivität empfunden, das Joch des

Provinzialismus schnitt so tief ins Fleisch, die Macht der Spießer wirkte so erdrückend, daß die eigene künstlerische Analyselust oft darunter litt. Viele Spiel- und Schreibweisen des Welttheaters wurden zwar benutzt oder angewandt, nicht jedoch das sogenannte Dokumentartheater, nicht der Analytiker Brecht – und dies nicht nur aus Gründen der Zensur.

Eine Kunst mit wenig Hoffnung, aber auch ohne analytischen Blick. Schon heute ist vieles ferngerückt, fremd geworden, erscheint provinziell, am wenigsten das anscheinend konventionellste, in der DDR-Provinz spielende Drama des früh verstorbenen Georg Seidel.

Eines dürfte all den hier genannten Autoren gemeinsam sein: Der Ekel vor großen Worten, vor falschem Pathos. Was kann man aus diesen Texten für hier und heute lernen? Dramatik kann sich nicht ungestraft der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, mit den konkreten Schwierigkeiten des Lebens verweigern. Sie muß neue Formen finden, das heißt auch, auf alte aufbauen. Frust ablassen ist noch keine Literatur. Neue Dramatik muß gespielt werden, sonst verkommt nicht nur das Theater.

Achim Engelberg (Berlin)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Bernard, Jeff: Strukturen autonomer Kulturarbeit in Österreich. Bd. 1: Eine Grundlagenuntersuchung (unter Mitarbeit von Manfred G. Winter und Gloria Witthalm); Bd. 2: Stimmen der »anderen« Kultur. Österreichische Gesellschaft für Semiotik, Institut für Sozio-Semiotische Studien. Wien 1990 (524 und 636 S., br., 58,- und 73,- DM)

Die beiden Bände beruhen auf einer von 1985 bis 1988 erarbeiteten Studie, die gerade in »Zeiten sozialer, ökonomischer und weltanschaulicher Umschichtungen« der verstärkten und selbstbewußt(er)en Präsentation jener kulturellen Inhalte und Ausdrucksformen dienen soll, die, vergleichsweise randständig, sich »durch Unkonventionalität, innovatorische und experimentelle Momente, sozio-kulturelle und kritische Anliegen« auszeichnen. Das primäre Anliegen gilt dementsprechend einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit: Denn den Gefahren der Verdrängung von »autonomer« – oftmals nicht den traditionellen Normierungen bürgerlich-repräsentativer Hochkultur angepaßter und den VerwalterInnen eben dieser Normierungen zweifellos unbequemer Kulturarbeit – ist nur durch verstärkte kultur-politische Aufklärung wirksam zu begegnen. Jeff Bernards einführende Worte lesen sich gleichsam beschwörerisch: »Wenn aber Kultur unverzichtbares Lebens-Mittel ist, und kulturelle Demokratie wie auch demokratische Kultur nach wie vor kulturpolitisches (und gesellschaftspolitisches!) Anliegen unserer Gesellschaft ist, muß diese ... – als Teil oder Subkultur – unserer Gesamtkultur gerade wegen ihrer Authentizität und Basisnähe als ein unter allen Umständen fortzutradierendes und fortzuentwickelndes Lebens-Mittel gelten.« (3)

Neben dem allgemeinen Vorhaben, eine Erhebung und Sichtung der autonomen Kulturszenerie in Österreich durchzuführen, steht der Versuch einer tiefergehenden phänomenologischen Analyse, in der einzelne Elemente dieser Szenerie bzw. der verschiedenen Projekte genauer untersucht werden. So ist die »Grundlagenuntersuchung« des 1. Bandes um die systematische Entwicklung eines theoretischen Instrumentariums bzw. Interpretationskonstrukts bemüht: konsequent wird eine Art »Projektionsschirm« bzw. »Referenzrahmen« (41ff.) für eine (Sub-)Kulturtheorie entwickelt. Damit sollen einerseits auf breitester Basis mögliche überregionale

Vernetzungsversuche mitbetrieben und unterstützt werden, andererseits geht es darum, »Material für die praktisch-kulturelle und -organisatorische Arbeit sowie insbesondere auch für die kulturpolitische Diskussion und Auseinandersetzung bereitzustellen, sowohl im Sinne eines Beitrags zum Selbstfindungsprozeß der autonomen Kulturszenerie als auch als Argumentationshilfe nach außen hin« (11). Die Materialsammlung ist beeindruckend, und es gibt auch zweifellos ausreichend spannungsvolle Themenkreise, an denen sich die LeserInnen abarbeiten können: Autonomie und Anpassung, Markt bzw. Vermarktung und gesellschaftliches Publikum, staatliche Subventionierung und Abhängigkeit versus Selbstausbeutung, Hoch- und Alternativ- oder Subkultur, Kultur als Sozial- bzw. Öffentlichkeitsarbeit und Herrschaftsordnung, zeitgeistige Affirmation und radikale Negation sind Spannungsfelder, die in ihren Zusammenhängen aufgezeigt und auf ihre (potentielle Veränderungs-)Praxis hin untersucht werden. Und gerade dabei stellt sich wohl auch die methodenkritische Frage, ob das dafür entwickelte theoretische Gebäude einer »Sozio-Semiotik als (Sub-)Kulturtheorie« tatsächlich die vielfältigen, sich historisch verändernden Verhältnisse von Autonomie, Kultur und Arbeit (nicht zuletzt politisch) adäquat zu erfassen vermag.

Neben einer umfassenden Einleitung, dem Bericht über die Motive und den Grundriß der Studie wird der erste Band von Berichten über die verschiedenen Symposien, in denen sich die autonome Kulturarbeit »praktisch fokussierte« (112), der Geschichte der Vernetzung der autonomen Kulturszenerie (IG Kultur, Kulturplattform Oberösterreich, Jugendzentren und Initiativgruppen etc.), der Problematisierung von (staatlicher und privatwirtschaftlicher) Kulturförderung und »autonomer« Ökonomie sowie den Ergebnissen einer schriftlichen Umfrage unter autonomen Kulturveranstaltern und -initiativen bzw. den Tiefeninterviews mit Praktikern und Experten dieser Kulturarbeit bestimmt. Am Ende steht eine Zusammenfassung, die noch einmal die Vorgangsweise, das Erkenntnisinteresse und den wissenschaftlichen Forschungsweg schildert und als Übersicht und Perspektive gleichermaßen zu gebrauchen ist. Außer dem aktuellen Anhang »Was seither geschah« (Stand 1990) findet frau/man auch noch eine umfangreiche Bibliographie, die Auskunft über die wissenschaftliche Basisliteratur zur Forschungsarbeit gibt. Der zweite Band ist von den Praktikern autonomer Kulturarbeit in Österreich bestimmt. Motiviert durch Interviews schildern Theater-, Film- und Musikleute, Maler und Schriftsteller, Kulturverein-Betreiber oder Werkstätteninitiativen die Bedingungen und Entwicklungen ihrer Arbeit.

Der abschließende Anhang ist allerdings angetan, die Emphase des »Was es nicht alles gibt!« in aller Härte mit der Wirklichkeit in Konfrontation zu bringen: Walter Schwarzlmüllers »Beispiel für das Scheitern autonomer Kulturaktivitäten: Der Verein für aktive Kunst« (Bd. 2, 631ff.), rückt diese Vorstellungen noch einmal ins rechte Licht des Kontextes »offizieller« Kultur und Politik. Die gewaltsame Zerschlagung einer Initiative des (oftmals eben utopischen) »Anderen« durch das (reale) »Eine«: eine Serie von ungeheuerlichen Diffamierungen, Unterstellungen, Hetzjagden bis hin zu gerichtlichen Prozessen, die den persönlichen Ruin mit sich bringen. Aber auch das ist eben die Realität »autonomer« Kulturarbeit, nicht nur made in Austria.

Siegfried Kaltenecker (Wien)

Haug, Walter, und Rainer Warning (Hrsg.): Das Fest. (Poetik und Hermeneutik Bd.15). Wilhelm Fink Verlag, München 1989 (712 S., 36 Abb., br. 68,-/Ln. 98,- DM)

Der Band führt uns vom alten Ägypten bis zum Kinderfest im Bundeskanzleramt. Doch dient der historische Gesamtprospekt einem methodischen Ziel, insofern

durch gegenständliche Vielfalt und kritische Differenzierung Bewegung in festgefahrene Theoreme gebracht werden soll, deren unversöhnliche Positionen mit den Stichworten umschrieben werden können: »das Fest als affirmative Überhöhung der bestehenden Ordnung und das Fest als normensprengender Exzeß« (XV).

Goethe, dessen Bericht über das tolle Getümmel des römischen Karnevals im Revolutionsjahr 1789 gedruckt wurde, hat einige wesentliche Aspekte der Festforschung benannt: den egalitären Charakter (»Das römische Karneval ist ein Fest, das dem Volke eigentlich nicht gegeben wird, sondern das sich das Volk selbst gibt«); die Suspendierung der gewöhnlichen Regeln des Alltags für einen eng begrenzten Zeitraum; die Nähe des Festes zu Gefahr und Wahnsinn. Seine physiognomische Beobachtungen des Narrentreibens, in dessen scheinbaren Absurditäten er durchaus eigene Form und Schicklichkeit zu entdecken vermag, heben genau jene Aspekte heraus, welche erst wieder Ende der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts von Festforschern wie Johan Huizinga, Karl Kerényi oder Roger Caillois ins Spiel gebracht wurden und an die auch Odo Marquards kleine Philosophie des Festes, die den hier vorliegenden Band beschließt, halb zustimmend, halb entschärfend anknüpft.

Die Beiträge sind in acht Themenkreise geordnet, denen sich jeweils das Protokoll der Diskussionsrunden anschließt: Fest und Zeit; Das Fest als Ordnung und Exzeß; Vom höfischen Fest zum privaten Fest; Das Gegenfest und die Karnevalisierung der Literatur; Böse Feste, Feste des Bösen; Das Revolutionsfest und seine literarischen Spiegelungen; Festspiele; Fest und Alltag.

Nach Richard Wagner und Friedrich Nietzsche ist Michail M. Bachtin mit seinen Arbeiten zur karnevalesken Lachkultur der am meisten zitierte Gewährsmann des Bandes – das können wir nun getrost vergessen, wenn wir dem Nachweis von Dietz-Rüdiger Moser Glauben schenken können, daß die »Lachkultur des Mittelalters« (in: *Euphorion* 84/1990, 89-111) Erfindung und »Konstrukt« (ebd., 89) sei, das quellenmäßiger Prüfung nicht standhalte, vor allem wenn man auf Bachtins Meinung rekurriert, daß der Karneval ein Schauspiel ohne Trennung in Darsteller und Zuschauer gewesen sei. Freilich müßte sich in diesem Falle auch Goethe geirrt haben ...

Auf eine umfassende Theorie des Festes wird ausdrücklich verzichtet. Am Schluß steht die Erkenntnis, daß die Feste verstanden als Erneuerung der Ordnung durch ihre Überschreitung, für uns ein Vergangenes seien. Die Gegenwart mit ihrer fortschreitenden Einebnung von Alltag und Fest »zugunsten des alltäglichen Festes und des verfesteten Alltags« (693) sei diesem Wesen des Festes nicht günstig.

Carsten Zelle (Siegen)

Läufer, Hermann, u.a.: Der Spaß ist ein Meister aus Deutschland. Geschichte der guten Laune 1933-1990. Scherrer & Schmidt, Köln 1990 (133 S., 30 Abb., br., 18,- DM)

Lachen gilt als subversiv. »Macht, Gewalt, Autorität sprechen niemals die Sprache des Lachens«, heißt es in Michael Bachtins klassischer Studie zur mittelalterlichen Lachkultur (*Literatur und Karneval*, 1929). »Totalitäre Systeme sind auf sturen Ernst zugeschnitten und verstehen keinen Spaß« (H.-J. Gamm, *Der Flüsterwitz im Dritten Reich*, 1963). Angeregt durch Foucault, wendet sich das anonyme Autorenkollektiv (Hermann Läufer ist die Titelfigur aus dem Lenzschen *Hofmeister*) gegen die kulturkritische Repressionshypothese. Verboten läßt sich das Lachen sowenig wie die Lust und wie Essen und Verdauen; »wohl aber wird es begrenzt und kanalisiert« (7). Anhand von Materialien und Theoriefragmenten unternimmt der schmale Band erste Versuche, »den verschlungenen und verqueren Wegen nachzugehen, die jeweils

– historisch, kulturell und sozial unterschiedlich – das Lachen und die Macht miteinander verbunden haben« (ebd.).

Die Nazis betrieben eine zielbewußte »Politik der guten Laune«. Den Rundfunk bauten sie nicht nur zum Massenmedium aus; sie bauten ihn vor allem um zum Medium der *Unterhaltung*. »Weniger Hörspiele und Vorträge und mehr Musik und Unterhaltung. Allgemeine Tendenz überall: auflockern«, fordert Goebbels 1933 (41). Die Filmindustrie produziert zu 86 % Unterhaltung. Ihre wichtigste Aufgabe war »die Organisierung des öffentlichen Lachens« (ebd.). Gefordert war *herzhaftes* und *gesundes* Lachen, verpönt der »glitschige« Humor von früher. »Deutschland kann lachen – weil es lachen kann« betitelt die *Licht-Bild-Bühne* 1936 ihren Bericht über die Curt-Froelich-Klamotte »Wenn wir alle Engel wären« (Prädikat: »Staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll«). »'Lachen lernen' wird zum Auftrag der neuen Volkserziehung. Adolf Hitlers Weisung an den KdF-Organisator Dr. Ley: 'Sorgen sie mir dafür, daß das deutsche Volk wieder lachen lernt': Wer nicht mitlachte, war von der Volksgemeinschaft ausgeschlossen, war ein 'Nörgler', 'Miesmacher', 'Kritikaster', war ein Spaßverderber. 'Falsches Lachen – Satire, Karikatur, Persiflage, 'Witz von unten' – wurde streng verfolgt.« (24f.) Gute Laune dagegen ist Pflicht, erst recht, sobald sie den Deutschen zu vergehen droht. Goebbels erklärt sie zum »Kriegsartikel« und hält es für wichtig, »ihr besondere Beachtung und Pflege angedeihen zu lassen« (zit.n.35).

Die Autoren interessiert der Zusammenhang zwischen organisiertem Gelächter und organisierter Vernichtung. »Daß der Terror und die gute Laune Hand in Hand gingen, war zunächst eine Arbeitshypothese, die sich auf unsere alltägliche Erfahrung gründete. Im Verlauf unserer Arbeit wuchs jedoch unser Erstaunen immer mehr, als wir sahen, wie wichtig diese Vermischung für die Durchsetzung der NS-Herrschaft tatsächlich war.« (36) Die KZs waren die einzigen Orte, wo absolutes Lachverbot herrschte – allerdings nur für die Opfer. Ansonsten war es der hemmungslose Amüsierbetrieb par excellence. »Die Schergen der KZs sind Freigelassene. In ihrem 'teuflichen' Gelächter kommt die öffentliche Gute Laune der Nazis an ihr geheimes Ziel. Gerade die vollkommene Wehrlosigkeit der Opfer steigert die Lust, den Spaß am Quälen ... Es ist eine grausame Wiederkehr des Verdrängten. Der Faschismus, der an die Stelle der bürgerlichen Moral die völkische Disziplin gesetzt hat, muß Räume schaffen, in denen die verdrängten Energien, von denen sie lebt, sich ungezügelt freibrechen können.« (69) Diese Passagen greifen vor allem auf die *Dialektik der Aufklärung* zurück, wo Adorno und Horkheimer dem Zusammenhang zwischen dem »organisierten Gelächter« und der »antisemitischen Reaktionsweise« nachgehen (63).

Die gute Laune wird nicht nur als Machteffekt, sondern auch als ideologische Instanz begriffen, was die Autoren unnötigerweise dahingehend zuspitzen, daß der Nazismus erst zur Massenbewegung geworden sei, »weil er sich das Lachen als Produktivkraft zunutze machte« (35). »Stärker als jede Herrschaft vor ihr wußte die nationalsozialistische sich gerade jene körperlichen Energien zunutze zu machen, die aus der zivilisatorischen Enge ausbrechen wollten.« (39) Der Zusammenhang zwischen den 'ausbrechenden Energien' und der Unterstellung unter die Zwangsapparate wird in theoretischen Aussagen verdichtet – »Keine eiserne Disziplin ohne schallendes Gelächter« (35) –, aber nicht auseinandergelegt. Es fehlen ideologietheoretische Fragen nach der Konstitution faschistischer Subjekte und nach den Vergesellschaftungsmächten, die durch die »verdrängten Körperenergien« dargestellt werden. Unbeachtet bleiben deshalb populäre Maximen wie »Lachen ist gesund« oder »Lachen ist die beste Medizin«, in denen sich die Formierung des deutschen Humors

durch die Instanzen verrät, die an der gesunden Normalität der Subjekte arbeiten (vgl. W.F.Haug, *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, Argument-Sonderband 80).

Die Materialsammlung ist trotzdem anregend, auch was den Versuch angeht, die Linie zur »postmodernen Spaßgesellschaft« weiterzuziehen. Die erfolgreichsten deutschen Filme der achtziger Jahre waren Lachkanonen (an der Spitze »Otto. Der Film« mit 8,8 Mio. Besuchern, auf den Plätzen »Otto, der Neue«, »Männer«, »Ödipussi«). Die Gute-Laune-Formation von Goebbels, die den Faschismus bis in die fünfziger und sechziger Jahre überdauerte (vgl. 42), scheint aber untergegangen zu sein. »Statt heiter und beschwingt gibt man sich heute hip und fit, schräg und crazy. 'Life-Style' und 'Happy-Line', wer etwas nur zum Spaß tut, der zeigt sich abgeklärt und souverän. Spaß ist Freiheit.« (103) Die Autoren versuchen die Differenz am Übergang zur Fernsehunterhaltung festzumachen, die für ein allgemeines Schwinden der Differenz von Illusion und Realität stehen soll. »Im Faschismus sind die deutschen Körper ausgebrochen. Jetzt halten sie still.« (81) »Aber wir werden nicht nur einfach ruhiggestellt. Wirklich bedrohlich ist die Narkotisierung, weil sie nicht funktioniert. Sie kann die psychische Dynamik nicht zum Stillstand bringen. Die öffentliche Betäubung führt subjektiv zur Lust am Untergang.« (88) Mit Klaus Heinrich wird eine »Dialektik von Sucht und Sog« diagnostiziert. »Weil die bedrohlichen Erfahrungen nicht einfach verschwinden, entwickeln die Körper der Spaßgesellschaft in den Zuständen der Narkotisierung immer wieder eine 'gezielte Lust', die Gleichförmigkeit dieser Trancen gewaltsam zu durchbrechen.« (89) »In den Ritualen der Spaßgesellschaft kommt das Nicht-Verarbeitete der Geschichte von unten herauf. Es platzt im Lachen heraus. Die Spaßgesellschaft verlacht nicht mehr die Fremden, sie verlacht das, was nicht auf der Höhe der Zeit ist. Das Lachen des Zeitgeistes kommt nicht aus dem Haß auf die Schwachen, es kommt aus einem tiefen Haß auf das eigene Leben. Was stört, wird weggelacht.« (90) Hier wird aber die Befindlichkeit des passivierten Unterhaltungskonsumenten kulturkritisch derart totalisiert, daß die Differenz zum NS plötzlich wieder gleichgültig ist. »Das Lachen der Nazis ist nicht 'animalisch' oder 'primitiv'. Im Gegenteil. Dadurch, daß es immer schon mit dem eigenen Untergang rechnet, ist es höchstmodern – postmodern. Es kommt aus der tiefsten Sehnsucht, daß endlich alles ein Ende habe.« (72)

Weiter führt der Versuch, die Metamorphosen des deutschen Humors aus den veränderten Disziplinen, insbesondere in der Arbeit, zu begreifen. Der Zwang zu entfremdeter Leistung bestimmt auch die »postmodern« genannte Lachkultur. »Spaß ist die emphatische Annahme des Zwangs zum Erfolg.« (90) Am ideologischen Effekt, der »Selbstzwang zum Spaß« werden läßt (ebd.), setzen verschiedene Agenturen an. »Der Mensch, der lacht, fühlt sich vital und lebenslustig. Ein sicheres Betätigungsfeld für Werbestrategen, Politiker und Pädagogen.« (106) Und für Unternehmer. Der Schauspieler John Cleese (»Ein Fisch namens Wanda«) betreibt eine weltweit erfolgreiche Produktionsfirma für Trainingsvideos zur Motivierung von Mitarbeitern und verspricht: »Wo gelacht wird, herrscht immer auch eine kreative Atmosphäre« (zit.n.103). »Spaß ist das Schmiermittel der Anpassung. Er hält die Arbeitsteams zusammen.« (104) Für den Chef der Megerle AG (Industriefußböden) in Nürnberg gibt es »ganz bewußt keine Trennung zwischen Arbeit und Freizeit. Das Gefühl der Trennung darf gar nicht erst aufkommen.« Von der Privatnutzung von Firmenwagen, Karten für Theater, Konzert, Sauna, Fußball, Fitnesscenter über Heirats- und Kinderprämien (sic!) bis zum gemeinsamen Psychocheck auf Sri Lanka – ein Modellversuch zur Herstellung der totalen Betriebsgemeinschaft. »Nacht- und Wochenendarbeit braucht Megerle den Angestellten nicht erst abzurufen. 'Die machen das

freiwillig', sagt er. Solche aus kollektivem Taumel geborene Sorgfalt und Disziplin zeigt mittlerweile Wirkung. Mit 14 Millionen Jahresumsatz führt Megerle beim pro-Kopf-Umsatz die Branche an. Tendenz steigend.« (*Wiener* 2/90; zit.n. 105) Die Modevokabel »postmodern« lenkt von der Tatsache ab, daß die neuen Formen der zwanghaften Guten Laune von den veränderten Formen der Produktions- und Lebensweise bestimmt sind. Daß die 'befreiende' Wirkung des Lachens nicht unbedingt befreiend ist, wird jedenfalls deutlich. Thomas Laugstien (Berlin)

Erziehungswissenschaft

Büttner, Christian, und Aurel Ende (Hrsg.): Lebensräume für Kinder. Entwicklungsbedingungen für Kinder im ausgehenden 20. Jahrhundert (Jahrbuch der Kindheit, Bd.6). Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 1989 (258 S., br., 29,- DM)

Büttner, Christian, und Aurel Ende (Hrsg.): Trennungen. Kindliche Rettungsversuche bei Vernachlässigung, Scheidungen und Tod (Jahrbuch der Kindheit, Bd.7). Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 1990 (200 S., br., 29,- DM)

Im ersten Themenblock von Band 6 gibt *Schade* einen empirisch fundierten Überblick über die Lebenssituation von Kindern in Lateinamerika. Die Folgen der Armut – der Lebensstandard von über 50 Prozent der Bevölkerung unterschreitet das Existenzminimum – für die Kinder werden deutlich. Konsequenz hieraus sei ein Leiden an der mit zunehmendem Alter bewußter werdenden »unüberbrückbaren Kluft zwischen der durch die Schule vermittelten Welt und ihrer eigenen Lebenswirklichkeit« (18) sowie ein »Verzicht auf Lebensplanung« (19). Die Auswirkungen dieser »extrem pathogenen Sozialisationsbedingungen« (21) auf die Persönlichkeit von Kindern verdeutlicht *Rabanal* an Hand zweier psychoanalytischer Forschungsprojekte zur »Kindheit in Peru«. Intention beider Projekte: »die psychosoziale Perspektive in die Untersuchung der Problematik der Armut und Gewalt in Peru zu integrieren« (24). Die Anwendung von vorwiegend an Lorenzers tiefenhermeneutischem Konzept des »szenischen Verstehens« orientierten Gruppentherapien sollte ein »Studium der subjektiven Bedingungen der Armut« (24) ermöglichen. Auch *Rabanal* hebt den Verlust an Engagement als Konsequenz extremer Armut hervor. In Fallbeispielen illustriert er, daß bereits »fünf- bis siebenjährige Kinder ... die Vorstellung entwickelt haben, daß es in der Welt, in der sie leben müssen, keinen Platz für sie gibt« (32).

Im zweiten Themenblock referiert *Magdalena Schultz* ein Forschungsprojekt zur Wirkung von unterschiedlichen Medien auf das schulische Lernen. Ihr Resümee stützt die Erkenntnisse von Bettelheim (»Kinder brauchen Bücher«), wonach viele als »kindgemäß« geltende Unterrichtsmedien wegen ihres unterfordernden oder moralisierenden Charakters von Schülern abgelehnt werden. Bemerkenswert erscheint mir der Beitrag von *Leber*, der den »Zusammenhang zwischen emotionaler und kognitiver Entwicklung in der frühesten Kindheit« mittels einer Verknüpfung von Freud und Piaget herausarbeitet. Einen zentralen Verknüpfungspunkt zwischen den unterschiedlichen theoretischen Gebäuden sieht er im Narzißmusbegriff. Eine Grundthese lautet, »daß das Neugeborene seine vorgeburtliche Erlebnisweise nach der Geburt noch aufrechterhält, ja aufrechterhalten muß« (173). *Leber* hebt die Bedeutung der Eigenaktivität des Säuglings sowie des Schutzes durch eine »bemutterte Person« (Winnicott) hervor.

Wie reagieren Kinder jedoch auf unerwartete Trennungserlebnisse, insbesondere auf Scheidungen, Vernachlässigungen sowie auf den Tod von Bezugspersonen? Sind

ihre Reaktionen hierauf eher als Indikatoren für einen Erkrankungsprozeß oder aber als gesunde »Rettungsversuche« zu lesen, wie es der Untertitel des 7. Bandes des gleichen Jahrbuches vermuten läßt? Die pädagogische Relevanz dieser Thematik belegen die Herausgeber mit empirischen Daten: So hätten z.B. im Dezember 1989 Offenbacher Lehrer informell festgestellt, daß bis zu 80 Prozent der Kinder im 5. Schuljahr Scheidungswaisen waren, die vor allem durch aggressives Verhalten auffielen. Einführend stellt *Figdor* die Ergebnisse eines psychoanalytischen Forschungsprojektes zum Thema Scheidungen vor und verdeutlicht deren manifeste, aber auch latente Folgen für die Kinder. So hebt er hervor, daß sich ca. 30 bis 50 Prozent der Kinder selbst die Schuld an der Scheidung ihrer Eltern gäben. Pädagogische Aufgabe sei es, sich ein Grundverständnis für die intrapsychische Verarbeitungsdynamik dieser Trennungserlebnisse anzueignen. Den Kindern selbst müsse Gelegenheit gegeben werden »Enttäuschungen, Kränkungen, Wut angstfrei auszudrücken« (18), und den Eltern müsse geholfen werden, diese Äußerungen auch annehmen zu können. *Lindner* benennt als Defizit in der psychoanalytischen Literatur, daß dort meist nur Kinder vorgestellt werden, die *nicht* von Ehescheidungen betroffen sind. In Form von Fallbeispielen verdeutlicht er, daß Beratungen in »nichtnormalen« Familien *anders* verlaufen würden – die alten vertrauten Problemlösungen erwiesen sich oft als Sackgassen. Es sei entscheidend, ratsuchenden Familienmitgliedern »zunächst zu einem Bewußtsein dessen zu verhelfen, was fehlt oder anders ist« (53).

Welche inneren Kräfte können Kindern dabei helfen, mit Trennungen und Vernachlässigungen positiv umzugehen? *Hassenstein* skizziert in einer eindrucksvollen Fallschilderung die Biographie eines schwerdeprivierten Kindes, das über eine vorbildliche Förderung nicht erwartbare Entwicklungfortschritte machte, und verbindet diese Beschreibungen mit verhaltensbiologischen Überlegungen. Diese bleiben jedoch recht oberflächlich und allgemein. *Lieberz* referiert Ergebnisse einer empirischen Untersuchung und benennt einige Ursachen sowie entgegenwirkende Kräfte bei der Entstehung neurotisch-psychosomatischer Störungen. Sein nicht unbedingt neues Resümee: »frühgesetzte, schwere Schäden (seien) nicht mehr zu beheben« (94); spätere positive Entwicklungen vermögen deren Auswirkungen jedoch zu vermindern.

Einen Zugang zu den tiefen, dynamischen Konfliktverarbeitungsprozessen schwerer Traumatisierungen eröffnet *Rauchfleisch* in Form von fünf Beispielen psychoanalytischer Behandlungen. Wichtig ist ihm die Frage, »ob nicht mitunter Phänomene, die als ausgesprochen pathologisch imponieren, geradezu Schutzmechanismen darstellen und den betreffenden Menschen vor psychischer Dekompensation bewahren« (95). Seine Folgerung scheint mir den wertvollsten Beitrag dieses Bandes darzustellen: »In jedem psychischen Phänomen, sei es ein Abwehr- oder Kompensationsmechanismus oder ein pathologisch anmutendes Verhalten, liegt sowohl eine entwicklungshemmende als auch eine entwicklungsfördernde Dynamik« (105). Selbst die sozial auffälligsten Symptome besäßen immer auch eine positive Dimension, die es zu respektieren und in der Therapie zu entdecken und zu nutzen gilt.

In einem Kapitel zur »Geschichte der Kindheit« werden vorrangig die biographischen Brüche und Konflikte in der Biographie von E.H. Erikson herausgearbeitet und mit seiner Identitätstheorie in Verbindung gebracht. Der sich vor allem an Pädagogen richtende Band wird durch eine erfrischende Polemik von *Henze* zur gesellschaftlichen Produktion von Kinderfeindlichkeit abgeschlossen. Einige knappe Autorenangaben habe ich in diesem Band vermißt.

Roland Kaufhold (Köln)

Albert, Marie-Theres: *Der neue Mensch in Nicaragua*. Ein Blick zurück auf zehn Jahre Erziehungs- und Bildungsprozeß. Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1989 (194 S., br., 26,80 DM)

Das Besondere an der nicaraguanischen Bildungsreform sieht Albert darin, daß es ihr gelungen ist, die Projektionen für eine bessere Zukunft konsequent aus den eigenen Erfahrungen von Unterentwicklung und diktatorischer Unterdrückung und damit verbundenem Analphabetismus herzuleiten, getreu dem Programmschwerpunkt der Sandinisten, den Menschen das Lesen beizubringen. Diese Projektionen blieben auch in den Zeiten der wirtschaftlich-militärischen Strangulation durch die USA erhalten, auch als sie de facto materiell schon nicht mehr umzusetzen waren.

Eigenes Material hat Albert zum größten Teil aus der Zeit von 1981 bis 1986 zusammengetragen. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist ein Projekt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der nicaraguanischen Regierung, das den Grundschulen Materialien für den naturkundlichen und landwirtschaftlichen Bereich zur Verfügung stellen wollte. Neben der Darstellung der Widersprüche in der Konzeption und der Widrigkeiten in der Realisierung zeigt sie, daß die deutschen Projektpartner versucht haben, im Prozeß der »interkulturellen Kommunikation« vor allem *eigene* Bedürfnisse zu berücksichtigen. So wundert es nicht, daß als einziger »Erfolg« gesichert werden kann, daß überhaupt Material zur Verfügung gestellt wurde. Es wäre aber schneller und billiger gewesen, die Materialien in Nicaragua selbst zu entwickeln. Aber auch ohne »hilfreiche« Behinderungen von außen bleiben Zweifel, ob bei allen enormen Anstrengungen und modellhaften Konzepten die nicaraguanischen Bildungsbedürfnisse erfolgreich hätten befriedigt werden können. Die Beantwortung dieser Frage hat sich erst einmal verschoben: Dem Bildungswesen der Sandinisten wird soviel Sprengkraft beigemessen, daß nach den Wahlen u.a. alle Schulbücher von den US-Freunden neu geschrieben wurden. Praktische Bedeutung bekommt das Buch durch die Tatsache, daß das BMZ jetzt wieder in Nicaragua einsteigt und zu erwarten ist, daß die damals unstimmmige Konzeption zwar wieder nicht mit den Bedürfnissen der Bevölkerung übereinstimmen wird, aber sehr wohl mit denen derer, die Nicaragua in die westliche Welt eingliedern wollen.

Roland Kaufhold und Helmut Schaaf (Köln)

Rügemer, Werner (Hrsg.): *Nicaragua: Pädagogik der Überlebens-Innovation*. Anstiftung zur pädagogischen Antizipation der Einen Welt. Verlag Demokratie, Diaktetik & Ästhetik, Köln 1988 (96 S., br., 8,- DM)

Die in Zusammenarbeit mit dem damaligen Bildungsminister Nicaraguas, Fernando Cardenal, herausgegebene Veröffentlichung vereinigt zentrale Originaldokumente der Bildungspolitik Nicaraguas nach 1985. Die andernorts ausführlich dokumentierte erste Phase mit der Alphabetisierungskampagne wird bewußt ausgespart. Das umfangreiche und anspruchsvolle »nationale Dokument über die Bildung in Nicaragua im Rahmen des grundlegenden Bildungsprojekts für Lateinamerika und die Karibik« wurde vom Ministerium im Rahmen der UNESCO erarbeitet. Es enthält die Geschichte des Bildungswesens und zeigt Entwicklungsperspektiven bis zum Jahr 2000 auf. Die etwas akademische und technokratische Diktion spiegelt das Problem wider, das die Regierungen vieler Entwicklungsländer durch die Anpassung an den »internationalen Standard«, der für Mittelvergabe und den Anschluß an den internationalen Diskurs nötig erscheint, zur Abstraktion von den konkreten Bedingungen eines unterentwickelten Landes der Peripherie gezwungen werden. In den Beschlüssen der Nationalen Pädagogen-Vereinigung wird zudem ein Dilemma sichtbar: politische Unterstützung des Revolutionsprojekts und der Sparpolitik der

Regierung in den Jahren des Contra-Krieges einerseits, Vertretung der Interessen der Mitglieder andererseits. Das Dilemma wird mit pädagogisch-humanistischen Absichtserklärungen zu überdecken versucht. Empirisch angelegt und informativ ist Regine Meyers Beitrag über Konzept, Entstehung und Leistungen der »educación popular« in Nicaragua, die bisher noch nicht dargestellt wurde. Im abschließenden Beitrag »Pädagogische Antizipation der einen Welt« fassen Monika Domke, Regine Meyer und Werner Rügemer die Grundidee des Buches so zusammen: »In je unterschiedlicher Situation in Nicaragua und in der Bundesrepublik Deutschland ist das gemeinsam Interessierende die Entwicklung einer Pädagogik, die die demokratische Gestaltung von fortdauernden Umbruchsituationen durch die assoziierten Individuen zum Ziel hat«. Ein etwas hoch angesetztes und ziemlich vage formuliertes Ziel. Statt dessen wäre eine mehr rück- und vorblickende konkrete kritische Selbstreflexion am Platze.

Roland Kaufhold (Köln)

Psychologie

Schorr, Angela, und Ernst G. Wehner (Hrsg.): Psychologiegeschichte heute. Verlag für Psychologie Dr. C.J. Hogrefe; Göttingen, Toronto, Zürich, 1990 (340 S., br., 48,- DM)

Der vorliegende Sammelband soll dokumentieren, »daß die Geschichte der Psychologie heute als eigenständiges Teilgebiet psychologischer Forschung und Lehre Anerkennung findet« (V). Eingeleitet wird der Band mit der Darstellung von Konzepten und Methoden der Psychologiegeschichtsforschung (Kapitel I). *Hans Thomaes* versucht, drei innerdisziplinäre Kontroversen (Wundt/Bühler 1907/08; Eysenck/Wellek 1954; Holzkamp/Hermann 1970/71) über die Reaktionsstile der jeweiligen Kontrahenten zu klassifizieren. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Psychologen bei wissenschaftlichen Auseinandersetzungen unabhängig von der historisch-gesellschaftlichen Situation »soziale Techniken« (9) verwenden. Ärgerlich an diesem Artikel ist die Unbegründetheit von Thomaes Vorgehensweise: die Anwendung eines personalen Krisenbewältigungskonzeptes (Coping) auf wissenschaftliche Auseinandersetzungen. *Angela Schorr* bleibt mit ihrer Frage nach dem Zusammenhang zwischen biographischer Herangehensweise und geschichtlicher Wirklichkeit ebenfalls auf einer psychologisierenden Ebene. Offenbar uninteressiert an der Verknüpfung biographischer Daten mit gesellschaftlichen Verhältnissen, sieht sie die Perspektive der Biographieforschung »in der verbesserten Standardisierung biographischer Untersuchungsmethoden bei gleichzeitiger Berücksichtigung des qualitativen Charakters« (65) dieser Methoden. Vom Vertreter der »Kritischen Psychologie«, *Wolfgang Maiers*, erwartete ich mir den bei den anderen AutorInnen unterschlagenen politisierenden Aspekt der Psychologiegeschichte. Als Sympathisant dieser Richtung muß ich nach mehrmaligem Lesen bekennen, daß ich seinen Artikel nicht verstehe. Ich bestehe jedoch darauf, daß dies nicht an meiner Inkompetenz, sondern an Maiers Fähigkeit zur Komplizierung und Verdichtung von Sachverhalten liegen muß, die einfacher zu erklären wären.

Im zweiten Kapitel wird das Verhältnis der Wissenschaften Philosophie und Psychologie untersucht, wobei der »Psychologismusstreit« des Jahrhundertanfangs Thema von vier der fünf Aufsätze ist. Er wird als Auseinandersetzung von Akademikern mit unterschiedlichen Ansichten geschildert, ohne daß die Funktion des Streites oder der Personen für den disziplinären oder außerdisziplinären Zusammenhang mitgedacht wird. Daß Philosophen und Psychologen als akademische Elite in

einem gewissen Verhältnis zur »Macht« standen, wird nicht sichtbar. Diesen Aspekt der »Machtabhängigkeit« (181) von angewandter Psychologie thematisiert *Ruedi Ruesegger* in seinem Beitrag zu den »ideellen Hintergründen der Psychotechniker« (174f.) Auch alle anderen Artikel in Kapitel III (»Eine Disziplin im Aufbruch«) sind lesenswert, weil sie sozialgeschichtlich fundiert sind und den Zusammenhang zwischen Theorieproduktion und den jeweiligen gesellschaftlichen Denk-Verhältnissen explizieren: *Helmut Hildebrandt* untersucht die »Krise der Psychologie« (128f.) in den zwanziger Jahren unter dem Aspekt der Anwendung psychologischen Wissens in gesellschaftlichen Praxisfeldern und des damit verbundenen innerdisziplinären Paradigmenwechsels. Die ortsspezifischen Bedingungen für das Entstehen des Hamburger Psychologischen Instituts benennt *Paul Probst*, während *Irmingard Staeuble* die für den Jahrhundertanfang ungewöhnlich offen an gesellschaftlichen Aufgaben orientierte psychologische Praxis William Sterns und Otto Lipmanns darstellt.

»Das Dritte Reich und seine Wirkungen« ist das vierte Kapitel überschrieben und zeigt mit der Verwendung des Nazi-Begriffes an, wie wenig sorgfältig die Herausgeber mit der Geschichte umgehen. Sehr spannend finde ich darin die Auseinandersetzung zwischen *Werner Traxel* und *Ulfried Geuter*: Traxel zweifelt Geuters Thesen vom »Vorankommen und Erfolg« (217) der Psychologie im deutschen Faschismus an und will sie zumindest ergänzt wissen durch die Feststellung des qualitativen Niedergangs der akademischen Psychologie. Gleichzeitig äußert er ein weiteres Mal die Vermutung, die NSDAP hätte doch etwas mit der Auflösung der Wehrmachtapsychologie zu tun. In seiner Replik weist Geuter darauf hin, daß Traxel für seine Behauptungen nicht mal »ein Faktum oder wenigstens ein Argument« (230) anführen könne. Konkurrirten in den sechziger Jahren Ganzheits- und Gestaltpsychologie darum, welche Disziplin die wohl am schlimmsten von den Nazis verfolgte gewesen sei und verschwiegen diese damit den jeweils eigenen Anteil ihrer »Schuld«, so läßt Traxel zwanzig Jahre später eine neue Märtyrerin dem Strom der Geschichte entsteigen: die Experimentalpsychologie (219). Ihr unterstellt er, sie sei »kosmopolitisch« gewesen und ihre Vertreter hätten »politisch wohl überwiegend links von der Mitte« (ebd.) gestanden. Obwohl Geuter Traxels Thesen Punkt für Punkt widerlegt, läßt dieser es sich nicht nehmen, in einer weiteren »Bemerkung« (234f.) seine These von der Linkslastigkeit der Experimentalpsychologie zu stärken. Er beruft sich dabei auf seinen »Lehrer Richard Pauli« (235) und auf Kurt Huber (236). Traxel hebt Paulis SPD-Mitgliedschaft vor 1933 hervor und findet es zwar »erstaunlich«, daß Pauli in die NSDAP aufgenommen wurde, zeigt aber Verständnis für seinen Aufnahmeantrag. Schon in seiner Pauli-Biographie (Psych. Beiträge 28, 1986) verbreitet er das Gerücht, Pauli sei im Jahre 1933 »längst als Gegner des Nationalsozialismus bekannt« gewesen, wobei er – wie im vorliegenden Band – verschweigt, daß Pauli ab 1933 förderndes Mitglied der SS war. Und Kurt Huber – obwohl er ein Flugblatt der »Weißen Rose« verfaßte – kann gewiß nicht als »links« bezeichnet werden. In seiner am 19.4.1943 gehaltenen Verteidigungsrede vor dem Volksgerichtshof kritisierte er gerade, »daß die NSDAP sich immer mehr nach links wende« und das »Erziehungswesen bolschewisiert« habe. Trotz der sachlich harten und für Traxel entblößenden Auseinandersetzung ist sie von einem Mangel gekennzeichnet, der das ganze Buch durchzieht: Auf die aktuell herrschende Psychologie und ihre Verstrickung in staatliche und wirtschaftliche Macht wird nicht Bezug genommen. Die Geschichtsaufarbeitung wird als rückblickende Rechtfertigung und Bestätigung der jeweils bevorzugten Richtung in der heutigen Psychologie gesehen. – *Angela Schorrs* Beitrag zur »Tätigkeit beratender und behandelnder Psychologen im Nationalsozialismus« (261f.) stellt die Psychotherapie im NS als Opfer von dessen Ideologie und

nicht als funktionalen Teil einer faschistischen Gesundheitspraxis und -ideologie dar. Die Entwicklung der Klinischen Psychologie in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg wird an Hand damals erschienener Fach- und Lehrbücher analysiert, wobei auch hier die Vermittlung mit politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und innerdisziplinärem Paradigmenwechsel nicht versucht wird.

Im Abschlußartikel der Herausgeber über »Perspektiven der Psychologiegeschichte« (306f.) wird deutlich, daß Psychologiegeschichte selbstzweckhaft gedacht wird. Es wird zwar darauf verwiesen, daß sie helfen könne, »in der Gegenwart Entscheidungen zu treffen und dabei eine Wiederholung von Fehlern zu vermeiden«, allerdings werden keine Ziele, keine Utopien benannt, für die es sich lohnen würde, aus der Geschichte Lehren zu ziehen. Obwohl *Schorr/Wehner* die Forderung der Studienreformkommission Psychologie erwähnen, daß Psychologiegeschichte »die Reflexion ihrer historisch-gesellschaftlichen Bedingungs- und Verwertungszusammenhänge einschließen« (308) solle, bleiben sie mit dem Buch weit hinter diesem Anspruch zurück.

Klaus Weber (München)

Meyer, Elsbeth, Susanne v. Paczensky und Renate Sadrozinski: Das hätte nicht noch mal passieren dürfen! Wiederholte Schwangerschaftsabbrüche und was dahintersteckt. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1990 (124 S., br., 9,80 DM)

Wurde das Tabu um den einmaligen Schwangerschaftsabbruch in letzter Zeit recht konsequent gebrochen, so ist es doch um den mehrfachen Abbruch noch betreten still. Mit ihrem Buch wollen die Autorinnen »öffentlich machen, was so sehr tabuisiert wird und was doch seit jeher gilt: daß mehrere Abtreibungen ebenso wie mehrere Geburten zum Frauenleben gehören können« (10). Immerhin hat etwa jede zehnte Frau mehr als einen Schwangerschaftsabbruch hinter sich. Die Autorinnen sind seit sieben Jahren Mitarbeiterinnen des Familienplanungszentrums (FPZ) in Hamburg, einer gemeinsamen Einrichtung von Pro Familia und Arbeiterwohlfahrt, in der alle, die am legalen Schwangerschaftsabbruch beteiligt sind, unter einem Dach arbeiten: Ärztinnen, Krankenschwestern, Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen und andere. Das Buch ist Ergebnis einer Studie am FPZ, die sich auf die langjährigen Erfahrungen des gesamten Teams stützt, auf Gruppengespräche mit Frauen, die mehrere Abbrüche hinter sich haben, sowie auf 26 Einzelinterviews. Sieben Gesprächsprotokolle sind in das Buch mit aufgenommen.

Die Berichte rühren an, wecken Verständnis und Mitgefühl. Es entfaltet sich ein buntes Bild sehr verschiedener Erfahrungen, Gefühle, Einstellungen und Interpretationen rund um wiederholte Schwangerschaftsabbrüche und die Lebensgeschichten, in die sie eingebettet sind. Das Buch argumentiert nicht systematisch, vielmehr arbeitet es kreisförmig, in seinen Wiederholungen manchmal penetrant, an der Aufweichung von Vorurteilen und pauschalen Deutungsmustern: »Eine Panne kann ja jeder mal passieren, vielleicht auch zwei. Aber gleich mehrmals, das muß doch heute nicht mehr sein.« Es liegt auf der Hand: Mit der Frau stimmt etwas nicht, auf jeden Fall macht sie was verkehrt. Die Ursachen wiederholter Schwangerschaftsabbrüche werden in der betroffenen Frau vermutet. Eine Vielzahl von Zitaten belegt dies. Da ist die Rede von unkontrollierter, ausschweifender Sexualität, liderlichem Lebenswandel, Dummheit, Leichtfertigkeit und Unfähigkeit, von Verantwortungslosigkeit, mangelhafter Beherrschung des Verhütungsmittels, latentem Kinderwunsch, ungelösten Konflikten, psychischen Störungen und unreifer Persönlichkeitsstruktur. Die Suche nach den Besonderheiten dieser Frauen, an der sich vor allem die Männer der Wissenschaft beteiligen, führen zur Individualisierung und Psychologisierung des Problems und zur Pathologisierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung der

betroffenen Frauen. Diese – das wird in den Interviews erschreckend deutlich – übernehmen die gesellschaftlichen Suggestionen: Sie erleben den wiederholten Abbruch als persönliches Versagen, als Makel oder Schande, sie plagen sich mit Selbstzweifeln und Schuldgefühlen, sie stoßen allerorts, gerade auch bei Frauen, auf Vorwürfe und Unverständnis, weshalb sie wiederholte Abbrüche meist verschweigen.

Der Hauptstützpunkt des Tabus heißt »Verhütungslegende«. Sie besteht in dem verbreiteten Irrglauben, die modernen Verhütungsmittel seien unfehlbar und versagten nur bei mangelnder Motivation, Nachlässigkeit oder Unfähigkeit der Frau. Die Legende macht Verhütung zum moralischen Zwang, verweist sie einmal mehr in die Zuständigkeit der Frauen, schiebt ihnen die Schuld an ungewollter Schwangerschaft zu, macht die Frauen zu Versagerinnen und beweist die unbeherrschbare Naturhaftigkeit des weiblichen Körpers. Hand in Hand mit der Verhütungslegende geht die These vom Wirken des »unbewußten Kinderwunsches«. Sie setzt auf die »natürliche Mütterlichkeit« und reduziert die komplexe Lebenswirklichkeit von Frauen auf ihre Fortpflanzungsfähigkeit. Gesteht sich die Frau ihren natürlichen Kinderwunsch nicht ein, so besiegt er als »latenter« die bewußte Entscheidung gegen ein Kind und vereitelt die Verhütung. Dem wird von den Autorinnen entschieden entgegengehalten: Es gibt keine sicheren Methoden der Antikonzeption, aber für viele Frauen gute physische und psychische Gründe, die als »sicher« geltenden Verhütungsmittel nicht anzuwenden und eine geplante Sexualität abzulehnen.

In den Protokollen erzählen die Frauen von Vergewaltigungen, Demütigungen, Erpressungen durch Männer, von entwürdigenden Szenarien rund um den Schwangerschaftsabbruch, von Angst vor Denunziation und strafrechtlicher Verfolgung. Doch die Autorinnen greifen das allgegenwärtige Thema der Gewalt von Männern an Frauen nicht auf, sie benennen es nicht einmal als solches. Übergreifende gesellschaftskritische Schlußfolgerungen und Thesen fehlen, selbst da, wo sie sich aufdrängen. Das Buch will parteilich sein und ist es auch in dem Sinn, daß es von Frauen handelt und sie mehr zu Wort kommen läßt als Männer. Ja, auch Männer – Experten – werden angehört zu dem Thema. Hier wäre es Aufgabe der Autorinnen gewesen, aufzudecken, von welchem Ort aus und mit welchen Interessen Männer – angesichts ihrer strukturellen Macht- und Gewaltverfügung – sprechen. Nicht einmal auf die den männlichen Statements inhärente Frauenfeindlichkeit wird hingewiesen. Ein Gynäkologe: »Man muß mit den Frauen so lange über Verhütung sprechen, bis sie wirklich mal verstehen, daß es wichtig ist. Manche benutzen Verhütungsmittel, die sie nicht beherrschen. Alternative Mittel sind wunderbar, hat ja keiner was dagegen, aber die sind schwierig. Da gehört eine Menge Intelligenz und Gewissenhaftigkeit dazu.« (48) Immerhin weisen die Autorinnen mehrfach darauf hin, daß die Beziehung zwischen ÄrztIn und Patientin von Macht und Abhängigkeit bestimmt ist. ÄrztInnen beraten über Verhütungsmittel und verteilen sie, ihnen obliegt die Indikationsstellung, durch welche allein der Straftatbestand »Abtreibung« Rechtmäßigkeit annimmt. Der Schwangerschaftsabbruch findet in einer abhängigen Situation statt, in der die Frau stets die Unterlegene, Angewiesene ist.

Die mutigste Aussage des Buches: Die Verhütungslegende ermögliche es den Männern, die unkomplizierte sexuelle Verfügbarkeit ihrer Partnerinnen zu erwarten. Trotz (oder gerade wegen) ihres kritischen Potentials bleibt diese These einsam und unbeachtet, als wäre sie nur aus Versehen hineingeraten. Zu einer radikalen Parteilichkeit fehlt dem Buch ein patriarchatskritischer Blick. Jawohl, »wir sind noch weit davon entfernt, daß wir ... unsere Fortpflanzung selbstbestimmt kontrollieren können«. Ist anderes zu erwarten, solange Wissenschaft, Forschung, Medizin und

Moralphilosophie in Männerhänden liegen? Schade, daß dieses Buch kein feministisches wurde, dennoch sind den Autorinnen große Verdienste sicher: Sie reden und ermöglichen anderen zu reden, worüber sonst geschwiegen wird.

Maria Flaig (München)

Burgard, Roswitha, und Birgit Rommelspacher (Hrsg.): *Leide unLust*. Der Mythos des weiblichen Masochismus. Orlanda Frauenverlag, Berlin 1989 (192 S., br., 29,80 DM)

Birgit Rommelspacher sieht im »weiblichen Masochismus« eine »männliche Zuschreibung, die Frauen einen Unterwerfungswillen unterstellt, um die eigene Herrschaft abzusichern und zu legitimieren« (13). Damit gelingt es den Männern, ihre Gewalttaten zu legitimieren, und Frauen übernehmen dafür noch Schuld und Verantwortung. »Angesichts der Mystifikation durch den Begriff des weiblichen Masochismus wäre es ratsam, ganz vom Konzept des weiblichen Masochismus Abstand zu nehmen, da er Ursache, Bedingungen und Rollenverteilungen im geschlechtshierarchischen Arrangement verschleiert. Statt dessen sollten wir uns eher auf Konzepte besinnen, die das Problem der Anpassung von Frauen und Männern an eine männerdominierte Gesellschaft verdeutlichen« (37). *Roswitha Burgard* beschreibt, wie der weibliche Masochismus Männergewalt legitimiert. Psychopathologisch werden Frauen als »masochistische Persönlichkeiten« stigmatisiert – sie sind eben selber Schuld an ihrem Leid – wohingegen Gewalttätigkeit von Männern nie mit Sadismustheorien erklärt wird. *Ulrike Pohl* schildert anhand der Geschichte ihrer eigenen weiblichen Sozialisation (strenge christliche Erziehung und diktatorischer Vater), wie schwer es ihr fällt, die »Kontrollinstanz Gott-Vater-überall« auf den Schleudersitz zu plazieren, um eine weibliche Identität zu erlangen. *Birgit Rommelspacher* setzt sich dann in einem weiteren Beitrag (»Die Sucht zu sehr zu lieben. Die neue Krankheit der Frau«) mit dem Liebes-Konzept Robin Norwoods auseinander. Norwood verschleierte spezifische Prägungen von Mädchen und Frauen durch das Geschlechtsarrangement, in dem die sogenannte Liebessucht keineswegs ein individuelles Problem darstelle. Sie verstärkte die weibliche Illusion: »Wenn ich mich ändere und hart an mir arbeite, wird alles gut«. »Die Macht- und Gewaltverhältnisse werden nicht angetastet, das Geschlechtsarrangement wird nicht in Frage gestellt« (105f.)

Das »einfach-nicht-mehr-akzeptieren-können« von Lebensgrenzen bewegt *Jutta Heinrich* zu einem literarischen Beitrag. »Sie sehen hier eine Frau liegen, sie ist nicht einmal ganz 40 Jahre alt geworden. Das allerdings ist kein Wunder, sehen sie bitte in ihrem Gesicht die unweiblichen Gravierungen, die von nichts anderem rühren als von dem mächtigen Gefühl, anders Leben zu wollen, als es – daran darf nicht gezweifelt werden – letztlich einer Frau zukommt« (113). Diffus und verwirrend kommen bei mir die Auszüge aus *Maria Marcuses* Buch »Kys Prinsen« an, wo die Autorin exzessiv ihren sexuellen Masochismus auslebt. Nachdem sie feststellt, daß eine Trennung von sexuellem und autoritärem Masochismus nicht möglich ist, bezeichnet sie den Masochismus als Mangelkrankheit und stigmatisiert die Frauen als psychopathologisch, indem sie genau das macht, was Burgard kritisiert hatte. Sie geht noch einen Schritt weiter und beschreibt, wie mit Hilfe der Gestalttherapie ihre »Krankheit« – der Masochismus – geheilt werden konnte. Obwohl sie anmerkt, daß Frauenunterdrückung ein gesellschaftliches Phänomen ist, landet sie doch bei einer individuell gegliederten Heilung. Sie spaltet damit die Unterdrückung von außen und die Selbstunterdrückung voneinander ab. Dagegen schafft es *Ulrike Popp*, wieder auf den Boden der Tatsachen zu kommen. Sie zeichnet den Weg vom »männlichen« zum

»weiblichen« Masochismus nach und zieht daraus das Fazit, »daß es keinen Grund gibt, in irgendeinem Kontext weibliches Verhalten als Ausdruck eines spezifisch weiblichen Masochismus aufzufassen« (152). Leider gelingt es dann *Monika Streit*, den von Popp beschrittenen Weg wieder in umgekehrter Richtung zu beschreiten. Sie beschreibt Beziehungsprobleme von lesbischen Frauen, die häufig in symbiotischen Formen enden, um die dem Masochismus zugrundeliegenden symbiotischen Verstrickungen darzustellen. »Doch eine masochistische Struktur läßt sich nicht so leicht heilen« (173), sie ist sehr »änderungsresistent«. Daher schlägt sie vor, »für die eigene Negativität Verantwortung zu übernehmen« (177). Meiner Meinung nach ist dieser Vorschlag fatal, denn die Frage bleibt, ob durch Therapie die Handlungsfähigkeit von Frauen erweitert werden kann. Auch *Cheryl Bernard* und *Edit Schlawfer* schaffen es nicht, sich vom Konzept des Masochismus zu distanzieren, sondern tragen durch eine begriffliche Erweiterung eher zur Verwirrung der Leserinnen bei: »der weibliche Masochismus ist weder sexueller noch biologischer, sondern sozialer Natur und heißt Selbstblockierung«. Das Frauen sich in ihren Handlungsmöglichkeiten selbst blockieren, ist nicht anzuzweifeln, neu ist für mich jedoch der Versuch, eine Verbindung zum Masochismus herzustellen.

So ist frau bei »Leideunlust« zwischen Leiden und Lust hin und her getrieben und kann sich nicht entscheiden, ob es nun mehr »Leide(n)(oder)Lust« ist.

Claudia Bauernfeind (München)

Mitscherlich, Margarete: *Über die Mühsal der Emanzipation*. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M., 1990 (192 S., br., 29,80 DM)

Was immer frau/man sich von diesem Titel verspricht, die Erwartungen auf etwas Neues, Klärendes oder auch nur auf eine analytisch aufbereitete Zusammenfassung bisheriger Erkenntnisse werden nicht erfüllt. Unzählige Themen werden angerissen – und leider selten zu Ende gedacht. Ob es nun um die geschlechtsspezifische Erziehung, um die dadurch vermittelte männliche und weibliche Wertewelt und die katastrophalen Folgen geht, um die Gewalt gegen Frauen, die Opfer-Täter-Diskussion, den §218 und die Sexualität, um die Aufklärung und die wissenschaftliche »Objektivität«, um den Neonationalismus und Nazismus oder um das Helfersyndrom, Abwehr und Aggressionen – LeserInnen, die sich bereits etwas näher mit der jeweiligen Materie befaßt haben, erfahren hier nichts Erhellendes. Längst wissen wir, daß Frauen es schwerer haben, sich im Berufsleben durchzusetzen, daß sie »gegen viel stärkere Widerstände, gegen vorgefaßte Meinungen und historisch fixierte Rollenbilder anzukämpfen (haben), gegen Hindernisse, die sie nicht nur draußen, in der Gesellschaft erfahren, sondern auch in sich selbst, in den Einstellungen und Erwartungen, die sie im Laufe ihrer Sozialisation verinnerlicht haben« (172). Längst kennen wir auch die Vorurteile, mit denen mann die (in seiner männlichen Wertewelt erwünschten) Stärken und Schwächen von Frauen definiert. Und täglich können wir den massiven Widerstand, die Diffamierungen und »die Aggressionen der gekränkten und/oder verängstigten Männer« (18) erleben, wenn wir für Gleichberechtigung und gegen den »Männerwahn« (30) kämpfen.

Interessant wird das Buch in den Teilen, in denen Margarete Mitscherlich sich der Psychoanalyse als *Aufklärung und Wahrheitsfindung* einerseits und als *Verdrängung* andererseits zuwendet. So wie das psychoanalytische Theoriekonstrukt auf der einen Seite durch Wahrheitsliebe und den Willen zur Aufklärung geprägt ist, so geschieht jedoch das Gegenläufige dann und dort, »wo die Psychoanalyse als Aufklärung über das Unbewußte aufhört, sich selber zu analysieren, sich selber dem freien Einfall, d.h. dem eigenen Vorbewußten und Verdrängten auszusetzen« (97). Und eines der

deutlichsten Beispiele hierfür sind die psychoanalytischen Theorien zur Weiblichkeit. Margarete Mitscherlichs »Analyse der Psychoanalyse« ist aufschlußreich und spannend, die logisch zwingende Art, mit der sie die immanenten Weiblichkeitstheorien bloßlegt, läßt auf ein Voranschreiten des Paradigmenwechsels in der Psychoanalyse hoffen (der laut Mitscherlich schon längst begonnen hat, auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen und ignorieren). Was die »psychoanalytische Identität« eines Analytikers/einer Analytikerin angeht, »sollten bei Betrachtung der Verhältnisse in unserer Gesellschaft zumindest bei Frauen Zweifel an dieser (der psychoanalytischen) Theorie aufkommen, die mit ihrem Erleben so wenig übereinstimmt« (149). So sind die Widersprüche in der etablierten Psychoanalyse zahlreich – eine mögliche Lösung sieht Margarete Mitscherlich darin, »sich mit *dem* Freud zu identifizieren, der seine Methode auf eine kritische und meist erstaunlich furchtlose Offenheit den eigenen Gefühlen und Phantasien gegenüber aufbaute und seine Theorie stets zu ändern bereit war, wenn neue Erfahrungen seine bisherigen Standpunkte veränderten« (156).

Hätte Margarete Mitscherlich ihr Buch unter einem anderen Titel verfaßt – etwa in dem Tenor »Aspekte der Frauenfrage in der Psychoanalyse« o.ä. – wüßten die LeserInnen besser, was sie erwarten dürfen. Denn in diesen Bereichen ist das Buch nicht nur ergiebiger, sondern auch interessant und aufschlußreich.

Sabine Weishaupt (München)

Soziale Bewegungen und Politik

Schmid, Josef: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus. Leske Verlag + Budrich GmbH, Opladen 1990 (350 S., br., 48,- DM)

Schmid's Ansatz hebt sich dadurch ab, daß er die CDU als Geflecht von Unterorganisationen untersucht, wobei seine empirische Arbeit sich auf die Parteien in den Bundesländern konzentriert. Vereinigungen wie die Junge Union gehören also nicht zum Untersuchungsgegenstand. Die Ergebnisse seiner Arbeit richten sich – wie auch Gerhard Lehmbuch in seinem Vorwort schreibt – gegen weit verbreitete politische und wissenschaftliche Grundthesen: Gegen die Annahme, daß die Modernisierung der CDU (Ausbau des Parteiapparates usw.) als Zentralisierung zu verstehen sei (vgl. explizit 148f.); und gegen die These (z.B. F.W.Scharpfs), die vielfältigen Verflechtungen der unterschiedlichen politischen Ebenen in den Parteien und im politischen System insgesamt verhinderten optimale Entscheidungen und erzeugten politischen Immobilismus (vgl. explizit 251ff.). Dagegen arbeitet Schmid heraus, wie und in welcher Form sich gerade in der föderativ gegliederten Struktur der CDU neue politische Inhalte und Strategieänderungen verbreiten.

Dafür diskutiert er verschiedene organisationstheoretische Konzeptionalisierungen des Verhältnisses einer Organisation zur Umwelt (27ff.): relativ geschlossene, von der Führung gelenkte, von der Umwelt außengeleitete bzw. »garbage cans« (d.h. Ansammlungen relativ unabhängiger Strömungen, Probleme und Lösungen). Ferner referiert er Untersuchungen zu Entscheidungsmodi und Modellen der Ausbreitung von Neuerungen (Diffusion). Daran anknüpfend wird die Entwicklung der Programme und Politiken der CDU in Beziehung gesetzt zu den institutionellen Segmenten der Partei und ihren organisatorischen Strukturen (35). Entsprechend breit ist sein Untersuchungsansatz angelegt (was auch in der Menge und Breite der verarbeiteten Literatur deutlich wird).

Als »Umweltkonstellation« der Länderparteien umreißt er zunächst die Traditionslinien in den Ländern, die sie nach dem Krieg jeweils aufgreifen und verarbeiten mußten (43ff.), die Entwicklung des Zusammenhangs und der relativen Rolle der Länderparteien im Verhältnis zum Bund (54ff.) sowie die sozioökonomischen, politischen und verfassungsrechtlichen Profile der Länder (62ff.). Im Zusammenhang mit diesen Umweltkonstellationen werden anschließend die organisatorischen Strukturen sowie die jeweiligen politisch-programmatischen Profile der Länderparteien herausgearbeitet und untereinander verglichen. Die so ermittelten Analysen der Machtressourcen und Verflechtungsformen im organisatorischen Zusammenhang der Länderparteien mit der Bundespartei werden als »föderative Organisationsmuster« der CDU systematisiert (vgl. 142ff.): Die Entwicklung der CDU im politischen System geht hin zur intensiven Verflechtung von Bund- und Länderebene, nicht zur Zentralisierung.

Um die Entstehung neuer politischer Optionen und deren Diffusion im Geflecht der Gesamtpartei zu untersuchen, werden Fallbeispiele aus den Bereichen Soziales, Bildung, Industriepolitik, Neue Medien, Entbürokratisierung/Privatisierung, Landwirtschaft sowie Entwicklungshilfe herangezogen (182ff.). Dabei wird deutlich, daß neue Politiken gerade in den Länderparteien bzw. den Landesregierungen entstehen, und zwar auch in den Bereichen, die üblicherweise eher der Bundespolitik zugeordnet werden. Wenn sie sich in den Ländern als erfolgreich erwiesen haben, diffundieren diese neuen Politiken in andere Bundesländer bzw. auf die Ebene der Bundespolitik, wobei die Neuerungen aus unterschiedlichen Länderparteien kommen. Dieser »föderative Willensbildungsprozeß« (246) der Gesamt-CDU erlaubt die Harmonisierung der Politik ohne Entscheidung, also »Politik ohne Konsens« (252). Er läßt sich nach Schmid organisationstheoretisch in wesentlichen Teilen als »cabbage can«, als »organisierte Anarchie« analysieren (256ff.): »Dezentrale Lösungen werden in der CDU über Diffusionsprozesse verbreitet, bevor die Probleme in anderen Teilen der Partei überhaupt akut sind; je nach Politikfeld ergeben sich unterschiedliche Akteurskonstellationen, Spitzenpolitiker springen von Thema zu Thema und aus dem Ganzen entwickelt sich eine nicht intendierte Ordnung, die immerhin Teilbereiche der Organisation stabilisiert« (281). Schmid macht jedoch deutlich, z.B. bei den Kriterien für eine erfolgreiche Diffusion, daß er von einer »Paßform der innovierten Policy in den jeweiligen ökonomischen und politisch-ideologischen Kontext« (250) ausgeht, organisationstheoretisch formuliert also auch Elemente der Außenleitung durch die Umwelt von Bedeutung sind.

Schmids Arbeit halte ich über die oben genannten Positionsveränderungen im politik-theoretischen Bereich hinaus für wichtig und anregend: Er macht deutlich, daß die real existierende politische Steuerungsleistung der CDU nicht im Rahmen von Programmdiskussionen entsteht oder als die Umsetzung eines Gesellschaftsmodells usw., sondern im »trial and error«-Verfahren der »organisierten Anarchie« ihrer verflochtenen Unterparteien. An seine Ergebnisse anknüpfend wäre zu fragen, ob diese Analyse der CDU umstandslos auf Parteien allgemein übertragbar ist. Gilt sie auch für die sozialdemokratische Partei, wie Lehmbuch vermutet? (7) Schmid selbst erwähnt, daß die Bedeutung der Landesparteien in der CDU im Vergleich zu anderen Parteien hoch sei (286). Dies entspräche jedenfalls der Selbstreflexion der SPD als Partei des »Projekts« (Anstreben eines Zieles mit abgewogenen Mitteln) im Gegensatz zur »pragmatischen« CDU eher. Offen bleibt für mich auch, ob das pragmatische Durchwursteln in der »organisierten Anarchie« der CDU nicht ein besonders erfolgreiches Verfahren ist, die Widersprüchlichkeit und Brüchigkeit der Umwelt der Partei zu reproduzieren. An einem aktuellen Beispiel: Die Unions-

Politik der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik war äußerst »erfolgreich« und vollkommen widersprüchlich bzw. kontraproduktiv zugleich.

Ergibt sich daraus – um eine andere Analyseebene als die Schmidts anzusprechen – nicht ferner die Notwendigkeit, nach den besonderen Formen der Diskurse in der CDU und ihres Zusammenhangs zu suchen, die z.B. »trial-and-error-tauglich« sein müssen? Ich vermute, daß das Suchverfahren des »trial-and-error« auch mit einer gewissen »Prinzipienlosigkeit« verbunden sein muß (erfolgreiche Politiken und Diskurse der Gegenpartei werden eingearbeitet).

Jörg-Michael Vogl (Marl)

Friedel, Klaus: Vom Massenintegrationsapparat zur Gewerkschaft »Neuen Typs«? Der DGB im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. WissLit-Verlag, Konstanz 1990 (244 S., br., 40,- DM)

Friedel untersucht die deutschen Gewerkschaften im Rahmen der Regulations- theorie. Ihre wichtigsten Vorzüge liegen in der Entwicklung »intermediärer Konzepte« (Institution, Norm, Struktur), der Betonung der relativen Autonomie der ökonomischen, politischen und ideologischen Prozesse, der Konzipierung der Ökonomie als krisenvermittelter Anpassung sowie der Betrachtung von Geschichte als Ergebnis widersprüchlicher und institutionell eingebundener Handlungen, die einen »Prozeß ohne Subjekt« konstituieren (17f.). Gewerkschaften bestimmt er als regulative Institutionen: »Geprägt durch spezifische Organisationsstrukturen sowie Funktionsbezüge, die die durch sie vermittelte Interessenartikulation filtern, kleinarbeiten und 'dysfunktionale' Ansprüche abwehren ..., nehmen Gewerkschaften einen ganz spezifischen Platz im Regulationszusammenhang ein« (24). Sie sind sowohl integraler Bestandteil des kapitalistischen Reproduktionsprozesses als auch Klassenorganisation der Lohnabhängigen: »Grundsätzlich kann zwar die Gewerkschaft in einer gegebenen gesellschaftlichen Situation unterschiedliche Strategien einschlagen, ihre Realisierung bleibt jedoch gebunden an die besonderen Formen des politischen Systems, die Art und Weise der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Institutionalisierung von Klassenbeziehungen innerhalb einer nationalen Formation« (37).

Mit der Krise des Fordismus und den neuen Regulationsbedingungen, die sich unter dem Kürzel »mehr Flexibilität« zusammenfassen lassen, geraten die deutschen Gewerkschaften unter mehrfachen Veränderungsdruck, der entlang verschiedener Funktionsbezüge empirisch aufgearbeitet wird. Das in der fordistischen Ägide angemessene System der »bürokratisch-zentralisierten, korporativ eingebundenen Gewerkschaften« erweist sich nun aus der Sicht des Kapitals »immer deutlicher als Schranke des Verwertungsprozesses« (84). Trotz vergleichsweise hoher Stabilität zeigen sich organisationsinterne Probleme bei der Mitgliederentwicklung (Angestellte, Jugendliche), die sich durch die sozialstrukturellen, sozialisatorischen und betrieblichen Veränderungen und politische Angriffe im Rahmen neokonservativer Deregulierungsmaßnahmen verstärken werden (85ff.). Obendrein ist mit den neuen sozialen Bewegungen eine Konkurrenz entstanden, die wichtige Themen wie Umwelt erfolgreich besetzt (96ff.). Dies führt insgesamt zu Einbrüchen und Verlusten an politischem Terrain. Auf Grund der Spezifik des westdeutschen Akkumulationsmodells sind allerdings begriffliche Anlehnungen an ausländische Entwicklungsmuster ('Japanisierung' oder 'Amerikanisierung') zu ungenau (209).

In unterschiedlichen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern zeichnet Friedel die Versuche nach, sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Dazu zählen die Flexibilisierung und Politisierung der Tarifpolitik, die Arbeitszeitpolitik, die Versuche der Gestaltung von Technik und Arbeit sowie die Suche nach einer neuen gesellschafts-

politischen Strategie. Ferner werden die Diskussionen um die organisatorische Modernisierung nachgezeichnet, etwa im Bereich der Angestelltenarbeit, der Strukturreform des DGB, der Kulturarbeit und dem Informations- und Kommunikationssystem der IG Metall. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist durchaus offen: Es droht einerseits die Gefahr, daß Gewerkschaften »zunehmend auf den Status 'einer Holding mit Servicefunktion für starke Betriebsräte' (Manager-Magazin) reduziert ... werden« (187), andererseits besteht die Möglichkeit, durch die Übernahme co-managerieller Funktionen zum Juniorpartner des Managements abzuleiten. Die Antworten der einzelnen Gewerkschaften auf diese vielschichtige Problemlage fallen unterschiedlich aus: »Während die IG Metall zwischen einer Verteidigung des status quo (also der fordistischen Errungenschaften) und einer Organisation als Zukunftswerkstatt schwankt, setzt die IG Chemie auf eine Anpassung an den eingeleiteten Restrukturierungsprozeß des Kapitals ('ideeller Branchenkapitalist')« (223).

Mit dieser in Frankfurt als Dissertation vorgelegten Arbeit vertieft Friedel die vorliegenden Arbeiten zum Übergang vom Fordismus zum Postfordismus und ergänzt zugleich die Arbeiten von Häusler/Hirsch (in *Argument* 165) zum Struktur- und Funktionswandel der Volksparteien. Die Zusammenfassung der regulationstheoretischen Diskussionen knüpft allerdings zu unkritisch an die Arbeiten von Hirsch u.a. an und setzt sich z.B. mit der daran erfolgten Kritik von Jessop (in *Argument* 169) nicht auseinander. Ferner besteht die aufgebotene Empirie aus programmatischen Beschlüssen von Gewerkschaften oder Beiträgen einzelner Repräsentanten. Inwieweit diese Aussagen allerdings das faktische Verhalten oder den Aufbau der Organisation bestimmen oder doch bloße Rhetorik sind, bleibt dagegen in weiten Teilen offen. »Harte« Daten aus dem Innenleben der Gewerkschaften oder zu Strukturmerkmalen, an Hand derer die Transformation des DGB belegt werden könnte, fehlen.

Josef Schmid (Bochum)

Weischer, Christoph: Kritische Gewerkschaftstheorie. Ansätze einer Neuorientierung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1988 (280 S., br., 35,- DM)

Weischer veranlaßt das »Unbehagen am derzeitigen Entwicklungsstand von Gewerkschaftsforschung« (9) zu einer kritischen Darstellung entlang einer Typologie des Untersuchungsbereiches (Gewerkschaften in gesellschaftlichen Machtverhältnissen, Binnenstrukturen und Handlungsfelder der Organisation) und von zehn relevanten sozialwissenschaftlichen Ansätzen. Dabei will er die Einordnung von Gewerkschaften in die übergreifende politisch-ökonomische Entwicklung und die Varianten gewerkschaftlicher Praxis vor dem Hintergrund der Dynamik ihrer organisatorischen Strukturen herausarbeiten (Kap.2.). Zentrale Schwachstellen bilden die Dominanz einer Makroperspektive, der eine Tendenz zum Determinismus anhaftet und die dadurch bedingten »Schwierigkeiten im Zugriff auf gewerkschaftliche Binnenstrukturen« (89). Ferner wird eine ideologische Dichotomie von Führung und Basis sowie der ahistorische Charakter vieler vorliegender Arbeiten kritisiert.

Als Grundlage für seine Neuorientierung zieht Weischer Aspekte einer marxistischen Handlungstheorie (Lockwood's Kritik an der These vom falschen Bewußtsein), Konzepte der politischen Strategie (Przeworskis Auseinandersetzung mit der Spieltheorie) und Repräsentation (Bourdieu) sowie Ansätze über Reproduktions- und Machtprozesse (Foucault) in Organisation und Gesellschaft heran, die zuerst begrifflich entfaltet und sodann integriert werden. Wesentlich ist dabei die Erkenntnis, daß die »Einheit der Arbeiterklasse ... nicht über das Faktum der Lohnabhängigkeit als 'einheitsstiftender' Kraft per se gegeben« ist. »Wenn überhaupt, so kann

'einheitliches' Handeln nur das Ergebnis politischer Prozesse sein« (134). Einerseits sind Wahrnehmungs- und Deutungsmuster ebenso wie Machtbeziehungen innerhalb der Organisation äußerst vielgestaltig. Von besonderer Bedeutung sind dabei Gruppierungen entlang verschiedener politischer Strategien (144ff.). Andererseits wirken Ähnlichkeit und Nähe im sozialen Raum und der dadurch hervorgebrachten symbolischen Formen (Klassenhabitus in Anlehnung an Bourdieu) homogenisierend. Die Repräsentationsarbeit der Gewerkschaften – verstanden als Konkurrenz um die Benennung der sozialen Welt gegen andere Mächte und als Angebot an Deutungs- und Handlungsmustern – wirkt ebenfalls vereinheitlichend (138ff.). Schließlich gilt: »Gewerkschaften agieren nicht nur als Organisationen zur Aufhebung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen. Sie sind zugleich auch daran beteiligt, wesentliche Strukturen der Ungleichheit unter den Lohnabhängigen fortzuschreiben« (135).

Mit diesem theoretischen Gerüst für eine handlungsorientierte Analyse untersucht Weischer mittels Sekundärmaterialien die interne Heterogenität der Gewerkschaften. Diffenziert wird dabei zum einen nach Organisationsebenen, betrieblichen Rollen und Funktionsgenerationen, um die Existenz unterschiedlicher Einstellungen und Deutungsmuster zu belegen. Zum anderen wird das Spektrum gewerkschaftlicher Strategien in zwei Hauptgruppen, nämlich sozialdemokratische und radikale, klassifiziert und zu drei Zeitpunkten (1949, 1960, 1973) auf Kontinuitäten, Verschiebungen, Reorientierungen, wechselseitige Affinitäten und Dominanzen in Handlungsfeldern hin untersucht. Abschließend gibt Weischer einen Ausblick auf die weitere Entwicklung. Ausgehend von der ökonomischen Krise und dem Strukturwandel sowie den veränderten politischen Rahmenbedingungen skizziert er den Wandel von Gruppenstrukturen und Strategien in den Gewerkschaften. Als erstes ist festzuhalten, daß die »Krise ... zunächst einmal den pragmatischen Grundzug in den verschiedenen Strategietypen verstärkt und in dem Sinne zu ihrer Konvergenz beigetragen« hat (237). Daneben hat die Gruppe bzw. Strategie der »Aktivisten« etwa im Zusammenhang mit der 35-Stunden-Woche einen Bedeutungszuwachs erfahren. Unter der Bezeichnung »Modernisierer« werden frühere Reformer und Pragmatiker zusammengefaßt, die nun eine gezielte Technologie- und Modernisierungspolitik betreiben und sich stärker auf die Rationalisierungsgewinner konzentrieren. In der Fraktion der Radikalen hat sich eine deutliche Neuorientierung vollzogen, wonach jetzt ökologische Fragen und Belange von gesellschaftlichen Randgruppen in die Gewerkschaften hineingetragen werden. Ihr Einfluß konzentriert sich dabei auf die Jugend- und Bildungsarbeit, während die beiden sozialdemokratischen Varianten die Tarif-, Betriebs- und Wirtschaftspolitik dominieren (257ff.).

Insgesamt vermittelt die Arbeit Weischers einen guten Eindruck über die Vielfalt innergewerkschaftlicher Spannungslinien, die von der bisherigen Gewerkschaftsforschung vernachlässigt wurden, wie er zurecht bemängelt. Auch erweist sich die Charakterisierung der Forschungsansätze als übersichtlich strukturiert und fundiert. Alles in allem überzeugt jedoch der Versuch, eine handlungsorientierte Gewerkschaftsanalyse vorzulegen, d.h. »von einem strategiegeleiteten politischen Handeln der Akteure in den Organisationen« (259) auszugehen, trotz interessanter Einzelaspekte nicht völlig, sondern erscheint über weite Strecken als theoretisch überlastet und empirisch ungenügend eingelöst.

Josef Schmid (Bochum)

Grabner, Jürgen, Christiane Heinze und Detlef Pollack (Hrsg.): Leipzig im Oktober. Wichern-Verlag, Berlin 1990 (191 S., br., 24,- DM)

Ganz selten haben Wissenschaftler die Gelegenheit, bedeutende Vorgänge sozusagen vor Ort mitzuerleben. Daß dabei trotz des Involviertseins noch genug Abstand

bleibt, um Umbruchsituationen kritisch zu begleiten und zu reflektieren, ist insbesondere in der Soziologie die Ausnahme. Eine solche Ausnahme ist einem Kreis von jungen Wissenschaftlern im Umkreis des Instituts für Religionssoziologie der Theologischen Fakultät an der Universität Leipzig zu verdanken. Die Arbeiten, zum Teil noch vor den eigentlich großen Ereignissen in Leipzig begonnen, sind anlässlich eines Seminars unter der Leitung von Detlef Pollack zum Oberthema »Kirche und alternative Gruppen im Umbruch der DDR« entstanden.

Das Buch beginnt mit einem einleitenden Beitrag zur Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Situation. Pollack versucht hier aus systemtheoretischer Perspektive zu zeigen, daß die DDR-Gesellschaft nicht nur »hierarchisch stratifiziert« war und die Verfaßtheit eines »Ständestaates« annahm, sondern eben gleichzeitig ein »moderner Industriestaat« war, in dem »sich die funktionalen Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft und die politisch konstituierte Einheitsstruktur der Gesellschaft stets aneinander rieben« (13). Dies – so Pollack – führte wiederum dazu, daß »die SED-Führung ... die gesamtgesellschaftliche mit der organisationspezifischen Ebene (vermischte) und ... die gesamte Gesellschaft als ihre Organisation ein(richtete); da aber eine Gesellschaft keine Organisation ist und keine sein kann, mußte sie an der Unorganisierbarkeit der Gesellschaft scheitern« (14).

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit der Rolle der Kirche in der Umbruchsituation. Besonders zwei Einzeluntersuchungen sind hier hervorzuheben. Die von Franke u.a. im Februar 1989 und im Februar/März 1990 durchgeführte Befragung zum Thema »Der Pfarrer im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft« macht die Differenzierungen innerhalb der Evangelischen Kirche der DDR deutlich: Zu unterscheiden ist nämlich zwischen den Pfarrern, die den wahren Sozialismus ersehnten und jenen, die keinen Sozialismus wollten. Beide Seiten, so wird betont, trugen zum Wandel bei, denn beide waren sich in der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse einig. Die auf einer Befragung von Leipziger Gemeindegliedern im Zeitraum von Oktober bis Dezember 1989 basierende Analyse von Grabner zeigt, wie nah sich doch Kirchenvolk und Kirchenleitung waren. Die zunehmende Politisierung der Basis – so Grabner – habe die Leitung zunehmend unter Druck gesetzt.

Der dritte Teil des Buches befaßt sich mit den sozialetisch engagierten Gruppen, die nur bedingt aus Christen oder Gemeindeglieder bestanden, sich jedoch unter dem Dach der Kirche organisierten. »Die Etablierung innerhalb der Kirche«, so Heinze und Pollack »hatte ... vorwiegend politische und weniger religiöse Gründe. Die Kirche erfüllte vor allem eine Stellvertreterfunktion.« (84) Daß dieses Verhältnis nicht konfliktfrei war, wird wiederholt hervorgehoben. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht im Westen, waren es aber nicht diese Gruppierungen allein, die den Wandel beschleunigen halfen, sondern das Zusammenwirken von massenhafter Ausreise und der Artikulation der internen Widersprüche bewirkten den Zusammenbruch des Herrschaftssystems: »Erst als das System bereits am Kollabieren war, erlangten sie [die Aktivisten unter dem Dach der Kirche; A.H.] gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Dann freilich wuchs ihnen eine Führungsrolle zu, die ihre Kraft manchmal sogar überstieg.« (88) Nur auf diese Weise wurden aus den Außenseitern 'Repräsentanten der Gesellschaft'. Findeis gibt eine ausführliche soziologische Beschreibung der verschiedenen Gruppierungen in Leipzig, die zeigt, daß die Gruppen nicht so homogen waren, wie sie selbst dem genauen Beobachter sehr oft erschienen. Zusammen mit Evers erklärt er die Entstehung des Selbstverständnisses der alternativen Gruppen aus ihrer politischen Sozialisation.

Der letzte Teil beschäftigt sich mehr mit der Ereignisabfolge des Herbstes 1989 in Leipzig und ist aus diesem Grunde mehr politische Beschreibung als soziologische

Analyse – mit einer Ausnahme: Der Beitrag von *Hoffmann* und *Rink* zur Genesis einer »Heldenstadt« weist darauf hin, daß die Leipziger Ereignisse weder als reiner Aufbruch der neuen sozialen Bewegungen noch als reiner Arbeiterprotest verstanden werden können. Erst die Verbindung zwischen beiden Momenten habe den Durchbruch geschaffen. Am Ende merken die Autoren jedoch kritisch an: »Weder eine grundlegende Demokratisierung und ein ökologischer Umbau, aber auch nicht strukturelle Modernisierung und soziale Umverteilung zählen zu den Resultaten des Umbruchs.« (122)

Die in dem Band vorgestellten Studien machen deutlich, daß es in der ehemaligen DDR trotz anderer, offizieller Verlautbarungen Ansätze zu einem engagierten Wissenschaftsbetrieb gab, die weder der »Abwicklung« noch der Kolonisierung der westlichen Wissenschaft bedürfen. Andreas Hess (Essen)

Weidenfeld, Werner, und Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Carl Hanser Verlag, München, Wien 1989 (860 S., Ln., 54,- DM)

Unerwartet schnell verlief für viele die Auflösung des DDR-Staates, die am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland endgültig besiegelt wurde. Eine Vielzahl von Ex-post-Analysen versucht seitdem, diese Entwicklung zu erklären und setzt sich dabei vielfach dem Vorwurf der nachträglichen Besserwisseri aus. Das Deutschland-Handbuch wurde vor der revolutionären Entwicklung der DDR verfaßt. Um so interessanter ist es, in den Beiträgen nach Spuren zu suchen, die den Wandlungsprozeß bereits ankündigten. In sieben Kapiteln werden von über vierzig namhaften Autoren die Bereiche »Geschichte«, »Gesellschaft«, »Wirtschaftssystem und soziale Sicherheit«, »Kultur«, »Politisches System«, »deutsch-deutsche Beziehungen«, »Außenbeziehungen« parallel in jeweils zwei Beiträgen – einer für die DDR, einer für die BRD – behandelt. Die Herausgeber wollen wissenschaftlich fundierte Informationen vermitteln und damit die Diskussion über Deutschland versachlichen. Ihr Ziel ist ein Überblick über die vierzigjährige Geschichte der zwei deutschen Staaten.

Der damit intendierte Systemvergleich ist nur teilweise gelungen. Dies liegt zunächst an der Unterschiedlichkeit der Beiträge: Schwankend zwischen »systematisch informativem wie problematisierend nachdenklichem Stil« (Weidenfeld/Zimmermann: 12) regen sie den Leser nicht nur – wie von den Herausgebern beabsichtigt – zum eigenen Nachdenken an, sie lassen ihn auch oftmals ratlos zurück. »Ein wirkliches Gemeinschaftswerk« (ebd.), das die Herausgeber vorlegen wollten, müßte die einzelnen Beiträge stärker koordinieren. Aber auch die ehemalige DDR setzte dem Systemvergleich enge Grenzen: Die Restriktionen reichten vom Fehlen geeigneten statistischen Materials über die Unmöglichkeit, eigene Feldforschung durchzuführen, bis hin zum begrifflichen Instrumentarium der DDR, das »der Verschleierung sozialer Tatbestände« (Belwe: 125) diene. So berechtigt daher die kritische Haltung der Autoren gegenüber den DDR-Quellen ist, so muß doch der unreflektierte Umgang mit bundesrepublikanischem Datenmaterial überraschen. Jeder, der sich eingehender mit Statistiken und sozialwissenschaftlichen Methoden beschäftigt hat, weiß, wie begrenzt aussagefähig und nur eingeschränkt vergleichbar »objektive« Daten oftmals sind.

Die DDR ist für die Autoren weitgehend durch eine relative Stabilität des Staates gekennzeichnet (z.B. Kuppe: 564). Nur vereinzelt finden sich Hinweise darauf, daß auf Grund »der latenten allgemeinen Unzufriedenheit ... für die DDR politische und soziale Krisen in der Zukunft nicht auszuschließen sind« (Glaessner: 527).

Insbesondere von der Jugend werde Partei und Staat zunehmend in Frage gestellt; es gebe Signale, »daß aus der Identitätskrise der Jugend inzwischen eine Krise des Staates und der Gesellschaft geworden ist« (Grunenberg: 231). Notwendig sei ein politischer Wandel, »doch bleiben Zeitpunkt und Ausmaß ungewiß« (Staritz: 84). Die Faktoren, die zum Umbruch in der DDR führten, werden vereinzelt bereits sichtbar, sie sind jedoch nicht systematisch herausgearbeitet.

Die Mehrzahl der Beiträge zur BRD läßt ebenfalls eher eine Beibehaltung des status quo vermuten. Kritische Momente wie z.B. zunehmende Parteien- und Staatsverdrossenheit oder das Anwachsen sozialpolitischer Probleme werden allenfalls als Marginalien in einem insgesamt erfolgreichen Entwicklungsprozeß behandelt. Dabei habe sich die parlamentarische Demokratie bewährt; es spreche viel dafür, »den Prozeß der politischen Willensbildung nicht durch direktdemokratische Mechanismen zu erweitern« (Jesse: 491), da dies lediglich die Stabilität des politischen Systems gefährden würde. Auch im Bereich der Wirtschaft setzt man auf Altbewährtes: »Unsere heutigen Probleme, auch das der hohen Arbeitslosigkeit, sind nicht mit weniger, sondern nur mit mehr und besserer Marktwirtschaft zu lösen.« (Helmstädter: 255) Ähnlich beurteilt das Handbuch das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander. In dessen vierzigjähriger Geschichte haben sich spezifische, kalkulierbare Beziehungen herausgebildet. Stabilität in der Deutschlandpolitik sei jetzt um so wichtiger, da international »eine Periode der Unsicherheit, des Austarierens neuer Gleichgewichtslagen in Sicht« (Zimmermann: 715) komme. Beiden deutschen Staaten wachse »eine Vermittlungsrolle in ihren Bündnissen und zwischen den beiden Teilen Europas zu« (ebd., 716).

Für diese Betonung der Stabilität des geteilten Deutschlands und der Unwahrscheinlichkeit tiefgreifender Veränderungen oder sogar Umbruchsituationen gibt es mehrere Gründe. Ein Großteil der Beiträge beschränkt sich auf reine Institutionenkunde: In den Vordergrund tritt die Entstehung und die erreichte Stabilität der verschiedenen Institutionen. Soziale Bewegungen werden lediglich im Rahmen und als Problem für die thematisierten Institutionen gesehen. Eine systemtranszendierende Funktion – und damit ihr utopischer Gehalt – wird ihnen abgesprochen, Protestaktionen wie jene seit dem Frühjahr 1989 in der DDR werden als durchaus reparabler »Betriebsunfall« angesehen. Die Realität hat diese Sichtweise bereits überholt.

Trotz der genannten Mängel ist das Handbuch als Überblick zur vierzigjährigen Geschichte des geteilten Deutschlands zu empfehlen. Eine gegliederte Auswahlbibliographie auf über fünfzig engbedruckten Seiten, eine sich über sechzig Seiten erstreckende Chronik sowie ein ausführliches Personen- und Sachregister unterstreichen seine Eignung als Nachschlagewerk, das auch als Band 275 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen ist.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Golczewski, Frank: Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus – Personengeschichtliche Ansätze. (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln, Bd.8) Böhlau-Verlag, Köln und Wien 1988 (481 S., Ln., 78,- DM)

Gestützt auf die Personalakten des Kölner Universitätsarchivs will Golczewski mit der Untersuchung der »persönlichen Entscheidung« (5) und des »unmittelbaren Verhaltens im Einzelfall« (ebd.) Einsichten in das »politische Hochschulleben« ermöglichen, die bisherige Publikationen nicht vermittelt haben. Durch eine »quellenorientierte Tatbestandssicherung« (8) soll ein »selektiver Blick« (8) in die Vergangenheit vermieden und die »Bagatelisierung« (13) der NS-Zeit überwunden werden.

Im Einklang mit der Forderung nach der »Historisierung der NS-Zeit« (Broszat) beginnt der Autor seine Darstellung bereits in der Weimarer Republik und führt sie fort bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik.

Die Kölner Universität gilt seit ihrer Gründung im Jahre 1919 als Institution, in der die berufsbezogene Ausbildung den Vorrang hatte (25), deren Lehrkörper einen relativ hohen Anteil von Anhängern der Republik aufwies (70) und deren Studenten mehr Lebenserst als ihre Kommilitonen an anderen Universitäten bescheinigt bekamen (31). Sollte man diese Charakteristik mit Indikatoren für demokratische Tendenzen gleichsetzen, so erstaunt, daß die 'Gleichschaltung', d.h. die Neuwahl des Rektors bereits zehn Tage vor dem Erlass des Ministeriums vom 21.4.33 erfolgte und ein Übereifer bei der Zulassungsbeschränkung für jüdische Studenten an den Tag gelegt wurde. Von den 191 Kölner Hochschullehrern werden 40 von Verfolgungsmaßnahmen betroffen. Die hier vorgestellten zwanzig Laufbahnen demonstrieren, daß die von rassistischer und politischer Verfolgung Betroffenen zusätzlich preußisch anmutenden Disziplinvorstellungen und puritanischen Moralmaßstäben unterworfen waren. Dem Autor geht es hierbei explizit um Differenzierung und um Überwindung der »Suggestion, die eine einfache vulgäre Dichotomie der Einteilung in 'Nazis' und 'Widerständler'« (238) vermittelt. Beim Ausloten der Handlungsspielräume zur Rettung verfolgter Gelehrter erweckt er den Eindruck, als säße er seinem eigenen Differenzierungsbestreben auf: Er kommt zu dem Schluß, daß eine breite Solidarisierung nicht erfolgte, weil Verfolgung scheinbar als Ausnahmemaßnahme gegen einzelne wahrgenommen wurde (245).

In dem nächsten, weniger umfangreichen Teil richtet sich sein Blick auf die »Verbliebenen«. Über die nach 1933 eingesetzten Rektoren erfahren wir, daß sie zwar als linientreu galten, aber politisch naiv waren (277), weshalb sie die »universitäre Ebene gegen unqualifizierte Angriffe der Demagogen« nicht retten konnten. Außerdem litten die Repräsentanten der »Geisteswelt der Universitäten«, die von den »zahlreichen Halb- und Ungebildeten wie Hitler und seine nähere Umgebung« (251) mit den liberalen bis linken Intellektuellen der Weimarer Republik identifiziert wurden, zunehmend an schwindendem Selbstbewußtsein (282). Als explizite Nazis an der Universität werden genannt: Carl Schmitt, Wilhelm Bröger, Klemens Schmelzeisen, Hermann Haberland und Walter Stokar von Neuform. Ihr vielfältiges politisches Engagement bewirkte jedoch, daß sie den Universitätsbetrieb wenig bestimmten. Im Abschnitt »Geschichte in Köln« scheint der Historiker Golczweski den personengeschichtlichen Ansatz im Hinblick auf sein Fachgebiet zu durchbrechen. Seine Erörterung zu Nähe und Distanz der Kölner Historiker zur Partei zeigt jedoch, daß er seine Fachkenntnisse nicht genutzt hat, um die damalige Geschichtswissenschaft zu durchleuchten. Lediglich das Fach »Rassenhygiene«, eine »Leitfossil der Epoche des Nationalsozialismus« (338), erfährt eine Betrachtung seiner Inhalte und ein eindeutiges Verdikt.

Golczweskis Darstellung der Atmosphäre des Wiederbeginns und der halbherzigen Entnazifizierung gehört zu den instruktivsten des Buchs. Es wird an elitäre, traditionalistisch-idealistische Werte angeknüpft und die egalitären-emanzipatorischen Ideen der Weimarer Zeit geraten in Vergessenheit. Während man sich bei der Rückberufung ehemals Verfolgter kapriziös gibt, meint man den Lehrbetrieb nur dann gewährleisten zu können, wenn man sich bei der Weiterbeschäftigung der »Verbliebenen« weniger empfindsam zeigte. Über das Bestreben, »die Entbindung des schöpferischen Geistes« als Ziel wissenschaftlicher Erziehung zu propagieren und die damit einhergehenden Ideen der Universitätsleitung (390f.), äußert sich der Autor eindeutig negativ. Nach seinem Verständnis käme es einer Geschichtsfälschung gleich, wenn er das Negative unterdrückte.

Dennoch drängt sich nach der Lektüre des Buchs die Frage auf, ob seine Methode, mit der »Vergangenheitsverschweigung« zu brechen, die Möglichkeit enthält, die Entnazifizierung weniger halbherzig zu betreiben oder gar faschistisches Wetterleuchten zu erkennen. Der Autor selbst vermittelt den Eindruck, er habe an einigen Stellen seines Buchs Chancen verpaßt, Konturen schärfer zu zeichnen. Dies gilt für die epische Breite, mit der er die Berufskarriere eines eher psychisch, denn politisch auffälligen Nazis wie des Chirurgen Hermann Haberland bespricht. Ferner hat er die Chance verpaßt, etwaige Zusammenhänge von rassistischer und politischer Verfolgung herauszuarbeiten, indem er unter dieser Überschrift den Fall Friedrich von Leyen, eines verbohnten Deutschnationalen abhandelt, der doch eher untypisch ist. Sein personengeschichtlicher Ansatz bleibt zu sehr im Individualpsychologischen und beläßt den zeitgeschichtlichen Hintergrund allzu schemenhaft. Letzterer gelingt ihm bei der Darstellung der Weimarer Republik und des Wiederbeginns plastischer. Seine Auffassung von Wissenschaft als prinzipiell politisch neutral und als lediglich durch die Amoralität ihrer Vertreter korrumpierbar setzt ihm Erkenntnisstrahlen. So muß es unklar bleiben, warum die Disziplin Vor- und Frühgeschichte zu einem »Modethema des Nationalsozialismus« wurde. Er kann lediglich resümieren, daß das Fach in Verruf kam, weil sein Vertreter in Ungnade fiel (337). Letztlich muß ihm die Begründung für Heimsoeths Ruf als einem der wichtigeren Philosophen im Nazismus ebenso unklar bleiben (278). Die Schwächen des Buches rühren letztlich daher, daß ihm ein theoretischer Begriff von den Wissenschaftsverhältnissen im Faschismus fehlt.

Ludmila Hanisch (Berlin)

Ökonomie

Rapin, Hildegard (Hrsg.): Der private Haushalt im Unterricht. Eine Schulbuchanalyse aus haushaltswissenschaftlicher und didaktischer Sicht. (Reihe Stiftung »Der Private Haushalt« Bd.10) Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1990 (173 S., br., 28,- DM)

Rapin, Hildegard: Der private Haushalt im Spiegel sozialempirischer Erhebungen. (Reihe Stiftung »Der Private Haushalt« Bd.11) Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1990 (146 S., br., 28,- DM)

Diskontinuität und Inkonsequenz kennzeichnen nach Carol Hagemann-White den feministischen Umgang mit dem Thema Hausarbeit: Ihre Bestimmung als gesellschaftlich notwendig – von »Feministinnen der ersten Stunde« gegen den damaligen linken Konsens durchgesetzt – sei in der Frauenforschung vorwiegend abstrakt und folgenlos geblieben. Ilona Ostner zufolge verfehlt eine politökonomische Betrachtung der Hausarbeit als »Arbeit wie jede andere« deren Besonderheit, zu der eben auch die Geringschätzung gehöre. Dieses kritische Resümee ziehen die beiden feministischen Sozialwissenschaftlerinnen im Band 4 (»Frauenforschung und Hausarbeit«, 1988) einer inzwischen elf Bände umfassenden Reihe, die sich mit Haushaltsfragen beschäftigt und von der Stiftung »Der Private Haushalt« (die übrigens völlig anonym bleibt) herausgegeben wird. Nur soviel wird deutlich: viele Autorinnen und Autoren dieser Reihe kommen aus der sogenannten Haushaltswissenschaft. Unter dem nicht allseits bekannten »Ökotrophologie« und einigen anderen Bezeichnungen wie z.B. »Wirtschaftslehre des Haushalts« hat sich diese Wissenschaft erst in der Nachkriegszeit an bundesrepublikanischen Universitäten etabliert, während sie etwa in den USA unter der Bezeichnung »Home Economics« eine lange Lehr- und Forschungstradition aufweist.

Bisher weitgehend ignoriert oder nahezu unbekannt bietet die Haushaltswissenschaft der feministischen Diskussion der Hausarbeit m.E. interessante Anknüpfungspunkte. Um einen produktiven Dialog haben sich auch einige feministische Haushaltswissenschaftlerinnen bemüht (vgl. Irmhild Kettschau, Barbara Methfessel: Frauenforschung in der Haushaltswissenschaft. In: Hausarbeit und Bildung, Band 6, Frankfurt/M. 1989), wie es scheint, ohne Resonanz. Darüber hinaus könnte die Haushaltswissenschaft aber auch für diejenigen Lehrenden und Lernenden der Volks- und Betriebswirtschaft von Interesse sein, die ihre Fächer – etwa aus ökologischer Perspektive – kritisieren: In der Haushaltswissenschaft finden sich Subsistenz- und gemeinwirtschaftliche Denkmuster, die aus den modernen Wirtschaftswissenschaften sukzessive verdrängt wurden. Manche Haushaltswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler berufen sich auf die antike Tradition der »Oikonomik« (Haushaltungskunst), aus deren ganzheitlichen Sicht das, was sich heutzutage »Ökonomie« nennt, die Verabsolutierung eines Nebenaspekts – des Gewinnstrebens – ist. Aus pragmatischen Gründen sollte die Haushaltswissenschaft aber auch deshalb Beachtung finden, weil sie das Lehrpersonal für den Hauswirtschaftsunterricht an allgemein- und berufsbildenden Schulen ausbildet und maßgeblich die Lehrinhalte bestimmt.

Daß der Hauswirtschaftsunterricht, so wie er landauf landab stattfindet, problematisch ist, zeigen die in Band 10 vorgestellten Schulbuchanalysen. Gemessen am Wissensstand und Reflexionsniveau der akademisch-universitären Haushaltswissenschaft erwies sich das für den schulischen Hauswirtschaftsunterricht konzipierte Lehrmaterial ausnahmslos als defizitär. Selbst die in der Öffentlichkeit häufig diskutierten Probleme der Vereinbarkeit von Haus- und Erwerbsarbeit, der geschlechtsbezogenen Rollenzuschreibungen und der ökologischen Verantwortung der Haushalte werden nicht in allen untersuchten Schulbüchern behandelt. Insgesamt umfaßt das sogenannte »haushaltswissenschaftliche Raster«, das den Schulbuchanalysen zugrunde gelegt wird, 14 Schwerpunkte, aus denen insgesamt 34 (!) Fragen abgeleitet werden: So geht es beispielsweise im Schwerpunkt »Haushaltstätigkeiten« darum, ob über den Bereich der traditionellen Hausarbeit hinaus auch Haushaltsprozesse wie »Informationsbeschaffung und Entscheidungsverhalten, d.h. Zielsetzung, Alternativenbewertung, Entschluß und Kontrolle«, also Managementfunktionen, aufgeführt werden. Des weiteren ist es ein wichtiges Kriterium, ob solche Entscheidungsprozesse in »Mehrpersonenhaushalten als Abstimmungsprozesse dargestellt« werden. Angesichts der »vergleichsweise schwachen Stellung des einzelnen Haushalts als Nachfrager« nach privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ist es von Interesse, ob »Voraussetzungen und Mechanismen der Mitwirkung an der gesellschaftlichen Willensbildung« (sei es in Parteien, Bürgerinitiativen oder in informeller Nachbarschaftshilfe) und »Folgen diesbezüglicher Abstinenz« erörtert werden. Die wenigen Beispiele zeigen, daß der in Band 10 präsentierte Kriterienkatalog Lehrenden und Lernenden bei der Auswahl und Beurteilung der Lehrbücher von Nutzen sein kann. Das Autorenteam möchte aber damit auch ausdrücklich die Neukonzeption von Lehrbüchern anregen. Eine feministische Hauswirtschaftslehre? Wäre sie möglich, wünschenswert? Wer sollte sie schreiben? Band 10 enthält im Beitrag von Michael Piorkowsky (»Der Lernbereich 'Haushalt' aus der Sicht der Haushaltswissenschaft«) einen ebenso kompakten wie anspruchsvollen Überblick über das »Credo« der modernen Haushaltswissenschaft (untergliedert nach »Haushalt und Wirtschaften« und »Haushalt und Zusammenleben«), der ihr Selbstverständnis, reflexiv und ideologiekritisch zu sein, untermauern soll. Sich mit den dort formulierten analytischen Konzepten, Differenzierungen und Systematisierungen (die

m.E. zum Teil inhaltlich fragwürdig sind) auseinanderzusetzen, würde der feministischen Hausarbeitsdebatte theoretisch gut tun und sie jener Praxis näher bringen, deren Komplexität sie bisher nicht befriedigend erfaßt hat.

In dieser Hinsicht bietet Band II weniger Anreize, weil seine Themenstellung und sein Autorenteam heterogener sind. Er vermittelt einen guten Überblick über die vielfältigen Forschungsinteressen, die sich auf den Privathaushalt richten, deren ideologischen Hintergrund und sachlich-inhaltlichen Ertrag. So ist der Haushalt aus der Perspektive der Kommerziellen Markt- und Sozialforschung vorwiegend der »Ort«, an dem sich das ebenso diffuse wie konjunkturbestimmende Konsumklima herausbildet und sich der Wertewandel zu neuen Lebensstilen verdichtet. Ebenso wenig tiefeschürfend, aber flächendeckend ist der Beitrag der amtlichen statistischen Berichterstattung zur Haushaltsforschung, der aber doch einige der zirkulierenden vagen Vermutungen zu neuen Lebensformen zurechtrückt: Quantitativ sind Einkommenshaushalte, Haushalte von Alleinerziehenden und sogenannte »Ehen ohne Trauschein« mit Kind(ern) noch unbedeutend. Auffällig sind jedoch die Zuwachsraten, die auf sozialen Wandel hindeuten. Der m.E. wichtigste Beitrag dieses Bandes von Heinrich Lützel, »Private Haushalte im makroökonomischen Nachweis«, behandelt die auch von feministischer Seite (und vom Deutschen Hausfrauenverband) erhobene Forderung nach Miteinbeziehung der Leistungen privater Haushalte in das Sozialprodukt und damit in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Pro- und Contra-Argumente werden sehr übersichtlich ausgebreitet, so daß sich jede(r) einen eigenen Standpunkt auf diesem relativ komplizierten Sachgebiet erarbeiten kann.

Es ist sicher kein Zufall, daß sich in beiden Bänden hin und wieder unfreiwillig aufschlußreiche Stilblüten finden, so wenn etwa von der Familie als der »kleinsten Zelle« die Rede ist oder vom Haushalt als dem »Atom des Konsums«, oder wenn die Herausgeberin ebenso gestelzt wie verräterisch formuliert: »Jeder lebt in Haushalten und weiß sich ihrer zu bedienen.« Diese Formulierungen sind leider in der Tat geeignet, den gesamten Gegenstandsbereich der Haushaltswissenschaft ins Lächerliche zu ziehen, doch das wäre eine m.E. ganz falsche Reaktion. Die feministische Frauenforschung hat die Hausarbeit enttrivialisieren und könnte vom haushaltswissenschaftlichen Diskurs lernen. Umgekehrt wäre aber nur sie auf Grund ihres geschärften Problembewußtseins in der Lage, die Mängel dieses Diskurses angemessen zu kritisieren. Das Hauptmanko der Haushaltswissenschaft ist zweifellos, daß sie den gesellschaftlichen Zwangszusammenhang der Zuordnung der *Frauen* zur Hausarbeit in allen seinen Konsequenzen für Sozialstatus und Persönlichkeit ausblendet. Es finden sich allerdings in beiden Bänden die üblichen Forderungen nach gleicher Beteiligung der Geschlechter an der Hausarbeit. Haushalt und Familie werden zu Sphären freien Aushandelns der Bedürfnisse umgedeutet, was die strukturellen Machtunterschiede, Abhängigkeit etc. völlig ignoriert. Dennoch hat die in der Haushaltswissenschaft übliche Trennung von *Arbeit* und *Person*, die quasi geschlechtsneutrale Behandlung haushaltstechnischer Fragen auch positive Aspekte. Sie schützt vor der Verknüpfung von Haushaltsfunktionen mit einem angeblich darauf eng bezogenen »weiblichen Arbeitsvermögen«. Das so wirkmächtig konstruierte Passungsverhältnis zwischen bestimmten Tätigkeiten (Hausarbeit) und einem Sozialcharakter (Weiblichkeit) wird zumindest wissenschaftlich-theoretisch außer Kraft gesetzt. Was in der Haushaltswissenschaft allein ganz sicher nicht geleistet werden kann, ist eine Thematisierung des Zusammenhangs von (Haus-)Arbeit, Geschlecht und Macht.

Claudia Weber (Tübingen)

Landau, Kurt (Hrsg.): Der Wert der Haushaltsarbeit. Definitionen und Bewertungsverfahren. Lexika-Verlag, München 1990 (202 S., br., 32,- DM)

1985 hatte die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (DGH) einen Arbeitskreis initiiert, der »unter Federführung« des Herausgebers das Ziel verfolgte, »einheitliche Begriffsdefinitionen als Grundlage der Bewertung der Haushaltsarbeit zu entwerfen« (10). Erste Ergebnisse enthält der vorliegende Band. Im ersten Teil (15-71) werden Definitionen von z.B. Haushaltsfunktion, Lebensstandard, Hausarbeit, Beziehungsarbeit u.v.a. vorgestellt, indem deren Gebrauch in verschiedenen haushalts-, ernährungswissenschaftlichen und konsumökonomischen Veröffentlichungen referiert und auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin diskutiert wird. Dieser lexikalische Teil offenbart, wie eine in ihrer Begrifflichkeit und in ihren Paradigmen (ge)sicher(t)e Disziplin bislang ausgesparte Lebensbereiche und Erfahrungen von Frauen integriert. Die Begriffe klingen hölzern. Das wirkliche Leben, Interessen von Männern und Frauen, Macht- und Ohnmachtsbeziehungen, die gerade in bezug auf Hausarbeit und deren Verteilung zwischen den Geschlechtern von Bedeutung sind, bleiben ausgespart. Zu beobachten ist auch die nahezu vollständige Nichtberücksichtigung der feministischen Hausarbeitsforschung. Mit Ausnahme von Kontos und Walser (... *weil nur zählt, was Geld einbringt*, Gelnhausen 1979), die zu Beziehungsarbeit zitiert werden, werden weder im Text noch in der Literaturliste Thesen und Vorschläge der feministischen Forschung aufgegriffen. Dies sollte feministische Forscherinnen jedoch nicht dazu verleiten, es ebenso zu machen und die Arbeiten der Neuen Haushaltsökonomik zu ignorieren. Vielmehr sollte geprüft werden, welche Ergebnisse für eine gerechtere gesellschaftliche Organisation der Haus- und Reproduktionsarbeit zu nutzen sind.

Im zweiten Teil werden verschiedene Verfahren zur Berechnung des Wertes der Hausarbeit vorgestellt. Alle AutorInnen stimmen darin überein, daß die privaten Haushalte einen wesentlichen Beitrag zur »Sicherung der materiellen und immateriellen Bedarfsdeckung« (9) leisten und es daher ein Unrecht ist, daß diese Arbeit immer noch als sozial nachrangig gilt. Die Folgen, die diese Nachrangigkeit für die Menschen hat, die diese Arbeit verrichten – zu 90 Prozent sind es europaweit Frauen –, bleiben auch hier ausgeblendet. Die Bewertungsverfahren wurden ausnahmslos entwickelt, um den streitenden Parteien vor Gericht (Ehemann und z.B. Haftpflichtversicherung) eine Berechnungsgrundlage für den Schadensersatz beim Aus- oder Wegfall einer Hausfrau zu liefern: Wie hoch muß die Entschädigungssumme sein, um die Arbeit einer z.B. durch einen Unfall getöteten Hausfrau und Mutter ersetzen zu können? Hier werden sieben Berechnungsverfahren referiert, die im wesentlichen auf drei Grundherangehensweisen basieren: 1. dem sogenannten Opportunitätsansatz, bei dem vorgeschlagen wird, die haushaltsführende Person nach ihrem Preis als Erwerbsperson zu bezahlen; danach erhalte z.B. eine Juristin einen höheren Stundenlohn für Hausarbeit als eine Friseurin oder eine Montagearbeiterin; 2. dem summarischen Marktkostenansatz, bei dem die Haushaltsarbeiten mit dem Lohn belegt werden, den eine Haushaltshilfe oder Wirtschaftlerin erhält, wenn sie ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkauft; 3. dem analytischen Marktkostenansatz, bei dem die im Haushalt anfallenden Arbeiten zergliedert und dann anteilig die entsprechenden Erwerbsarbeitstarife (z.B. 2 Stunden täglich das Erzieherinnengehalt, 1 Stunde das der Hauswirtschafterin usw.) addiert werden, um das Gehalt der Hausfrau zu ermitteln.

Alle AutorInnen stehen dem Opportunitätskostenansatz ablehnend gegenüber und sind bemüht, Methoden zu erarbeiten, die die Besonderheit des einzelnen Haushaltes berücksichtigen, zugleich jedoch auch für Laien verständlich und anwendbar

sind. Die meisten Beiträge beschränken sich auf eine oft an konkreten Beispielfällen durchgespielte Darstellung ihres Ansatzes. Allein Barbara Watz unternimmt den Versuch, die Überlegungen zur Bewertung der Hausarbeit in einen größeren Rahmen zu stellen. Sie erinnert daran, daß »Haushaltsarbeit als verdeckte Frauenarbeit« (176) eine zentrale Kategorie in Theorie und Politik der Frauenbewegung gewesen sei, mag sich aber den Forderungen der Frauen nach mehr Technisierung, nach Abschaffung, Umverteilung zwischen den Geschlechtern oder sogar Vergesellschaftung der Hausarbeit nicht anschließen. Vielmehr sieht sie einen Widerspruch darin, daß einerseits die Wichtigkeit der Hausarbeit betont und andererseits danach gestrebt werde, diese loszuwerden. Kritik äußert Watz auch am reduzierten Verständnis von Hausarbeit, das allen Berechnungsverfahren zugrundeliege: »Die quantitative Analyse überwiegt die qualitative« (180). Entsprechend der Vorgaben der Rechtsprechung werde nur der materiell faßbare Schaden einbezogen. Sie geht dann auf Schwierigkeiten ein, diese materielle Entschädigung tatsächlich auch zu bekommen. In der Regel gelinge es den Versicherungen, die Ersatzansprüche auf Null herunterzudrücken, indem z.B. »der Wegfall der Unterhaltsleistungen beim Tod der Hausfrau«, »die rechtliche Festsetzung der Mithilfe von Haushaltspersonen« oder die »Familienunterbringung der Waisen« (vgl. 188f.) als Haushaltsarbeit reduzierende, also die Haushaltskosten verringern, Aspekte in Rechnung gestellt werden. Watz plädiert dafür, die Bewertung der Hausarbeit ihrer eigenen Disziplin, der Haushaltswissenschaft, zu überlassen und nach deren Gutachten zu verfahren. Ihr Resümee: »Wir werden uns etwas einfallen lassen müssen, um die Haushaltsarbeit, die Familientätigkeit auch in ihrem wirtschaftlichen Wert zu bewerten und aufzuwerten, so daß derjenige, der sie unentlohnt übernimmt, zumindest sich nicht als Verzichtsperson erlebt, die dann auch noch im Alter zum Sozialhilfempfänger wird« (190). Die Entwicklung von Veränderungsstrategien wird den LeserInnen überlassen.

Sünne Andresen (Berlin)

Königswieser, Roswita, Ulrike Froschauer, Barbara Klipstein, Ursula Schaub und Monika Veith: Aschenputtels Portemonnaie. Frauen und Geld. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1990 (160 S., br., 24,- DM)

Das Thema gewinnt in der Frauenbewegung zunehmend an Bedeutung. Gestritten wird darum, ob Frauen ebenso nach Geld streben sollten wie Männer oder ob sie nicht vielmehr für eine ganz andere, herrschaftsfreie, vielleicht sogar geldlose Gesellschaft eintreten sollten. Königswieser u.a. konzentrieren sich auf die Ausleuchtung des *individuellen* Verhältnisses von Frauen zu Geld.

Zum Einstieg führten sie mit einer sehr heterogenen Gruppe von 25 Frauen im Alter von 25 bis 60 Jahren »unstrukturierte, systematisch orientierte Einzelinterviews« (17) zur Frage des Umgangs mit Geld. »Sechs waren unverheiratet, sieben verheiratet, elf geschieden und eine verwitwet; dreizehn hatten Kinder« (18). Acht Frauen hatten beruflich mit Geldentscheidungen zu tun, zehn übten andere Berufe aus, sieben waren vom Ehemann oder Freund ökonomisch abhängig. Bei der Auflistung der Angaben spielen diese sozio-ökonomisch unterschiedlichen Hintergründe keine Rolle mehr. Dabei wäre doch gerade der Zusammenhang zwischen Einkommen und Konsumverhalten interessant gewesen. So erfahren die LeserInnen im Kapitel »Wofür Frauen Geld ausgeben« nur unbefriedigend Allgemeines: für Wohnen, Essen, Kleidung, Kosmetika, Geschenke, für persönliche und berufliche Bildung. Häufiger als Männer sparen Frauen, etwas auf der »hohen Kante« zu haben, gibt ihnen ein Gefühl der Sicherheit.

Im zweiten Kapitel werden »Strategien, zu Geld zu kommen« diskutiert. Als alter-

native »Geldquellen«, zwischen denen Frauen wählen (können), werden Beruf und Heirat bzw. Familiengründung problematisiert. Die Nachteile von beiden Wegen sind bekannt: Frauen haben »schlechtere Ausgangspositionen ... gegenüber männlichen Arbeitskollegen bei der Geldbeschaffung im Erwerbsleben« (37), aber auch die finanzielle Absicherung durch Heirat ist unsicher geworden, denn die Arbeitslosigkeit steigt auch bei Männern, und die Scheidungsraten sind unvermindert hoch. Auf die Frage, wieviel Autonomie bzw. Abhängigkeit oder Verfügung bzw. Nichtverfügung über Geld mit der »Wahl eines bestimmten Lebensmodells« für Frauen verknüpft ist, gehen die Autorinnen im 4. Kapitel ein. Durchgespielt werden die Vor- und Nachteile des Lebensmodells der »Nur-Hausfrau«, der kinderlosen berufstätigen Karriere-Frau, der selbständigen Frau und der berufstätigen Mutter, die in einer sogenannten »neuen Partnerschaft« mit egalitärer Aufgabenteilung lebt. Da die Bedingungen, die zur Realisierung des einen oder anderen Modells Voraussetzung sind – z.B. erfordert die unternehmerische Selbständigkeit eine entsprechende Qualifikation und ein Startkapital –, zwar benannt werden, jedoch kein Weg aufgezeigt wird, wie sie herzustellen wären, bleiben die Überlegungen unbefriedigend abstrakt, wenn sie nicht sogar die Ideologie der Wahlfreiheit kolportieren.

In »Die Symbolik des Geldes« wird der Versuch unternommen, tieferliegende Bedeutungen von Geld zu erfassen. Verwunderlich ist, daß hier Offensichtliches als symbolisch und tieflegend behauptet wird: »... daß Geld Macht, Potenz, Liebe, Lebensfreude und Sicherheit symbolisiert.« (84) Als unterschiedlicher Zugang zu Geld für Männer und Frauen wird behauptet: »Im Geld kommt das messende, wägende, männliche, rechnerische, exakte Wirtschaftsleben der Neuzeit zutage.« (86) »Da Frauen ganzheitlicher denken und fühlen als Männer ... und eher konkrete Personen und Objekte emotional besetzen, äußern viele Gesprächspartnerinnen Desinteresse oder Ablehnung gegenüber Zahlen und Geld an sich, wenn es nicht mit konkreten Lebensbedürfnissen verbunden ist ...« (87) Diese weibliche Gleichgültigkeitshaltung, auch Abwehr, sich mit Gelddingen beschäftigen zu sollen, wird von den Autorinnen moralisch höher bewertet als der männliche Umgang. In dieser eindeutigen Zustimmung wird die Widersprüchlichkeit einer solchen Haltung und deren Funktionalität für die bestehenden Produktions- und Geschlechterverhältnisse nicht deutlich. Es zeigt sich im Dargestellten doch die alte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Geld interessiert Frauen nur insoweit, als es vorhanden und zur Befriedigung von Lebensbedürfnissen verfügbar ist, Geld so zu verwenden, entspricht der Aufgabe, die ihnen als Hausfrauen, Mütter und Konsumentinnen gesellschaftlich zugewiesen ist. Die Seite der Beschaffung wird traditionell den Männern überlassen.

In der uneingeschränkten Parteinahme für die größere Distanz von Frauen zu Geldgeschäften der Autorinnen kommt dieser Hintergrund zu kurz. So bleibt auch unklar, wie Frauen gegen diese Arbeitsteilung angehen können, die letztlich auch Ursache der »Weiblichkeit der Armut« ist. Ein erster Schritt wären Informationen darüber, wie Frauen ihre Handlungsfähigkeit innerhalb der bestehenden Geldverhältnisse erhöhen können: Wie beantragen sie Steuerrückzahlungen, Wohngeld und andere staatliche Zahlungen, die sie brauchen, wenn sie ökonomisch unabhängig von Männern leben wollen? Statt das Verhalten von Frauen umstandslos als menschlicher und zukünftiger zu behaupten, sollten wir genau prüfen, welche Barrieren überwunden werden müssen, damit dieses Verhalten nicht nur zu Benachteiligungen von Frauen führt, sondern allgemein werden kann. Sünne Andresen (Berlin)

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hrsg.): Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse – Frauen in der Weltwirtschaft. edition con, Bremen 1989 (330 S., br., 26,- DM)

Mit dem Reader stellen sich Gesellschaftswissenschaftlerinnen verschiedener Fachrichtungen zum ersten Mal als Gruppe einer größeren Öffentlichkeit vor. Anlaß für sie, sich mit dem Thema Weltwirtschaft und Frauen zu beschäftigen, war die IWF-Tagung 1988 in Berlin und der Versuch, die Verschuldungskrise in der Dritten Welt nicht nur als eine Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern als eine »umfassende soziale Reproduktionskrise, die die Überlebensbedingungen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung immer mehr beeinträchtigt« (280), zu diskutieren und das Thema Frauen in der Weltwirtschaft »auch nach dem IWF Kongreß für uns weiter zu verfolgen« sowie »die bisher von Frauen erarbeiteten Ansätze und Materialien fragmenthaft zusammenzubringen« (9).

Der theoretische Anspruch der Gruppe ist hoch: eine feministische Wirtschaftstheorie, worunter die Autorinnen einen marxistisch orientierten Erklärungsansatz internationaler Wirtschaftszusammenhänge aus feministischer Sicht verstehen, zu entwickeln und zugleich einen Anknüpfungspunkt für die Zusammenarbeit von autonomer Frauenbewegung und Frauen aus der Solidaritätsbewegung zu formulieren (8).

Diesen Anspruch einzulösen, gelingt nicht: Primär nicht etwa deshalb, weil das Buch nur Teilaspekte behandelt, sondern weil theoretisch unbegründet bleibt, warum welches Thema und welche Fragestellung behandelt wird und wo Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Themen von den Herausgeberinnen vermutet oder unterstellt werden. Deswegen ist vermutlich enttäuscht, wer einen theoretischen Entwurf zum Thema Frauen in der Weltwirtschaft erwartet. Empfehlenswert und lesenswert ist dieses Buch aber dennoch bei der gezielten Suche nach Teilaspekten zum Thema und weil es in einzelnen Aufsätzen gelingt, Fragen, die in der Frauenbewegung diskutiert werden, mit Fragestellungen zu konfrontieren, die aus einer marxistisch orientierten Kapitalismusanalyse kommen.

Im ersten Teil, der wohl als theoretische Grundlage gedacht war, formuliert Anja Ruf (»Der Zugang von Frauen zur Weltwirtschaft«) die These, daß die Entstehung des Privateigentums sich weltgeschichtlich auf die Unterwerfung des weiblichen Geschlechts gründet. Ohne die Ausbeutung der produktiven Arbeit von Frauen und die Aneignung der von ihnen geschaffenen Werte durch Männer hätte, ihrer Meinung nach, das Privateigentum nicht entstehen können (24f.). Leider versucht Ruf nicht aufzuzeigen, welche Zusammenhänge in den heutigen Industriegesellschaften oder in der Dritten Welt mit ihrer Hypothese neu gesehen werden könnten. So entsteht der vielleicht unberechtigte Eindruck, daß es ihr mehr um abstrakte Ableitungen geht und weniger um konkrete Erklärungen oder um die Entwicklung neuer Fragestellungen. Neue Argumentationen bringt der Text von Sushila Gidwani. Sie versucht, die finanziellen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf Frauen zu betrachten, wobei sie nicht falsch verallgemeinernd nach »den« Frauen schlechthin fragt, sondern differenziert nach sozialen Ungleichheiten in kapitalistischen Industriegesellschaften und in den Ländern der Dritten Welt. Lydia Potts untersucht, inwieweit ein Weltmarkt für Arbeitskraft existiert und welche Konsequenzen die Strukturen des Weltmarkts für weibliche Arbeitskräfte haben. Sie bearbeitet diese Frage, indem sie die Entwicklung der Arbeitskräfteemigration analysiert. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß diese Migration historisch bis zu den verschiedenen Kolonialepochen zurückreicht. Der Aufsatz faßt den entsprechenden Abschnitt ihrer 1988 veröffentlichten

Arbeit »Weltmarkt für Arbeitskraft« übersichtlich zusammen und ergänzt ihn zum Teil.

Im zweiten Kapitel werden empirisch orientierte, sogenannte Regionalstudien aus Asien, Afrika und Lateinamerika vorgestellt. Vicky Corpus aus der philippinischen Frauenbewegung GABRIELA berichtet über »Frauen, Verschuldung und Entwicklung«. Beiträge wie dieser, der Hintergrundinformationen gibt und versucht, Zusammenhänge zu erklären, sind meiner Ansicht nach sehr wichtig für theoretisch orientiertes Arbeiten über Frauen in der Weltwirtschaft. Wer über die Philippinen forschen will, findet hier einiges Material. Ähnliches gilt für die beiden anderen Studien: Gabriele Zdunek schreibt über die sozio-ökonomische Situation von Frauen in nigerianischen Städten und Doris Jäger/Gerborg Meister über Brasilien. Sie zeigen die ökonomische Entwicklung Brasiliens in der Zeit der Militärdiktatur und des sogenannten brasilianischen Wirtschaftswunders unter dem Vorzeichen der Chicago-Boys-Politik und die Konsequenzen dieser Politik bei der Integration von Frauen in den brasilianischen Arbeitsmarkt. Eine eindringliche Beschreibung der Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen in zwei großen brasilianischen Paranaufabriken schließt den Bericht ab. Warum diese Beiträge gewählt wurden und inwieweit sie für die Probleme der Kontinente insgesamt stehen, wird weder von den Herausgeberinnen gesagt noch kann es unterstellt werden.

Der dritte und umfangreichere Teil befaßt sich ausschließlich mit der (alten) BRD und – bis auf eine Arbeit – mit Frauen in der BRD. Eine Antwort auf die Frage, welche Bedeutung dieser Teil für das gesamte Thema hat, habe ich erst in der am Ende des Buches abgedruckten Auswertung der Diskussion innerhalb der Herausgeberinnengruppe gefunden: »Die Situation in den verschuldeten und verelendeten Ländern der Peripherie ist nur die eine Seite der Medaille, die die Gewinner des Weltwirtschafts- und -finanzspiels in ihren Händen halten. Die andere Seite betrifft uns hier in den Industrieländern ... Das System der Weltwirtschaft hat auch seinen Preis, seine Auswirkungen, seine eigenen, von den Bedingungen in der Peripherie unterschiedlichen Prozesse von Segmentierung der Gesellschaft und materieller, kultureller und emotionaler Verarmung von immer mehr Menschen bei uns.« (Ingrid Schneider/Elke Sirowy, 285) Nicht alle Arbeiten im entsprechenden Abschnitt des Buches lösen diesen Anspruch ein. Ein Beitrag, der aber in diese Richtung geht und Neues dem Bekannten hinzufügt, ist m.E. der Text von Barbara Ketelhut (»Familienfesseln«), der das System sozialer Sicherung von Frauen in der (alten) BRD kritisch unter die Lupe nimmt. Auf dem Hintergrund der Übertragung dieses sozialen Sicherungssystems auf die neuen Bundesländer gewinnt der Text an Aktualität. Dies gilt auch für die beiden Berichte zum Thema Bäuerinnen und zu den Folgen der EG-Integration für Frauen (vgl. Ruth Kleinöder sowie Annette Goerlich/Margret Kranich).

Der vierte Teil thematisiert an Hand von Selbstzeugnissen, Protokollen, Flugblättern etc., die von Frauenorganisationen in der Dritten Welt und in der BRD herausgegeben wurden, unterschiedliche Ansätze und Aspekte des weit gefaßten Themas »Kritik-Gegenwehr-Forderungen-Alternativen« (217ff.). In diesen zum Teil aufschlußreichen Dokumenten geht es z.B. um selbstverwaltete Betriebe, Mythen des Feminismus, die Lebenssituation von Frauen in Limas Elendsvierteln, um eine Projektevaluierung von Terre des Hommes zu Volksküchen in Peru, um die Stellungnahme »Frauen gegen Gewalt« von den Philippinen und ein Hamburger Flugblatt gegen Sextourismus und Frauenhandel. Am Schluß stehen Claudia von Braunmühls Analyse der deutschen Entwicklungspolitik und eine zusammenfassende Auswertung der sechsjährigen Diskussion in der Herausgeberinnengruppe.

Den Anhang bildet eine kommentierte Zusammenstellung von Adressen nationaler und internationaler Frauenorganisationen und Frauen-Netzwerken. Für alle, die sich in das Thema Dritte Welt und Frauen einmischen wollen, ist dies eine nützliche Informationsquelle. Die grundsätzlichen Schwierigkeiten ihres Buchprojekts wurden von den Herausgeberinnen zum Teil selbst gesehen. Sie mußten sich zuerst einmal Grundkenntnisse in Ökonomie aneignen und sie stellten fest, »daß wir mit unserer Arbeit Neuland betreten hatten« (8); das Ganze hat fragmentarischen Charakter (9). Dem Wunsch der Herausgeberinnen, daß »die Diskussion in der Frauenbewegung zum Thema Ökonomie« (10) vorgebracht werde, kann ich mich nur anschließen.

Gisela Hänel-Ossorio (Darmstadt)

**PODIUM
PROGRESSIV**

Sebastian Reinfeldt

**Rassismus:
Die unsichtbare
Gewalt**

64 Seiten, DM 3.-

**PODIUM
PROGRESSIV**

*Manon Tuckfeld/
Jens Christian Müller*

**Kritik der Theorie
eines ökologischen
Kapitalismus**

76 Seiten, DM 5.-

**LILI
Korrespondenz**

Monatszeitschrift

**Was in der taz
nicht steht,
steht hier**

Probeexemplar
anfordern

Bestellungen an: PDS Rheinland-Pfalz/Linke Liste, Postfach 3346, 6500 Mainz

die horen

Herausgegeben von
Kurt Morawietz



Zeitschrift für Literatur, Kunst und Kritik

„Größte und wichtigste Literaturzeitschrift in deutscher Sprache“ (NDR). „Wichtigste Kulturzeitschrift“ (Aspekte/ZDF). „Eine Publikation von internationalem Format und Ruf“ (Börsenblatt des Deutschen Buchhandels). Alfred-Kerr-Preis 1980 und 1988.

„Konkurrenzlos auf der ganzen Strecke zeitgenössischer Literatur“ (Die Weltwoche, Zürich). „Ein Stachel ins Hirn des belletristischen Lesers (DIE ZEIT). „Eine der wenigen Literaturzeitschriften, die es geschafft haben, Qualität und Dauer zu vereinen“ (Frankfurter Rundschau). „Eine der gescheiterten und konsequentesten unter den Zeitschriften in Deutschland“ (Times, London).

„Die einzige Zeitschrift ihrer Art, die zu einer ernsthaften Konkurrenz der fest etablierten Zeitschriften großer Verlage geworden ist“ (Die Tat, Zürich). „Nichts von der Stange, richtig was zum Lesen“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt).

JETZT IM 36. JAHRGANG. Mit inzwischen mehr als 160 Ausgaben: Literatur & Politik. Wirklichkeit & Visionen. Ästhetik & Utopie. Poesie & Geschichte. Heimat & Exil. Klassik & Moderne. Von Büchern & Menschen. Vergessene Autoren. Formen des Widerstands. Literatur als Gedächtnis der Welt. Motto: „Man muß die Leute inkommodieren, ihnen ihre Behaglichkeit verderben, sie in Unruhe und Erstaunen setzen“ (Friedrich Schiller).

«die horen»
im Wirtschaftsvorlag

nw

Verlag für neue Wissenschaft GmbH
Postfach 10 11 10
2850 Bremerhaven 1

Jahresabonnement
(4 Bände): DM 48,-;
Einzelausgabe
(jeweils ca. 220 Seiten): DM 15,-,
Doppelband: DM 19,80,
zzgl. Versandkosten



VerfasserInnen

A: = Arbeitsgebiete, V: = Veröffentlichungen, M: = Mitgliedschaften

Andresen, Sünne: siehe *Argument* 185

Badenberg, Nana, 1964; Studium der Lateinamerikanistik, Kunstgeschichte, Germanistik an der FU Berlin. A: Lateinamerikanische Kunstgeschichte, Visuelle Kommunikationsformen in Mexiko

Bauernfeind, Claudia; Studium der Psychologie an der Universität München. A: Frauen- und Mädchenforschung

Bialas, Wolfgang: siehe *Argument* 186

Brie, Michael, 1954; Prof.Dr.sc.phil., Hochschullehrer am FB Sozialwiss. der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Wer ist Eigentümer im Sozialismus?* (1990); *Umbruch zur Moderne?* (Mithrsg., 1990); *Let's play Golf. Die Welt im Widerstreit* (Hrsg., 1991). A: Sozialphilosophie, Sozialforschung

Demirović, Alex: siehe *Argument* 185

Engelberg, Achim, 1965; Student der Theaterwissenschaft und Geschichte an der Humboldt-Univ. Berlin

Ertl, Wilfried, 1952; Dr.oec., Wiss. Mitarb. am FB Sozialwissenschaften der Humboldt-Univ. Berlin. A: Politische Ökonomie, Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft, Ökonomie/Ökologie

Fallschessel, Helmut: siehe *Argument* 185

Flaig, Maria, 1965; Studium der Psychologie an der Univ. München. A: Frauen- und Mädchenarbeit; Sucht; Weiblichkeit im Patriarchat

Franke, Astrid, 1968; Studium der Anglistik und Biologie in Berlin und Edinburgh. A: Cultural Studies

Götze, Karl-Heinz, 1947; Dr.phil., Lektor an der Univ. Nizza; Redakteur des *Argument*. V: *Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz* (1980). A: Gegenwartsliteratur, Literatur des 19. Jh.; Geschichte der Germanistik

Jáuregui Bereciartu, Gurutz, 1946; Prof. für politisches Recht an der Universidad del País Vasco-Euskal Herriko Unibertsitatea. V: *Ideologia y estrategia política de ETA. Análisis de su evolución entre 1959 y 1968* (1985)

Hänel-Ossorio, Gisela, 1936; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. am Inst. für Soziologie der TH Darmstadt. V: *Frauenbewegung in der Welt*. Bd. 2: Dritte Welt, AS 170 (Mitred., 1989). A: Sozial- und Klassenstruktur, Sozialplanung/Stadtplanung, Entwicklungsländer

Hanisch, Ludmilla, 1947; Dr.phil.; Sozialarbeiterin. A: Theorie und Praxis der kolonialen Expansion; Soziale Umstrukturierung in Nordafrika; Geschichte der Orientforschung im 20. Jahrhundert

Haug, Frigga: siehe *Argument* 187

Hess, Andreas: siehe *Argument* 185

Honold, Alexander: siehe *Argument* 186

Jameson, Fredric, 1933; Prof. f. vergl. Literaturwissenschaft an der Duke-University. V: *The Political Unconscious* (1981); *Signatures of the Visible* (1990); *Late Marxism. Adorno or the Persistence of Dialectic* (1991)

Jünger, Jürgen, 1951; Dr.oec., Wiss. Mitarb. im FB Sozialwissenschaften an der Humboldt Univ. Berlin. A: Politische Ökonomie; Transformationsprobleme; Wirtschaftsethik; ök.-technologische Probleme

Kaltenecker, Stegfried, 1965; M.A., Studium der Theater- und Filmwissenschaft an der Univ. Wien und Frankfurt. V: *Das Ensemble der Verhältnisse* (1991); *Wir sind alle funktionale Elemente des Kanals* (1991); *Männerzeitung* (Mithrsg./Mitautor 1991). A: Filmtheorie, Kultur- und Medienpolitik, Wissenschaftskritik. M: Gesellschaft für Kultur-Wissenschaft

Kandziora, Ewald, 1960; M.A., M.A.I.A., Doktorand an der FU Berlin. A: Gesellschaftspolitische Aspekte der Ost-West-Beziehungen, Perspektiven der westeuropäischen Linken, West-Ost-Süd-Beziehungen, Ökologie und Ökonomie, Technologiepolitik

Kaufhold, Roland, 1961; Sonderschullehrer und Sozialpädagoge. V: *Bruno Bettelheim und der »Mythos« der Schuldfrage* (1988); *Maud Mannoni: Diskurs mit dem Subjekt* (1989). M: GEW, Robin Wood

Klinger, Gerwin, 1955; Studium der Philosophie an der FU Berlin. V: *Deutsche Philosophen 1933*, AS 165 (Mitautor, 1989)

Kramer, Sven: siehe *Argument* 186

Krütke, Michael, 1949; Dr. phil., Prof. f. Politische Ökonomie an der Univ. Amsterdam. V: *Kritik der Staatsfinanzen* (1984); *Wege aus der Krise des Fordismus* (Hrsg., 1990). A: Sozialpolitik, Finanzpolitik, Polit. Ökonomie

Laugstien, Thomas: siehe *Argument* 185

Mackenbach, Werner: siehe *Argument* 185

Meyer-Siebert, Jutta, 1947; Pädagogin, Dipl.-Psychologin. V: *Küche und Staat*, AS 180 (Mitautorin, 1988); *Die andere Angst*, AS 1984 (Mitautorin, 1991). A: Weibliche Vergesellschaftung und spezifische politische Handlungsfähigkeit

Mürner, Christian: siehe *Argument* 187

Possekel, Ralf; Dr.phil., Wiss. Mitarb. am Inst. f. Dt. Geschichte Berlin (ehemals Akademie der Wiss. der DDR). A: Geschichtsmethodologie

Schaaf, Helmut, 1957; Arzt. V: Bücherliste Lateinamerika. A: Nicaragua

Schmid, Josef: siehe *Argument* 185

Schmid, Ulrich, 1962; Dipl.-Medienberater, Wiss. Mitarb. an der TU Berlin. M: Medienwissenschaft

Sölle, Dorothee, 1929; lebt in Hamburg als Schriftstellerin und hat seit 1975 eine Professur am Union Theological Seminary, New York. V: *Anfragen feministischer Theologie*, in: *Argument* 129 (1981); *Aufrüstung tötet auch ohne Krieg* (1982); *Christentum und Postmarxismus*, in: *Argument* 156 (1986); *Frauen in Nicaragua*, in: *Argument* 159 (1986); *Das Fenster der Verwundbarkeit* (1987); *Zivil und Ungehorsam. Gedichte* (1990)

Spielmann, Ellen, 1958; M.A., Wiss. Mitarb. am Lateinamerika-Institut, FU Berlin. A: Brasilianische Kultur, Feministische Theorie

Vogl, Jörg-Michael: siehe *Argument* 186

Watzlawczik, Gerd Uwe, 1956; Dipl.-Soz., Doktorand, wiss. Mitarb. an der Univ. München, Lehrbeauftragter an der Bayr. Beamtenfachhochschule. V: *Soziologie des Wohnens* (Mitautor, 1981); *Innovative Verwaltungsarbeit* (Mitautor, 1986). A: Arbeits- und Berufssoziologie; Staats- und Verwaltungstätigkeit; Stadtsoziologie

Weber, Claudia, 1947; Dr. Phil., Soziologin. V: *Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie* (1982). A: Industriesoziologie, Geschichte der Frauenarbeit, Japan

Weber, Klaus, 1960; Dipl.-Psych.. V: *Zur Geschichte des Psychol. Instituts München* (Mitautor 1989); *Psychiatrie in der Konkurrenzgesellschaft* (Mitautor 1990). A: Psychologiegeschichte, Neue Rechte. M: GEW, VVN

Weber, Thomas; Doktorand, Redakteur des *Argument*. V: *Deutsche Philosophen 1933*, AS 165 (Mitautor, 1989). A: Benjamin, Ideologietheorie

Weinbach, Heike, 1960; Doktorandin

Weishaupt, Sabine, 1962; Studium der Soziologie an der Univ. München. A: Mediendidaktik, Soziale Ungleichheit, Geschlechterfrage, Industrie- und Betriebssoziologie

Zelle, Carsten, 1953; Dr.phil., wiss. Angestellter an der Univ.-GH Siegen. V: *»Angenehmes Grauen«. Literaturhistorische Beiträge zur Ästhetik des Schrecklichen im achtzehnten Jahrhundert* (1987). A: Allg. Literaturwissenschaft, Ästhetiktheorie, 18. Jh. M: DGE 18. J.

blätter des IZSW

174 '91

Äthiopien: Triumph der Befreiungsbewegungen. Bewölkte Aussichten für die Oromo Elfenbeinküste: Demokratisierung á la Weltbank

Türkei: Neues Antiterrorgesetz

Iran: Zaghafte Normalisierung

Mittlerer Osten: Sieger und Verlierer des Golfkrieges

Palästina: Interview mit dem Arafat-Berater Khaled al Hassan

Chile: Interview mit Guillermo Sherping (KP Chile)

Guatemala: Die ersten 100 Tage der Regierung Serrano

Peru: »Die Cholera stellt unsere Armut bloß« (Interview)

Asyl: Ausgrenzung von rechts bis links

Tagungsberichte, Rezensionen

Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 6 DM, Jahresabo 48 DM (erm. 38 DM), Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 7800 Freiburg i. Br.

3 '91

Transformationsprozesse in Europas Ökonomien

St.Collignon: Chancen und Risiken einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

K.Hübner: Europas Ökonomien im Umbruch. Einige Arbeitshypothesen

K.Blum: Vom gescheiterten zum nachholenden Fordismus?

D.Dathe: Die deutsche Wiedervereinigung Staats- und Marktversagen?

W.Danilow-Daniljan: Neue Gefahren ökonomischen Romantismus

F.Heider/M.Mevisen: Selbstverwaltete Betriebe zwischen Ökonomie und Politik

H.Thie: Umbrüche in Osteuropa: Wahrnehmungen und Bewertungen in den USA

E.Berndt: Japanische Sichten auf den Umbruch in Mittel- und Osteuropa

M.Robbe: Was wird nach dem Ost-West- aus dem Nord-Süd-Konflikt?

Meinungen und Debatte

U.Hedtke: Theorie und Empirie. Bemerkungen in der Marxdebatte

E.Lutz: Erster Versuch einer Näherung an das Problem der individuellen Moralkonversion unter den Bedingungen eines gravierenden gesellschaftlichen Wertwandels

H.Pätzolt: Minorität, Mentalität und Mandat

G.Wirth: Über Alternativen

U.Jahnke: NachFisch

Rezensionen

Hrsg. vom Verein Berliner Debatte INITIAL e.V., Otto-Nuschke-Str. 10/11, O-1086 Berlin. Erscheint zweimonatlich. Jahres-Abonnement 7,- DM pro Heft. Redaktion INITIAL: Postfach 1333, O-1086 Berlin

links

Sozialistische Zeitung

6 '91

U.Brand: Grüne kaputt?

Aktuell

L.Veljak: Die Krise Jugoslawiens: Nationale Selbstzerstörung

C.Samary: Ist der Zerfall der jugoslawischen Förderation unausweichlich?

Hintergrund

E.E.Abadjev: Der lange Weg zur Demokratie. Bulgarien zwischen dem Ende der Diktatur und freien Wahlen

K.Segbers: Postperestrojka: Ein neuer Zentrismus gegen das Chaos

Thema: Trends in der BRD/DDR

J.Hirsch: An der DDR überfressen?

O.Herold: Abwicklung: Notbremse, Reform oder Gleichschaltung?

F.D.Stolt: Rechtsextremismus à la DDR

A.Maegerle: Rechtsextremismus à la BRD: Die »Nationale Offensive«

International

Th.Gebauer: Abschied vom Internationalismus

S.Willenberg: Pakistan und der Golfkrieg: Vasallentreue und Volksstimme

Theorie

A.Demirović: Ökologische Krise und Demokratie

21. Jg. 1991

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindloff, U.Brand, C.Görg, H.Grün, J.Hirsch, P.E.Jansen, P.Kern, H.-D.Köhler, E.-M.Krumpe, T.Kunz, L.Lodovico, R.Pusch, S.Reinhold, F.Schneider. - AG Sozialistisches Büro, PF 10062, 6050 Offenbach I. - Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahressabo 64 DM, incl.Verand. - Verlag 2000 GmbH, Pf 102062, 6050 Offenbach I

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

6 '91

*Aktuelles*N.Seitz: Spätlese in Rheinland-Pfalz
Gespräch mit Dan Diner: Stabilität im Nahen Osten?

I.Hauchler: Neue Dimensionen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Abwicklung

Streitgespräch zwischen B.Seebacher-Brandt und Th.Schmid: Die Linke und die Einheit

T.Fichter: Die »Leipziger Volkszeitung«

O.Singer: Aufschwung Ost

W.Thierse: Oktober 1917 - November 1989

D.Claussen: Rufmord an Bloch

Thema: Nach der Postmoderne

R.Görner: Der Postmodernist

J.Georg-Lauer: Ein Gefühl für das Erhabene

R.Görner: Über postmodernes Schreiben

P.Rech: Lewis Carroll geht mit Diotto spazieren

B.Uske: Tonale Sinnstiftung

R.Rother: Jenseits der Erzählkinos: Zitat und Bastelei

Gespräch mit Heinrich Klotz: Die Zweite Moderne

Kontrovers

Gespräch mit Alfred Schmidt: »Die Geschichtsphilosophie ist gescheitert«

D.Horster: Politische Verantwortung und Privatsphäre heute

38. Jg. 1991

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Hans-Jochen Vogel. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide veractw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahressabo 90 DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
PERIPHERIE
 Forum theoretisch orientierter Analyse und
 Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

39/40 '90

10 Jahre – Eine Bilanz

- Runder Tisch: Abschied von der »Dritten Welt«, Abschied vom Marxismus?
 M.Massarrat: Die Krise am persischen Golf
 G.Hauck: Modernisierung, Dependencia, Marxismus – was bleibt?
 R.Kößler/H.Melber: Universelle Werte und internationale Zivilgesellschaft
 L.Mármora: Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen
 B.Töpper: Die Frage der Demokratie in der Entwicklungstheorie
 I.Lenz: Frauenbewegungen und die Ungleichzeitigkeiten der Moderne

41 '91

Nach der Blockkonfrontation

- R.Schulze: Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts
 D.Polo-Cheva: Die Krise des Sozialismus – Eine demokratische Herausforderung
 K.Dippe/R.Herzog: Die Auswirkungen der Veränderungen in Osteuropa auf den »Nord-Süd-Konflikt«
 R.Kößler/D.Schiel: Verstaatlichung nationaler Befreiungsbewegungen
 P.Jegzentsis/V.Wirth: Zum Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion in der DDR in den 80er Jahren. Literaturüberblick
 II. Jg. 1991

Herausgegeben von der »Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.«. – Redaktion: C. Dziobek, D. Haude, W. Hein (verantwortl.), R. Kößler, H. Lebold, I. Lenz, H. Melber, Th. Mutter. Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft 10 DM, Jahresabo 35 DM, Förder-/Institutsabo 70 DM. – Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5-6, 4400 Münster. LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

Prokla
 Zeitschrift für politische Ökonomie
 und sozialistische Politik ★

2 '91

Migrationsgesellschaft

- A.R.Zollberg: Die Zukunft der internationalen Migrationsbewegungen
 S.Sassen: Die Mobilität von Arbeit und Kapital: USA und Japan
 E.Stöting: Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration
 M.Morokvasic: Die Kehrseite der Mode: Migranten als Flexibilisierungsquelle in der Pariser Bekleidungsproduktion
 A.Sakson: Die neuen Wanderungsbewegungen polnischer Arbeitskräfte. Eine Dokumentation

M.Bommes/A.Scherr: Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremdehnung in Strukturen sozialer Ungleichheit

J.Jolloway: Geschichte, Klassen und »offener Marxismus«. Anmerkungen zu Heide Gerstenberger »Die subjektlose Gewalt«

H.Gerstenberger: Geschichte und »offener Marxismus«. Erwiderung auf John Holloway

21. Jg. 1991

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, H.Ganßmann, M.Heinrich, K.Hübner, B.Mahnkopf, M.Mayer, D.Messner, S.Neckel, K.-D.Tungermann (geschäftsführend). – Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahresabo 52 DM – Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30. – Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

SPW

Zeitschrift für
Sozialistische
Politik & Wirtschaft

3 '91

C.Walther: § 218 – Licht im Schacht?

T.Westphal: Für einen Aufbruch von Links
Entwurf für eine Selbstverständniserklärung
der Juso-Linken

I.Arend: Die Linke und das Neuland
C.Gilges: GG-Änderung – Nein

Arbeitstagung Projekt Moderner Sozialismus

Bezirksparteitag SPD-Mittelrhein

Interview mit Hansgünther Heyne: Was passiert mit den »neuen« Ruhrfestspielen?

B.Grellmann: Das »weiter so« von Rot-Grün
in Frankfurt

A.Wehr: Zur Wahlniederlage in Berlin
Interview mit Brigitte Speth: Abwicklung:
Neuordnung« des Bildungssystems in den
neuen Bundesländern

spw-spezial: Michael Daxner: Thesen für
eine zweite Hochschulreform

P.Frantzoch/H.Kretschmer: Bildung für die
Zukunft

C.Sieling: Neuorientierung in der
Wirtschaftspolitik

S.Heimlich/A.Wöllersdorf: Gewerkschafts-
arbeit in den fünf neuen Ländern

Interview mit Norman Paech: Grundgesetz-
änderung

C.Hauswedell: Nach Rüstung kam Krieg –
Nach Krieg Ordnung?

14. Jg. 1991

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Oliver Bosch, Jürgen Egert, Katrin Fuchs, Josef Hindels †, Klaus Peter Kistler, Heiarich Lienker, Susi Möbbeck, Ursula Pansch-Gruber, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann, Birgit Zoerner. — Redaktion: Ingo Arend, Florence Guenet, Uwe Kremer, Mathias Mecking. — Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 51 DM, erm. 42 DM, Ausland 54 DM. Redaktion und Verlag: Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

10 '91

André Brie an Karl Marx

H.Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende?

F.Adler: Monopol – Entsubjektivierung – Nivellierung

G.Jasper/K.-H.Thieme: Abbau patriarchaler Herrschaftsverhältnisse

M.Nelken: Partei und/oder Bewegung. Bedenken zu einer Debatte

Europäische Linke

L.Kjutschukow/B.Schliwenz: Bulgarien – 600 Tage auf einem neuen Weg

G.Kaiser: Wie es dazu kam

L.Castellina: Ich bleibe eine italienische Kommunistin. Ökumene linker Zeitschriften – mehr als eine Utopie

J.Bartosz: Was kann, was muß die Linke?

Erneut Gramsci

A.Schwarz: Endlich Gramsci lesen

H.-P.Krebs/Th.Sablowski: Zivilisierter Sozialismus?

Rechtsextremismus

Ch.Butterwegge: Neuer Deutschnationalismus, Großmachtaufwärtismus und Revanchismus?

S.Wilsky: Neofaschismus – eine Gefahr oder Übergangserscheinung in einer zeitweiligen Orientierungskrise in den neuen Bundesländern?

Hrsg. und Verlag: Dietz Verlag Berlin GmbH. Redaktion: Helmut Steiner (Chefredakteur), Marion Kusze, Rino Schürumpf. — Erscheint monatlich. Einzelheft 5 DM; Jahresabo 60 DM + Porto. — Verlag und Redaktion: Wollstraße 76-79, O-1000 Berlin. — Einzelbestellungen: Vertrieb Geb. Petermann, Kurfürstendamm III, W-1000 Berlin 30

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

110 '91

Zeitfragen, Kommentare

Ch. Busold/G. Saathoff: Kriegssteuerungsverweigerung – bald legal?

A. Burow: Weltpolizist durch Normalisierung?

H.-J. Wirth: Deutsche Feigheit oder Mut zur Angst? Sozialpsychologische Betrachtungen zum Krieg am Golf

W. Roth: Sozialismus durch freie Wahlen? Vor 20 Jahren: Die Regierung Allende in Chile

A.-A. Guha: Golfkrieg, Friedensbewegung und »Antiamerikanismus«

S. Papcke: Über die Einsamkeit des Andersdenkenden unter den Vertriebenen des Dritten Reiches

Thema: »Waren wir das Volk?«

T. Evers: Zivilgesellschaft und direkte Demokratie in gesamtdeutscher Verfassung

G.H. Horn: Grundgesetz mit oder ohne Volksentscheid?

U. Gerhard: Frauen für eine neue Verfassung

T. Stein: Eine gesamtdeutsche Bürgerinitiative

G. Poppe: Bürgerbewegungen im Parlament

H.-J. Fischbeck/A. Leo: Bürgerbewegungen in kommunaler Verantwortung

I. Köppe/G. Saathof: Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit: Täter, Opfer, Unterlagen

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. – Redaktion: Dieter Hoffmann. – Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 14 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 65 DM zzgl. Versand. – Verlag: Leske+Budrich, Gerhard-Hauptmann-Str. 27, 5090 Leverkusen 3

**WECHSEL
WIRKUNG**
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

49 '91

Schwerpunkt: Wasser

V. Schmidtchen: Wasser und Mensch
N. Geiler: Warum die Abwässer von Bayer immer sauberer werden – und die Umwelt trotzdem zugrunde geht

D. Boymanns/St. Gartiser/M. Gaßner/N. Geiler/K. Hollenbeck: Öko-Saale 91

W. Jülich: Gewässerschutz und Trinkwasserbereitung

E. Schramm/Th. Kluge: Im Osten nichts Neues. Technik statt Wasserpolitik für die neuen Bundesländer

Naturwissenschaft & Technik

J. Barthel/W. Pohl/M. Scheifele: Industrielle Forschungsnetze. »Strategische Innovation« ohne gesellschaftliche Kontrolle

NIF Aachen und AAB Dortmund: Der Giga-Watt-Coup der Elektrizitätswerke

J. Spangenberg: Die Ölkatastrophe am Golf

Gesellschaft und Politik

G. Deh/G. Hurrle: Vom tayloristischen zum evolutionären Management. Brüche im Managementdenken und -handeln

Frauen

K. Diegelmann: Unmöglich!? Frauen in Technik und Naturwissenschaft

13. Jg. 1991

Redaktion: Susanne Wagner, Carsten Freiberg, Rudy Kothe. – Erscheint zweimonatlich. – Einzelheft 8 DM, Jahresabo 48 DM. – Verlag und Redaktion: remember e.G., Mariabrunnstraße 48, 5100 Aachen

warum
nicht
mitglied
im bdwi
werden?

**der bund demokratischer wissenschaftlerinnen
und wissenschaftler (bdwi)**

ist

»der größte überparteiliche
fortschrittliche politische verband
von wissenschaftlerinnen in der
bundesrepublik deutschland«

hat

einen quotierten vorstand
einen wissenschaftlich-politischen beirat
fünf büros in marburg, berlin,
bonn, hamburg und leipzig und
eine forschungs- und informationsstelle

macht

zwei zeitschriften

● forum wissenschaft

● informationsdienst wissenschaft & frieden
und zwei buchreihen

● studienhefte forum wissenschaft

● schriftenreihe wissenschaft und frieden

bietet

einen wissenschaftspreis

sechs arbeitskreise

eine jahrestagung »kritische ökologie«

jährlich ein paar fachtagungen

und dazu

eine herbstakademie in der toscana

interdisziplinär

kritisch

humanistisch

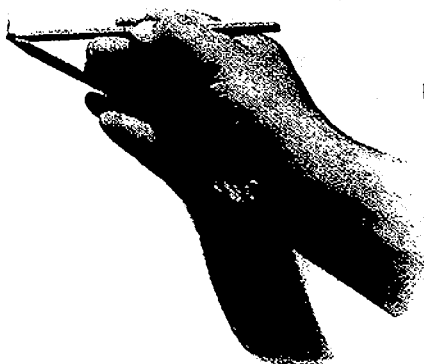
feministisch

ökologisch

reformorientiert

parteilunabhängig

demokratisch



informationen bei: bdwi, postfach 543, 3550 marburg; (06421) 2 13 95
mitglied kann werden, wer einen hochschulabschluss besitzt, einer wissenschaftlichen
tätigkeit nachgeht oder als studierende/r an einer hochschule eingeschrieben ist.

Summaries

Michael Brie: Marxism and Administrative Socialism.

The author analyses the contradiction between the approach to emancipation in the theory of Marx, and the possibility of abusing that theory to ideologically use of state socialism. He sees the main problem of the Marxist theory in the tendency to identify 1. power structures (mainly a domination of capital and big money), 2. structures of promoting social evolution (mainly market-relations) and 3. the rising consciousness of the subjects of transformation and revolution (mainly the working class).

Alex Demirović: Did the GDR miscarry because of Marx? Critical Remarks on M. Brie

Among other things the author criticises that Brie's argument is only marginally concerned with Marx' theory, because from *Deutsche Ideologie* (1845) onwards the aforementioned concept recedes into the background. Intellectuals from the Ex-GDR connecting the failure of state socialism with Marx in terms of the history of human thought, Demirović argues, exclude the function of their own intellectual practice and continue a canonical reading of Marx' texts the other way round.

Winfried Ettl and Jürgen Jünger: Social Economics – A Critical View

The authors attempt to sum up the subject and conclusions of modern social economics in terms of social-sciences-orientated theory. They deal with the relationship between critical social-economics and the Marxist tradition on the background of the collaps of real socialism and in contrast to Marxism-Leninism. The authors then devote their attention to the change of paradigms of social economic theories as it occurred during the 19th and early 20th century.

Michael Krätke: Political Economy without Marx?

The author discusses the proposals for a »Critical Social Economy« put forward by Ettl/Jünger in this issue und confronts them with several elements and recent developments within Political Economy, marxist and other.

Ewald Kandzióra: Political Economy of East-West Relations

From the history of economical relations between East and West the author develops their perspectives after the breakdown of state monopolistic socialism in Eastern European countries. His result is that the transition to Capitalist development by no means guarantees a more dynamic progress of their economies. Predictable is on the contrary the continuation of differences in economic levels in West and East.

Fredric Jameson: Late Marxism: Adorno in the age of Postmodernism

In Adorno's thought Jameson finds aspects of a Marxism answering to demands of postmodern times. The essay is part of Jameson's *Late Marxism – Adorno and the Persistence of Dialectics*, the German translation of which will be published by Argument Verlag in fall 1991.

Gurutz Jáuregui: National Self-Determination – The Crisis of The National State

Jáuregui outlines the parameters within which the demand for national self-determination becomes the engine which drives the democratization of Western Europe's societies. The focal point of this process is the decentralization and heterogenization by means of supporting cultural and political autonomy. He considers the European integration as an opportunity to forge an alliance between the workers' movement and the rather culturally-oriented movements of national minorities.

Werner Mackenbach: Carlos Fonseca and Sandinism

By tracing the political/theoretical work of its most important thinker, Carlos Fonseca, the author reconstructs the main roots of modern Sandinism as an authentic independent liberation movement based upon the original attempt (stimulated mainly by Che Guevara) of building an autonomous marxist current in Latin America.

Sünne Andresen: Cash vs Lifelihood

There's an ongoing debate since 1985 as far as earning a living and the quality of live of women is concerned: (a) should woman own money, (b) should women be allowed to have a career. The author illustrates this problem and suggests as an alternative that this conflict between women and money could be resolved by a societal organization of labour rather than by a »feminist ethic« of earning a living.

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Schmid, Josef</i> : Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus (<i>J.-M. Vogl</i>)	640
<i>Friedel, Klaus</i> : Vom Massenintegrationsapparat zur Gewerkschaft »Neuen Typs«? Der DGB im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus (<i>J.Schmid</i>)	642
<i>Weischer, Christoph</i> : Kritische Gewerkschaftstheorie. Ansätze einer Neuorientierung (<i>J.Schmid</i>)	643
<i>Grabner, Jürgen, Christiane Heinze, Detlef Pollack (Hrsg.)</i> : Leipzig im Oktober (<i>A.Hess</i>)	644
<i>Weidenfeld, Werner, und Hartmut Zimmermann (Hrsg.)</i> : Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989 (<i>G.-U.Watzlawczik</i>)	646
<i>Golczewski, Frank</i> : Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus (<i>L.Hanis</i>)	647

Ökonomie

<i>Rapin, Hildegard (Hrsg.)</i> : Der private Haushalt im Unterricht (<i>C.Weber</i>)	649
<i>Rapin, Hildegard</i> : Der private Haushalt im Spiegel sozialempirischer Erhebungen (<i>C.Weber</i>)	649
<i>Landau, Kurt (Hrsg.)</i> : Der Wert der Haushaltsarbeit (<i>S.Andresen</i>)	652
<i>Königswieser, Roswita, u.a.</i> : Aschenputtels Portemonnaie. Frauen und Geld (<i>S.Andresen</i>)	653
<i>Gruppe Feministischer Internationalismus (Hrsg.)</i> : Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Frauen in der Weltwirtschaft (<i>G.Hänel-Ossorio</i>)	655

PressesprecherIn gesucht

Zur Verbesserung unserer PR-Arbeit suchen wir ab sofort
eine/einen PressesprecherIn/Pressesprecher

Wir erwarten gute Medienkontakte und eine gewisse Erfahrung in diesem
Metier. Der Arbeitsplatz wäre in Hamburg und wird mit 1.600 DM brutto
als Halbtagsstelle bezahlt

Bewerbungen bitte an: Argument-Verlag
Rentzelstraße 1 - 2000 Hamburg 13 - Tel. (040) 45 60 18